

EIN NEUES FRANKFURT GESTALTEN

Koalitionsvertrag 2021 - 2026



Ein neues Frankfurt gestalten

Koalitionsvertrag für Frankfurt 2021-2026

– GRÜNE, SPD, FDP, Volt –

„... WIR MEINEN ABER, MAN KÖNNTE ETWAS NEUES VERSUCHEN.“ – Arnold Bode (1900-1977, Begründer der Documenta)

1 Präambel

2 Unsere Stadt und die Menschen in Frankfurt stehen vor großen Herausforderungen. Die
3 Corona-Pandemie ist noch nicht überwunden und ihre sozialen und wirtschaftlichen
4 Folgen werden noch lange zu spüren sein. Die Auswirkungen der globalen Klimakrise sind
5 schon seit mehreren Jahren auch in Frankfurt konkret spür- und sichtbar und beeinflussen
6 unser tägliches Leben. Wohnraum ist in Frankfurt in Folge von zu wenigen
7 erschwinglichen Wohnungen immer teurer geworden und damit für breitere
8 Bevölkerungsschichten, von Geringverdienenden bis zur Mittelschicht, kaum oder gar
9 nicht mehr bezahlbar.

10 Immer noch sind viel zu viele Menschen in unserer Stadt von Diskriminierungen aufgrund
11 ihrer (zugeschriebenen) Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer finanziellen
12 Leistungsfähigkeit, ihrer Behinderung, ihres Alters, ihrer geschlechtlichen Identität oder
13 sexuellen Orientierung betroffen und können nicht gleichberechtigt an unserer 2
14 Gesellschaft teilhaben. Frauen haben noch immer nicht die gleichen Chancen, leisten den
15 Großteil der Care-Arbeit und wurden gerade während der Corona-Pandemie teilweise in
16 alte Rollenmuster zurückgedrängt.

17 Die Corona-Pandemie hat uns vom internationalen Austausch abgeschnitten und die
18 europäischen Grenzen wieder geschlossen. Sie hat das soziale und gesellschaftliche Leben
19 erheblich eingeschränkt und unter anderem zu einer Zunahme von häuslicher Gewalt
20 gegenüber Frauen und Kindern beigetragen. Sie hat die Kultur, den Einzelhandel und die
21 Gastronomie lahmgelegt und insbesondere Kinder und Jugendliche sowie Menschen in
22 Pflege- und Altersheimen isoliert. Mit der zunehmenden Verfügbarkeit von Impfstoffen
23 müssen wir auch schnellstmöglich in die Normalität zurückkehren, die Folgen der
24 Pandemie bewältigen und die deutlich gewordenen strukturellen Probleme lösen.

25 Wir sind daher der Überzeugung, dass die Politik neue und zukunftsorientierte Antworten
26 liefern muss, um den Herausforderungen der Klimakrise, der damit einhergehenden
27 Biodiversitätskrise, dem Druck auf den Wirtschaftsstandort Frankfurt/Rhein-Main und die

28 Arbeitsplätze in unserer Stadt, der Existenznot vieler Künstler*innen und
29 Kulturschaffenden und der immer noch bestehenden tatsächlichen sozialen und
30 ökonomischen Benachteiligung vieler Menschen in unserer Stadt zu begegnen. Diese
31 Antworten müssen insbesondere die Bildungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen für alle
32 und den nachhaltigen Umbau hin zu einer klimagerechten, offenen, gleichberechtigten
33 und internationalen Gesellschaft in unserer Stadt ins Zentrum stellen.

34 Das Bundesverfassung hat in einer vielbeachteten und zukunftsweisenden Entscheidung
35 festgehalten, dass alle heutigen Maßnahmen auch an den Grund- und Freiheitsrechten
36 zukünftiger Generationen zu messen sind. Die Koalition begrüßt diesen Blick auf Grund-
37 und Freiheitsrechte. Wir wollen diesen zukunftsweisenden Blick auf Ebene der Stadt
38 umsetzen und ihn mit der neuen Koalition insbesondere in den Bereichen Klima- und
39 Umweltschutz, Soziales und Finanzen von Anfang an aufgreifen. Damit wollen wir unseren
40 Teil zu einer ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit auf kommunaler
41 Ebene beitragen. Wir nehmen die Herausforderung der wachsenden Stadt an und werden
42 diese zukunftsorientiert, ökologisch, modern, sozial, innovativ, gerecht, lebenswert und
43 klimaangepasst gestalten.

44 Die Anforderungen an den öffentlichen Raum haben sich in den letzten Jahrzehnten
45 grundlegend gewandelt. Wir werden für eine klimaangepasste und gerechte Aufteilung
46 des öffentlichen Raums mit mehr Aufenthaltsmöglichkeiten, mehr Freiräumen und mehr
47 Lebensqualität, weniger Lärm, Abfall und Schadstoffen und ohne Angst eintreten.

48 Frankfurt muss sich innovativ und zukunftsfähig aufstellen und die Chancen der
49 Digitalisierung, neuer Lebens- und Arbeitsmodelle, der Vielfalt und der Internationalität
50 als die europäischste Stadt Deutschlands proaktiv und entschlossen nutzen. Teilhabe und
51 Mitbestimmung wollen wir für alle Menschen in Frankfurt niedrigschwellig fördern, denn
52 nur gemeinsam und auf Augenhöhe können wir die notwendigen Veränderungen
53 schaffen. Dazu gehören auch gleiche Bildungs- und Teilhabechancen in allen
54 Lebensphasen und die Stärkung von Kinderrechten und Demokratiefähigkeit.

Frankfurt hat eine Geschichte als global vernetzte, vielfältige, offene, solidarische und liberale Stadt in der Mitte Europas. Frankfurt ist ein Ort von Innovationen und Innovator*innen, von wegweisenden Diskussionen, von zukunftsorientiertem Diskurs und vor allem von Chancen und ihrer Umsetzung. Frankfurt ist die Stadt der Paulskirche und des ersten frei gewählten deutschen Parlamentes; die Stadt einer selbstbewussten Bürgerschaft, die Verantwortung für ihre Stadt übernimmt. Frankfurt ist Gothestadt, ist Stadt des Buches und der Kritischen Theorie, Stadt mit einer großen Theater- und Operntradition, mit der Bautradition des „Neuen Frankfurt“ und Geburtsstadt der elektronischen Musik. Frankfurt blüht auch und gerade aufgrund seiner vielfältigen, lebendigen Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft. Wir wollen an diese Traditionen anknüpfen und mit den Menschen dieser Stadt unser Frankfurt weiterentwickeln.

Die Politik in Frankfurt hat die Aufgabe, gesellschaftliche Diskussionen zu moderieren und zu Ergebnissen zu führen, welche die Menschen in unserer Stadt mitnehmen und den sozialen Zusammenhalt stärken. Sie hat die Aufgabe, Unterschiedlichkeiten zu würdigen, Gemeinsamkeiten hervorzuheben, Trennendes zu beseitigen und sicherzustellen, dass alle Menschen teilhaben können. Und sie hat die Aufgabe, strukturelle Entscheidungen nicht nur zu treffen, sondern auch wirklich umzusetzen. Wir wollen Stillstand und Blockaden überwinden und die Zukunft unserer Stadt gestalten. Diesen Aufgaben stellen wir uns als Koalition in den kommenden Jahren gemeinsam.

Gleichzeitig sind wir uns auch der finanziellen Herausforderungen der nächsten Jahre bewusst. Kurzfristig geht es darum, die Folgen von Corona so abzufedern, dass der Wirtschafts- und Industriestandort nicht weiter gefährdet wird, sondern nach Corona wieder durchstarten kann, das reiche Kulturleben gesichert wird, die soziale Infrastruktur erhalten bleibt, alle Menschen in Frankfurt ein sicheres Zuhause haben, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle hergestellt, und insbesondere der Mittelstand, der Einzelhandel, die Kultur und die Gastronomie nicht zusätzlich belastet werden.

83 Gegenüber zukünftigen Generationen stehen wir in der Verantwortung, Freiheit und
84 Lebensqualität zu sichern – mit einer verantwortlichen, soliden Haushaltspolitik, aber
85 auch mit den notwendigen Investitionen in die Zukunft für einen mutigen Aufbruch in
86 dieser Stadt. Gesellschaft, Stadt und Wirtschaft stehen in gemeinsamer Verantwortung
87 für diesen Aufbruch in eine klimagerechte, nachhaltige, moderne, innovative, soziale und
88 lebenswerte Zukunft in der liberalen und weltoffenen europäischen Stadt Frankfurt.
89 So können und werden wir die Pandemie und ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen
90 überwinden, den Herausforderungen der Klimakrise auch vor Ort bei uns mit
91 konsequenten Maßnahmen begegnen, die Chancen nachhaltiger Mobilität für Frankfurt
92 ergreifen, unsere Kommune sozialer, liberaler, nachhaltiger, gleichberechtigt und
93 diskriminierungsfrei gestalten und Frankfurt mit Innovation und Digitalisierung, neuen
94 Lebens- und Arbeitsformen und in ihrem Selbstverständnis als internationale Stadt im
95 Herzen von Europa weiterentwickeln. Und wir werden kluge und zukunftsfähige
96 Antworten auf die schwierige wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung der Stadt
97 geben – in offener Diskussion mit der Wirtschaft, dem Handel, den sozialen und Kultur-
98 und Bildungsinstitutionen und den Bürger*innen Frankfurts.
99 Der politische Wettbewerb lebt auch vom harten Diskurs zwischen unterschiedlichen
100 Positionen, der aber immer an der Sache orientiert sein muss. Dieser Diskurs darf daher
101 nicht aus rein parteipolitischem Selbstzweck geschehen, welcher die inhaltliche
102 Entscheidungsfindung blockiert und damit Probleme auf die nächste Wahlperiode
103 verschiebt. Frankfurt braucht deshalb nicht nur eine inhaltliche Anpassung an die
104 aktuellen Herausforderungen, sondern auch ein Bekenntnis zu Fragen des politischen Stils
105 – dazu gehören auch Zuverlässigkeit, Transparenz, Authentizität, Beständigkeit und
106 konstruktive Zusammenarbeit, die die politisch verantwortlichen Parteien tragen. Wir
107 werden sachorientiert diskutieren, Lösungen finden und umsetzen. Und wir laden dazu
108 die gesamte Stadtgesellschaft ein – ausdrücklich auch die politisch und
109 zivilgesellschaftlich engagierten Menschen, die nicht einer der die Koalition tragenden
110 Parteien nahestehen, die aber das Ziel einer lebenswerten und toleranten Stadt für alle

111 Frankfurter*innen, die frei von Diskriminierungen, Hass, Sexismus, Antisemitismus und
112 Rassismus ist, teilen.
113 Nur so können wir zusammen unsere Stadt gestalten und fit für die Zukunft machen. Eine
114 Stadt, die zum europäischen Vorbild wird. Wir gemeinsam sehen unser Frankfurt als eine
115 weltoffene, nachhaltige, ökologische, soziale, dynamische und liberale Metropole der
116 Chancen für alle, in der alle einen Platz finden und das eigene Leben selbstbestimmt,
117 verantwortungsvoll und frei gestalten können. Das ist unsere Vision und unser Anspruch
118 in den nächsten fünf Jahren und darüber hinaus.

119

120 Klima und Umwelt

121 Der Erfolg des Kampfes gegen die globale Klimakrise hängt maßgeblich vom
122 verantwortlichen Handeln der großen Städte ab. Die Stadt Frankfurt wird sich weit über
123 die national und international getroffenen Vereinbarungen hinaus engagieren und ihre
124 Politik am Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2035 ausrichten. Alle umweltpolitischen und
125 planerischen Entscheidungen zielen auf ein nachhaltiges Frankfurt. Alle planerischen
126 Entscheidungen werden vor dem Hintergrund der Klimakrise vom Grün her gedacht.
127 Erhebliche finanzielle Investitionen in regenerative Energien, in
128 Energieeinsparprogramme und einschneidende Maßnahmen zur Klimaanpassung unserer
129 Stadt stehen im Mittelpunkt der kommenden Legislaturperiode. Wir sind davon
130 überzeugt, dass diese politischen Ziele so zu gestalten sind, dass sie Nachhaltigkeit,
131 soziale Gerechtigkeit und die Vielfalt in Frankfurt miteinander verbinden und stärken,
132 künftige Generationen von den Folgen des Klimawandels entlasten und gleichzeitig eine
133 solide Haushaltspolitik verantworten sowie für einen innovativen Wirtschaftsstandort
134 hoch attraktiv sind.

7

135 Klimaschutz

- 136 • Wir werden das Umweltdezernat in ein Dezernat für Umwelt und Klimaschutz
137 weiterentwickeln. Das gemeinsame Ziel der Koalition für Frankfurt ist die
138 Klimaneutralität bis zum Jahr 2035. Dieses Ziel wird mit konkreten Maßnahmen
139 hinterlegt. Die Klimaneutralität bei den stadteigenen Aktivitäten und
140 Zuständigkeiten streben wir bis 2030 an. Das Energiereferat wird ausgebaut und
141 steuert die lokalen Maßnahmen zur Energiewende und zur Umsetzung der
142 Klimaallianz.
- 143 • Der Masterplan 100% erneuerbare Energien wird evaluiert und zu einem
144 Klimaschutzplan mit klarem Zielpfad weiterentwickelt, um die aktualisierten
145 Klimaziele bis 2035 erreichen zu können. Wir vereinbaren verbindliche

Maßnahmen in den einzelnen Politikbereichen, legen Verantwortlichkeiten für die Umsetzung fest und etablieren eine jährliche Berichterstattung über die Zielerreichung. Bei Zielabweichungen werden gemeinsam mit der Klimaschutz-Expert*innen-Kommission Maßnahmen zur schnellen Kurskorrektur identifiziert und umgesetzt.

- Wir entwickeln Pläne für den Umgang mit Krisensituationen, die durch den Klimawandel wahrscheinlicher werden: Hitzewellen, Trockenheit, Starkregen, aber auch Pandemien werden uns in Zukunft häufiger treffen und die Corona-Krise hat gezeigt, dass die lokalen Strukturen auf solche Ereignisse vorbereitet sein müssen.
- Ein Großteil der weltweiten, energiebedingten CO₂-Emissionen sind auf Städte zurückzuführen, doch hierin liegt auch das Potential internationaler Städte-Kooperation. Die neue Koalition erkennt daher den hohen Wert und die Chance des Austausches über die Climate Alliance of European Cities und wird sich darin weiterhin aktiv einbringen.
- Der Zielerreichungsgrad beim Klimaschutz und insbesondere die CO₂-Bilanz werden jährlich der Stadtverordnetenversammlung berichtet.
- Der bereits mit der Klimaallianz beschlossene Klimaschutzfonds wird umgesetzt und ausgeweitet. Wir streben dabei folgende Ziele an:
 - Der für die Berechnungen zugrunde gelegte CO₂-Preis von derzeit vereinbarten 50 € pro Tonne wird dynamisiert und wir stellen sicher, dass er jeweils deutlich über den bundesweiten CO₂-Preis liegt. Grundsätzlich orientieren wir uns an den Umweltkostenrechnungen des Umweltbundesamts, sind aber einig, dass die so errechneten Kosten allein aus kommunalen Mitteln nicht finanzierbar sind. Als neuen Einstiegspreis setzen wir 75 € pro Tonne an.
 - Wir öffnen den Klimaschutzfonds für städtische Gesellschaften und Beteiligungen und erarbeiten ein Konzept, wie der Fonds auch für in Frankfurt ansässige private Akteure geöffnet werden kann. Das betrifft

- 174 sowohl die Einzahlungen aus Ausgleichsmöglichkeit für Emissionen wie
175 auch die Fördermöglichkeit von effizienten emissionsmindernden
176 Investitionen.
- 177 ○ Wir streben bei Gesellschaften, auf die die Stadt Einfluss nehmen kann,
178 ähnliche interne Maßnahmen oder eine Teilnahme am städtischen
179 Klimaschutzfonds an. Insbesondere die schnelle Einführung einer
180 transparenten Berichterstattung über CO₂- bzw. THG-Äquivalente-
181 Emissionen ist uns wichtig, im nächsten Schritt sollen interne
182 Mechanismen implementiert werden, wie diese Emissionen auch in der
183 Lenkung von Modernisierungsmaßnahmen einfließen und so den Weg zur
184 Klimaneutralität ebnen.
- 185 • Wir werden eine Klimaschutz-Expert*innen-Kommission einberufen, die Politik
186 und Verwaltung fortlaufend auf der Basis neuester wissenschaftlicher
187 Erkenntnisse über geeignete Klimaschutzmaßnahmen berät und deren Ergebnisse
188 bewertet.
- 189 • Wir richten einen übergreifenden Sonderausschuss zum Thema Klimaschutz in
190 Frankfurt ein. In diesem Ausschuss präsentieren und evaluieren die zuständigen
191 Fachdezernent*innen die Fortschritte und diskutieren die Ergebnisse mit
192 Bürger*innen und Expert*innen.
- 193 • Wir werden die Energieversorgung für alle kommunalen öffentlichen Gebäude, für
194 die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe, für den öffentlichen Nahverkehr und
195 für die Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, möglichst schnell auf 100 %
196 Ökostrom umstellen. Außerdem erstellen wir Sanierungsfahrpläne für alle
197 städtischen Gebäude.
- 198 • Die Verbrennung von Steinkohle im Heizkraftwerk West beenden wir wie in der
199 Klimaallianz vereinbart bis Mitte des Jahrzehnts. Parallel bleiben wir mit der
200 Mainova, der Wissenschaft und Umweltverbänden darüber im Gespräch, welche
201 technischen Alternativen sich jetzt oder zukünftig bieten, um komplett aus der

202 Nutzung fossiler Brennstoffe auszusteigen, damit die aktuell anstehenden hohen
203 Infrastruktur-Investitionen nicht zur Hürde für unser Ziel der Klimaneutralität 2035
204 werden.

205 • Wir intensivieren die Verhandlungen mit der Industrie, um auch in diesem Bereich
206 möglichst zur unmittelbaren Umstellung von bestehenden Kraftwerken weg von
207 Kohleverfeuerung zum Beispiel im Braunkohlestaub-Kraftwerk in Fechenheim
208 (prioritär), aber auch insgesamt hin zu erneuerbaren Energiequellen zu kommen.

209 • Wir öffnen alle öffentlichen Gebäude für die Nutzung zur Strom-
210 /Wärmegewinnung aus erneuerbaren Quellen. Für Photovoltaik-Anlagen nutzbare
211 Dachflächen ermitteln wir über das Solarkataster. Städtische Flächen werden wie
212 in der Klimaallianz beschlossen zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für Gebäude
213 von Unternehmen, auf die die Stadt unmittelbar Einfluss nehmen kann.

214 • Wir streben gemeinsam mit der Mainova und mit Bürgergemeinschaften den
215 Ausbau von Speichermöglichkeiten für Energieüberschüsse aus erneuerbaren
216 Quellen im Sommer an, die zur Deckung des Bedarfs zum Beispiel bei der
217 Wärmeversorgung im Winter genutzt werden können. In diesem Zusammenhang
218 prüfen wir, ob die Biogasanlage am Osthafen genutzt und ausgebaut werden
219 kann.

220 • Wir überprüfen Regelungen darauf hin, wo Hürden für die Energiewende
221 abgebaut werden können. Balkonkraftwerke und ähnliche kleine Anlagen können
222 zur Energieversorgung der Zukunft beitragen. Wir wollen sie in den
223 Erhaltungssatzungen in Zukunft erlauben. Darüber hinaus werden wir die
224 Installation solcher Mini-Kraftwerke finanziell bezuschussen bzw. in bestehende
225 Förderprogramme mit aufnehmen.

226 • Wir prüfen, welche Verkehrsbauwerke (Lärmschutzwände, Flächen an Fernstraßen
227 oder über Park & Ride-Parkplätzen etc.) für die Nutzung für Photovoltaik oder
228 Kleinwindanlagen in Frage kommen und erschließen diese Potenziale.

- 229 • Wir prüfen, inwieweit Beschränkungen für den Blendschutz im Flugverkehr
230 aufgrund von neuen technischen Entwicklungen aufgehoben werden können,
231 damit das riesige Potential für Photovoltaik-Anlagen im Bereich des Flughafens
232 genutzt werden kann.
- 233 • Wir entwickeln gemeinsam mit den Pächtern von städtischen Flächen Strategien
234 zur verträglichen Einführung von AgroPV als Kombination aus Photovoltaik und
235 landwirtschaftlicher Nutzung. Wir streben an, dass auch von der Stadt beeinflusste
236 Stiftungen entsprechende Vereinbarungen schließen.
- 237 • Auch bei Gebäuden werden wir die Kombination von Dach- und
238 Fassadenbegrünung mit halbtransparenten PV-Anlagen voranbringen und
239 pilothaft bei städtischen Gebäuden selbst testen.
- 240 • Wir entwickeln gemeinsam mit der Mainova und ggf. weiteren Partnern ein
241 Modell, mit dem das existierende Stromnetz für die Einspeisung von Ökostrom aus
242 dezentralen Anlagen geöffnet werden kann, um die Eigennutzung von Ökostrom
243 im Rahmen des bestehenden EEG zu begünstigen. Wir unterstützen die Mainova
244 bei dem damit zusammenhängenden Aus- und Umbau des existierenden
245 Stromnetzes, auch um den veränderten Herausforderungen durch den
246 Strombedarf der sich verändernden Mobilität Rechnung zu tragen.
- 247 • Wir legen Programme zur Förderung des Ausbaus von Photovoltaik, Solarthermie,
248 Fernwärme und von Effizienzsteigerungen bei der Wärmeerzeugung und -nutzung
249 auf. Diese Programme werden gemeinsam mit lokalen Energieversorgern
250 aufgelegt und aus dem Klimaschutzfonds der Stadt Frankfurt (mit-)finanziert. Wir
251 werden in diesem Zuge auch überprüfen, wie Denkmalschutz und Photovoltaik
252 vereinbar gemacht werden können.
- 253 • Die Stadt Frankfurt soll ihren Anteil und den daraus resultierenden Einfluss
254 insbesondere an Sportstätten nutzen, die für große Veranstaltungen genutzt
255 werden, um sicherzustellen, dass diese auf den höchsten energetischen Standard

- 256 gebracht und mit Solarthermie- und Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Bei
257 Neubauten sollen diese verpflichtend sein.
- 258 • Wir prüfen die Zusammenarbeit mit der Region zum Ausbau von
259 Energiepartnerschaften und zur Abnahme von erneuerbaren Energien aus
260 Umlandkommunen, die in der Energieerzeugung ein Geschäftsmodell entwickeln
261 wollen und können.
 - 262 • Wir beschleunigen wie in der Klimaallianz vereinbart den Austausch der immer
263 noch existierenden Gas-Laternen in Frankfurt, die nicht nur ineffizient, sondern
264 auch extrem teuer in der Wartung sind, gegen energiesparende Leuchtmittel und
265 smarte Laternen. Die Ausstattung mit digitaler Technik und Sensorik hilft uns bei
266 der Entwicklung hin zu einer Smart City.
 - 267 • Wir streben an, dass die Mainova in Zukunft ihren Ökostrom-Tarif als das primäre
268 Angebot und zum gleichen Preis wie Strom aus anderen Quellen vermarktet und
269 bis 2030 aus der fossilen Energiegewinnung aussteigt und unterstützen die
270 Mainova bei der Entwicklung einer Wasserstoff-Strategie.
 - 271 • Wir streben die Versorgung von Schiffen am Mainkai mit Strom aus erneuerbaren
272 Quellen an und ersetzen die anhaltende Verbrennung von fossilen Brennstoffen
273 durch anliegende Schiffe durch Landstrom (außer zum Antrieb der Schiffe).
 - 274 • Wir starten ein Förderprogramm für Green-IT in Unternehmen und unterstützen
275 die Entwicklung eines CO₂-neutralen Gewerbeparks, zum Beispiel am ehemaligen
276 Chemie-Standort Griesheim.
 - 277 • Wir entwickeln und implementieren ein energieeffizientes Beleuchtungskonzept
278 für Straßenlaternen und Werbetafel, um der großstädtischen Lichtverschmutzung
279 entgegenzuwirken. Durch automatische Dimmfunktionen und Bewegungsmelder
280 sollen der Biorhythmus von Insekten und Vögeln sowie die Gesundheit der
281 Bürger*innen geschützt werden.

282 Beratung und Beteiligung

- 283 • Im Bereich des Umweltdezernates wird ein Umweltinformationszentrum
284 eingerichtet, das für Bürger*innen, Vereine, Gewerbetreibende als Anlaufstelle zu
285 allen Themen des Umwelt- und Klimaschutzes in der Stadt fungiert; insbesondere
286 soll eine Beratung „aus einer Hand“ geboten werden, um die Umweltberatung
287 zusammenzuführen und Verweise auf andere Ämter oder Institutionen zu
288 vermeiden. Das Umweltinformationszentrum soll auch als zentrale
289 Klimaservicestelle zur Aufklärung aller bestehender Förderprogramme dienen.
- 290 • Wir wollen die Frankfurter*innen an der Gestaltung einer klima- und
291 umweltfreundlichen Stadt beteiligen. Zu diesem Zweck soll eine gemeinnützige
292 städtische Klimaschutzstiftung gegründet werden, welche als Spendenportal für
293 konkrete Projekte im Bereich Umwelt- und Klimaschutz dient. Die Bürger*innen
294 sollen einen Überblick über verschiedene aktive Projekte erhalten und über die 13
295 Stiftung die Möglichkeit der freiwilligen Unterstützung durch Spenden bekommen.
296 Wir werden so jedem*jeder Einzelnen die Möglichkeit geben, Verantwortung zu
297 übernehmen – nicht nur für große, strukturelle Projekte, sondern auch und
298 insbesondere für Herzensprojekte. Die Bürger*innen Frankfurts sollen durch ihre
299 Unterstützung eigene Akzente in der städtischen Klimaentwicklung setzen können.
300 Dafür schaffen wir auf dem Portal der Stiftung eine Möglichkeit zur Auswahl und
301 zum Vorschlagen von bestimmten Projekten.
- 302 • Wir bauen die Beratungskapazitäten zur Energiewende im Energiereferat deutlich
303 aus und gründen ein Energiewendezentrum in Zusammenarbeit mit Umwelt und
304 Klimaschutzverbänden und bestehenden Strukturen und Initiativen vor Ort.
305 Darüber hinaus wollen wir wie u.a. Freiburg eine „Energiekarawane“ gründen, die
306 aufsuchende Sanierungsberatung anbietet. Nach dem Vorbild der Offenbacher
307 Haus-zu-Haus Beratung für energetische Sanierungen, wollen wir für sämtliche
308 Förderprogramme im Bereich Umwelt- und Klimaschutz eine kostenlose und

proaktive Beratung der Stadt Frankfurt einführen. Die Initiative geht hierbei von der Stadt aus, welche Berater*innen zu den Bürger*innen schickt. Damit möchten wir den Anteil an energetischen Sanierungen, Begrünungsmaßnahmen und Installationen von Photovoltaik erhöhen.

- Wir werden an einem zentralen Platz – z.B. an der Hauptwache – eine digitale Anzeigetafel errichten, auf der jeweils tagesaktuell der Fortschritt der Stadt Frankfurt bei der CO₂-Einsparung abgelesen werden kann. Dabei werden mindestens die CO₂-Einsparungen städtischer Liegenschaften, der Eigenbetriebe und anderer mit der Stadt verbundenen Unternehmen ausgewiesen.

Grün in der Stadt

- Wir schützen und entwickeln den GrünGürtel weiter. In diesem Jahr feiert der GrünGürtel sein 30ig jähriges Bestehen. Um zusätzliche Projekte im GrünGürtel finanzieren zu können, soll eine gemeinnützige Stiftung gegründet werden. Über diese Stiftung können finanzielle Mittel von Privatpersonen und Firmen (Spenden und Erbschaften) eingeworben werden. Die Stiftung wird mit einem Grundkapital von 150 000 Euro ausgestattet.
- Wir bauen wohnortnahe Grünverbindungen zum GrünGürtel und ins Umland weiter aus; vernetzen innerstädtische Freiräume und treiben die regionalen Freiraumstrategien voran. Der Bestand klimarelevanter Grünflächen wird regelmäßig evaluiert.
- Wir erarbeiten neben dem erweiterten GrünGürtel-Konzept inklusive der Entwicklung von Strahlen und Speichen auch ein Konzept für das nicht an den GrünGürtel angebundene Stadtgrün in Parks und auf Plätzen. Insbesondere wertvolle Flächen mit alten Baumbeständen werden wir erhalten.
- In einem Freiflächenentwicklungsplan werden weitere für die Klimasituation vor Ort relevante Grünflächen erfasst und entsprechend geschützt. Bestehende

- 335 Grünflächen sollen ökologisch aufgewertet werden und miteinander vernetzt
336 werden.
- 337 • Die Kühlmöglichkeiten von Wasser durch die Anlage von Fließgewässern und
338 Brunnen innerhalb einer dichten Bebauung werden wir insbesondere in der
339 Innenstadt, aber auch in den Stadtteilen nutzen, ohne dabei wertvolles
340 Trinkwasser unnötig zu vergeuden.
- 341 • Wir werden in der wachsenden Stadt neue Parks entwickeln, die gleichzeitig der
342 Naherholung, dem Artenschutz und dem Klimaschutz dienen. Parks und
343 Grünflächen werden wir dabei weiter mit einem hohen Anteil an ökologisch
344 wertvollen Elementen (Wildblumenwiesen, Insektenhäuser, Gewässer, ...) realisieren.
- 346 • Die Gesamtanlage Villa Meister soll als Denkmal deutscher Kultur- und
347 Industriegeschichte erworben werden und für die Öffentlichkeit wieder zugänglich
348 sein.
- 349 • Eine wichtige Zielvorgabe der Grün- und Freiflächenplanung ist – neben der
350 Gestaltung der Grünflächen für Menschen – der Schutz und die Förderung von
351 Biodiversität. Städtische Grünflächen und Parks sollen struktureicher gestaltet
352 werden, um mehr Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum zu bieten. Wir
353 erarbeiten ein ehrgeiziges Arten- und Biotopschutzkonzept und legen es künftigen
354 Planungen zugrunde.
- 355 • Wir wollen “Wilde Orte”: Wildwiesen, Blumenwiesen für Bienen und andere
356 Insekten sollen überall in Frankfurt blühen. Frankfurt*innen sollen über ihre
357 “wilden Orte” in der Stadt Bescheid wissen, Kinder sollen die “wilden Orte”
358 erkunden können. Dazu wird es Informationsmaterial geben. Geeignete Flächen
359 werden mit dem Grünflächenamt gesucht.
- 360 • Wilde Wiesen, hohes Gras und Laub sind wichtige Lebensgrundlagen für Insekten.
361 Das Mähen der Wiesen soll daher nur dann erfolgen, wenn es ökologisch sinnvoll
362 ist. Laubbläser sollen auf Grünflächen nicht mehr eingesetzt werden.

- Wir bauen das Programm „Stadtgrün sucht Dich“ des Grünflächenamtes zur Gewinnung von Pat*innen für Stadtbäume, Baumbeete und Blumenkübel aus und fördern Urban Gardening.
- Auf öffentlichen Grünflächen wollen wir das Aufstellen von Werbeschildern jeglicher Art unterbinden.
- Die Vorgaben für Kleingärten passen wir gemeinsam mit den Kleingartenvereinen an – Versiegelungen sollen unterbleiben. Regulierungen, die eine „Verwilderung“ von Gärten und die Erhöhung der biologischen Vielfalt verhindern, werden wir beseitigen. Wir entwickeln Kleingärten zusammen mit den Pächter*innen zu Gemeinschaftsgärten weiter.

Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft

- Frankfurt tritt dem Biostädte-Netzwerk bei.
- Wir unterstützen die regionale und nachhaltige Landwirtschaft in Frankfurt und erarbeiten eine Streuobststrategie. Wir erarbeiten mit Landwirt*innen, Verbraucher*innen, Initiativen und dem Ernährungsrat Konzepte, mit denen wir uns in die Ökomodellregion Rhein-Main einbringen.
- Die Stadt Frankfurt tritt im Rahmen ihrer Ernährungsstrategie und Landwirtschaftspolitik dem Europäischen Netzwerk Gentechnikfreier Regionen bei.
- Mit einer Ernährungsstrategie werden wir das Thema gutes und gesundes Essen aus Ressourcen- und klimaschonender Produktion auf die Tagesordnung bringen. Dazu gehört die Unterstützung des Ernährungsrats, der die Ernährungsbildung für Kitas und Schulen vorantreibt. Aber auch eine Förderung für das Konzept „House of Food“, die praktische Unterstützung von Initiativen wie die Solidarische Landwirtschaft und Transition-Town, u.a. mit Hilfe bei der Suche nach Depots, Foodsharing-Initiativen, der Neue Frankfurter Garten sowie Bienen-Initiativen und

389 vieles mehr. Die Idee der Gemüseheld*innen zur Anlage von Gemüseinseln im
390 öffentlichen oder halböffentlichen Raum fördern wir.

- 391 • Initiativen für eine nachhaltige und solidarische Nahversorgung mit Lebensmitteln
392 wie Urban Gardening und Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi), bei denen
393 Menschen Ernteanteile zu einem Festpreis bei Landwirt*innen beziehen, werden
394 wir fördern. In Neubaugebieten werden sowohl Anbaumöglichkeiten für Urban
395 Gardening als auch Depots für die Verteilung von SoLaWi-Produkten von
396 vornherein eingeplant.

- 397 • Wir werden den Frankfurter Garten bei der Suche nach einem neuen Standort
398 unterstützen.

- 399 • Wir streben Vereinbarungen mit öffentlichen Stiftungen mit erheblichem
400 verpachtetem Landbesitz darüber an, diese Flächen in Zukunft in Konzeptvergabe
401 auch unter dem Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit zu vergeben und führen
402 eine solche Konzeptvergabe für städtische Flächen ein.

- 403 • Alle Flächen in Frankfurt sollten Glyphosat-frei und Neonikotinoid- frei sein. Bei
404 Verpachtungen und Flächen, auf denen wir es beeinflussen können, sichern wir
405 das über vertragliche Vereinbarungen ab. Bei den Flächen, auf die wir keinen
406 direkten Einfluss haben, intensivieren wir die Verhandlungen mit den
407 Nutzer*innen.

408 Artenvielfalt und Wald

- 409 • Wir wollen vorhandene Gewässer in Frankfurt weiterentwickeln und neue
410 anlegen. Die Ufer sollen als Biotope für unterschiedliche Tier- und Pflanzenarten
411 dienen. Wir stellen die Renaturierung der Nidda fertig.
- 412 • Im Zuge von Umbau oder Sanierung von Gebäuden sollen bestehende Nist- und
413 Brutstätten von geschützten Arten (z.B. Mauersegler oder Falken) erhalten und,
414 wenn möglich, zusätzliche Nist- und Bruthöhlen geschaffen werden. Wir setzen
415 gemeinsam mit BUND, NABU und anderen ein Projekt "Vogelfreundliche

416 Fassadengestaltung“ auf und nehmen dabei sowohl den Neubau wie auch den
417 Bestand in den Blick, um wirksame Konzepte zur Vermeidung von Vogelkollisionen
418 zu entwickeln, umzusetzen und zu kommunizieren.

419 • Das Land Hessen hat bereits ein Programm für Wälder aufgelegt. In Frankfurt
420 wollen wir damit den Stadtwald und den weiteren Frankfurter Waldbesitz
421 wiederaufforsten und an die Folgen des Klimawandels anpassen. Dabei müssen
422 vorhandene Mischwald-Strukturen gestärkt werden. Außerdem wollen wir eine
423 „Zukunftsstrategie Stadtwald“ erarbeiten und prüfen, inwiefern der Stadtwald Teil
424 einer lokalen Kreislaufwirtschaft werden kann und welche Flächen, Arten,
425 Institutionen und Anwendungen sich dafür eignen würden.

426 • Um die Klimaschäden im Wald zu beseitigen und den Aufbau eines klimastabilen
427 Waldes voranzubringen, werden wir das Forstpersonal aufstocken.

428 • Wir verzichten auf die Neupflanzung nicht standortangepasster Bäume und testen
429 stattdessen vermehrt autochthone europäische Baumarten im Hinblick auf ihre
430 Klimastabilität.

431 • Wir streben die Vergrößerung unseres Stadtwaldes und damit die des
432 Kohlestoffspeichers durch Ankauf von Flächen und Aufforstung von Flächen an.

433 • Der Wald wird naturgemäß, nach den Prinzipien der Arbeitsgemeinschaft
434 naturgemäße Waldwirtschaft, bewirtschaftet. Dabei sollen die Erkenntnisse aus
435 den Prozessschutzflächen einfließen.

436 • Der Stadtwald wird auch weiterhin nach den Prinzipien des FSC zertifiziert.

437 • Wir prüfen in möglichst vielen Stadtteilen Flächen mit Mini-Wäldchen unter
438 Verwendung der Miyawaki-Methode zu gestalten, um eine Verbesserung des
439 Mikroklimas im dichtbebauten Innenbereich zu fördern. Beim Anlegen der Wälder
440 ist eine Beteiligung von Jugendlichen und Kindern anzustreben.

441 Entsiegelung und Begrünung

- 442 • Wir setzen umfangreiche Entsiegelung und die Schaffung von Grünräumen und
443 Wasser auf öffentlichen und privaten Grundstücken inklusive Dach- und
444 Fassadenbegrünung um. Im unbeplanten Innenbereich richten wir entsprechende
445 bauaufsichtliche Beratung ein.
- 446 • Wir setzen die Vereinbarungen der Klimaallianz um und entsiegeln und begrünen
447 städtische Plätze, um die Aufenthaltsqualität insbesondere in Zeiten des
448 Klimawandels zu erhöhen. Unser Ziel ist es, dass jeweils mindestens die Hälfte der
449 Platzflächen entsiegelt oder begrünt sind.
- 450 • Wir wollen zukünftig auch Schulen mit teilweise unversiegelten Schulhöfen planen
451 und versiegelte Schulhöfe entsiegeln und begrünen.
- 452 • Wir setzen das erfolgreiche Programm „Frankfurt frischt auf“ fort, entwickeln es
453 hinsichtlich Ausstattung, Bewerbung und Beratungskapazitäten weiter und 19
454 fördern damit Begrünungs- und Klimawandelanpassungsmaßnahmen auch durch
455 private Eigentümer*innen und Mieter*innen.
- 456 • Die Dächer der Straßenbahn- und Bushaltestellen im Frankfurter Stadtgebiet
457 erhalten eine Dachbegrünung mit winterharten, robusten Gewächsen. Hiermit
458 wird ein Beitrag zur Verschönerung des Stadtbildes, zur Beschattung der
459 wartenden Fahrgäste und zum Artenschutz geleistet.
- 460 • Frankfurt soll nicht nur in der Fläche, sondern auch in der Höhe grüner werden.
461 Wir wollen die Frankfurter Skyline zur grünen Silhouette machen. Dazu soll es für
462 nächsten Hochhausrahmenplan verpflichtende Vorgaben zur Begrünung der
463 Fassade geben. Bis dahin soll es bei der Genehmigung neuer Hochhäuser im
464 Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten die Pflicht zur Fassadenbegrünung geben.
465 Die Stadt Frankfurt wirkt darauf hin, dass auch die bestehenden Hochhäuser
466 grüner werden.

- Wir untersuchen das Entwicklungspotential für Baumpflanzungen in der gesamten Stadt und insbesondere in baumlosen Straßen und Plätzen auf mikroklimatische Bedingungen, Verfügbarkeit von Wasser, Platz für Wurzelwerk und Bewässerungsmöglichkeiten. Damit können wir die für die lokalen Gegebenheiten am besten angepassten Baumarten auswählen.
- Wir setzen ein umfangreiches Baumpflanzungsprogramm mit (soweit möglich) großkronigen Bäumen im Straßenraum und auf öffentlichen Plätzen auf, das die Klimawandelanpassung durch Verschattung und Abkühlung unterstützt und den Bestand an klimawandelfesten Bäumen erhöht.
- Wo der Untergrund für Baumpflanzungen nicht geeignet sein sollte, nutzen wir andere Möglichkeiten für mehr Grün im öffentlichen Raum.
- Wir bauen dazu das Programm der Baumpatenschaft, in dem Frankfurter*innen die Pflege und Bewässerung in den ersten Wachstumsjahren übernehmen, deutlich aus.
- Das sogenannte Willkommenspaket für die Eltern Neugeborener wird um einen Gutschein für die Pflanzung eines widerstandsfähigen, dem Klimawandel angepassten Baumsetzling ergänzt; damit soll die Identifikation der Einwohner*innen mit ihrer Stadt ebenso unterstützt werden wie die beschleunigte Anpflanzung von neuen Bäumen in Stadtwald und an geeigneten Orten in den Stadtteilen.
- Wir stellen ein Entsiegelungskonzept auf, definieren Ziele und eine Liste möglicher Flächen und beziehen die Bürger*innen bei der Begrünung mit ein.
- Wir streben bei der Entsiegelung auch einen starkregenangepassten Umbau öffentlicher und privater Freiräume zur verbesserten Regenwassernutzung und -speicherung („Schwammstadt“) an. Wir prüfen in diesem Zuge auch Möglichkeiten zur besseren Versorgung von Stadtbäumen mit Regenwasser, um Trinkwasser einsparen zu können. Abfall vermeiden, Wiederverwendung und -verwertung stärken, Trinkwasserressourcen schonen.

495 Abfallvermeidung, Recycling und Sauberkeit

- 496 • Wir wollen die öffentliche Beschaffung durch Vorgaben zum Öko-Design von
497 Produkten und Verpackungen mit dem Fokus auf Langlebigkeit, Reparierbarkeit
498 und Wiederverwendung von eingekauften Produkten abfallvermeidender
499 gestalten.
- 500 • Der wachsenden Vermüllung im öffentlichen Raum wollen wir mit einer Evaluation
501 und Weiterentwicklung des Projektes #cleanffm, mit mehr oder größeren
502 Abfalltonnen, mehr Sauberkeitsbotschafter*innen und in Zusammenarbeit der
503 städtischen Ämter begegnen und dabei einen Schwerpunkt insbesondere auf den
504 auch ökologisch schädlichen Plastikmüll und Zigarettenkippen legen.
- 505 • Die Verfolgung und Bestrafung von Müllvergehen wird intensiviert und schärfer
506 verfolgt. Hierzu werden die personellen Kontrollkapazitäten verstärkt und
507 gebündelt. Höhere Bußgelder werden geprüft. Dazu wird auch die Anzahl und die 21
508 Größe der Mülltonnen in der Wirtschaft/Gastronomie und den privaten
509 Haushalten verstärkt kontrolliert.
- 510 • Feuerwerke sind Quelle von immensen Emissionen und Müll. Wir wollen zu
511 Silvester eine städtische Lichtshow einführen und so attraktiv machen, dass sie
512 private Feuerwerke mehr und mehr ersetzt.
- 513 • Frankfurt als Mitglied des Netzwerks Zero-Waste-City fördert mit geeigneten
514 Kampagnen und Kreislaufsystemen einen müllreduzierten Lebensstil und
515 erleichtert seinen Bürger*innen den Einstieg in die Müllvermeidung. Wir binden
516 existierende Strukturen und Akteure wie Unverpacktläden, den Ernährungsrat
517 oder die FES und das Projekt MainBecher dabei ein und entwickeln sie weiter. Im
518 Vordergrund stehen dabei die Vermeidung von Abfall und die Ermöglichung von
519 Stoffkreisläufen, nicht die ökonomische Rendite. In einer Großwohnanlage wollen
520 wir in einem Modellprojekt erproben, mit welchen Instrumenten sich die
521 Gesamtabfallmenge pro Bewohner*in reduzieren lässt. Wir prüfen mit den

öffentlichen und privaten Wohngesellschaften, wie die Liegezeit von wilden Sperrmüllablagerungen in den Siedlungen deutlich verkürzt werden oder sogar ganz vermieden werden können.

- Wir werden die Recyclingquote in Frankfurt deutlich erhöhen, unter anderem untersuchen wir die Einführung einer Frankfurter Wertstofftonne, den Ausbau von Recycling- und Reparaturstellen und die Einrichtung von Ablieferungsstellen für Großplastik.

- Wir wollen die ökonomischen und ökologischen Potenziale einer Kreislaufwirtschaft in der Stadt Frankfurt ausschöpfen. Vorrang hat die Abfallvermeidung; nicht vermeidbare private und gewerbliche Abfallmaterialien sollen bevorzugt stofflich und erst wenn dieses Potential erschöpft ist, energetisch verwertet werden.

- Um den Status der Abfallverwertung zu erfassen, das Verwertungspotential entlang des sich entwickelnden technischen Fortschritts beurteilen zu können und ökologisch und ökonomisch verbesserte Verfahren möglichst schnell in die Praxis zu bringen, soll die Stadt Frankfurt die kommunale Abfallwirtschaft in die Pflicht nehmen, dem Umweltdezernat jährlich folgende Berichte vorzulegen:

- Kosten und ökologischer Fußabdruck der Abfallsammlung
- Art und Volumen der Abfallstoffe, der ökologische Fußabdruck ihrer Verarbeitung und die damit erzielte Wertschöpfung z.B. von Kompost, Biogas, Wärme usw.,
- Status der Digitalisierung des Abfall-Managements.

- Darüber hinaus soll der Expert*innenrat des Umweltdezernats das ökonomische und ökologische Optimierungspotential der stofflichen und energetischen Abfallverwertung entlang des fortschreitenden Stands der Technik jährlich an das Umweltdezernat berichten. Beispielhaft seien Metalle und seltene Erden aus Restmüll, kohlenstoffhaltige Materialien aus der Braunen Tonne und Grünschnitt,

Biogas-CO₂ etc. genannt. Das Umweltdezernat wirkt auf die Einführung neuer Technologien hin, wenn dies ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist.

- Der Bericht des Expert*innenrats soll auch rahmenrechtliche Hürden, die die Anwendung neuer Technologien behindern, identifizieren, um auf den entsprechenden übergeordneten politischen Ebenen auf eine Anpassung hinwirken zu können.
- Die Initiative Taubenhäuser soll von der Stabstelle sauberes Frankfurt finanziell unterstützt werden.

Wasser

- Wir unterstützen Maßnahmen zur Verbesserung der Trinkwasserqualität und der naturnahen Gewässerentwicklung. Wissenschaftliche Forschungsergebnisse zu möglichen Vorgehensweisen bei der Spurenstoff- und Mikroplastikentfernung in den beiden Frankfurter Kläranlagen, aktuelle Entwicklungen bei den technischen Verfahren und die Ergebnisse der Pilotprojekte im hessischen Ried werden wir bewerten und berücksichtigen. Wenn es ökologisch und ökonomisch effiziente Verfahren zur weiteren Verbesserung der Wasserqualität gibt, werden wir sie im Rahmen einer so genannten vierten Reinigungsstufe auf unseren Kläranlagen einführen.
- Um den Trinkwasserverbrauch deutlich zu senken, wollen wir Wasserverschwendung insgesamt thematisieren und bekämpfen sowie Brauchwassersysteme in Neubauten des öffentlichen Wohnungsbaus und im zweiten Schritt bei allen städtebaulichen Verträgen und Baulandvergaben zum Standard machen. Dafür werden wir in größeren Neubaugebieten Brauchwassersysteme erproben, die insbesondere im geförderten Wohnungsbau Warmmieten-neutral sind, und daraus Standards entwickeln. Zudem werden wir in einem Pilotprojekt den Umbau auf ein zusätzliches Brauchwassersystem im Bestand erproben.

- 576 • Wir wollen die Festsetzung und langfristige Sicherung des im Verfahren
577 befindlichen Trinkwasserschutzgebiets Praunheim II.
- 578 • Für den nachhaltigen Ressourcenschutz des Grundwassers ist eine valide
579 Datenbasis einschließlich zugehöriger Dokumentation und Bewertung
580 erforderlich. Deshalb gründen wir eine Fachstelle Wasser beim Umweltamt, dass
581 ein stadtweites, aktives Management der Grundwassermessstelle aufbaut.
- 582 • Wir klären im Rahmen eines Forschungsprojekts, mit welchen Techniken und für
583 welche Zwecke Mainwasser als Brauchwasser z.B. für die Bewässerung von
584 Bäumen und Grünanlagen genutzt werden kann. Die Ergebnisse dieses Projekts
585 werden wir im Rahmen der nachhaltigen Stadtplanung umsetzen.
- 586 • In den immer heißer werdenden Sommern müssen Menschen sich im öffentlichen
587 Raum kostenlos mit Trinkwasser versorgen können. Wir werden dafür, in
588 Umsetzung der Beschlüsse der Klimaallianz, Trinkbrunnen in Parks und
589 Grünanlagen, aber auch in Einkaufsstraßen und an Knotenpunkten des
590 Öffentlichen Nahverkehrs aufstellen.

591

592 Wohnen, Planung und Bauen

593 Städte sind mit globalen Herausforderungen konfrontiert, die auf der lokalen Ebene
594 gelöst werden müssen. Die Stadt Frankfurt mitten in der derzeit wachsenden
595 Metropolregion Rhein-Main trägt eine große Verantwortung, die Auswirkungen der
596 Klimakrise zu bewältigen, den Bedarf an mehr bezahlbarem Wohnraum zu decken und
597 moderne Industrie- und Gewerbeflächen bereitzustellen. Fragen des gesellschaftlichen
598 Zusammenhalts, die Folgen der Klimakrise, eine umfassende bürgerschaftliche Teilhabe
599 und Mitbestimmung, nachteilige Folgen der Pandemie und die Bereitstellung der
600 notwendigen Infrastruktur in einem zunehmend anspruchsvollen technischen Umfeld,
601 müssen gemeinsam angegangen werden. Um die anstehenden Aufgaben in Frankfurt in
602 einer dauerhaft tragfähigen Politik zu verankern, bekennen sich die
603 Koalitionspartner*innen zu einer integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik.
604 Eine drängende Aufgabe ist dabei der Erhalt und die Schaffung von ausreichend
605 bezahlbarem Wohnraum. Nur so wird das Leben in Frankfurt für alle bezahlbar - auch für
606 Menschen mit geringem Einkommen, für Alleinerziehende, Familien, Senior*innen,
607 Auszubildende und Berufseinsteiger*innen, für Studierende, Geflüchtete, wohnungslose
608 Menschen und Menschen, deren Lebensumstände sich geändert haben.
609 Alle Bauwerke in Frankfurt müssen klimagerecht gestaltet und ressourcenschonend
610 werden. Um das von uns gesetzte Ziel der Klimaneutralität bis 2035 in Frankfurt zu
611 erreichen, muss der Gebäudebestand sozialverträglich saniert werden und beim Neubau
612 von Beginn an eine hohe Energieeffizienz und ein sparsamer Ressourceneinsatz
613 gewährleistet sein.
614 Im Sinne einer klimagerechten Stadtentwicklung müssen Stadträume sowie Grün- und
615 Freiflächen zusammen betrachtet werden. Gebäude und Grün müssen in der Außen- und
616 Innenentwicklung – wie bereits vor rund 90 Jahren im ‚Neuen Frankfurt‘ – verstärkt
617 zusammen geplant und gebaut bzw. angelegt werden. Als Koalition stehen wir dazu, die
618 Ziele Klima-, Umwelt- und Artenschutz, bezahlbaren Wohnraum und nachhaltiges

25

Wirtschaften miteinander in Einklang zu bringen. In diesem Zusammenhang müssen auch bürokratische Prozesse überprüft und Hindernisse gezielt abgebaut werden. Frankfurt ist eine Stadt der Stadtteile, die ganz unterschiedliche Qualitäten und Entwicklungsmöglichkeiten aufweisen. Die Pflege der jeweiligen gewachsenen Identität der Frankfurter Stadtteile und eine angemessene Weiterentwicklung gemäß den Bedürfnissen der Einwohner*innen wird einen Schwerpunkt der Wahlperiode bilden. Um die Planungs- und Baukultur zu fördern, werden bei allen wichtigen Projekten der Stadtentwicklung bewährte und neue Formen der Bürger*innenbeteiligung zum Einsatz kommen, da wir den Rückhalt und die Mitarbeit von allen Menschen in Frankfurt brauchen.

Stadtentwicklung: Unser Leitbild der 15-Minuten - Stadt

- Wir werden die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISTEK) beschriebenen Leitprojekte umsetzen. Dazu gehört z.B. das Frankfurter Bündnis für das Wohnen, eine neue wohnungspolitische Konzeption für Frankfurt, die Weiterentwicklung der Siedlungen aus den 1950er bis 1970er Jahren, Leitlinien für die städtebauliche Weiterentwicklung der Quartiere; nachhaltiges Flächenmanagementsystem, Sportflächen; Freiflächen für mehr Lebensqualität und Gewerbe- und Industrieflächen entwickeln, weiterentwickeln und sichern.
- Wir werden das ISTEK in einem nächsten großen Entwicklungsschritt unter Beteiligung der Bürger*innen auf die Stadtteile herunterbrechen und dort, wo Projekte anstehen, Stadtteilwerkstätten durchführen. Dabei wollen wir Best-Practices als Vorlage für alle weiteren Planungen erarbeiten.
- Wir setzen die Beschlüsse der Klimaallianz um. Im Bereich der Stadtentwicklung wollen wir neben der Sozialverträglichkeit vor allem die Maßnahmen der „Klimagerechten Stadtentwicklung“ umsetzen und entwickeln alle neuen Quartiere so weit wie technisch möglich im Betrieb klimaneutral – mit moderner

- 645 Mobilität, autoarm, fußgänger- und fahrradfreundlich, mit viel Freiflächen und
646 klimaoptimierter Gestaltung, mit erneuerbaren Energien und emissionsfrei.
- 647 • Wir werden uns gemeinsam mit den wissenschaftlichen Einrichtungen in der
648 Stadt, unter anderem der Goethe-Universität, für Forschungsprojekte einsetzen,
649 das Ziele und Maßnahmen auf dem Weg zur klimaresilienten Stadt erarbeitet.
 - 650 • Wir prüfen alle neuen Entwicklungsmaßnahmen auf ihre Auswirkungen auf das
651 Klima – lokal und global, also auf den Einfluss auf Emissionen ebenso wie auf das
652 Stadtklima. Die Gutachten machen wir öffentlich und die Prüfung ist
653 ergebnisoffen. Wir praktizieren das Prinzip der doppelten Innenentwicklung. Dies
654 muss zu einer Verbesserung der lokalen Klimabedingungen führen, ansonsten sind
655 Alternativen aufzuzeigen. Über ein hohes Maß an Transparenz wollen wir auch zur
656 Versachlichung der Debatten beitragen.
 - 657 • Die 15-Minuten-Stadt ist unser Leitbild in der Quartiersentwicklung. Quartiere
658 sollen nicht nur sozial, sondern funktional durchmischt sein. Durch die
659 Nutzungsmischung von Wohnen, Arbeiten, Erholungsräumen, Schulen, Kitas,
660 Ärzt*innen, Pflege, Handwerk, Sportangeboten, Einkaufsmöglichkeiten und Grün
661 wollen wir verschiedenste Lebensbereiche zusammendenken, Wege verkürzen
662 und diese stärker zu Fuß oder durch das Rad ermöglichen.
 - 663 • Wir erhalten und schützen den Frankfurter Grüngürtel und die bestehenden
664 Parkanlagen und weiten diese aus.
 - 665 • Baugebiete brauchen Parks: bezahlbares und naturnahes Wohnen, beides gehört
666 für uns zusammen: Ein Park auf dem Eidechsenengelände zwischen Gallus und
667 Römerhof (nach der Best-Practice der Bahnstadt in Heidelberg). Mehr Grün auf
668 Stadtplätzen. Das Mainufer am Eisernen Steg und in Griesheim. Unser
669 Versprechen: Von jeder Frankfurter Wohnung soll ein Park, begrünter Platz, Wiese
670 oder Wald künftig maximal 500 Meter entfernt sein. Wir stehen für ein “Neues
671 Frankfurt”.

- Neue Quartiere müssen gut an den ÖPNV angeschlossen sein. Eine bedarfsgerechte Taktung mit entsprechenden Kapazitäten soll von Beginn an Bestandteil der Planung und Umsetzung der Projekte sein. Zudem müssen neue Quartiere über ein Netz zusammenhängender Fahrradwege, ausreichende Bike & Ride-Stellplätze an ÖPNV Knotenpunkten, Platz für Schulen, Kindergärten und soziale Infrastruktur sowie attraktive Begegnungs- und Grünflächen verfügen. Parkplätze soll es in der Regel nur noch in Quartiersgaragen (Hubs) geben, die von allen gut erreichbar sind.
- Dafür setzen wir eine übergreifende Koordinierungsstelle ein, die fachübergreifend arbeitet. Wissenschaftliche, belastbare Erkenntnisse und erfolgreiche Konzepte in anderen Kommunen sind dafür auch in Zukunft unsere Grundlage.
- Die Natur- und Landschaftsbestandteile sollen integriert bei jeder Planung einbezogen und, wo möglich, noch vor der Bebauung verwirklicht werden.
- Unsere Vision für Neubaugebiete in Frankfurt sind öffentliche Gartenanlagen, die gemeinschaftlich genutzt werden können. Projekte des gemeinschaftlichen Gärtnerns wie Urban Gardening, gemeinsam genutzter Kleingärten und der solidarischen Landwirtschaft wollen wir fördern.
- Wir legen im Inneren neuer Wohnquartiere bezüglich Klimaschutz, Artenschutz und öffentliche Nutzbarkeit, hochwertige Grünräume an und gestalten Innenhöfe und Vorgärten auch im Bestand entsprechend. Dabei streben wir insbesondere großkronige Bäume und ökologisch vielfältige Wiesen und wo möglich den Erhalt, ansonsten die Schaffung von Biotopen oder mindestens Funktionen einer Biotopvernetzung an. Zudem schaffen wir Spiel- und Sportplätze und Aufenthaltsgelegenheiten für eine gelebte Nachbarschaft. Für Planungsmaßnahmen führen wir Planungswerkstätten mit dem Grünflächenamt und den Bürger*innen durch.

- Wir wollen den Trinkwasserverbrauch deutlich senken, Wasserverschwendung vermeiden und Regenwasser sinnvoll nutzen. Bei jedem Baugebiet wird es dazu im Vorfeld eine Entscheidung geben, ob Regenwasser vor Ort versickert oder in Brauchwassersystem eingeleitet wird. Dazu wollen wir Brauchwassersysteme in Neubauten des öffentlichen Wohnungsbaus und im zweiten Schritt bei allen städtebaulichen Verträgen und Baulandvergaben zum möglichen Standard machen. Dafür werden wir in größeren Neubaugebieten Brauchwassersysteme erproben, die insbesondere im geförderten Wohnungsbau warmmietenneutral sind, und daraus Standards entwickeln. Zudem werden wir in einem Pilotprojekt den Umbau auf ein zusätzliches Brauchwassersystem im Bestand erproben.
- Wir wollen auf Flächen wie ungenutzten Stellplatzanlagen, Infrastrukturtrassen, Abstandsflächen oder Freiräumen von Bildungs- und Sozialeinrichtungen Optionen für neue dauerhafte oder auch temporäre soziale wie ökologische Mehrfachnutzungen eröffnen. Verkehrliche Maßnahmen sind verknüpft mit dem städtischen Gesamtverkehrskonzept.
- Wir evaluieren das bisherige System der Ausgleichsmaßnahmen mit dem Ziel, ihren ökologischen Wert zu erhöhen und sie nachhaltig zu gestalten. In Verhandlungen mit den Projektentwickler*innen streben wir dabei Vereinbarungen zu einer langfristigen Kostenübernahme auch der Pflegekosten sowie zu einem nachhaltigen Monitoring der Qualität der Maßnahmen an. Ausgleichsmaßnahmen sollen dabei wo immer möglich in der Nähe der Projekte realisiert werden, aus denen sie resultieren.
- Wir werden die Kommunalsatzungen – insbesondere die Stellplatzsatzung – auf die Umsetzbarkeit unserer Ziele hin überprüfen und anpassen. Auch in der Innenentwicklung, gerade in Bereichen ohne gültige Bebauungspläne, brauchen wir mehr Handlungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel städtebauliche Verträge und forcieren daher freiwillige Maßnahmen.

- Um die architektonische und städtebauliche Qualität in der Stadt nachhaltig zu fördern, werden wir bei Wettbewerben bzw. Gutachterverfahren die aktuellen städtischen Leitlinien mit Nachhaltigkeitskriterien erweitern und bei größeren städtischen Planungsvorhaben oder von Dritten in der Regel immer einen Wettbewerb nach den Richtlinien der Architektenkammer durchführen. Wichtige Projekte werden in der Regel zweistufig mit zwischengeschalteter Bürger*innenbeteiligung durchgeführt. Für die Durchführung der Wettbewerbe setzen wir als Grundlage auf die neuen Wettbewerbsrichtlinien.
- Schon in den Ausschreibungstexten werden wir darauf hinweisen, dass die Stadt großen Wert auf Nachhaltigkeitskriterien legt. Bei der Bewertung aller Realisierungswettbewerbe und Gutachterverfahren werden diese Nachhaltigkeitskriterien umfassend berücksichtigt. Dazu entwickeln wir Verfahren und legen entsprechende Berechnungsmethoden fest, in denen zum Beispiel graue Energie, CO₂-Emissionen im Betrieb, Recyclingfähigkeit der Baumaterialien sowie Ansätze einer Kreislaufwirtschaft sowie für den Bereich Gesundheit förderliche Maßnahmen, wie z.B. die Versorgung mit Frischluft, dargestellt und zur Bewertung hinzugezogen werden müssen. Entsprechende Vorgaben werden wo immer möglich über städtebauliche Verträge abgesichert. Bei städtischen Vergaben für Bauprojekte ohne Wettbewerb werden die Vergabekriterien entsprechend diesen Nachhaltigkeitskriterien angepasst, bei Baumaßnahmen von Unternehmen mit städtischer Beteiligung werden wir darauf hinwirken, dass diese Aspekte Berücksichtigung finden.
- Auch bei der Gewerbegebietsentwicklung gilt Innen- vor Außenentwicklung. Urbane Gebiete dürfen nicht zugunsten von Wohnen, Gewerbe in die Außenentwicklung verdrängen. Dafür wollen wir die Potentiale zum Beispiel im Osthafen, und in Sossenheim weiterentwickeln, denn gerade Arbeitsplätze sind wichtig für die positive Entwicklung unserer Stadt. Um Gewerbegebiete zu

753 etablieren und Gewerbe in Frankfurt zu halten, wollen wir
754 „Gewerbequartiersmanager“ einsetzen.

- 755 • Wir bekennen uns zum Gewerbeflächenentwicklungsprogramm und wollen
756 bestehendes Gewerbe in der Stadt halten. Zielsetzung ist die Aktivierung von
757 Gewerbe- und Industriebrachen.
- 758 • Neue Gewerbe- und Industriegebiete oder Gewerbegebiete im Strukturwandel
759 wie in Griesheim und Rödelheim/Sossenheim werden wir mit Rahmenplänen als
760 nachhaltige Gewerbegebiete entwickeln. Alle Gewerbegebiete sind hinsichtlich
761 ihrer Struktur zu prüfen und zu optimieren, dabei hat Bestandssicherung für uns
762 Priorität, denn auch in Gewerbegebieten geht Innen- vor Außenentwicklung. Die
763 Versorgung von Gewerbegebieten muss mit effizienten, nachhaltigen
764 Energieträgern erfolgen, Gebäude sollen wenn möglich mit Solarthermie und
765 Photovoltaik ausgerüstet werden, auch in Kombination mit Dachbegrünung.
766 Wärme aus der Umgebung, insbesondere aus anderen Gewerbeeinrichtungen
767 oder dem Boden, und andere Ressourcen sollen genutzt bzw. recycelt werden.
768 Bei der Entwicklung von Gewerbeflächen streben wir weiterhin auch eine
769 interkommunale Zusammenarbeit mit der Region an, inklusive einer fairen
770 Aufteilung von Entwicklungskosten und Gewerbesteuererinnahmen.
771 Insbesondere bei städtischen Liegenschaften und der Liegenschaften städtischer
772 Gesellschaften etwa im Bereich der Hafengebiete werden wir Flächen und deren
773 Nutzung optimieren und Gewerbequartiersmanager etablieren. Rechenzentren
774 sind hier weitgehend auszuschließen. Diesbezüglich und mit Blick auf die
775 einzelnen Rahmenplanungen werden wir das
776 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm weiterentwickeln und anpassen. Die
777 Festsetzung von Rechenzentren-Clustern wird hier eine wesentliche Rolle spielen.
- 778 • Für Rechenzentren erarbeiten wir ein regional abgestimmtes Konzept zur
779 räumlichen Steuerung, zur Stromgewinnung und Abwärme-Nutzung und zur
780 städtebaulichen Einbindung. Wir streben an, alle Rechenzentren von Luft- auf

31

Wasserkühlung umzustellen, in Zusammenarbeit mit der Goethe-Universität und dem GSI Helmholtzzentrum, die ein innovatives Wasserkühlsystem entwickelt haben, mit dem weltweit mehrere Millionen Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden und gleichzeitig die Abwärme zum Heizen genutzt werden kann. Wir prüfen, wo und wie Wohngebiete und Standorte für künftige Rechenzentren in verträglicher räumlicher Nähe geplant werden können und evaluieren darüber hinaus die Ausweisung von Standorten für Kleinstrechenzentren, z.B. in Untergeschossen, als Wärmeversorger in Quartieren. Die Mainova wollen wir aufgrund ihrer Position als Netzdienstleisterin als unverzichtbare Partnerin eng einbinden.

- Die im Innenstadtkonzept geplanten neuen Gebäude zur besseren Fassung von Plätzen und zur Bereitstellung von neuen Flächen für Einzelhandel und Gastronomie wollen wir vordergründig auf bereits versiegelten Flächen umsetzen. Dabei werden wir vor allem auf innovative und nachhaltige Konzepte beim Bau und der Nutzung achten. Nicht vermeidbare Neuversiegelungen müssen am gleichen Standort ausgeglichen werden.

32

Zusammen mit der Region denken und handeln

- Wir unterstützen die Initiative der hessischen Landesregierung zum „Großen Frankfurter Bogen“. Wir wollen auf Kommunen zugehen mit Blick auf Siedlung, Naturschutz und ÖPNV um dort wo möglich unter dem Dach des Großen Frankfurter Bogen, eine Zusammenarbeit realisieren und z.B. in qualitative regionale Freiraumkonzepte einbetten, immer in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen. Grundsätzlich gilt für uns: Innen- vor Außenentwicklung.
- Wir streben gemeinsam mit der Region eine Überarbeitung des Flächennutzungsplans zum Schutz der Grünzüge und insbesondere naturschutzrechtlich gesicherter Bereiche sowie kulturell bedeutsamer,

landwirtschaftlicher Flächen an – aber auch unter Berücksichtigung potentieller Entwicklungsmöglichkeiten von Siedlungserweiterungen der Stadt Frankfurt.

- Wir setzen uns für die gemeinsame Vorbereitung einer Internationalen Bauausstellung (IBA) oder eines ähnlichen Formats ein. Wir wollen einen Schwerpunkt auf Strategien und Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung setzen (z.B. mit der klimagerechten Weiterentwicklung der Region, zusammen mit dem NABU und dem BUND, evtl. eines zweiten GrünGürtels, immer mit Blick auf mögliche Siedlungsoptionen und Gewerbe und Industrie sowie neue Modelle der Mobilität und Innenverdichtung anstoßen. Wir wollen aber auch einen wichtigen Beitrag zum zukunftsfähigen Bauen leisten. Dazu gehören ressourcen- und klimaschonende Bauweisen sowie gemischte und begrünte Quartiere.

Hochhausrahmenplan weiterentwickeln

33

- Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass mit Bezug auf Hochhäuser die Nachfrage insbesondere nach gewerblicher Büro-Nutzung, aber auch nach „Luxus-Wohnen“ zurückgegangen und ins Schwanken geraten ist. Mit Blick auf die „mobile Arbeit“ befinden wir uns in einer Zeit des Umbruchs, wobei wir die langfristigen Auswirkungen noch nicht erahnen können. Wir stellen fest, dass mit den bisher ausgewiesenen Standorten die Büro-Nachfrage bis Ende des Jahrzehnts gedeckt werden kann.
- Neu zu planende Wohnhochhäuser können, wenn sie bezahlbaren Wohnraum und eine Nutzungsmischung im Sockelbereich vorweisen, einen Mehrwert zur Entspannung des Wohnungsmarkts und damit für die Stadt liefern. Dies gilt sowohl für die Belebung der öffentlichen Räume als auch für die Schaffung von Wohnraum. Wir werden im Rahmen des „Bündnis für Wohnen“ mit den Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt und der Politik entsprechende Rahmenbedingungen definieren.

Fernwirksame Hochhäuser werden nur an Standorten umgesetzt, die über den Hochhausrahmenplan festgesetzt wurden. Bei der weiteren Fortschreibung des Hochhausrahmenplans wollen wir grundsätzlich mit Zurückhaltung vorgehen. Wir wollen die Öffentlichkeit intensiv beteiligen und auch hier das Klima, Nachhaltigkeit, die soziale Durchmischung und die Nutzungsmischung ins Zentrum stellen. Hierbei wollen wir auch auf die Verbesserung und Qualifizierung des öffentlichen Raums großen Wert legen.

Wir möchten neue Standorte nur für in der Nutzung durchmischte, umsichtig mit Blick auf die Nachbarschaft platzierte und dort sensibel und im Austausch mit der Öffentlichkeit integrierte Hochhäuser ermöglichen und die getroffenen Bedingungen in vorhabenbezogenen Bebauungsplänen fixieren, um ihre Verbindlichkeit abzusichern.

Auch hier möchten wir die Möglichkeiten des Holzbaus durch unseren Einsatz für bessere rechtliche Rahmenbedingungen fördern und die Möglichkeiten der Fassadenbegrünung nutzen.

In der Abwägung zwischen Sanierung und Neubau setzen wir uns für Lösungen ein, in denen der Bestand und somit dessen graue Energie erhalten bleiben können.

34

Das neue Frankfurt im 21. Jahrhundert planen: ökologisch, sozial und lebenswert

- Die sozial-ökologische und nachhaltige Weiterentwicklung unserer Stadt ist uns ein elementares Anliegen.

Wir werden entlang der momentanen Anforderungen das Wachstum im Hinblick auf unsere Ziele der Klimaneutralität bis 2035, der sozialen und funktionalen Durchmischung, mit Rücksicht auf den Artenschutz und mit innovativen Verkehrskonzepten gestalten.

Baugebiete müssen kontinuierlich weiterentwickelt werden, um keinen Einbruch beim Wohnungsangebot zu erleiden. Vor diesem Hintergrund werden wir Gebiete, die in Vorbereitung auf die Offenlage sind (d.h. städtebauliche Verträge sind überwiegend abgeschlossen), weitere Gebiete in Vorbereitung auf die wir uns vereinbaren (Wettbewerbe wurden durchgeführt, B-Pläne sind konkret in Erarbeitung, teilweise Grundzustimmungen unterzeichnet) und weitere Gebiete, über die eine Grundentscheidung nötig ist im Rahmen der Bauleitplanung und den damit verbundenen Untersuchungen und Beteiligungen fortführen und entwickeln. Dazu gehören Bereiche sowohl in der inneren als auch in der äußeren Stadt. Uns ist bewusst, dass jede Bauleitplanung ergebnisoffen stattfindet. Dabei werden wir die Baugebiete, die im integrierten Stadtentwicklungskonzept benannt sind weiterhin planen und Beteiligungsprozesse in verschiedenen Formen anbieten.

35

Als Beispiele für ökologisch-soziale und nachhaltige Musterquartiere könnten dabei das Hilgenfeld, die Parkstadt Unterliederbach II, das Quartier am Gutleuthafen, Nordöstlich Anne-Frank-Siedlung und das Lurgi-Areal im Mertonviertel entwickelt werden.

Um auch für künftige Entwicklungen rechtzeitig Potentiale zu sichern, wollen wir z.B.

- im Rahmen einer Machbarkeitsstudie Wohnbau-Potentiale um das Rebstock-Areal untersuchen.
- den Rückbau des Miquelknoten noch einmal im Zusammenhang mit dem Masterplan Mobilität im Rahmen einer Machbarkeitsstudie prüfen. Dabei werden wir auf die vorhandene Planung zur Schaffung von neuem Wohnraum, Infrastruktur und Grünflächen aufbauen.
- Wir unterstützen die Überlegungen zum neuen Stadtteil der Quartiere im Frankfurter Nordwesten beiderseits der A 5. Dabei denken wir die Entwicklung westlich und östlich im Gesamtzusammenhang.

888 Die Prüfungen, ob östlich und westlich der Autobahn eine klimaverträgliche
889 Entwicklung möglich ist, setzen wir fort. Die Beantragung eines
890 Zielabweichungsverfahrens für den Bereich östlich der A5 bei der
891 Regionalversammlung soll die nächsten Untersuchungsschritte einleiten. Ziel ist
892 die Prüfung und mögliche Anwendung des Instruments der „Städtebaulichen
893 Entwicklungsmaßnahme“ mit Priorität bei der Entwicklung östlich der A5.
894 Eine abschließende Bewertung soll im Rahmen der Diskussion um den nächsten
895 Schritt, eines Aufstellungsbeschlusses, erfolgen.

896 Zu den Überlegungen für alle Quartiere westlich der A5 wollen wir als ersten
897 Planungsschritt, dass vom Frei- und Landschaftsraum her geplant wird: Nämlich
898 Grünstrukturen, insbesondere entlang der Bachtäler und Senken, die als
899 Erholungsraum für die Artenvielfalt und Verbindungswege in die Nachbarstädte
900 genutzt werden können. Sie sollen ein stabiles grünes Grundgerüst darstellen,
901 unabhängig von der zukünftigen Entwicklung.

902 Damit die im neuen Stadtteil vorgesehenen Grünstrukturen, Erholungsräume und
903 Freiflächen eine hohe Wertigkeit und Qualität aufweisen, werden wir
904 vorgeschaltet einen landschaftsplanerischen Wettbewerb unter Einbindung der
905 Bürger*innen realisieren.

906 Weitergehende städtebauliche Planungen beurteilen wir erst zu einem späteren
907 Zeitpunkt entsprechend dem dann gegebenen Wohnbedarf und den künftigen
908 Empfehlungen des Beratergremiums Consilium.

909 Grundsätzlich sind bei den entsprechenden Weiterplanungen als Leitlinien
910 essentiell:

- 911 ○ Kalt- und Frischluftschneisen dürfen nicht verschlossen werden
- 912 ○ Natur- und Landschaftsbestandteile sowie der Artenschutz sind bei
- 913 weiteren Planungen zu berücksichtigen und so weit wie möglich
- 914 freizuhalten bzw. zu berücksichtigen, die Rahmenbedingungen der
- 915 Klimaallianz gelten auch für diese Prüfungen

- 916 ○ Jede Entwicklung soll einen Mehrwert für die benachbarten
917 Bestandsquartiere bieten, z.B. für die soziale Infrastruktur.
- 918 ○ Neue Quartiere sind mit qualifizierten Grünräumen, moderner Mobilität
919 und weitgehend autofrei zu planen. Eine gute Anbindung insbesondere an
920 den ÖPNV (sowohl zwischen den Quartieren wie auch mit der Region) ist
921 sicherzustellen.
- 922 ○ Für eine mögliche Planung gilt der neue Baulandbeschluss.
- 923 ○ Eine gute Mischung aus Infrastruktur, Wohnen und Arbeiten soll urbane
924 Strukturen ermöglichen
- 925 Eingebunden werden soll eine Machbarkeitsstudie zum P+R Taunusblick und eine
926 mögliche Umsetzung als Verkehrshub geprüft werden .
- 927 Um diese Ziele zu verwirklichen, möchten wir eine für den neuen Stadtteil
928 entwickelte Gesellschaft gründen. Die Satzung dieser Gesellschaft soll
929 weitreichend ausgestaltet werden, dabei den Anspruch wichtiger ökologischer,
930 sozialer und städtebaulicher Ziele für den neuen Stadtteil der Quartiere verankern
931 sowie über geeignete organisatorische Strukturen unter anderem sicherstellen,
932 dass
- 933 ○ eine weitergehende parlamentarische Information, auch von Seiten der
934 Geschäftsführung der Gesellschaft und Mitentscheidung gegeben ist als in
935 Aufsichtsräten der Stadt bisher üblich ist,
- 936 ○ alle an der Entwicklung beteiligten Ämter/Referate ihre spezifischen
937 Beiträge in einer übergreifenden Projektstruktur zeitnah und transparent
938 einbringen,
- 939 ○ die sachliche und zeitliche Effizienz der Gesellschaft und ihrer Organe
940 regelmäßig für die Stadtverordnetenversammlung evaluiert wird.
- 941 • Bei der Entwicklung des neuen Quartiers im Nordwesten der Stadt wollen wir die
942 Festsetzung und langfristige Sicherung des im Verfahren befindlichen
943 Trinkwasserschutzgebiets Praunheim II.

- 944 • Die Fortführung bestehender Entwicklungsgesellschaften werden wir prüfen und
945 diese falls notwendig abwickeln.
- 946 • Wir werden für die Bebauung im Bereich des Bebauungsplans 880 (ehemals
947 „Günthersburghöfe“) neue Planungsvoraussetzungen formulieren und einen
948 neuen städtebaulichen Entwurf erarbeiten, der eine sozial vielfältige und
949 nachhaltige Bebauung nur auf den versiegelten Flächen vorsieht.
- 950 Der Erhalt der Vegetation auf den Flächen der Klein- und Freizeitgärten soll auch
951 mit einer Neuplanung und einer Öffnung für diese Grünflächen einhergehen, die
952 wir gemeinsam mit den Bürger*innen und Initiativen erarbeiten wollen.
- 953 Konzepte wie zum Beispiel das des für alle offenen, gemeinschaftlichen Gärtnerns
954 sollen hier aufgegriffen werden. Wir setzen uns dafür ein im Rahmen von
955 frühzeitigen und regelmäßigen Planungswerkstätten die Bürger*innen bei den
956 weiteren Planungen - hier wie im größeren Ernst-May-Viertel - zu beteiligen, zu
957 den Themen Verkehr, Wohnbebauung, von geförderten bis zu gemeinschaftlichen
958 und genossenschaftlichen Wohnungen, zu Bauweise, Baumaterialien und
959 Architektur sowie zu sozialer und kultureller Infrastruktur.
- 960 Neben einem hohen Anteil des sozial geförderten Wohnens, muss auch auch die
961 notwendige soziale Infrastruktur wie Kitas und Schulen, insbesondere die
962 Grundschulen, verwirklicht werden. Dies soll in unmittelbarer Nähe oder auf dem
963 Areal innerhalb der bereits versiegelten Flächen realisiert werden.
- 964 • Wir setzen uns nach wie vor für die Einhausung der A661 ein, um so zur
965 Lärminderung beizutragen und um eine fußläufige und Fahrradverbindung
966 zwischen den Stadtteilen Nordend, Bornheim und Seckbach zu schaffen. Auch
967 Grünflächen und Parks werden so miteinander verbunden.
- 968 • Ehrenamtliche Stadtteilinitiativen und -büros, die das Zusammenleben im Stadtteil
969 aktiv und nicht-kommerziell fördern, wollen wir stärken und unbürokratisch
970 unterstützen.

- Wir werden vor dem Hintergrund der Krise im Einzelhandel und des Leerstands einiger Handelsimmobilien das Innenstadtkonzept weiterentwickeln, insbesondere hinsichtlich der funktionalen innerstädtischen Mischung und der klimatischen als auch strukturellen Herausforderungen und seiner Verzahnung mit unserem Verkehrskonzept. Die im Haushalt veranschlagten 30 Millionen Euro sind auch in Investitionen zur Bildung von Standortgemeinschaften mit lokalen Akteur*innen in der Innenstadt zu verwenden. Die Mittel sollen ebenfalls der Entwicklung neuer Konzepte des stationären Einzelhandels dienen. Die Formate werden als kooperative Formate der Dezernate Planung, Wirtschaft und des Stadtmarketings entwickelt und durchgeführt.
- Im Rahmen der Post-Corona Innenstadtförderung, werden wir die Hauptwache und insbesondere den U-Bahn Abgang, umgangssprachlich „das Loch“ genannt, modernisieren und neugestalten. Dabei stehen für uns eine höhere Aufenthaltsqualität sowie eine attraktive Gestaltung des öffentlichen Raumes im Vordergrund.
- Wir werden angesichts der Bedeutung elektronischer Musik für Frankfurt die temporäre Umgestaltung des Abgangs zur B-Ebene der Hauptwache auch zusammen mit dem MOMEM planen. Hier ergibt sich die einmalige Chance für einen Startschuss einer modernen Innenstadt, die einzigartige Räume und Erlebnisse schafft, die weit über die Grenzen Frankfurts hinaus strahlen.
- CityDecks und Urbane Räume sollen geschaffen und lebenswerter gestaltet werden. Hiermit kann an verschiedenen (versiegelten) Flächen neue und flexible Aufenthaltsmöglichkeiten geschaffen werden. Zunehmende Verdichtung und Hitzespots sollen in der Stadt verringert sowie die Luftqualität verbessert werden.
- Zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt durch Einkaufs- und Tourismuserlebnisse wollen wir ein öffentliches WLAN-Netz sowie Räume, die auch zum konsumfreien Verweilen einladen und Austausch und Begegnungen fördern, einrichten.

- 999 • Auch kulturell und öffentlich nutzbare Gebäude sollen die Attraktivität der
1000 Innenstadt erhöhen, in der künftig der Konsum nicht mehr alleine im Fokus stehen
1001 soll. Frankfurts Innenstadt hat hinsichtlich Gestaltung, Begrünung und Pflege
1002 einen hohen Nachholbedarf.
- 1003 • Für die Hauptwache müssen im ersten Schritt die eigentlich nur provisorisch
1004 installierten Sicherheitssperren durch funktionale und ästhetisch ansprechendere
1005 Schutzelemente ersetzt werden und wir benötigen eine Planung der
1006 Eigentümer*innen für die Sanierung der B- Ebene. Sollte sich eine Deckelung der
1007 B-Ebene als nicht machbar erweisen, brauchen wir eine gestalterisch akzeptable
1008 Lösung für „das Loch“.
- 1009 • Der hohe Leerstand und die Zäsur in der Innenstadt-Nutzung ermöglichen es,
1010 innovative Nutzungskonzepte auszuprobieren und zu evaluieren. Die Räume dafür
1011 kann auch die Kommune eröffnen, indem sie aktiv die Initiative ergreift, nämlich
1012 zwischen Immobilienbesitzern und Initiativen vermittelt und letztere auch
1013 finanziell unterstützt. Wir schaffen mehr Flächen und Möglichkeiten für Kunst und
1014 Kultur, fördern Zwischennutzungen und bauen die Unterstützung bei der Suche
1015 nach Raum und Räumen zur Produktion und Präsentation für alle Sparten weiter
1016 aus.
- 1017 • Für die öffentlichen Räume einer künftig klimagerechten Innenstadt wollen wir
1018 einen landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb durchführen. Dies möchten wir
1019 auch für unsere Wallanlagen aufgreifen, um die Aufenthaltsqualität und die
1020 Verweildauer für Jung und Alt zu verbessern. Grundsätzlich hat sich in den letzten
1021 Jahren gezeigt, dass sich landschaftsplanerische Wettbewerbe mit
1022 Bürger*innenbeteiligung bewährt haben, weshalb die wir dies für die Gestaltung
1023 von neuen Parkanlagen auch konsequent fortführen möchten.
- 1024 • Beim Kulturcampus - einer historisch einmaligen Chance städtebaulicher und
1025 kultureller Gestaltung für ein weit über den Stadtteil und Frankfurt hinaus
1026 ausstrahlendes soziales und ökologisches Modellquartier wollen wir:

- 1027 ○ in den städtebaulichen Vorgaben zum Ideenwettbewerb für das Zentrum
1028 der Künste auch Optionen für einen erweiterten öffentlichen Raum
1029 Bockenheimer Landstraße eröffnen.
- 1030 ○ in gemeinsam durch Land und Stadt durchgeführten Wettbewerben soll
1031 ein paritätische Besetzung von Mitgliedern, die durch Stadt und Land
1032 entsandt werden, stattfinden.
- 1033 ○ zur Wahrung der besonderen städtebaulichen Qualität in diesem
1034 Modellquartier einen Gestaltungsbeirat mit der Aufgabe berufen, nach den
1035 vereinbarten Wettbewerben zu Wohnen und Grünflächen die Koordination
1036 und Feinabstimmung einzelner Gebäude und Grünräume im Detail zu
1037 optimieren.
- 1038 ○ die Vereinbarungen zum „Wohnen für Alle“, öffentlich geförderten sowie
1039 genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Wohnungen, einlösen.
- 1040 ○ die anstehende Umsetzung der Konzeptvergabeverfahren unmittelbar
1041 nach Wegzug der restlichen Universitätsnutzungen einleiten und
1042 transparent kommunizieren, bevor mit den Wettbewerben und
1043 Gebäudeplanungen begonnen wird.
- 1044 ○ die Zusagen an die ausgewählten Projekte aus dem Vergabeverfahren von
1045 2014 sind für uns verbindlich. Die Koalition wirkt darauf hin, dass die ABG
1046 zeitnah die Flächen für die Wohnprojekte zur Verfügung stellt.
- 1047 Darüber hinaus wollen wir in der Umsetzung des rechtsverbindlichen
1048 Bebauungsplans sicherstellen, dass die Integration der Nutzungen für Kultur,
1049 Arbeiten, Gastronomie, Wohnen, soziale Infrastruktur und attraktive Grünflächen
1050 mit erneuter Bürgerbeteiligung breite Akzeptanz findet. Dies soll eine politische
1051 Steuerungsgruppe mit der erforderlichen politischen Priorität beschleunigen.
- 1052 ● Bei der dringlichen Vergabe von wichtigen städtischen Liegenschaften wie dem
1053 Ratskeller oder dem Cafe Hauptwache wollen wir ein transparentes, gemeinsames
1054 Vergabeverfahren der Koalition etablieren.

- 1055 • Wir werden mit dem Land zu einer zügigen Einigung bezüglich des Botanischen
1056 Instituts kommen. Hier liegt bei uns der Schwerpunkt bei der Erweiterung des
1057 Grüneburgparks, der Realisierung von Studierendenwohnen und der Entwicklung
1058 des Grundschul- und Kitastandorts. Dabei prüfen wir auch mit dem Land, ob ein
1059 Teil des Sonderfonds aus dem Verkauf des Polizeipräsidiums genutzt werden kann.
- 1060 • Wir stehen zu einer zügigen Sanierung der Paulskirche im Geiste der
1061 Nachkriegszeit. Die Bebauung des Paulsplatzes lehnen wir ab.
- 1062 Im Jahre 2023 planen wir ein großes Paulskirchen-Jubiläum in Erinnerung an den
1063 Beginn deutscher Demokratie vor 175 Jahren. Hierzu wird ein Festakt am 18. Mai
1064 2023 geplant, der die gesamte Stadt mit einbezieht. Außerdem planen wir
1065 zusammen mit den Bürger*innen aus dem neu gegründeten Netzwerk Paulskirche
1066 eine Woche der Demokratie und weitere Veranstaltungen. Die Stadt wird das
1067 Netzwerk Paulskirche mit geeigneten städtischen Strukturen unterstützen, um das
1068 Bürger*innenengagement zu erleichtern.
- 1069 Ebenfalls bekennen wir uns zum Bau eines Hauses der Demokratie. Hier gehen wir
1070 noch im Jahr 2021 in einen großen Planungsprozess mit den Bürger*innen und
1071 Bürgern. Wir bekennen uns damit nicht nur zur großen Frankfurter
1072 Demokratiegeschichte, sondern auch zur Gegenwärtigkeit von demokratischen
1073 Prozessen und dem Einbeziehen aller Teile der Stadtgesellschaft in diese.
- 1074 • Wir sanieren (inklusive energetischer Aspekte) die denkmalgeschützte
1075 Kleinmarkthalle – mit einer akzeptablen Übergangslösung für die
1076 Standbetreiber*innen – und erzielen eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität
1077 auf dem Vorplatz und des Umfelds
- 1078 • Ebenso dazu gehört für uns das „Amüsier-Viertel“ Alt-Sachsenhausen. Wir
1079 brauchen endlich ein städtebauliches Gesamtkonzept zur Aufwertung Viertels. Der
1080 Erhalt und die Sanierung der alten Stadtmauer und der Fachwerkhäuser
1081 verbunden mit einer positiven Entwicklung des Paradieshofs, ermöglichen eine

1082 langfristige Nutzung als Szene und Kneipenviertel ohne Nachbarschaftsklagen und
1083 ohne Sperrstunde.

1084 • Wir bekennen uns zum Bildungscampus Unterliederbach, insbesondere zu einer
1085 tragfähigen Zukunft für die Paul-Ehrlich-Schule und die Ludwig-Erhard-Schule.

1086 Autoarme Quartiere

1087 • Wir prüfen die Möglichkeiten eines echten autofreien Modell-Quartiers und
1088 starten einen Ideenwettbewerb um geeignete Flächen und Konzepte. Einen
1089 entsprechenden Aufstellungsbeschluss wollen wir in der kommenden
1090 Wahlperiode auf den Weg bringen.

1091 • Stellplatzanforderungen werden minimiert und notwendige Stellplätze, z.B. für
1092 Carsharing, vorzugsweise in Hochgaragen angeordnet, bei Nachverdichtungen
1093 wird zugunsten von bestehenden oder zu pflanzenden Bäumen nach Möglichkeit
1094 auf Tiefgaragen verzichtet.

1095 • Wir wollen die Stellplatzsatzung zeitnah evaluieren um die Stellplatzvorgaben
1096 beim Wohnungsbau noch passgenauer zu reduzieren, um Baukosten zu sparen
1097 und gleichzeitig autoarme Quartiere zu ermöglichen.

1098 • E-Lademöglichkeiten in neuen Quartieren/bei der ABG: Wir wirken darauf hin,
1099 dass die ABG sukzessive Möglichkeiten für ihre Mieter*innen und Parkhaus-
1100 Kund*innen einrichtet, mindestens über 230V-Anschlüsse um Elektrofahrzeuge
1101 aufzuladen und frühzeitig mögliche technische Hindernisse für diese Ausstattung
1102 zu beseitigen (z.B. über ein intelligentes Lastmanagement). Hinsichtlich der
1103 Standortsuche für E-Ladesäulen und Car-Sharing Plätze soll die Stadt eine aktive
1104 Rolle übernehmen und Ämterübergreifend Standorte definieren, die dann unter
1105 Maßgabe von zu erarbeitenden Bedingungen der Stadt ausgeschrieben werden
1106 sollen.

1107 Nachhaltig Bauen

- 1108 • Einer der großen Hebel bei der sozial-ökologischen Umgestaltung Frankfurts sind
1109 vielfältige Klimaschutzmaßnahmen beim Betrieb und Bau von Gebäuden aller Art.
1110 Wir wollen energetische Sanierungsmaßnahmen sozialverträglich umsetzen. Das
1111 bedeutet: Daraus darf keine Mieter*innenverdrängung entstehen, sondern daraus
1112 sollen wenn möglich Mietentlastungen bei der Zweitmiete resultieren. Dazu
1113 wollen wir die vielfältigen Fördermöglichkeiten des Landes und des Bundes nutzen
1114 und darüber informieren – und auch kommunale Förderprogramme auflegen. Um
1115 das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 zu unterstützen, streben wir mit der ABG,
1116 weiteren öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und mit privaten
1117 Bauträger*innen Vereinbarungen über den Bau und die energetische Sanierung
1118 von Gebäuden an, die über gesetzliche Vorgaben hinausgehen:
- 1119 ○ Wir etablieren den Plusenergiehausstandard, für den wir unterschiedliche 44
1120 Lösungen testen und fördern wollen – diese Bilanzierung kann auch
1121 quartiersweise erfolgen
 - 1122 ○ Wir setzen bei städtischen Neubauten auf nachhaltige Dämmmaterialien
 - 1123 ○ Wir unterstützen die Umstellung insbesondere von alten
1124 Nachtspeicheröfen auf moderne Technologien und auf CO₂-neutrale
1125 Wärmeversorgung und binden dabei zum Beispiel die Energieberatung der
1126 Mainova mit ein.
- 1127 • Beim Bauen setzen wir auf eine ökologische, ressourcenschonende Umsetzung, in
1128 dem wir bei neuen Nutzungen Priorität auf Umbau vor Abriss setzen. Dafür
1129 entwickeln wir eine Strategie zum ressourcenschonenden Bauen, um
1130 Rohstoffverbrauch und Abfallaufkommen im Baugewerbe deutlich zu reduzieren.
1131 Wir streben dabei auch eine möglichst umweltgerechte Baustellenlogistik und
1132 innovative Lösungen zum Recycling von Abbruchmaterialien an.

1133 Wir werden prüfen, wie wir Elemente der Kreislaufwirtschaft und speziell des
1134 Cradle2Cradle-Prinzips beim Bauen etablieren können – zum Beispiel durch die
1135 Nutzung von Recycling-Beton bei städtischen Neubauten, die Einrichtung eines
1136 Bauteile-Lagers oder die Verwendung von Holz aus dem Stadtwald. Erste Projekte
1137 mit diesen Zielen und unter Beteiligung von Bürger*innen und Expert*innen
1138 wollen wir schnell auf den Weg bringen. Wir entwickeln Vorhaben nach
1139 Möglichkeit in komplett ökologischer Bauweise und verzichten dabei
1140 insbesondere so weit wie möglich auf den CO₂-intensiven Beton und Zement
1141 sowie auf Dämmstoffe auf Basis fossiler Rohstoffe wie Polysterol.

- 1142 • Ein wichtiger Pfeiler um Frankfurt bis 2035 klimaneutral zu gestalten, ist die
1143 klimaneutrale bzw. deutlich klimafreundlichere Sanierung aller städtischen
1144 Gebäuden sowie der privaten Wohn- und Gewerbegebäude. Um in großem
1145 Umfang CO₂-Emissionen einzusparen, werden wir als Stadt Vorreiterin sein und
1146 die Eigentümer*innen dabei unterstützen, energieeffizientere Heizungen
1147 einzubauen, die Gebäudehüllen besser energetisch zu dämmen und
1148 Heizkraftstoffe aus klimaneutralen oder klimafreundlicheren Quellen zu nutzen.
1149 Wir zielen darauf ab, die Sanierungsquoten deutlich zu erhöhen – das Wuppertal
1150 Institut geht davon aus, dass eine Sanierungsquote von 4 % pro Jahr nötig ist, um
1151 Klimaneutralität 2035 zu erreichen. Die energetische Modernisierung der
1152 Bestandsgebäude muss dabei so gestaltet werden, dass die Kosten fair geteilt
1153 werden. Dies wollen wir mit öffentlichen Förderprogrammen, z.B. einem „Klima-
1154 Wohngeld“ unterstützen. Zusätzlich werden wir bei der Energienutzung wie auch
1155 beim Wärmeverbrauch weiter konsequent die Effizienz erhöhen und Energie
1156 einsparen. So werden wir in der Straßenbeleuchtung aus Gaslaternen unter
1157 Berücksichtigung des Artenschutzes LED-Lampen machen, als Standard für die
1158 gesamte Beleuchtung. Da, wo private Eigentümer*innen oder Unternehmen
1159 verantwortlich sind, werden wir über Beratung und Förderangebote den schnellen
1160 Umstieg unterstützen.

- 1161 • Mieter*innenschutz und Klimaschutz gehören für uns zusammen. Energetische
1162 Modernisierungen dürfen nicht zu Verdrängung von Mieter*innen führen.
1163 Dennoch sind energetische Modernisierungen wichtig, um die Klimaschutzziele
1164 der Bundesregierung und der Stadt Frankfurt zu erreichen. Wir werden daher eine
1165 städtische Monitoring-Stelle einrichten, die überprüft, ob die Vereinbarungen in
1166 Erhaltungssatzungsgebieten, bei Abwendungen des kommunalen Vorkaufsrechts
1167 bzw. bei Inanspruchnahme von städtischen Fördergeldern für energetische
1168 Sanierungsmaßnahmen eingehalten werden.
- 1169 • Bestehende städtische Förderprogramme (insbesondere „Frankfurter Programm
1170 zur Modernisierung des Wohnungsbestandes“, „Frankfurt frischt auf“) sollen
1171 aufgestockt und neue Förderprogramme geschaffen werden. Allerdings sollen
1172 zinsfreien Darlehen bzw. der Erhalt andere Förderleistungen der Stadt Frankfurt
1173 am Main an Bedingungen gekoppelt werden: Nach der energetischen
1174 Modernisierung darf eine Mieterhöhung nach § 559 Abs. 1 BGB für die Dauer von
1175 drei Jahren nicht geltend gemacht werden. Vor dem Hintergrund eines zinsfreien
1176 Darlehens für die Dauer von 20 Jahren ist nach Ablauf der drei Jahre eine
1177 Erhöhung der Nettokaltmieten innerhalb von drei Jahren – entgegen der
1178 gesetzlichen Regelung in § 559 Abs, 1 BGB – von nicht mehr als 6 Prozent der für
1179 die energetische Modernisierungsmaßnahme aufgewendeten Kosten zulässig .
- 1180 ○ Nach Abschluss der Arbeiten sollten die Teilmaßnahmen nochmals geprüft
1181 werden, ob sie als Instandhaltung oder als Modernisierung anzusehen sind.
- 1182 ○ Es sollte geprüft werden, ob Mieterhöhungen warmkostenneutral erfolgen
1183 können. Das heißt, die Kaltmieten steigen in der Höhe, um die die bislang
1184 von den Mieter*innen gezahlten Nebenkosten (Wasser, Strom, Gas/Öl,
1185 etc.) aufgrund der energetischen Verbesserungen durchschnittlich sinken.
- 1186 ○ Davon unabhängig sollte generell darauf geachtet werden, dass bei
1187 Mieterhöhungen die individuelle Wohnkostenbelastung der
1188 Mieter*innenhaushalte so kalkuliert ist, dass Resteinkommen nach

- 1189 Mietzahlung 20 bis 50 Prozent über den Regelsätzen der
1190 Sozialgesetzgebung liegen.
- 1191 ○ Ein Energiemonitoring nach Abschluss der energetischen Maßnahme(n)
1192 wäre, abhängig von Art und Umfang der Maßnahmen, vorzulegen.
- 1193 • Wir werden die Beratungsangebote des Energiereferates zur energetischen
1194 Modernisierung von privaten Wohn- und Gewerbegebäuden im Bestand (in
1195 Zusammenarbeit mit der Energieberatung beispielsweise der Mainova) stark
1196 ausweiten und dafür die städtischen Fördermittel für die energetische
1197 Modernisierung deutlich aufstocken für u.a. folgende Maßnahmen:
- 1198 ○ mittels digitaler Werkzeuge wird möglichst jährlich eine detaillierte
1199 Übersicht über den energetischen Zustand des Wohn- und
1200 Gewerbegebäudebestands erstellt
- 1201 ○ bei Verlängerungen und Vergaben von Erbpachtverträgen für Grundstücke
1202 mit sanierungsbedürftigen Gebäuden wird mindestens eine Energie-
1203 Beratung erfolgen und das Ziel verfolgt, dass hochwertige energetische
1204 Sanierungen vorgenommen werden.
- 1205 ○ die Vereinbarungen der Klimaallianz zur Prüfung der Abwärmenutzung von
1206 Rechenzentren werden umgesetzt, indem vor Bauantrag eine Beratung
1207 durch das Energiereferat stattfindet, mit dem Ziel der Null-Emissions-
1208 Rechenzentren.
- 1209 • Durch den Holzbau kann das Klima entlastet werden, indem CO₂ in den Gebäuden
1210 für Jahrzehnte zwischengelagert wird. Wir setzen uns aktiv für mehr Holzbau in
1211 Frankfurt ein, mit einem großen Wohn-Modellprojekt, auch für Studierende, das
1212 wir wissenschaftlich begleiten und evaluieren wollen. Dabei wollen wir auch
1213 weitere bürokratische Hürden abbauen und setzen uns dafür auch beim Land ein.
- 1214 • Der kühlende und lärmindernde Effekt von Fassadenbegrünung und
1215 Dachbegrünung ist für eine Metropole wie Frankfurt von hoher Bedeutung. Wir
1216 wollen deshalb grüne Fassaden überall dort in der Stadtplanung durchsetzen, wo

1217 dies baurechtlich und finanziell möglich und ohne große Folgen für die
1218 Bausubstanz ist und dazu die Beratung von Investor*innen verstärken. Für die
1219 Begrünung von Bestandsgebäuden entwickeln wir gemeinsam mit kompetenten
1220 Partner*innen vor Ort, wie beispielsweise der Frankfurt University of Applied
1221 Sciences, Konzepte und führen das Förderprogramm „Frankfurt frischt auf“
1222 konsequent weiter fort. Hochhäuser bieten hier mit ihren großen Fassadenflächen
1223 besonderes Potenzial, das wir nutzen wollen. Auch durch diese Maßnahmen
1224 wollen wir für mehr Kaltluftentstehung in der Stadt sorgen.

- 1225 • Wir wollen Sportflächen und Hausgärten auf Flachdächern anlegen.
- 1226 • Fassadenbegrünung von Hochhäusern wollen wir durch entsprechende
1227 Änderungen der Hessischen Hochhausrichtlinie einfacher ermöglichen.
- 1228 • Als Koalition bekräftigen wir unsere Haltung, dass gärtnerische Gestaltung keine
1229 Steingärten sein können. Deshalb verhindern wir Vorgärten aus Stein und Kiesel
1230 und gehen weiterhin konsequent gegen steinerne Vorgärten vor.
- 1231 • Wir intensivieren die Bemühungen zur Abwärmenutzung indem wir ein
1232 allgemeines Abwärmekataster entwickeln, das wir auch für Abwärme aus
1233 Abwasserkanälen nutzen. Wir prüfen den Aufbau von Nahwärmenetzen unter
1234 Einbeziehung bestehender Abwasserkanäle und wollen auch so die Abwärme zum
1235 Beispiel des Industrieparks Höchst stärker nutzen. Wir prüfen die Möglichkeit von
1236 lokalen Wärmenetzen besonders für große Verbraucher wie z.B. Schwimmbäder.
- 1237 • Bestehende Lärmschutzwände wollen wir, soweit technisch möglich, auf jeden Fall
1238 begrünen. Wenn durch die Verbesserung der Lärmschutzmaßnahmen eine
1239 zusätzliche Arrondierung in Bauprojekten möglich wäre, prüfen wir die
1240 Finanzierbarkeit dieser Maßnahmen. Vorrang haben die seitens des Bundes lange
1241 zugesagten Lärmschutzmaßnahmen. Bei anstehenden Sanierungen soll beim Bund
1242 auf eine Verbesserung gedrängt werden.

1243 Etablierung einer modernen Baukultur

- 1244 • Wir werden die Wettbewerbskultur stärken, in dem durch klare
1245 Wettbewerbsrichtlinien der Städtebau und die Architektur ausschlaggebend für
1246 das Ergebnis sind. Dabei sind bereits die Zusammensetzung des Preisgerichts als
1247 auch die Vorgaben als Entscheidungsgrundlage dienen wesentlich. Guter
1248 Städtebau und gute Architektur dürfen nicht durch vorgeschobene Argumente wie
1249 beispielsweise die Kosten der Fassade oder die Optimierung von
1250 Bruttogeschossfläche verhindert werden. Dabei bauen wir auf die jetzt neu
1251 gestalteten Wettbewerbsrichtlinien auf.
- 1252 • Wir setzen stadtweit bei allen Handelsbauten und auch bei Rechenzentren auf
1253 gute städtebauliche und architektonische Qualitäten, die wir auch mit
1254 Realisierungswettbewerben durchsetzen möchten.
- 1255 • Die Gestaltung prägender Bauwerke, neuer Quartiere und großer Freiflächen 49
1256 sollen grundsätzlich durch Gestaltungsbeiräte gutachterlich begleitet und
1257 öffentlich diskutiert werden.
1258 Zukünftig wird auch bei den kommunalen Wohnbaugesellschaften noch stärker
1259 auf eine kleinteilige Vielfalt der Architektur geachtet. Hierzu wollen wir
1260 verbindliche Gestaltungsvorgaben an diese richten.
- 1261 • Um die Vielfältigkeit der verschiedenen Stadtteile zu erhalten, wollen wir
1262 bestehende B-Pläne und Erhaltungssatzungen an markanten Orten mit
1263 besonderen Gestaltungssatzungen ergänzen oder andere geeignete Maßnahmen
1264 entwickeln, damit die charakteristischen Strukturen (z.B. Altstadtkerne, einzelne
1265 Bäume oder besondere Grünzüge) ausreichend geschützt werden.
- 1266 • Architektonisch prägende Bauwerke, wie z.B. Siedlungen des Neuen Frankfurt,
1267 wollen wir stärker unter Denkmalschutz stellen.
- 1268 • Die Stadt wird sich intensiv mit den Wohnungsgesellschaften ABG und NH dafür
1269 einsetzen, dass in einem ersten Schritt die drei Siedlungen des Neuen Frankfurt

1270 Römerstadt, Riederwald und Heimsiedlung mit Gebäuden und Freiräumen
1271 (Plätze, Straßen und Grünanlagen) - denkmalgerecht saniert /renoviert werden,
1272 damit die Bewerbung Frankfurts bei der Unesco als Stadt mit Weltkulturerbe
1273 Erfolg haben kann. Zur denkmalgerechten Sanierung der Wohnungsgesellschaften
1274 sollen seitens der Stadt Fachleute aus Denkmalamt, Energiereferat und Museen
1275 hinzugezogen werden.

1276 • Wir wollen prägende Orte in den jeweiligen Stadtteilen – Plätze, Bauten,
1277 gastronomische Einrichtungen, Grünflächen oder einzelne Bäume – identifizieren,
1278 im Bestand unabhängig von ihrem Denkmalstatus schützen und ihre
1279 Besonderheiten der Öffentlichkeit vermitteln.

1280 • Wir setzen uns beim Deutschen Städtetag für die Entschlackung von
1281 Bauvorschriften ein, um bürokratische Hürden zu senken und Baukosten zu
1282 reduzieren.

50

1283 • Wir erarbeiten mit der Verwaltung, mit den Bürger*innen und mit Expert*innen
1284 kommunale Leitlinien für die Bürger*innenbeteiligung, die insbesondere
1285 sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche sowie bisher unterrepräsentierte
1286 Gruppen in Zukunft einbezogen werden und ihre Kompetenzen und Interessen
1287 einbringen können. In Form von Pilotprojekten wollen wir dabei auch die
1288 Beteiligung an bisher für die Beteiligung nicht vorgesehenen Planungsschritten wie
1289 zum Beispiel Wettbewerben ermöglichen.

1290 • Insbesondere die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bauen wir aus und
1291 verankern Kinderfreundlichkeit als ein Ziel der Stadtplanung.

1292 • Wir bauen die digitale Bereitstellung von Strukturdaten zur Stadtplanung, zu
1293 Wohnraum und zur Mietentwicklung in Zukunft weiter aus und verbessern die
1294 Benutzer*innenfreundlichkeit.

1295 • Wir achten auf die aktive Beteiligung von Frauen in der Verkehrs- und
1296 Stadtplanung. Wir wollen nicht nur „für“, sondern „mit“ und „durch“ Frauen
1297 planen. Bei Planungsvorhaben von Ämtern und Dezernaten werden die

1298 Erkenntnisse über die strukturell anderen Lebenswirklichkeiten von Frauen, u.a.
1299 auch das unterschiedliche Mobilitätsverhalten umgesetzt und nachvollziehbar
1300 dargestellt. Die adäquate Beteiligung von Expertinnen für gendergerechte Stadt-
1301 und Verkehrsplanung und von Bürgerinnen an der Planung ist sicherzustellen, wird
1302 in den Planungen erkennbar berücksichtigt und wird der
1303 Stadtverordnetenversammlung mit den Vorlagen dargelegt. Wir wollen mehr
1304 Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum. Angsträumen begegnen wir durch
1305 gute Beleuchtung im öffentlichen Raum, insbesondere an Haltestellen, laute
1306 Touch Säulen für Notsituationen. Frauen sollten dazu auch institutionell verstärkt
1307 in Planungsprozesse im Verkehrsbereich und in der Stadtentwicklung
1308 eingebunden werden.

1309 • Neben der entschlossenen Ausarbeitung von Leitlinien zur
1310 Bürger*innenbeteiligung beschreiten wir einen Weg der systematischen und dabei
1311 auch niedrigschwelligen Beteiligung der Öffentlichkeit und etablieren dafür eine
1312 Stelle, die diesen Prozess ämter- und dezernatsübergreifend aufbaut, vorantreibt
1313 und koordiniert.

1314 • Die Ergebnisse der Planungswerkstätten in verschiedenen Stadtteilen wollen wir
1315 endlich auch baulich umgesetzt sehen. Und die entsprechenden Investitionsmittel
1316 in den verschiedenen zuständigen Dezernaten zur Verfügung stellen. So wollen wir
1317 unter anderem in Praunheim und Niederursel auch mit Blick auf den möglichen
1318 neuen Stadtteil Bestandsstrukturen verbessern.

1319 • Wir wollen, dass für alle Frankfurter*innen und unsere Gäste immer eine
1320 öffentliche Toilette in erreichbarer Nähe ist. Wir setzen uns dafür ein, dass bei
1321 zukünftigen Bau- und Sanierungsvorhaben auch Unisex-Toiletten entstehen.
1322 Perspektivisch sollen Toiletten diskriminierungsfrei werden. Das
1323 Finanzierungsvolumen für öffentliche Toiletten (im Betrieb und im Neubau) wird
1324 an die Bedarfssituation angepasst. Als schnelle Maßnahme wollen wir die
1325 Auffindbarkeit der vorhandenen Toiletten verbessern. Dazu soll ein Leitsystem

1326 entwickelt und eine Beschilderung sowie digitale Möglichkeiten, diese
1327 aufzufinden, umgesetzt werden. Eine Teilfinanzierung über die Tourismus-Abgabe
1328 werden wir prüfen.

- 1329 • Um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu erhöhen, werden wir die
1330 Anzahl an öffentlichen Toiletten, insbesondere am Mainufer und im Bereich von
1331 Spielplätzen, erhöhen.

1332 Bezahlbaren Wohnraum für Alle schaffen

- 1333 • Den Baulandbeschluss von 2020 setzen wir konsequent um und schreiben ihn fort.
1334 Bereits schriftlich bestehende Vereinbarungen bei laufenden Bebauungsplänen
1335 bzw. Projekten haben bestand. Zukünftig soll es für öffentliche und private
1336 Projektentwickler*innen verbindliche Quoten von 50% für den sozialen
1337 Wohnungsbau (35 % für den 1. und 15% für den 2. Förderweg), 15 % für
1338 gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach
1339 Konzeptverfahren, 5 % für u.a. Studierende, Auszubildende, weitere Personen mit
1340 dringendem Wohnungsbedarf sowie 10 % für freifinanzierten Mietwohnungsbau
1341 geben. Bei Bestandshalter*innen, die sich über eine Grundsatzvereinbarung zu
1342 100% Mietwohnungsbau verpflichtet haben, wird unterschieden. In diesem Fall
1343 gelten die Quoten von 30% für den 1. Förderweg, 15% für den 2. Förderweg (inkl.
1344 5% für u.a. Studierende, Auszubildende, weitere Personen mit dringendem
1345 Wohnungsbedarf) und 15% für gemeinschaftliches und genossenschaftliches
1346 Wohnen. Der Baulandbeschluss gilt für Bebauungspläne und städtebauliche
1347 Verträge ab einer Größe von 30 Wohneinheiten oder 3.000 Quadratmetern
1348 Bruttogeschossfläche. Wir werden die Bauaufsicht verpflichten, bei allen
1349 Bauvorhaben in der Stadt Frankfurt ab 10 Wohneinheiten oder 1.000
1350 Quadratmetern Bruttogeschossfläche eine Beratung hinsichtlich der Schaffung von
1351 sozial gefördertem Wohnraum vorzunehmen.

- 1352 • Die Stadt Frankfurt soll bei der Aufstellung von Bebauungsplänen das Ziel prüfen,
1353 die Hälfte der überplanten Flächen zu Anfangspreisen aufkaufen zu können, um
1354 eine Alternative zu den Quotenregelungen beim Baulandbeschluss zu bieten, um
1355 die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen, ökologischen Zielen und Infrastruktur
1356 umzusetzen.
- 1357 • Wir setzen uns im Rahmen einer Initiative über den deutschen Städtetag für eine
1358 Reform des Bodenbewertungsrechts ein, um die erheblich kostentreibende
1359 Wirkung der Bodenpreise für die Kosten des Wohnens zu mildern.
- 1360 • Wir wollen mehr Transparenz bei der Flächenvergabe von städtischen
1361 Grundstücken ermöglichen, und durch die Vergabe von zum Beispiel kleineren
1362 Parzellen auch Kleininvestor*innen eine bessere Chance zu geben. Durch die
1363 Vergabe an unterschiedliche Akteur*innen stärken wir auch die baukulturelle
1364 Vielfalt.
- 1365 • Wir wollen die Wohnraumsituation für Fachkräfte (z. B. Pflegekräfte, Feuerwehr
1366 und Polizei) verbessern. Dazu werden wir uns auch für bessere steuerliche
1367 Rahmenbedingungen für die Schaffung von Werkswohnungen einsetzen.
- 1368 • Wir werden prüfen, dass Unternehmen, die sich in Frankfurt ansiedeln parallel
1369 auch anteilig Werkswohnungen schaffen und wollen Werkswohnungen für
1370 Beschäftigte bei der öffentlichen Hand schaffen.
- 1371 • Städtische Wohnungsbaugesellschaften bzw. solche mit städtischer Beteiligung
1372 (z.B. ABG, Nassauische Heimstätte) sollen Vorreiterin für bezahlbaren
1373 Wohnungsbau bleiben. Sie sollen vorrangig Wohnraum für Bürger*innen mit
1374 niedrigem und mittlerem Einkommen schaffen und instand halten. Gleichzeitig
1375 müssen sich öffentliche Wohnungsbaugesellschaften eigenständig wirtschaftlich
1376 tragen können.
- 1377 • Bei der ABG scheint es uns dank der erweiterten Hessischen Förderung, auch mit
1378 Blick auf ihr Sanierungs- und Neubauprogramm, wirtschaftlich vertretbar, dass wir
1379 auf 60 % der neu errichteten Wohnungen im geförderten Sektor hinwirken – mit

- 1380 der Gewichtung 40 % Sozialwohnungen im ersten und 20 % im 2. Förderweg. Für
1381 die ABG gilt der Baulandbeschluss, aber die Quote im sozial geförderten
1382 Wohnungsbau muss 10 Prozentpunkte höher liegen. Dies bedeutet 40% für den
1383 ersten und 20% für den zweiten Förderweg, 15% für gemeinschaftliches und
1384 genossenschaftliches Wohnen sowie 5% für u.a. Studierende, Auszubildende und
1385 weitere Personen mit dringendem Wohnungsbedarf.
- 1386 • Um das Ziel von 1.000 zusätzlichen Wohnungen im 1. Förderweg im Jahr zu
1387 erreichen, wollen wir unter anderem für jede 4. Wohnung der ABG, die frei wird,
1388 die Belegrechte erwerben. Bei der Nassauischen Heimstätte werden wir uns dafür
1389 stark machen, einen ähnlichen Weg zu gehen.
 - 1390 • Die ABG ist im Alleinbesitz der Stadt Frankfurt, wir werden daher über den
1391 Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung dafür sorgen, dass die ABG die
1392 vereinbarten politischen Vorgaben konsequent erfüllt. Bei der Nassauischen
1393 Heimstätte, bei der die Stadt Frankfurt nur eine Minderheitsbeteiligung besitzt,
1394 werden wir versuchen über den Aufsichtsrat die Umsetzung der politischen
1395 Vorgaben durchzusetzen. Wir streben an, dass die genannten Quoten durch die
1396 ABG bei allen Projekten der ABG erreicht werden. Ausnahmen bedürfen eines
1397 ausdrücklichen Beschlusses des Aufsichtsrats.
 - 1398 • Die ABG soll ferner regelmäßig kommunizieren, in welchen Stadtteilen sie aktuell
1399 Sozialwohnungen plant und wo und in welchem Umfang sie aktuell diese fertig
1400 gestellt hat.
 - 1401 • Wir möchten die Gemeinschaftsunterkünfte und Hotelunterbringungen für
1402 Geflüchtete, Obdachlose und weitere Gruppen, die sehr lange auf eine
1403 Unterbringung warten müssen, spätestens innerhalb von 5 Jahren auflösen und
1404 allen Menschen Wohnungen zu Verfügung stellen. Mit den städtischen
1405 Wohnungsgesellschaften sowie der NH werden entsprechende Verträge
1406 geschlossen. Bei diesen Notlagen sind wir für neue Lösungen offen.

- 1407 • Wir werden die Förderrichtlinien zum geförderten Wohnungsbau, auch
1408 hinsichtlich der baulichen Standards so anpassen, dass wir die bestehenden
1409 Bedarfe besser decken können. Damit wollen wir die Schaffung von bezahlbaren
1410 Wohnungen erhöhen und beschleunigen. Weiterhin gelten die hohen normativen
1411 Standards und die über die Gesetzgebung hinausgehenden energetische
1412 Vorgaben.
- 1413 • Bei vermieteten Wohnungen bis zu einer Nettokaltmiete 8,50 Euro pro
1414 Quadratmeter erfolgt eine Reduktion auf eine Nettokaltmiete von 6,50 Euro pro
1415 Quadratmeter für den Fall, dass die*der Mieter*in nachweist, dass er oder sie sich
1416 hinsichtlich der Einkommenssituation im Bereich der Einkommensgrenzen des 1.
1417 Förderwegs befindet. Der Differenzbetrag zwischen 6,50 Euro und bis zu 8,50 Euro
1418 Nettokaltmiete pro Quadratmeter wird seitens der Stadt Frankfurt am Main
1419 ausgeglichen. Bei vermieteten Wohnungen bis zu einer Nettokaltmiete von 13,50
1420 Euro pro Quadratmeter erfolgt eine Reduktion auf 8,50 Euro, 9,50 Euro oder 10,50
1421 Euro für den Fall, dass die*der Mieter*in nachweist, dass sein Einkommen sich
1422 unter dem Förderweg 2 subsumieren lässt. Der Ausgleich des Differenzbetrags
1423 zwischen den zuvor genannten zu reduzierten Mietzinsen und der Maximalmiete
1424 von 13,50 Euro erfolgt durch die Stadt Frankfurt am Main. Die jeweilige Wohnung
1425 muss zum Zeitpunkt mindestens ein Jahr bewohnt worden sein. Der jeweilige
1426 Mietvertrag bleibt unverändert. Die Reduktion erfolgt freibleibend und jederzeit
1427 für das Folgejahr widerrufbar für den Fall, dass Haushaltsmittel nicht zur
1428 Verfügung stehen. Die Ausgleichsbeträge zwischen der Stadt Frankfurt am Main
1429 und ABG werden monatlich abgerechnet.
- 1430 • Wir werden in Kooperation mit dem Land und den Vermieter*innen auslaufende
1431 Bindungen geförderter Wohnungen wo immer möglich verlängern und zusätzliche
1432 Belegungsrechte aufkaufen, um kurzfristige Bedarfe decken zu können. Dazu
1433 müssen die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden.

- 1434 • Wir heben im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinien unter anderem die
1435 aktuellen Zugangsbeschränkungen zum 2.Förderweg für
1436 sozialwohnungsberechtigte Wohnungssuchende auf. Zugangskriterien wollen wir
1437 nach unten korrigieren und zulassen, dass Menschen mit Berechtigung für den 1.
1438 Förderweg auch Wohnungen des 2. Förderwegs beziehen können.
- 1439 • Wir bekennen uns zu der Vereinbarung mit der ABG und ihrer
1440 Tochtergesellschaften zu einer Begrenzung der jährlichen Mietsteigerung von 1%
1441 pro Jahr bzw. 5% in 5 Jahren für weitere 10 Jahre und wollen die daraus
1442 resultierenden Effekte auf den Wohnungsmarkt in 5 Jahren evaluieren. Bei der
1443 Nassauischen Heimstätte streben wir eine ähnliche Vereinbarung an und auch mit
1444 der GWH wollen wir auf eine entsprechende Vereinbarung hinarbeiten.
- 1445 • Frankfurt ist eine Universitätsstadt. Wir wollen, dass Studierende und
1446 Auszubildende in Frankfurt ausreichend mit bezahlbarem Wohnraum versorgt
1447 werden. Dazu wollen wir schnell ein Maßnahmenpaket vorlegen und dabei auch
1448 unkonventionelle Wege gehen, um in Kooperation mit dem Studierendenwerk
1449 gezielt Flächen zu aktivieren, die für die gemischte Wohnbebauung sonst nicht in
1450 Frage kämen.
- 1451 Der bestehende Pakt für Auszubildende und Studierende wird erneuert. Konkret
1452 wird die Stadt jährlich zu Runden Tischen einladen, wo sie gemeinsam mit
1453 Universität, den Hochschulen, der IHK, der Handwerkskammer, den öffentlichen
1454 Wohnungsgesellschaften und den Kirchen, erörtert, wie die Teilnehmenden mit
1455 Flächen, Bauvorhaben, neuen Modellen des Zusammenlebens zusätzliche
1456 Wohnungen für junge Menschen ermöglichen können.
- 1457 • Mittelfristig arbeiten wir darauf hin für 10% der Studierenden einen förderfähigen
1458 Wohnheimplatz (z.B. des Studentenwerks) zur Verfügung zu stellen.
- 1459 • Gemeinsam mit dem Studierendenwerk werden wir das Programm zur
1460 Unterstützung der Studierenden bei der Wohnungssuche ausbauen.

- 1461 • Ein großer Teil der 60 Mio. Euro, die die Landesregierung der Stadt Frankfurt aus
1462 dem Verkauf des Polizeipräsidiums zur Verfügung stellen wollte, sollen für die
1463 Entwicklung Studentischen Wohnens und für Auszubildende und bevorzugt für
1464 Flächen, auf denen das Studentenwerk bauen kann, eingesetzt werden.
- 1465 • Barrierefreies und rollstuhlgerechtes Wohnen: Zusammen mit der ABG und der
1466 NH sollen jährlich mindestens 10 Rollstuhlgerechte Wohnungen nach DIN-
1467 Standard 18040-2 „R“ entstehen, darunter auch in Wohnprojekten. Um die lange
1468 Warteliste so schnell wie möglich zu reduzieren, soll geprüft werden, in welchen
1469 bestehenden Planungen dies noch nachträglich einfließen kann.
- 1470 • Die Wohngemeinschaft Bonameser Straße hat auf den baurechtlich genehmigten
1471 Flächen Bestandsschutz.. Wir halten das angesichts geschichtlicher Verpflichtung
1472 (viele Bewohner*innen bzw. ihre Eltern wurden von den Nazis verfolgt),
1473 angesichts der dort entstandenen vorbildlichen Gemeinschaft und angesichts der
1474 Wohnungsnot für dringend geboten. Unterschiedliche Wohnformen sollen in
1475 unserer Stadt ihren Platz und ihre Anerkennung bekommen.

57

1476 Leerstand und sinnvolles Flächenmanagement

- 1477 • Wir fördern weiter die Umwandlung von leerstehenden Büroflächen in
1478 Wohnungen, sofern sinnvoll.
- 1479 • Wir wollen Leerstand systematisch auch anhand eines Leerstandskatasters
1480 erfassen und so feststellen, aus welchen Gründen Wohnungen oder Grundstücke
1481 ungenutzt bleiben. Wir wollen so beratend tätig zu werden, den Leerstand
1482 abzubauen. Dies kommunizieren wir transparent an die Bürger*innen. Wir wollen
1483 spekulativen Leerstand von Wohnungen und dem Brachliegenlassen von baureifen
1484 Grundstücken entschieden entgegenwirken .
- 1485 • Aktuell haben wir in Frankfurt einen Bauüberhang von ca. 16.000 genehmigten
1486 Wohnungen. Das Baugebot nach § 176 BauGB soll, dort wo möglich, konsequent
1487 durchgesetzt werden.

- 1488 • Wir prüfen, ob und in welcher Weise Bauvoranfragen und Baugenehmigungen
1489 eingesetzt werden, um eine intensive Bebauung und künstliche Preissteigerungen
1490 zu erzielen, und wie dem, z.B. durch Baugebote und der Aufstellung von
1491 vorhabenbezogenen B-Plänen entgegengewirkt werden kann.
- 1492 • Wir planen in Kooperation mit dem Studierendenwerk Projekte zur Schaffung von
1493 vielfältigen Angeboten beim studentischen Wohnen, wie z.B.
1494 Wohngemeinschaften.
- 1495 • Wir werden in Frankfurt ein „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ ins Leben
1496 rufen, das Stadtteilpolitik, Genossenschaften, Initiativen für gemeinschaftliches
1497 Wohnen, Wohnungsgesellschaften, private Grundstückseigentümer*innen,
1498 Stiftungen, Kirchen und Wirtschaftsunternehmen in das Ziel einbindet, Flächen für
1499 preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.
- 1500 • Wir streben nach Abschluss der aktuell laufenden Prüfung an, in Frankfurt eine
1501 Agentur nach Vorbild der Münchner GIMA zu bilden, zu deren Gunsten
1502 Vorkaufsrechte in Milieuschutzgebieten ausgeübt werden können und die als
1503 Vermittlerin an andere Genossenschaften oder gemeinschaftliche Projekte dienen
1504 kann. Ziel ist die Mehrung von gemeinschaftlichem und genossenschaftlichem
1505 Wohnen in Frankfurt.

58

1506 Erbbauzins fair gestalten

- 1507 • Wir bekräftigen die Haltung der Stadt, auch in Zukunft ihre Flächen ausschließlich
1508 im Erbbaurecht zur Verfügung zu stellen und nur in begründeten Einzelfällen zu
1509 veräußern, zum Beispiel kleine Grundstücke zur Arrondierung. Städtische
1510 Liegenschaften werden generell im Konzeptverfahren nach qualitativen, sozialen
1511 und ökologischen Kriterien vergeben.
- 1512 Die Konditionen der Erbbaurechte werden durch eine Senkung des Erbbauzinses,
1513 Möglichkeiten zur Einmalzahlung und die Einbeziehung von sozialen, ökologischen
1514 und gemeinwohlorientierten Aspekten verbessert.

1515 Das gemeinsame Ziel ist die Senkung der Erbbauzinsen auf 1,5 % oder weniger,
1516 damit geförderter und bezahlbarer Wohnraum entstehen kann und
1517 gemeinwohlorientierte Akteure unterstützt werden. In sehr guten Lagen mit
1518 hohen Bodenpreisen wird der Erbbauzins zukünftig abhängig von Miethöhe
1519 gebildet, die im Konzeptverfahren als Zielwert gefordert wird
1520 (Residualwertberechnung).
1521 Flächen, die für unrentierliche Nutzungen zur Verfügung gestellt werden, sollen
1522 künftig bei der Berechnung des Erbbauzinses nicht mehr in die wertrelevante
1523 Geschossflächenzahl einbezogen werden.
1524 Die Laufzeit der Erbbaurechte von derzeit 99 Jahren kann verkürzt werden und soll
1525 den steuerlichen Abschreibungszeitraum nicht unterschreiten. Dabei wird auch
1526 eine Kapitalisierung ermöglicht. Bei der Anpassung von laufenden Verträgen soll
1527 künftig der Verbraucherpreis-Index ausschlaggebend sein und angestrebt werden,
1528 dass die Mehrbelastung nicht zu einer Veränderung des Mieter- und
1529 Eigentütermilieus führt.

- 1530 • Eigene Flächen der Stadt vergeben wir in Zukunft vorrangig an
1531 gemeinwohlorientierte Akteur*innen im Konzeptverfahren, z.B. für sozialen und
1532 bezahlbaren Wohnraum (z.B. Menschen mit Behinderung, Geflüchtete, soziale
1533 Wohnprojekte, Senior*innen), kulturelle und soziale Infrastruktur,
1534 Versorgungsinfrastruktur oder Gewerbe.
- 1535 • Wir prüfen in Zukunft bei der Ausübung des Vorkaufsrechts die Anwendung der
1536 neuen bundesrechtlichen Möglichkeiten („limitiertes Vorkaufsrecht“). Die Stadt
1537 verstärkt den strategischen Ankauf von Flächen, stattet dazu den
1538 Liegenschaftsfonds entsprechend aus und nutzt verstärkt das limitierte
1539 Vorkaufsrecht.
- 1540 • Über eine "Wohnanleihe" soll die ABG oder eine zu gründende Gesellschaft den
1541 Ankauf von Grundstücken auch zu Marktpreisen finanzieren, auf denen dann
1542 entweder die ABG Bauvorhaben umsetzen kann, oder die von der Stadt nach

1543 kurzer Zeit wieder verpachtet werden. Auf diesem Weg kann die Stadt
1544 Rahmenbedingungen im Sinne ihrer gewünschten sozialen und ökologischen
1545 Vorstellungen festsetzen um den Frankfurter Wohnungsmarkt nachhaltig zu
1546 entspannen. Diese Anleihe kann von institutionellen Investor*innen (z.B.
1547 Versicherungen, Stiftungen, Versorgungswerken) oder privaten Bürger*innen
1548 erworben werden. Auf dem Kapitalmarkt besteht, bedingt durch fehlende Zinsen,
1549 eine hohe Nachfrage nach risikoarmen Anlageformen. Aktuell wird diese nicht
1550 bedient, daher „sucht viel Geld nach einem sicheren Hafen“. Der Vorteil einer
1551 Kommune: Sie verfügt mittelbar über ein Angebot an idealer Bonität; das heißt,
1552 sie ist als Schuldnerin ähnlich attraktiv wie die oben genannte Bundesrepublik.
1553 Diese Vorteile bringen wir zusammen und gründen eine Zweckgesellschaft, deren
1554 Eigentümerin die Stadt Frankfurt ist. Die Zweckgesellschaft wird dadurch zu
1555 konkurrenzlos niedrigen Konditionen Gelder am Kapitalmarkt aufnehmen und mit
1556 diesen bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Mit diesem Mechanismus
1557 bringen wir nicht nur Angebot und Nachfrage zusammen, sondern bringen
1558 Frankfurt vor allem auf den Weg zu einem sozialverträglichen, lebenswerten
1559 Wohnungsmarkt.

- 1560 • Wir setzen uns dafür ein, dass künftig Liegenschaften von Bund und Land zu einem
1561 Preis an die Kommunen verkauft werden, der die Schaffung von bezahlbarem
1562 Wohnraum ermöglicht.
- 1563 • Wir wollen auch im Bereich der Flächen für Handel, Dienstleistungen und
1564 innerstädtisches Gewerbe prüfen, ob der Erwerb von zentralen Grundstücken,
1565 möglich und sinnvoll ist, um gezielte Unterstützung für vielfältige Zentren und
1566 Unterzentren anbieten zu können.
- 1567 • Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinnützige Stiftungen mit städtischem Patronat,
1568 die in Frankfurt über Flächen verfügen, die Bereitstellung von bezahlbarem
1569 Wohnraum wo möglich als Stiftungszweck aufnehmen, damit auf ihren Flächen zu
1570 günstigen Erbpachtzinsen Wohnraum geschaffen werden kann. Stiftungseigene

- 1571 und kirchliche Gemeinbedarfsflächen wollen wir langfristig für die öffentliche
1572 Nutzung sichern.
- 1573 • Wir werden die Umwandlung oder Neubau von als Wohnraum getarnten
1574 Beherbergungsbetrieben („Residenzwohnen“, Ferienwohnungen etc.) mit
1575 überteuerten Kurzzeitmietverträgen weiterhin konsequent verfolgen und ahnden.
 - 1576 • Wir werden das existierende Programm zum Wohnungstausch attraktiver
1577 machen, die Zugangsbegrenzungen reduzieren und eine attraktive Plattform
1578 schaffen.
 - 1579 • Wir werden die Stabsstelle Mieterschutz weiter stärken und so ausbauen, dass sie
1580 auch für Vermieterinnen und Vermieter ansprechbar ist.
 - 1581 • Wir wollen prüfen, inwiefern eine öffentliche Wohnungsbaugesellschaft die
1582 Verwaltung des verbliebenen städtischen Wohnungsbestands übernehmen kann.

61

1583 Mieter*innen schützen und behutsam nachverdichten

- 1584 • Der Milieuschutz ist ein Mittel, um angestammte Mieter*innen nicht zu
1585 verdrängen. Zur Weiterentwicklung der Milieuschutzsatzung werden wir einen
1586 „Runden Tisch“ mit den Akteur*innen des Wohnungsmarktes (u.a. Mieter- und
1587 Vermieter*innenverbände und Vertreter*innen der Politik) unter Federführung
1588 des Planungsdezernats einberufen, der uns bei folgenden Vorhaben berät:
 - 1589 ○ Wir wollen die baurechtlichen Vorgaben überarbeiten, unter anderem um
1590 die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum (zum Beispiel durch
1591 Dachausbauten) und energetische Sanierungen, auch über den GEG-
1592 Standard hinaus, zu ermöglichen.
 - 1593 ○ Mit der Zielsetzung der Überarbeitung wollen wir durch mietrechtliche
1594 Maßnahmen, die dem Schutz der Mieter*innen dienen sollen, die
1595 Abwendungsvereinbarungen verschärfen und das Vorkaufsrecht
1596 zielgerichtet bei spekulativen Verkäufen ausüben. Die Inhalte der

1597 Abwendungsvereinbarung werden wir zukünftig für die Mieter*innen
1598 transparent darlegen.

1599 Flächen effizient nutzen

1600 • Wir streben auch hinsichtlich der Wohnungsflächen eine flexible Orientierung am
1601 Bedarf an. Das Konzept des Cluster-Wohnens könnte zu einer effektiveren
1602 Nutzung des Wohnraums führen.

1603 • Flächenausnutzung durch Überbauung und Mischnutzungen steigern, z. B.
1604 Einzelhandel und deren Parkplätze überbauen.

1605 • Zudem werden wir urbane Mischgebiete ausweisen, damit Nachverdichtungen
1606 ermöglicht werden und Wohnen und Arbeiten zusammenrückt.

1607 • Entlang von Ein- und Ausfallstraßen sowie in der Innenstadt werden wir die
1608 städtebauliche Dichte bezüglich der Potentiale nach Dachaufstockung prüfen.
1609 Dabei wollen wir durch einen ganzheitlichen Ansatz auch die Qualitäten der Frei-
1610 und Grünflächen verbessern und die Infrastruktur erweitern. Alte Bebauungs- und
1611 Fluchtlinienpläne werden wir, da wo es sinnvoll erscheint, so überarbeiten, dass
1612 eine höhere städtebauliche Dichte von bis zu 7 Stockwerken ermöglicht wird. Jede
1613 größere bauliche Verdichtung, jeder Neubau, Umbau und Straßenbau muss dabei
1614 mit einer deutlichen Verbesserung der Grün-Situation einhergehen, z.B. auch bei
1615 Schulen, Schulhöfen, Kitas und Sportplätzen.

1616 • Nach Möglichkeit (und nach entsprechender Anpassung der Stellplatzsatzung)
1617 können ein Verzicht auf Tiefgaragen sowie die Kostenvorteile des modularen
1618 Bauens dazu beitragen, dass mehr bezahlbare Wohnungen entstehen.

1619 • Für Stadtteile mit klaren städtebaulichen Missständen wird koordiniert mit den
1620 Menschen in den Stadtteilen noch stärker die Bund-Länder-Förderung
1621 (Städtebauförderung) in Anspruch genommen und es werden
1622 Quartiersmanagements eingesetzt.

- 1623 • Wir nehmen eine systematische Prüfung der alten „Rahmenbebauungspläne“ der
1624 Stadt Frankfurt vor. Geprüft werden sollen insbesondere die
1625 Nachverdichtungspotenziale und die Möglichkeiten der Erhaltung wertvoller
1626 Grünflächen und Bäume. Wir entwickeln so ein Nachverdichtungskataster, das
1627 über den Baulückenatlas hinausgeht.
- 1628 • Wie schon beim Gewerbeflächenentwicklungsprogramm wollen wir die externe
1629 Vergabe von weiteren Bebauungsplänen prüfen, um darüber eine Beschleunigung
1630 herbeizuführen.
- 1631 • Wir streben auch bei der Nachverdichtung städtebauliche Verträge an, um die
1632 Begünstigten an den Allgemeinkosten zu beteiligen und zum Beispiel auf die
1633 Preisgestaltung Einfluss nehmen zu können.
- 1634 • Wir streben auch bei der Nachverdichtung beispielsweise mit Bauvorhaben im
1635 unbeplanten Innenbereich (sog. „34er-Gebiete“) städtebauliche Verträge an, um
1636 die Begünstigten an den Allgemeinkosten zu beteiligen und zum Beispiel auf die
1637 Preisgestaltung Einfluss nehmen zu können. Wir prüfen, ob dieses Ziel durch die
1638 vom Bund gegebene neue Möglichkeit des sektoralen B-Plans erreicht werden
1639 kann.
- 1640 • Wir prüfen ein Förderprogramm oder andere Optionen, um Hürden bei der
1641 Aufstockung von Wohnsiedlungen zu überwinden. Nur so kann sichergestellt
1642 werden, dass in der Nachverdichtung auch eine hohe Zahl von Wohnungen durch
1643 Aufstockung erreicht wird.
- 1644 • Bei allen Nachverdichtungsprojekten in zusammenhängenden Wohnsiedlungen
1645 sollen vor Fällung von Bäumen, auch im Zusammenhang mit dem Brandschutz,
1646 intensiv andere Lösungen geprüft und die Ergebnisse der Prüfungen
1647 nachvollziehbar dokumentiert werden. Wann immer Bäume gefällt werden
1648 müssen, sind wenn möglich großkronige neue Bäume nach zu pflanzen.
- 1649 • Nachverdichtung kann nur mit der Nachbarschaft gelingen. Wo es möglich ist,
1650 beteiligen wir die Bürger*innen deshalb von Anfang an.

- 1651 • Bei Siedlungen der 50er- und 60er Jahre wollen wir auch zum Erhalt von
1652 bezahlbarem Wohnraum bei Nachverdichtungsmaßnahmen in erster Linie statt
1653 Abriss und Neubau den Bestand erhalten, energetisch sanieren und vor Ort die
1654 Lebensqualität erhöhen.
- 1655 • Wir schonen existierende Freiflächen auch bei der Nachverdichtung. Wir erstellen
1656 eine Freiflächengestaltungssatzung und erfassen solche Flächen systematisch.
1657 Neue Versiegelung wird ortsnahe durch adäquate hohe Ausgleichsmaßnahmen
1658 kompensiert), zusätzlichen Flächenverbrauch für private PKW werden wir
1659 minimieren.
- 1660

1661 Mobilität

1662 In der laufenden Wahlperiode wollen wir, dass alle Verkehrsarten und Verkehrswege
1663 schneller, ökologischer, sicherer und zuverlässiger werden - auch in der Peripherie
1664 Frankfurts. Der öffentliche Raum wird neu und gerecht verteilt, um die Verkehrswende
1665 voranzutreiben. Dies bedeutet eine deutliche Verschiebung der Anteile der Verkehrsarten
1666 am Verkehrsaufkommen (Modal Split) zugunsten von Fuß-, und Radverkehr, ÖPNV und
1667 Sharing-Angeboten.
1668 Alle sollen frei entscheiden können, welches Verkehrsmittel sie nutzen möchten.
1669 Voraussetzungen hierfür sind der gezielte Ausbau des ÖPNV, die Umsetzung der
1670 Ergebnisse des Radentscheids und dessen Weiterentwicklung in den Stadtteilen, sowie
1671 die schnelle und effiziente Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung mit vergünstigten
1672 Tarifen für Anwohner*innen und Lieferzonen für Gewerbebetriebe. Die
1673 Verknüpfungspunkte/Umsteigepunkte der verschiedenen Verkehrsträger und der
1674 intermodale Verkehr - also die Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel im Verlauf eines
1675 Weges bzw. einer Reisekette - spielen eine weitere zentrale Rolle.
1676 Ziel ist, dass alle Menschen sich sicher und gleichberechtigt in unserer Stadt bewegen
1677 können. Hierbei müssen wir vor allem die Perspektiven von Frauen, Kindern, Familien,
1678 Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen in den Vordergrund stellen. Wir
1679 möchten die Gender-Perspektive verstärkt in der Verkehrsplanung berücksichtigen.
1680 Wir möchten für komplexe Maßnahmen Konzepte gemeinsam mit Frankfurter*innen und
1681 Expert*innen (u. a. Wirtschaftsverbände, Hochschulen, Interessenvertreter*innen)
1682 erarbeiten. Gleichzeitig wollen wir den Menschen vor Ort in Kooperation mit den
1683 Ortsbeiräten mehr Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Umfelds geben, wo keine
1684 übergreifenden Belange berührt sind. Es ist uns wichtig, dass zentrale Projekte
1685 wissenschaftlich begleitet werden.
1686 Wir möchten bei Maßnahmen auf bereits vorhandene Konzepte und Umsetzungen
1687 zurückgreifen. Bei der Schaffung von Mobilitätsstationen für den intermodalen Verkehr

65

1688 werden die Vorgaben des Regionalverbandes¹ berücksichtigt. Die Planungen der
1689 Radverkehrsinfrastruktur orientieren sich an den Beschlüssen zum Radentscheid, so
1690 sollen etwa Straßen für den Radverkehr zu „Frankfurter Fahrradstraßen“² umgestaltet
1691 werden. Bei der Umgestaltung des öffentlichen Raums dient u.a. das Konzept „Stadt am
1692 Main“³ als Grundlage.

1693 Alle Projekte fließen in den Masterplan Mobilität mit ein, der dem Prinzip eines
1694 Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP⁴) folgt. Wir stellen sicher, dass die Bürger*innen
1695 und Bürger sowie die politischen Gremien kontinuierlich über den Sachstand bei der
1696 Erarbeitung des Masterplan Verkehr informiert werden. Konsensuale Maßnahmen
1697 werden nach Erfordernis sofort umgesetzt.

- 1698 • Wir entwickeln für die gesamte Stadt gemeinsam mit den Bürger*innen und in
1699 Absprache mit den Ortsbeiräten Konzepte, mit denen:
- 1700 ○ Der öffentliche Nahverkehr, der Radverkehr und der Fußverkehr gestärkt 66
1701 werden.
 - 1702 ○ Der Verkehr in den Wohnvierteln konsequent beruhigt und der
1703 Durchgangsverkehr reduziert wird.
 - 1704 ○ Mehr öffentliche, begrünte Räume entstehen, indem vor allem in der
1705 Innenstadt und weiteren lokalen Geschäftszentren Flächen für den
1706 ruhenden Verkehr im öffentlichen Raum reduziert werden.
 - 1707 ○ Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum verbessert wird,
1708 „Flaniermeilen“ entstehen und auch die lokalen Gewerbe, der Handel, die
1709 Dienstleistungen, Gastronomie und die Kulturangebote profitieren.
 - 1710 ○ Unterzentren in den Stadtteilen profitieren und aufgewertet werden.

¹ https://www.region-frankfurt.de/media/custom/3255_1265_1.PDF?1612788482

² https://www.radentscheid-frankfurt.de/wp-content/uploads/2020/05/Die-Frankfurter-Fahrradstra%C3%9Fe_Brosch%C3%BCre.pdf

³ https://stadt-am-main.de/wp-content/uploads/2020/08/20200817_praesentation_stadt_am_main.pdf

⁴ <https://www.fznum-hessen.de/sump/>

- 1711 • Wir setzen auf Grundlage des Programms „Stadt am Main“ ein Verkehrs- und
1712 Entwicklungskonzept gemeinsam mit den Bürger*innen und in Absprache mit den
1713 Ortsbeiräten um:
- 1714 ○ Wir reduzieren den frei zugänglichen Parkraum in der Innenstadt und
1715 schaffen so Platz für attraktivere Nutzungen. Der Wegfall von Parkplätzen
1716 erfolgt aber nicht zum Selbstzweck.
 - 1717 ○ Wir schaffen weitgehend autofreie bzw. autoarme Zonen in den
1718 Quartieren und im Zentrum, in denen nur Anlieger*innenverkehr
1719 zugelassen ist.
 - 1720 ○ Wir öffnen die gesamte Innenstadt und Sachsenhausen zum Main und
1721 beteiligen die Bürger*innen an der Gestaltung.
 - 1722 ○ Der Mainkai wird im Rahmen eines Gesamtkonzepts zum motorisierten
1723 Individualverkehr in dieser Wahlperiode wieder autofrei. Er soll eine
1724 höhere Aufenthaltsqualität, mehr Grünräume, Spielflächen, Platz für Kunst
1725 und Kultur, sowie mehr Raum für Begegnungen erhalten. Dabei sollen die
1726 bereits von Bürger*innen eingebrachten Ideen und Konzepte
1727 berücksichtigt werden. Die Stadtteile - vor allem Sachsenhausen - sollen
1728 durch den autofreien Mainkai nicht zusätzlich belastet werden und der
1729 Wirtschaftsverkehr soll weiterhin funktionieren.
 - 1730 ○ Noch im Jahr 2021 werden folgende Maßnahmen am nördlichen Mainkai
1731 umgesetzt:
 - 1732 ■ Unter Wegfall der dritten KFZ-Fahrspur, werden zwei Radstreifen
1733 abmarkiert.
 - 1734 ■ Am Mainkai gilt eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h.
 - 1735 ■ An Wochenenden und in den Abend- und Nachtstunden von 19:00
1736 bis 6:00 Uhr wird der Mainkai mit Hilfe eines Umleitungssystems
1737 (nordmainische Umgehung) autofrei.

- 1738 ▪ Die bisherigen Veranstaltungssperrungen bleiben erhalten und es
1739 wird gepüft, ob der Flohmarkt alle zwei Wochen unter
1740 Einbeziehung des Römerbergs und/oder der Fahrgasse auf dem
1741 Mainkai stattfinden kann.
- 1742 ▪ Es wird ein Freiraum und- Gestaltungskonzept für den Mainkai
1743 entwickelt.
- 1744 ▪ Ab 2022 wird der Mainkai zudem in den Schulferien gesperrt und
1745 bespielt.
- 1746 ○ Wir beruhigen den Verkehr in den Wohnvierteln konsequent und
1747 vermeiden reine Durchgangsverkehre.
- 1748 ○ Die Sanierung der Industriestraßen wird zügig fortgesetzt.
- 1749 ○ Die Auswahl der Oberflächen der Straßen und Wege soll neben der
1750 Wirtschaftlichkeit auch die Belange des Klimaschutzes, der
1751 Lärmemissionen und des Abriebs berücksichtigen.
- 1752 ○ Bei allen Maßnahmen legen wir Wert darauf, dass die Rettungswege
1753 weiterhin gewährleistet sind.
- 1754 ○ Wir bauen den öffentlichen Nahverkehr aus und erhalten damit die nötige
1755 Mobilität.
- 1756 • Alle Projekte werden wir wissenschaftlich begleiten und die verkehrlichen Effekte
1757 untersuchen.
- 1758 • Wir setzen uns ein für die Entwicklung eines ganzheitlichen konzeptionellen
1759 Ansatzes für die Campusmeile unter Einbeziehung der Ergebnisse des
1760 studentischen Wettbewerbs aus 2018 und der Bürger*innen sowie die
1761 schrittweise Umsetzung erster Maßnahmen vor allem in Bezug auf:
- 1762 ○ das Mobilitätskonzept (Reduzierung der Fahrspuren für den motorisierten
1763 Individualverkehr, Ausbau der Fahrradwege, neu verbindende Fußwege,
1764 Stärkung des ÖPVN).

- 1765 ○ Ausbau der Grünflächen, Verdichtung des Baumbestandes,
1766 Wiederherstellung der Allee.
- 1767 • Wir schaffen mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität für Kinder im öffentlichen
1768 Raum und testen Projekte auf dem Weg zur “bespielbaren Stadt”.
- 1769 • Wir wollen den Luftreinhalteplan für Frankfurt so erweitern, dass aufgrund der
1770 Luftqualität keine Fahrverbote verhängt werden müssen. Dazu wollen wir weitere
1771 verkehrliche Maßnahmen durchführen, beispielsweise durch die schnelle
1772 Umstellung des städtischen Fuhrparks und der Busse auf emissionsfreie Antriebe,
1773 und den weiteren und schnelleren Ausbau des Radwegenetzes. Wir wollen die
1774 zulässigen Höchstgeschwindigkeiten nur dort reduzieren, wo mit der Maßnahme
1775 mehr Sicherheit, ein besserer Lärmschutz oder eine erhöhte Luftreinheit
1776 gewährleistet werden kann. Zudem wollen wir mit einer digitalen Steuerung des
1777 Verkehrsflusses Staus im Stadtgebiet minimieren.
- 1778 • Wir werden prüfen, ob mit vertretbarem Aufwand und unter Nutzung
1779 bestehender Berechnungsmodelle Klarheit über die wahren Kosten der
1780 verschiedenen Verkehrsarten für die Stadt Frankfurt geschaffen werden kann.
1781 Eine solche Berechnung soll dann als Basis für eine gerechtere Verteilung dieser
1782 Kosten unter Einbeziehung der Nutzer*innen des Verkehrsmittels dienen.
- 1783 • Umweltfreundliche und günstige Verkehrsmittel könnten bessergestellt und die
1784 bisher von der Allgemeinheit getragenen Kosten des übermäßigen Autoverkehrs
1785 könnten sichtbar gemacht und verursachergerecht finanziert werden.
- 1786 • Wir führen schnellstmöglich eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung mit
1787 einer Anwohner*innenregelung ein, um Verdrängungseffekte in Bereiche ohne
1788 Parkraumbewirtschaftung zu verhindern. Gewerbebetriebe erhalten die
1789 Möglichkeit Gewerbeparkausweise zu erwerben, deren Preis ggf. nach der Anzahl
1790 der benötigten Ausweise ansteigend gestaffelt wird. Kostenloses Parken wird es
1791 mittelfristig nur an Mobilitätsstationen (z. B. P+R Anlagen) am Stadtrand geben,
1792 um das Pendeln mit dem ÖPNV zu vereinfachen.

- 1793 • Wir wollen den Autoverkehr besser steuern und an seinen Kosten beteiligen, dazu
1794 entwickeln wir ein Konzept. Mögliche Einnahmen werden zweckgebunden für den
1795 Ausbau des ÖPNV, der Radverkehrsinfrastruktur und für günstigere Preise im
1796 ÖPNV verwendet. Ziele der Maßnahme sind die effektive Verringerung des MIV in
1797 der Stadt und dadurch Senkung der CO₂-Emissionen, geringere Lärmbelastung und
1798 schnelleres Vorankommen, außerdem das Schaffen von Anreizen zum Umstieg auf
1799 alternative Verkehrsmittel sowie die Erschließung von Einnahmen für den Ausbau
1800 dieser Verkehrsmittel, insbesondere des ÖPNV. Wir werden dazu schnellstmöglich
1801 eine Studie in Auftrag geben, die Antworten auf folgende Fragen liefert:
- 1802 ○ Welche Modelle zur Kostenbeteiligung und Steuerung des Autoverkehrs
 - 1803 sind für Frankfurt zu empfehlen?
 - 1804 ○ Welche Kosten sind mit der Einführung einer solchen Kostenbeteiligung
 - 1805 verbunden?
 - 1806 ○ Wie kann eine Kostenbeteiligung aussehen, die einerseits die gewünschten
 - 1807 Effekte erzielt, aber gleichzeitig eine Benachteiligung von Menschen mit
 - 1808 niedrigen und mittleren Einkommen vermeidet?
 - 1809 ○ Wie kann der Datenschutz gewährleistet werden?
 - 1810 ○ Welche Einnahmen sind zu erwarten?
 - 1811 ○ Welche Lösungen bieten sich für den notwendigen Gewerbeverkehr an?
 - 1812 ○ In welchem räumlichen Bereich und zu welchen Zeiten sollten Maßnahmen
 - 1813 zur Kostenbeteiligung greifen?
 - 1814 ○ Welche Auswirkungen sind auf den innerstädtischen Handel und die
 - 1815 Gastronomie zu erwarten?
- 1816 • Bei der Einführung werden wir die Auswirkungen der Corona Pandemie
1817 berücksichtigen.
- 1818 • Wir ermöglichen temporär die alternativen Nutzungen von Straßenabschnitten
1819 (z.B. auch als temporäre Spielstraße, oder in Einkaufsstraßen).

- 1820 • Wir werden die Forderungen aus dem Radentscheid konsequent gemäß den
1821 formulierten Qualitätsstandards („Frankfurter Fahrradstraße“) beschleunigt
1822 umsetzen und weitere Verbesserungen für den Radverkehr in einem integrierten
1823 Mobilitätskonzept für Frankfurt fortschreiben. Auch die Stadtteile am Stadtrand
1824 werden direkt über sichere Fahrradwege verbunden, sofern es diese Wege noch
1825 nicht gibt. Dabei werden Bürger*innen und Radfahr-Initiativen einbezogen. In den
1826 Fahrradstraßen sollten Sichtbarkeit und Priorität des Radfahrenden durch
1827 gestalterische Maßnahmen verdeutlicht werden. Bauliche Veränderungen werden
1828 erst nach "Normalisierung" des Verkehrsaufkommens nach Ende der Corona-
1829 Pandemie unter Beteiligung aller Betroffenen umgesetzt, wenn sie sich als
1830 verkehrlich sinnvoll erwiesen haben. Ausgenommen von dieser Einschränkung
1831 bleiben alle bereits beschlossenen baulichen Maßnahmen.
- 1832 • Damit alle Fußgänger*innen barrierefrei, sicher und zügig am Verkehr teilnehmen
1833 können, wollen wir auf der Basis der Erfahrungen aus dem Projekt Nahmobilität
1834 Nordend und der Richtlinien zur barrierefreien Gestaltung von Fußwegen ein
1835 Fußverkehrskonzept für die Stadt Frankfurt entwickeln.
- 1836 • Wir schaffen analog zum Radfahrbüro eine Ansprech- und Kompetenzstelle für
1837 den Fußverkehr. Eine gemeinsames Fuß- und Radfahrbüro ist möglich. Die
1838 notwendige Personalaufstockung ist, wenn möglich, aus dem vorhandenen
1839 Stellenpool zu besetzen.
- 1840 • Wir wollen mittelfristig das Flickwerk unterschiedlicher Markierungen und
1841 Ausweisungen von Radfahrstreifen und Schutzstreifen beenden und stattdessen
1842 an möglichst vielen Stellen neue Fahrradwege so anlegen bzw. bestehende
1843 Radwege so umbauen, dass sie physisch vom Autoverkehr und Gehwegbereich
1844 getrennt sind. Gefahrenpunkte (z.B. Kreuzungen) werden weiterhin rot markiert,
1845 bei klarer Trennung des Radweges muss jedoch keine farbliche Markierung
1846 erfolgen.

- 1847 • Frankfurt ist eine kompakte Stadt in einer dicht besiedelten Region. Auf
1848 kreuzungsarmen Radschnellwegen könnten viele Schüler*innen und
1849 Berufspendler*innen ihren Zielort binnen 30-45 Minuten erreichen. Wir werden
1850 deshalb die Planung und Umsetzung von Radschnellwegen inner- wie außerörtlich
1851 vorantreiben. Wir unterstützen aktiv den Masterplan des Regionalverbandes für
1852 den Bau von neun radialen Radschnellwegen, die alle in Frankfurt
1853 zusammenkommen.
- 1854 • Wir stellen durch den Lückenschluss von Ostend bis Osthafen mit einer
1855 Fahrradbrücke den nordmainischen Radweg von Höchst nach Hanau fertig und
1856 stellen sicher, dass trotz des Ausbaus der S6-Trasse zwischen den nördlichen
1857 Stadtteilen sowohl untereinander als auch zur Innenstadt eine attraktive
1858 Verbindung erhalten bleibt. Ebenso treiben wir die Planung für den südmainischen
1859 Radschnellweg nach Hanau und die Radschnellwege in den Vordertaunus voran.
- 1860 • Wir schaffen für das Zusammenwachsen der Region auch bei der Verkehrswende
1861 gemeinsam mit dem Umland ein dichtes Radwegenetz zwischen den Stadtteilen
1862 und in die Region, z.B. nach Bad Homburg und Bad Vilbel, und realisieren im Osten
1863 Frankfurts z.B. einen separaten Fuß-/Radweg von der Frankfurter Seite auf die
1864 Carl-Ulrich-Brücke zum bereits vorhandenen Fuß-/Radweg auf Offenbacher Seite.
- 1865 • Wir schaffen auf mehrspurigen Straßen auch kurzfristig durch Umwidmung von
1866 Fahrstreifen sicheren Raum für Radfahrende.
- 1867 • Wir unterbinden durch bauliche Maßnahmen, aber auch durch verschärfte
1868 Überwachung, konsequent das Parken auf und das Befahren von Fuß- und
1869 Radwegen, Grünflächen und Freizeitwegen sowie das verkehrsgefährdende
1870 Parken insbesondere in Kreuzungsbereichen und an Zebrastreifen und das
1871 Verstellen von Rettungswegen und Fahrwegen des ÖPNV.
- 1872 • Ampelschaltungen auf Hauptverkehrsstraßen werden mit gleichwertigen
1873 Qualitätsstandards für alle Verkehrsarten digitalisiert. Auf Hauptrouten des

- 1874 Radverkehrs, vor allem den Radschnellwegen, ist zu prüfen, inwieweit eine grüne
1875 Welle für die Radfahrenden realisiert werden kann.
- 1876 • Wir wenden den grünen „Rechtsabbiegepfeil“ an ampelgesteuerten Kreuzungen
1877 an, sofern die Sichtbeziehungen ausreichen und keine weiteren
1878 sicherheitsrelevanten Gründen dem entgegenstehen.
- 1879 • Wir schaffen Mobilitätsstationen für den intermodalen Verkehr. So sollen z.B.
1880 Leihräder auch an den U- und S-Bahn-Stationen am Stadtrand verfügbar sein.
- 1881 • Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die verpflichtende Einführung von
1882 Abbiegeassistenten für LKWs beschleunigt wird und rüsten die städtische LKW-
1883 Flotte so schnell wie möglich nach. Sollte die allgemeine Pflicht nicht schnell
1884 eingeführt werden, werden wir Kreuzungen so umgestalten, dass Unfälle beim
1885 Rechtsabbiegen von LKWs möglichst verhindert werden.
- 1886 • Wir reduzieren die Wartezeiten für Fußgänger*innen an Ampelanlagen. Die
1887 Ampelphasen werden nach Möglichkeit so angepasst, dass das Überqueren von
1888 mehrspurigen Straßen in einer Phase möglich ist. Fehlende Fußgängerquerungen
1889 an großen Kreuzungen wollen wir nachrüsten, um unnötige Wartezeiten zu
1890 vermeiden.
- 1891 • Das Parken von KFZ auf Gehwegen ist grundsätzlich nur im Einklang mit der
1892 Verwaltungsvorschrift der Straßenverkehrsordnung (VwV StVO) möglich.
1893 Veränderungen werden unter Beteiligungen der Ortsbeiräte umgesetzt. Um die
1894 Sicherheit schwächerer Verkehrsteilnehmer*innen zu gewährleisten, setzen wir
1895 uns für konsequente Ahndung illegalen Parkens auf Geh- und Radwegen ein.
- 1896 • Durch eine bereits in Aufstellung befindliche Sondernutzungsverordnung
1897 unterbinden wir die Nutzung der Gehwege als wilde Abstellfläche für E-Scooter
1898 oder Leihräder und schaffen Abstellmöglichkeiten auf PKW-Stellplätzen und im
1899 Straßenraum. Es muss ein flächendeckendes Angebot an solchen Stellplätzen zur
1900 Verfügung gestellt werden, dies gilt vor allem an ÖPNV-Stationen. Wir wollen statt
1901 des derzeitigen „free floating“-Modells für E-Scooter ein stationsgebundenes

- 1902 Angebot mit Lademöglichkeit an der Station und deutlich reduzierte Störwirkung
1903 für insbesondere den Fuß- und Radverkehr prüfen und gemeinsam mit den
1904 Anbieter*innen umsetzen. Die Nutzung der E-Scooter und Leihräder muss aber
1905 auch für Einwegfahrten möglich bleiben, damit diese in die individuelle
1906 Wegeplanung eingebunden werden können.
- 1907 • Wir werden den Ausbau der Schienen und Busnetze weiterführen, existierende
1908 Planungen umsetzen und darüber hinaus:
- 1909 ○ die Verlängerung der U5 bis zum Frankfurter Berg umsetzen.
1910 ○ den Lückenschluss zwischen Ginnheim und der Bockenheimer Warte
1911 vorantreiben. Bei den Planungen werden wie bei allen Vorhaben auch
1912 klimarelevante und ökologische Kriterien, wie der Schutz des
1913 Grundwassers, beachtet. Sofern keine klimarelevanten und ökologischen
1914 Kriterien dagegensprechen, wollen wir eine zentrale Anbindung des Uni-
1915 Campus Westend sicherstellen. Die Entscheidung muss schnellstmöglich
1916 nach Vorlage der relevanten Untersuchungen getroffen werden.
- 1917 ○ eine Verlängerung der U5 im Westen über Nied bis nach Höchst prüfen.
1918 ○ die Verlängerung der RTW von Praunheim nach Norden mit Anschluss an
1919 das Nordwestzentrum oder mit einer Verbindung zur Stadtbahn A-Strecke
1920 vorantreiben.
- 1921 ○ Planung, Variantenuntersuchung und -entscheidung für die unbedingt
1922 nötige Regionaltangente Ost forcieren.
- 1923 ○ die Anbindung des Flughafen-Terminal 3 über die S7 realisieren.
1924 ○ die Verlängerung der U7 und einen Anschluss an einen Mobilitätsknoten
1925 mit Park & Ride-Möglichkeit an der A5 erneut prüfen.
- 1926 ○ die Fertigstellung der Straßenbahnringlinie im bisherigen Planungsstand
1927 umsetzen und den Ausbau zu einem vollständigen Ring inklusive einer
1928 Straßenbahnverbindung zwischen Fechenheim und Oberrad über
1929 Offenbach planen.

- 1930 ○ die Straßenbahnverlängerungen nach Neu-Isenburg und Sprendlingen
- 1931 sowie die Weiterführung der Linie 18 nach Bad Vilbel vorantreiben.
- 1932 ○ die Straßenbahn im Gutleut bis zur Wurzelsiedlung verlängern.
- 1933 ○ die Verlängerung der Straßenbahn zum Höchster Bahnhof vorantreiben
- 1934 und eine weitere Verlängerung Richtung Jahrhunderthalle und nach
- 1935 Zeilsheim prüfen.
- 1936 ○ eine Straßenbahn-Verbindung von Fechenheim über Enkheim nach Bergen
- 1937 zur Anbindung von Bergen und Fechenheim an die U-Bahnen U4/U7 sowie
- 1938 die Verlängerung der U4 nach Bergen prüfen. In beiden Fällen prüfen wir
- 1939 die Weiterführung nach Bad Vilbel.
- 1940 ○ eine neue Erschließung der Innenstadt mit einer Straßenbahn von der
- 1941 Schweizer Straße über die Untermainbrücke bis zum Campus Westend
- 1942 inklusive der Prüfung einer Weiterführung über Hansaallee zum Alleenring
- 1943 planen.
- 1944 ○ eine Verlängerung der A-Strecke (U 1,2,3) nach Süden und alternativ eine
- 1945 Straßenbahn auf der Darmstädter Landstraße mit Anbindung an eine
- 1946 mögliche Mobilitätsstation (P+R) an der Babenhäuser Landstraße prüfen.
- 1947 ○ mit den neuen Wohnquartieren in den nördlichen Stadtteilen und dem
- 1948 Ausbau der U5 zum Frankfurter Berg sowie dem Ausbau der S6 das
- 1949 Busliniennetz einschließlich Schnellbusverbindungen überprüfen.
- 1950 ○ tangential Schnellbus-Linien zur Verbindung zwischen Frankfurt und den
- 1951 Nachbargemeinden mit Anbindung an existierende Linien und eine
- 1952 Taktverdichtung insbesondere in den nördlichen Außenbezirken realisieren
- 1953 - die Erhöhung der Taktfrequenzen in den Randlagen hat Priorität.
- 1954 ○ das Projekt "Bus on Demand" sofort umsetzen.
- 1955 ○ für den Berkersheimer Bahnhof eine Querung schaffen, die den Busverkehr
- 1956 von Harheim über Berkersheim zur nächsten U-Bahn-Station ermöglicht
- 1957 (Omegabrücke).

- 1958 ○ einen Regionalbahnhof Gallus an der Mainzer Landstraße oder der
- 1959 Schmidtstraße prüfen.
- 1960 ○ Wir erkennen an, dass die VGF dringend einen neuen Betriebshof benötigt
- 1961 und werden die Umsetzung dieses Projekts unterstützen.
- 1962 • Wir setzen uns für den Bau weiterer Park & Ride-Möglichkeiten im Umland ein,
- 1963 schaffen jedoch auch temporäre Park & Ride-Möglichkeiten am Stadtrand. Wir
- 1964 wollen u.a. folgende Standorte auf ihre Realisierbarkeit prüfen: Stadion, Raststätte
- 1965 Taunusblick, Messeparkplätze, Messeparkhaus, Sachsenhäuser Warte,
- 1966 Babenhäuser Landstr., Heiligenstock, Vilbeler Landstr. Das Parkleitsystem für die
- 1967 bestehenden Parkhäuser in der Stadt wollen wir erneuern und optimieren.
- 1968 • Mit einem Beschleunigungsprogramm senken wir die Fahrtzeiten von Bussen und
- 1969 Bahnen, etwa durch intelligente Ampeln, die dem ÖPNV Vorrang gewähren.
- 1970 Soweit baulich möglich und unter Berücksichtigung der Platzbedarfe für Rad- und
- 1971 Fußverkehr, schaffen wir in Zusammenarbeit mit den Verkehrsgesellschaften
- 1972 (traffiQ) Busspuren auf Hauptverkehrsstraßen. Insbesondere im Außenbereich
- 1973 setzen wir Express-Buslinien ein, die im Innenstadtbereich nur an
- 1974 Hauptverkehrsknotenpunkten wie U- und S-Bahnstationen halten.
- 1975 • Wir richten weitere Querverbindungen von Stadtteil zu Stadtteil und zwischen
- 1976 weiter auseinanderliegenden Stadtteilen ein. Zwischen peripheren Stadtteilen
- 1977 wird ein Ringschluss realisiert.
- 1978 • Wir führen an sieben Tagen in der Woche einen kompletten Nachtverkehr ein und
- 1979 verkürzen die zu langen Taktabstände in den Abendstunden und am Wochenende
- 1980 insbesondere in den äußeren Stadtteilen. Das Ziel ist: der Frankfurter ÖPNV steht
- 1981 24 Stunden am Tag an 365 Tagen im Jahr zur Verfügung.
- 1982 • Wir wollen die Kapazitäten der stark belasteten Hauptstrecken von S-, U- und
- 1983 Straßenbahn wo möglich durch eine dichtere Taktung erhöhen. Wir unterstützen
- 1984 Projekte für halbautomatische oder autonom fahrende Züge.

- 1985 • Bei ausgelasteten S-Bahn-Strecken wie z.B. der S3 und S4 zwischen Eschborn und
1986 Frankfurt oder der S8 und S9 bei Spielen von Eintracht Frankfurt und anderen
1987 Events im Stadion ist zu prüfen, ob durch längere Bahnen und Verstärkerzüge die
1988 Kapazitäten erweitert werden können.
- 1989 • Wir unterstützen den Vorschlag des RMV an die Deutsche Bahn, am überlasteten
1990 Frankfurter Hauptbahnhof das ehemalige Gleis 25 zu reaktivieren und wollen
1991 geprüft haben, ob im Hauptbahnhof durch Umbauten im Bestand weitere
1992 Kapazitäten geschaffen werden können.
- 1993 • Wir unterstützen den Fernbahntunnel. Der Kapazitätsausbau des
1994 Schienenverkehrs ist dringend nötig, gerade wenn wir Flugreisen durch Zugreisen
1995 ersetzen wollen. Der bestehende Frankfurter Hauptbahnhof wird dies jedoch nicht
1996 leisten können und größere oberirdische Bahnhofsausbauten sind in der Enge der
1997 Stadt nicht möglich. Genauso nötig sind allerdings die Akzeptanz und die
1998 Umweltverträglichkeit. Daher müssen alle Planungen transparent, öffentlich und
1999 nachvollziehbar sein, alle Fragen müssen beantwortet und insbesondere die
2000 Umweltauswirkungen sorgfältig geprüft werden. Ein Fernbahntunnel muss so
2001 umweltverträglich wie möglich gebaut werden. Außerdem darf der
2002 Fernbahntunnel nicht andere wichtige Projekte, die bereits in der Planung oder
2003 Umsetzung sind, verzögern.
- 2004 • Wir wollen den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr erleichtern. In erster
2005 Linie wollen wir hierfür das Angebot qualitativ verbessern und erweitern.
- 2006 • Uns ist bewusst, dass sich dieses Ziel nur durch eine finanzielle Beteiligung des
2007 motorisierten Individualverkehrs an den Kosten realisieren lässt.
- 2008 • Modelle dafür werden wir entwickeln.
- 2009 • Als Anreiz für eine verstärkte Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs wollen wir
2010 zunächst, dass
- 2011 ○ allen Schüler*innen die Kosten für die Nutzung des ÖPNV erstattet
2012 werden,

- 2013 ○ alle Neubürger*innen ein kostenloses Monatsticket erhalten,
- 2014 ○ alle Familien mit neugeborenen Kindern für einen Monat kostenlos Busse
- 2015 und Bahnen in Frankfurt nutzen können,
- 2016 • Wir setzen uns beim Land Hessen dafür ein, dass der RMV-Anteil am
- 2017 Semesterbeitrag für die Frankfurter Hochschulen maximal 365 € im Jahr beträgt.
- 2018 • Mittelfristig streben wir ein 365 €-Ticket für alle Menschen und nach Möglichkeit
- 2019 für die ganze Region an.
- 2020 • Das Jobticket des RMV ist wegen seines Preismodells aktuell nicht mehr attraktiv.
- 2021 Gerade kleinere Unternehmen haben derzeit keinen Zugang zu einem Job-Ticket.
- 2022 Wir werden gemeinsam mit dem RMV ein Modell entwickeln, das den Umstieg
- 2023 von weiteren Pendler*innen auf die Schiene beschleunigt, für alle Unternehmen
- 2024 und Beschäftigten attraktiv ist und auch Teilzeit und Home-Office-Modelle
- 2025 berücksichtigt.
- 2026 • Wir wollen die viel genutzte RMV-App kund*innenfreundlich weiterentwickeln,
- 2027 indem wir eine schnellere Handhabung ermöglichen, das Design modernisieren
- 2028 und für die Informationssysteme standardisierte Schnittstellen zu häufig
- 2029 genutzten Navigationssystemen anbieten. Der RMV soll Online-Kartendiensten
- 2030 und Echtzeit-Fahrplandaten im Open-Data-Format zur Verfügung stellen.
- 2031 Außerdem wollen wir alle öffentlichen Mobilitätsangebote über eine gemeinsame
- 2032 App erreichbar machen und insgesamt den Zugang zu Mobilitäts-Diensten über
- 2033 alle digitalen Kanäle einfacher machen. Aktuelle Informationen zur Barrierefreiheit
- 2034 sollen ein zentraler Bestandteil der RMV-App sein.
- 2035 • Alle Haltestellen der Straßenbahnen und der neuen Metrobuslinien sowie die
- 2036 oberirdischen Zugänge der unterirdischen Stationen wollen wir mit Anzeigetafeln
- 2037 zur digitalen Fahrgastinformation (auch über Störungen) ausstatten. Stark
- 2038 frequentierte Stationen sollen priorisiert werden. Als Vorbild kann die Station
- 2039 Börneplatz/Stoltzestraße dienen.

- 2040 • Wir setzen die Vereinbarungen der Klimaallianz um und begrünen Haltestellen
2041 sowie Gleisflächen des öffentlichen Verkehrsnetzes. Wir begrünen weitere
2042 Verkehrsflächen wie Verkehrsinseln, Brückenpfeiler, Lärmschutz- und andere
2043 Straßenbauwerke.
- 2044 • Es erfolgen keine neuen Ausschreibungen für Dieselbusse und wir setzen beim
2045 gesamten Fuhrpark der Stadt Frankfurt und bei ihren Beteiligungen auf
2046 klimaneutrale, innovative Konzepte. Ziel ist es alle Fahrzeuge spätestens bis 2030
2047 CO₂-neutral zu betreiben. Die Energieversorgung der Elektrobusflotte und der U-
2048 und Straßenbahnen stellen wir auf eine nachhaltige Stromversorgung um und
2049 verzichten baldmöglichst auf den Einsatz von Kohlestrom. Der
2050 Dienstleistungsauftrag der VGF wird ausgeweitet, so dass Investitionen zur Nutzung
2051 innovativer und nachhaltiger Technologien getätigt und Modellprojekte z.B. im
2052 bestehenden Experimentierlabor durchgeführt werden können (z.B. das Projekt
2053 Digital Train).
- 2054 • Wir bauen die momentan völlig unzureichende Ladeinfrastruktur für E-Autos in
2055 Umsetzung der Klimaallianz bedarfsgerecht aus und fördern auch die Errichtung
2056 von Lademöglichkeiten durch Privatpersonen. Dazu gehören auch
2057 Schnellladestationen. Wir streben dabei selbstverständlich Strom aus
2058 erneuerbaren Quellen als Ladestrom an.
- 2059 • Wir prüfen in Umsetzung der Klimaallianz die Möglichkeiten zur Unterstützung der
2060 Umstellung des Antriebs bei Taxi- und Lieferverkehr.
- 2061 • Wir streben weitere Wasserstofftankstellen in der Stadt an und suchen dafür
2062 geeignete Partner*innen.
- 2063 • In autoarm geplanten Gebieten setzen wir auf Tempo 20 als Regelgeschwindigkeit,
2064 um die störungsfreie Vermischung von Auto und Radverkehr zu ermöglichen – den
2065 Anfang machen wir im Rahmen der Umsetzung des Konzepts „Stadt am Main“ mit
2066 einem Modellversuch. Den Schilderwald in den Wohngebieten wollen wir lichten

- 2067 und eine generelle Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h für ganze Zonen mit
2068 wenigen Schildern festsetzen.
- 2069 • Auf allen Grundnetzstraßen in/an dicht besiedelten Wohngebieten innerhalb der
2070 Stadtgrenzen gilt grundsätzlich Tempo 40 verbunden mit dem Ziel der
2071 „Entschilderung“, um Emissionen zu senken, mehr Einheitlichkeit zu schaffen und
2072 die Rechtstreue zu fördern. Im Rahmen der Aufstellung des
2073 Gesamtverkehrskonzepts werden wir zur weiteren Verbesserung der Nachtruhe
2074 eine schrittweise Ausweitung von Tempo-30-Regelungen in Nachtzeiten prüfen.
- 2075 • Grundsätzlich lehnen wir den weiteren Ausbau von Autobahnen in Frankfurt ab
2076 und wollen die Chancen prüfen, die sich durch eine Umwidmung von wenig
2077 genutzten bzw. nicht benötigten Autobahnflächen zum Beispiel an der Messe, der
2078 Miquelallee oder der Sachsenhäuser Warte zu Park & Ride-Plätzen ergeben. Wir
2079 wollen die mit einem Ausbau einhergehenden weiteren Versiegelungen und
2080 Beeinträchtigungen von Kaltluftströmen vor dem Hintergrund des Klimawandels
2081 und der Verkehrswende überprüft wissen. Der Bund als Bauherr muss
2082 sicherstellen, dass bei allen Maßnahmen die Auswirkungen auf das Stadtklima
2083 minimiert werden. Wir wollen bei allen Ausbauprojekten prüfen, welche
2084 Alternativen es mit nachhaltigen Verkehrsmitteln gibt und ziehen diese vor.
2085 Bereits baulich begonnene Projekte sind davon nicht betroffen. So wird die A661
2086 gemäß der aktuellen Planfeststellung inkl. Riederwaldanbindung gebaut und
2087 ausgebaut. Die Einhausung der A 661 darf nicht gefährdet und muss mit hoher
2088 Priorität vorangetrieben werden.
- 2089 • Wir wollen keinen Ausbau der A3 in Frankfurt.
- 2090 • Der Übergang von der faktischen zur formalen 8-Spurigkeit der A 5 muss mit dem
2091 dringend erforderlichen Lärmschutz für die angrenzenden Wohngebiete
2092 verbunden werden.
- 2093 • Wir bauen die Kapazitäten zur Überwachung des fließenden und ruhenden
2094 Verkehrs zum Beispiel bei der Einhaltung von Tempolimits und Parkverboten aus.

- 2095 • Wir stellen eine systematische Lärmbelastungskarte auf und ergreifen an
2096 Lärmschwerpunkten geeignete Maßnahmen nicht nur beim Auto-, sondern zum
2097 Beispiel auch beim Schienenverkehr.
- 2098 • Wir erhöhen die Sicherheit auf dem Schulweg, indem wir die Verkehrsregelungen
2099 vor Schulen anpassen und gemeinsam mit den Schulen Schüler*innen und Eltern
2100 für das Thema sensibilisieren.
- 2101 • Wir fördern stationsgebundenes Car-Sharing, indem wir zum Beispiel Car-Sharing-
2102 Fahrzeuge auf Anwohner*innenparkplätzen und in Quartiersparkhäusern
2103 zulassen. Wir wollen, dass in allen Stadtteilen Car-Sharing Stationen entstehen
2104 und prüfen, ob dieses Ziel durch eine Konzessionsvergabe erreicht werden kann.
- 2105 • Wir fördern die Nutzung von Fahrradleih- und anderen Sharing-Systemen in allen
2106 Stadtteilen durch die Einrichtung ansprechend und markant gestalteter
2107 städtischer Sharing-Mobility-Flächen/-Stationen/Mobilitätsstationen mit
2108 Reparaturstationen, insbesondere an Haltestellen des ÖPNV. Wir wollen prüfen,
2109 ob die Flächen für verschiedene Sharing-Mobility-Arten (Rad, Lastenrad, E-
2110 Scooter, Car-Sharing) zusammengefasst werden können. Die Mobilitätsstationen
2111 sollen im Einklang mit den definierten Standards des Regionalverbandes errichtet
2112 werden.
- 2113 • Wir entwickeln und erproben gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft
2114 Konzepte für eine Verteilstellen-Infrastruktur, die eine umweltfreundliche
2115 Güterverteilung ermöglicht und von Haus zu Haus fahrende LKWs ersetzt. Dazu
2116 gehört insbesondere der Pilotversuch „Gütertram“. Geeignete Konzepte werden
2117 wir bei Bedarf auch im Rahmen von Planungsvorhaben in Zukunft von Anfang an
2118 berücksichtigen.
- 2119 • Wir streben die komplette Vermeidung von fossil betriebenen Fahrzeugen auf der
2120 “letzten Meile” der Güter- und Warenverteilung an.
- 2121 • Wir unterstützen regionale landwirtschaftliche Betriebe bei der Suche nach
2122 Warendepots für die Versorgung der regionalen Kund*innen.

- 2123 • Wir unterstützen auch zukünftig in Umsetzung der Klimaallianz den
2124 innerstädtischen Lieferverkehr mit Lastenrädern und legen ein Förderprogramm
2125 für privat genutzte Lastenräder auf.
- 2126 • Wir fördern multimodale Konzepte, die Verkehr und Schadstoffe reduzieren und
2127 sicherstellen, dass Massengüter möglichst kurze Wege auf der Straße und weite
2128 Strecken auf der Schiene oder mit dem Schiff zurücklegen.
- 2129 • Gender Mainstreaming wird systematisch bereits in der Planung sowie im Bau von
2130 Straßen, Wegen und Plätzen implementiert, um auch im Bereich der Mobilität zu
2131 einer gleichberechtigten Stadt werden zu können. Bei allen wissenschaftlich
2132 begleiteten Maßnahmen wird der Aspekt des geschlechterspezifischen Verhaltens
2133 mitberücksichtigt. Wir stärken gezielt den Anteil von Frauen in der
2134 Verkehrsplanung und Administration.
- 2135 • Wir binden über Veranstaltungen und partizipative Formate, aber auch über die
2136 Kooperation mit Verbänden und Interessenvertreter*innen aktiv insbesondere
2137 mobilitätseingeschränkte Menschen in die Gestaltung und Umsetzung von
2138 Verkehrspolitik in Frankfurt ein.
- 2139 • Die Erreichbarkeit und die Ausschilderung bzw. Bekanntheit des bestehenden
2140 Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof wird verbessert.
- 2141 • Wir wollen den Nutzen smarter Straßenlaternen für den Verkehr und das Klima
2142 prüfen und diese ggf. in einem Modellprojekt in einem geeigneten Stadtteil zum
2143 Einsatz bringen. Geprüft werden sollen u. A. der Nutzen für smarte
2144 Parkleitsysteme, Erfassung von Schadstoffwerten und Klimadaten, ggf. auch für
2145 ein öffentliches WLAN.
- 2146 • Wir ermöglichen und fördern die Schaffung von sicheren Fahrradparkplätzen für
2147 Anwohner*innen, die auch die Unterbringung von Lastenrädern ermöglicht.

2149 Integration, Vielfalt, Antirassismus und Antidiskriminierung

2150 Frankfurt ist eine weltoffene Stadt, international und divers. Das ist unsere Stärke und ein
2151 großes Potential. Die Vielfalt unserer Bevölkerung ist die Grundlage unserer
2152 Integrationspolitik mit dem Ziel, Chancengerechtigkeit und Teilhabe aller Menschen zu
2153 erhöhen. Wir werden die erfolgreiche Frankfurter Integrationspolitik fortsetzen, stadtweit
2154 Beteiligungsformate erhöhen und soziale wie räumliche Infrastrukturen schaffen, die
2155 interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung voranbringen und dabei die
2156 Querschnittsarbeit des AmKA sowie seine Service-, Vermittlungs- und
2157 Orientierungsfunktionen für die Frankfurter Bevölkerung weiter ausbauen.
2158 Frankfurt ist eine Metropole, in der sich Menschen, Unternehmen und Institutionen aus
2159 aller Welt angesiedelt haben. Frankfurt hat eine lange liberale und weltoffene Tradition.
2160 Viele Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten und leben in der Stadt. Sie tragen
2161 zum Wohlstand der Stadt bei und haben ein Recht auf eine eigene kulturelle Identität.
2162 Wir bekennen uns zu Offenheit und Toleranz im Zusammenleben aller Menschen in
2163 Frankfurt. Gewalt und Fremdenhass haben darin keinen Platz.
2164 Die Stadt wirkt darauf hin, sich verstärkt als diverse Stadt zu vermarkten – sowohl in
2165 Frankfurt als auch in anderen deutschen und europäischen Städten. Dabei wollen wir uns
2166 mit den Akteuren der Diversitäts- und Integrationspolitik austauschen und
2167 zusammenarbeiten.

83

- 2168 • Die Stadt Frankfurt am Main bekennt sich als internationale und vielfältige Stadt
2169 zu ihrer Verantwortung gegenüber Menschen in Not und setzt sich dafür ein,
 - 2170 ○ dass die Blockaden in der Europäischen Union endlich überwunden
2171 werden
 - 2172 ○ es eine klare Perspektive für eine Europäische Union gibt, die
2173 Verantwortung für Freiheit und Menschenrechte weltweit übernimmt und
2174 die über UN-Flüchtlingskonvention und unverhandelbares Asylrecht hinaus
2175 endlich eine klare Regelung des Einwanderungsrechts beinhaltet, damit es

- 2176 legale Perspektiven für Menschen auch neben Asyl und
2177 Flüchtlingskonvention gibt.
- 2178 • Wir wollen die Unterbringung und Integration Geflüchteter verbessern.
2179 Besonderer Schutz für geflüchtete Frauen, Kinder und LSBTIQA*-Menschen, die
2180 Integration in Bildung und Arbeit sowie Hilfe bei der Wohnungssuche werden
2181 unabhängig vom Grund des Zuzugs gestärkt. Entsprechende Projekte werden
2182 bedarfsgerecht ausgebaut.
 - 2183 • Auch nach dem Rückgang der Geflüchtetenzahlen muss ein besonderes
2184 Augenmerk auf die Diskriminierung und teils offene Bedrohung von LSBTIQA*-
2185 Personen in Einrichtungen zur Unterbringung gerichtet werden, um notfalls eine
2186 schnelle Separierung zum Schutz der Betroffenen zu erreichen. Dabei werden wir
2187 besonders darauf achten, dass Benachteiligungen auch im Kontext von
2188 Übersetzungstätigkeiten unterbleiben und die Übersetzer*innen und
2189 Dolmetscher*innen in dieser Hinsicht besonders geschult werden.
 - 2190 • Wir wollen eine zunehmend dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen, da
2191 wir darin auch einen Beitrag zur Integration sehen, sowie das Festschreiben von
2192 Mindeststandards in Gemeinschaftsunterkünften. Gemeinschaftsunterkünfte
2193 dürfen keine dauerhafte Lösung sein. Stattdessen ist dafür zu sorgen, dass
2194 Menschen mit geklärtem Aufenthaltsstatus schnellstmöglich in eine eigene
2195 Wohnung umziehen können. Daher werden wir ein Programm zur Unterbringung
2196 von Geflüchteten in Wohnraum auflegen, damit wir so schnell wie möglich
2197 verbliebene Unterbringungen in Gemeinschaftsunterkünften und Hotels etc.
2198 beenden können. Die Gebühren, die Geflüchtete nach Aufnahme einer
2199 Beschäftigung für die Gemeinschaftsunterkunft entrichten müssen, werden wir so
2200 gestalten und deckeln, dass eigene Anreize zum selbstbestimmten Leben und zur
2201 Integration in die Frankfurter Gesellschaft gestärkt werden.
 - 2202 • Wir werden Zugangsbarrieren für geflüchtete Frauen zu Deutschkursen und
2203 berufsbezogenen Programmen abbauen und die Anerkennungsberatung und

- 2204 Gründungen durch sowie die Integration in den Arbeitsmarkt von Geflüchteten
2205 weiter unterstützen. Die Stadt wird schnellstmöglich in Zusammenarbeit mit der
2206 IHK, der Agentur für Arbeit, der Ausländerbehörde und zivilgesellschaftlichen
2207 Organisationen Maßnahmen entwickeln, um geflüchteten Menschen die
2208 Möglichkeit zu geben, so rasch wie möglich Arbeit zu finden.
- 2209 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Frankfurt am Main Geflüchtete über die
2210 nach dem Königsteiner Schlüssel vorgesehene Anzahl hinaus aufnimmt. Langfristig
2211 möchten wir das gesamte Modell der Aufnahme von Geflüchteten vom Kopf auf
2212 die Füße stellen und konsequent nach dem Subsidiaritätsprinzip handeln können.
2213 Die Kommunen sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Kapazitäten vor Ort
2214 entscheiden können, wie viele Geflüchtete sie über den Königsteiner Schlüssel
2215 hinaus aufnehmen wollen und können und diese Kapazitäten entsprechend den
2216 Landes- und Bundesbehörden melden.
- 2217 • Die Stadt Frankfurt erklärt sich in der Konsequenz ohne die bisherigen
2218 Einschränkungen zum Sicheren Hafen, tritt dem Bündnis Sicherer Hafenstädte und
2219 der Potsdamer Erklärung sowie dem europäischen Forum „Solidarity Cities“ bei
2220 und setzt sich auch auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass solche
2221 Erklärungen auch Konsequenzen haben und die Bereitschaft zu mehr
2222 Verantwortung auf kommunaler Ebene auch umgesetzt werden kann.
- 2223 • Wir setzen uns für die schnelle Umsetzung des von der Landesregierung
2224 vereinbarten Aufnahmeprogramms für besonders vulnerable Schutzsuchende ein.
- 2225 • Wir werden dem Thema Integration in der Stadt Frankfurt mehr Gewicht geben,
2226 die Kapazitäten für die Schaffung und Umsetzung von Konzepten gegen
2227 Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und andere Formen
2228 gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit mit allen Beteiligten ausbauen sowie
2229 die Integrationsberichterstattung zeitnah fortsetzen und verstetigen.
- 2230 • Wir werden die Querschnittsfunktion des AmkA weiter ausbauen, bestehende
2231 Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüfen und erfolgreiche Ansätze vertiefen.

- 2232 • Wir wollen eine erfolgreiche Integrationspolitik auf informierter Grundlage. Wir
2233 werden das städtische Berichtswesen interkulturell erweitern und vertiefte
2234 Analysen zur Situation im Stadtgebiet und zu Lebenslagen unterschiedlicher
2235 Gruppen vorlegen. Die Integrationsberichterstattung werden wir als
2236 Umsetzungsberichterstattung zum Integrations- und Diversitätskonzept
2237 methodisch schärfen. Dabei werden wir auch die Folgen der Corona-Pandemie in
2238 den Blick nehmen.
- 2239 • Neben der Antidiskriminierungsstelle, die für Diskriminierungen durch die
2240 Stadtverwaltung zuständig ist, werden wir eine unabhängige
2241 Antidiskriminierungsstelle für Betroffene in allen Lebenslagen einrichten.
- 2242 • Die Angebote für Integration und Vielfalt müssen regelmäßig evaluiert werden.
- 2243 • Frankfurt ist eine transkulturelle und multireligiöse Stadt. Die eigene Religion ist
2244 für viele Menschen ein bedeutender Teil ihres Lebens. Dies werden wir als Stadt
2245 wertschätzen und fördern. Wir werden den strukturierten Dialog zu den
2246 zahlreichen Frankfurter Religionsgemeinschaften – als ein wesentlicher spiritueller
2247 und sozialer Bezugspunkt für viele Menschen – weiter ausbauen
- 2248 • Wir wollen gemeinsam mit relevanten Organisationen und Akteuren prüfen, ob
2249 wir in Frankfurt über die Angebote des Landes Hessen und der
2250 Religionsgemeinschaften hinaus für Menschen, die sich aus der rechtsextremen
2251 Szene, aus religiösem Extremismus oder religiösem Fanatismus lösen wollen,
2252 Beratung und konkrete Hilfestellung anbieten werden. Dazu zählen auch
2253 präventive und de-radikalisierende Angebote zum Ausstieg vor dem Einstieg
2254 insbesondere für Jugendliche und jugendliche Erwachsene.
- 2255 • Gemeinsam mit den Einrichtungen werden wir Konzepte entwickeln, um
2256 Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen bei der Prävention von
2257 Rechtsextremismus und anderen Haltungen zu unterstützen.
- 2258 • Wir wollen die Gefahren für die Demokratie gemeinsam bekämpfen:
2259 Rechtsextremismus, Antisemitismus, religiöser und politischer Extremismus,

2260 Antiziganismus, Frauenhass sowie Homo- und Transfeindlichkeit. Die Stadt
2261 Frankfurt muss aktiver werden, damit Einzelne in Eigenverantwortung ihr
2262 persönliches Lebenskonzept verwirklichen können. Wir bekennen uns zum aktiven
2263 Miteinander der unterschiedlichen Kulturen in unserer Stadt auf Grundlage
2264 unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und treten jedweden
2265 Versuchen zur Spaltung der Gesellschaft entschieden entgegen.

2266 • Den Aktionsplan gegen Rassismus und Rechtsextremismus wollen wir
2267 entschlossen umsetzen. Rassismus und Diskriminierungen müssen mit allen zur
2268 Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden. Demokratiefähigkeit,
2269 interkulturelle Kompetenzen und gesellschaftliche Akzeptanz wollen wir mit breit
2270 angelegten Präventionsprogrammen und der entsprechenden Bereitstellung von
2271 Mitteln und Ressourcen, wie sie im Aktionsplan beschlossen worden sind, stärken.

2272 • Wir wollen in allen Ortsbezirken für das Thema Rassismus und Diskriminierung
2273 sensibilisieren, daher wollen wir den Ortsbeiratsmitgliedern hierzu Unterstützung,
2274 beispielsweise durch Weiterbildung, zukommen lassen.

2275 • Fortbildungsangebote zu interkultureller Kompetenz und Sensibilisierung für
2276 Rassismus für städtische Bedienstete werden wir ausbauen und in die
2277 Ausbildungspläne aufnehmen.

2278 • Es werden gemeinsame Fortbildungen für Beschäftigte der Stadtpolizei und der
2279 Landespolizei, die in Frankfurt tätig sind, angeboten.

2280 • Wir werden das Pilotprojekt für anonyme Bewerbungsverfahren bei städtischen
2281 Stellenausschreibungen fortsetzen und auswerten.

2282 • Wir wollen gezielt Menschen mit Migrationsgeschichte dazu ermutigen, sich bei
2283 den Polizeibehörden zu bewerben, damit die Polizei die Zusammensetzung der
2284 Stadtgesellschaft besser abbildet.

2285 • Wir werden durch das AmkA gemeinsam mit dem Fachbeirat Antirassismus, dem
2286 Ordnungsamt und dem Frankfurter Polizeipräsidium eine Studie in Auftrag geben,
2287 die sich mit Rassismuserfahrungen der Frankfurter Bürger*innen mit der Polizei

- 2288 auseinanderetzt. Dabei wird die Frage des Racial Profilings und Erfahrungen von
2289 Betroffenen mit der Polizei einbezogen.
- 2290 • Um Diskriminierung und Racial Profiling effektiv entgegenzuwirken, wird zunächst
2291 für einen festen Zeitraum von 2 Jahren in einem Modellprojekt ein digitales
2292 „Quittungssystem“ bei der Stadtpolizei Frankfurt eingeführt. Stadtpolizist*innen
2293 müssen Polizeikontrollen künftig schriftlich dokumentieren. Anlass, Ort,
2294 Dienstnummer und Ergebnis der Kontrolle müssen festgehalten und den
2295 Kontrollierten eine Quittung ausgestellt werden. Dies ist ein effektives Instrument,
2296 um einerseits Betroffene von Racial Profiling besser zu schützen, indem sie einen
2297 Nachweis der Kontrolle erhalten. Andererseits wird dadurch die Stadtpolizei
2298 unterstützt, praxisnah und schnell zu reflektieren, ob eine Kontrolle angemessen
2299 ist. Dieses Vorgehen führt zu transparenten Strukturen und schafft zusätzlich eine
2300 wichtige Datengrundlage, um weitere zielgerichtete Maßnahmen zu treffen und
2301 Phänomene wie Racial Profiling zu erforschen. Die gesammelten Daten sollen
2302 bereits nach dem ersten Jahr anonymisiert evaluiert, ergebnisoffen ausgewertet
2303 und veröffentlicht werden. Nach der Auswertung wird über die Fortführung des
2304 Projektes entschieden und entsprechende Konsequenzen eingeleitet.
 - 2305 • Das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und ein informierter und
2306 sensibilisierter Umgang mit Anliegen von LSBTIQA*s soll in die städtische
2307 Verwaltungsbildung aufgenommen werden und in städtischen Führungskräfte-
2308 und Beschäftigungsfortbildungen zum Thema Diversity behandelt werden
 - 2309 • Wir haben den jährlichen Integrationspreis um eine Kategorie erweitert, in der
2310 Aktivitäten und Engagement gegen Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus,
2311 Islamophobie und andere demokratiefeindliche Haltungen ausgezeichnet werden.
2312 Diese Auszeichnung wollen wir fortführen und verstetigen.
 - 2313 • Wir setzen uns weiterhin auf allen Ebenen dafür ein, allen Bürger*innen unserer
2314 Stadt ab einem Alter von 16 Jahren das kommunale Wahlrecht zu gewähren.
2315 Hierzu werden wir eine Initiative beim Hessischen bzw. Deutschen Städtetag

- 2316 einbringen. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass das Wahlrecht von EU-
2317 Bürger*innen auf regionaler und nationaler Ebene sich zukünftig am Wohnort
2318 orientiert. Die parlamentarische Arbeit der KAV werden wir stärken.
- 2319 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass Bürger*innen, die mindestens 20 Jahre
2320 Mitglied der KAV waren und sich um das Wohl der Stadt verdient gemacht haben,
2321 als Ehrenmitglied der KAV eine städtische Ehrenbezeichnung verliehen wird.
 - 2322 • Den Mitgliedern der KAV sollen im Rahmen ihrer Tätigkeit entstehende ÖPNV-
2323 Fahrtkosten erstattet werden.
 - 2324 • Für viele Menschen ist die Ausländerbehörde der erste Kontakt mit unserer Stadt.
2325 Wie ihre Anliegen und sie selbst dort behandelt werden, prägt das Bild, das sie
2326 sich von ihrem neuen Zuhause machen und ob sie sich hier überhaupt zuhause
2327 fühlen. Eine gut aufgestellte Ausländerbehörde ist entscheidend für den Ruf
2328 Frankfurts als Wirtschaftsmetropole und wirkt sich auch in Frankfurt positiv auf
2329 das Zusammenleben aus. Auch bei der Integration von Geflüchteten spielt die
2330 Ausländerbehörde eine entscheidende Rolle. Schnelle Bearbeitung der Anfragen
2331 und Erteilung der Arbeitserlaubnis oder Genehmigung einer Ausbildung sind
2332 ausschlaggebend für die Integration in die Gesellschaft.
 - 2333 • Als Koalition aus Grüne, SPD, FDP und Volt sind wir davon überzeugt, dass sich das
2334 Selbstverständnis und die Rolle der Ausländerbehörde in einer vielfältigen und
2335 weltoffenen Stadt wie Frankfurt weiterentwickeln müssen. Die Ausländerbehörde
2336 soll ein Service-Center sein, das zu unserer Stadt passt und zur humanitären
2337 Haltung unserer Bevölkerung. Mitarbeiter:innen müssen gute Arbeitsbedingungen
2338 vorfinden und für die Anliegen der Klient:innen muss ausreichend Zeit bestehen.
2339 Wo Ermessensspielräume bestehen, um Lebensverhältnisse und Chancen zu
2340 verbessern, müssen sie ausgeschöpft werden. Die Zivilgesellschaft, die für
2341 Bleiberechte eintritt, ist eine Partnerin der Stadt. Ankommen und Integration
2342 sollen unterstützt, nicht verhindert werden.

- 2343 • Indem wir alle mit Einwanderung und Integration befassten Akteure institutionell
2344 bündeln, schaffen wir eine effektive Service- und Beratungsstruktur von der
2345 Ankunft bis zur Einbürgerung und decken alle Bedarfe rund um Einwanderung und
2346 Integration ab. Dazu gehören neben einer Vermittlungsstelle zur Anerkennung von
2347 im Ausland erworbenen Berufs- und Bildungsabschlüssen und einer Kontaktstelle
2348 für Deutschförderung auch Einbürgerungsangelegenheiten und Aufenthaltsfragen
2349 sowie die Migrationsberatungsstellen der Freien Träger. Das AmkA als Fachamt für
2350 Diversität und Interkulturalität soll den Prozess beratend begleiten.
- 2351 • Wir werden das EU-Welcome-Desk als erste Anlaufstelle der Menschen zur
2352 Verfügung stellen mit dem Ziel, die Ansiedelung bzw. die Arbeitsmigration von EU-
2353 Bürger*innen und internationalen Migrant*innen zu erleichtern. Es soll bereits im
2354 Vorfeld einer Übersiedelung nützliche Informationen zur Verfügung stellen und
2355 eng mit relevanten Institutionen, wie Universitäten, der Arbeitsagentur, Ärzten,
2356 entsprechenden Konsulaten als auch Unternehmen und Organisationen wie dem
2357 Willkommensportal des Regionalverbands zusammenarbeiten. Darüber hinaus soll
2358 das EU-Welcome-Desk dazu dienen, Menschen, die außerhalb der EU leben und in
2359 Betracht ziehen, nach Frankfurt zu ziehen, über das Leben in der Europäischen
2360 Union zu informieren.
- 2361 • Das EU-Welcome-Desk soll ein ehrenamtliches Buddy-System koordinieren: Eine
2362 Person, die bereits in Frankfurt lebt, unterstützt freiwillig eine Person, die neu in
2363 Frankfurt ankommt, bei Themen wie Freizeit, Kultur und Sport. Die Buddys sollen
2364 vorher in einem oder mehreren verpflichtenden interkulturellen Workshops
2365 ausgebildet werden. Dabei zertifiziert die Stadt dieses ehrenamtliche Engagement.
- 2366 • Wir werden insbesondere für ältere Menschen mehrsprachige Beratungsangebote
2367 und Schulungen zur Stärkung digitaler Kompetenz schaffen. Wir setzen uns für
2368 verständliche, einfache Verwaltungssprache und Informationen, sowie ggfs.
2369 mehrsprachige Informationen ein.

- 2370 • Gelingende Mehrsprachigkeit ist ein Schatz für unsere Gesellschaft, eine
2371 Ressource für die persönliche Entfaltung, für Kultur und berufliche Chancen. Wir
2372 werden die Arbeit des AmkA personell unterstützen. Für die Samstagsschulen
2373 werden wir eine stadtweite Lösung finden, die ihre Raumsituation angemessen
2374 löst.
- 2375 • Migrant:innenkulturvereine, Initiativen, Vereine und andere ehrenamtliche und
2376 professionelle Akteure sind unverzichtbar für den Zusammenhalt in unserer
2377 vielfältigen Stadt. Mit ihren Netzwerken und Strukturen ermöglichen sie
2378 Begegnungen und gegenseitiges Kennenlernen, stärken Chancengleichheit und
2379 Partizipation. Als Koalition aus Grüne, SPD, FDP und Volt verstehen wir es als
2380 städtische Aufgabe, ihnen die bestmöglichen Voraussetzungen und Ressourcen für
2381 ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen.
- 2382 • Initiativen wie Project Shelter werden wir bei der Suche nach geeigneten Räumen
2383 helfen, in denen Migrant*innen und vor allem geflüchtete Menschen offene und
2384 selbstverwaltete Begegnungs- und Rückzugsorte für kulturelle und
2385 Bildungsangebote finden. Für die Wohngemeinschaft Bonameser Straße wollen
2386 wir eine langfristige Lösung entwickeln, die einen Ausgleich zwischen den
2387 Interessen der Wohngemeinschaft, dem Umland und der weiteren
2388 Stadtentwicklung schafft.
- 2389 • Den stadtRAUMfrankfurt des AmkA werden wir als zentralen Ort der
2390 interkulturellen Zusammenarbeit, der Begegnungen und des zivilgesellschaftlichen
2391 Engagements weiterentwickeln und überregional vernetzen. Wir wollen
2392 verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen Raum geben und Menschen und
2393 ihren Anliegen Gehör verschaffen, gemeinschaftliche Diskussionen befördern
2394 sowie die Vermittlung niederschwelliger Beratung erleichtern. Die Räume im
2395 stadtRAUMfrankfurt als Zentrum für interkulturelle Bildung und Begegnung
2396 werden förderfähigen Akteuren unserer Stadt auch zukünftig kostenfrei zur
2397 Verfügung gestellt, denn Demokratie darf keinen Eintritt kosten. Dabei knüpfen

2398 wir an die bewährte Kooperation der Zentren für Vielfalt und zivilgesellschaftliches
2399 Engagement zwischen Hanau und Frankfurt an.

2400 • Wir werden die interkulturelle Stadtteilarbeit stärken, Präventionen und
2401 Mediationsarbeit in den Stadtteilen unterstützen und um digitale Angebote und
2402 einen jährlichen „Dialogtag“ der Stadt Frankfurt erweitern. Dabei knüpfen wir an
2403 bestehende Strukturen und wollen sie mit entsprechenden Angeboten erweitern,
2404 darunter interkulturelle Elternarbeit, Kultur- und Freizeitprojekte und
2405 Sprachförderung. Das AmkA wollen wir für diese Aufgaben personell verstärken.

2406 • Wir wollen eine Koordinierungsstelle für ehrenamtliche „Behörden-Lots*innen“
2407 im AmkA einführen

2408 • Wir setzen uns dafür ein, dass die kritische Auseinandersetzung mit der
2409 Kolonialgeschichte Deutschlands angemessenen Raum bekommt und werden uns
2410 auch an geeigneten relevanten Orten in der Stadt mit dieser Geschichte
2411 auseinandersetzen

92

2412 • Wir stellen uns der NS-Vergangenheit Frankfurts, halten die Erinnerung wach und
2413 treten bewusst gegen Nationalismus, Geschichtsrevisionismus und für
2414 Menschenrechte ein. Dafür werden wir:

- 2415 ○ Die Gedenk- und Gedenkstättenarbeit unterstützen
- 2416 ○ Kooperative Schulprojekte und Besuche des jüdischen Museums und der
2417 Bildungsstätte Anne Frank für alle Frankfurter Schüler*innen fördern und
2418 die Gemeinde bei Projekten zum Wissen um jüdisches Leben heute
2419 unterstützen
- 2420 ○ Angebote an Schulen und Museen stärken
- 2421 ○ Straßen und Plätze mit Namen mit Bezug zum Nationalsozialismus und des
2422 Kolonialismus identifizieren und gemeinsam mit den Ortsbeiräten und den
2423 Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteil Vorschläge für eine Umbenennung
2424 im Einklang mit unseren Vorstellungen für eine gleichberechtigte

- 2425 Sichtbarmachung von Frauen (siehe Kapitel „Gleichberechtigung“)
- 2426 erarbeiten.
- 2427 • Der Antisemitismus in Deutschland ist auch mehr als siebzig Jahre nach der Shoa
- 2428 zu keinem historischen Phänomen geworden. Latent antisemitische Haltungen,
- 2429 antisemitische Hetze und offene tätliche Angriffe prägen noch immer den Alltag
- 2430 von Jüdinnen und Juden in diesem Land. Die gerade auch während der Corona-
- 2431 Pandemie virulenten antisemitischen Verschwörungstheorien fordern diverse,
- 2432 demokratische Gesellschaften auf ganz besondere Weise heraus. In unserer Stadt
- 2433 leben Menschen aus über 180 Nationen und mit den unterschiedlichsten
- 2434 Religionen friedlich zusammen. Die Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen und
- 2435 Religionen ist Grundlage des Zusammenlebens in Frankfurt. Wir werden uns
- 2436 deshalb entschieden jeglicher Form des Antisemitismus, auch dem islamistisch
- 2437 geprägten, entgegenstellen.
- 2438 • Es gilt in unserer Stadt antisemitische Vorfälle, Drohungen oder Gewalt sowohl
- 2439 umfangreich zu dokumentieren, als auch Projekte und Aktivitäten zu fördern, die
- 2440 sich solchen destruktiven Entwicklungen von Hass, Intoleranz, antisemitischen
- 2441 Zuschreibungen und Handlungen entgegenstellen.
- 2442 • Wir werden die Leistung der sogenannten Gastarbeiter*innen in Frankfurt und
- 2443 ihre Einwanderungsgeschichte künstlerisch würdigen.
- 2444 • Migrantische Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Volkswirtschaft.
- 2445 Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund und neu Zugewanderte bei ihren
- 2446 Schritten in die Selbständigkeit unterstützen.
- 2447 • Gute Sprachkenntnisse sind eine grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche
- 2448 Bildungswege und Teilhabe an der Gesellschaft. Sprachbildung muss kontinuierlich
- 2449 und biografiebegleitend angeboten werden, von der alltagsintegrierten
- 2450 Sprachförderung der Kleinsten im Kindergarten bis hin zu den Integrations- und
- 2451 berufssprachlichen Angeboten für Erwachsene. Um die Vernetzung der Angebote
- 2452 voran zu bringen, wollen wir gemeinsam mit den Akteur:innen im Fachfeld ein

- 2453 Netzwerk Sprachbildung aufbauen, unsere „Leitlinien Sprachbildung“ umsetzen
2454 und dafür eine Koordinierungsstelle einrichten.
- 2455 • Die alltagsintegrierte Sprachbildung in den Kitas wollen wir um zusätzliche
2456 Angebote erweitern und mit einem Chancenpaket für alle 2-Jährigen unterstützen
2457 wir die Sprachbildung in der Familie.
- 2458 • Wir wollen Sprachbildungsangebote in den Schulferien ausbauen und an der
2459 Schnittstelle von Schule und Ausbildung gemeinsam mit den Berufsschulen, den
2460 Ausbildungsbetrieben und der VHS die ausbildungsbegleitende Sprachförderung
2461 stärken.
- 2462 • Wir werden das Engagement des Roma-Fördervereins zur Unterbringung von
2463 wohnsitzlosen Menschen wie die Sozialberatung und Jugendbildung unterstützen
2464 und die Unterstützung ausweiten. Um die oft desolate Wohnsituation zu
2465 verbessern, wollen wir prüfen, ob in Frankfurt nach Berliner Vorbild ein „Haus für
2466 Roma“ etablieren wird. Das lang geforderte Roma- und Sinti-Gemeinde- und
2467 Kulturzentrum für Frankfurt wollen wir vorantreiben.
- 2468 • Wir unterstützen die Umsetzung des Hessischen Aktionsplans für Akzeptanz und
2469 Vielfalt und werden unter Beteiligung der LSBTIQA*-Communities einen
2470 ergänzenden Frankfurter Aktionsplan erarbeiten.
- 2471 • In Frankfurt, dem Zentrum des queeren Lebens in Hessen, soll die
2472 Koordinierungsstelle für die Belange von LSBTIQA*s im AmkA mehr Maßnahmen
2473 umsetzen – z.B. Kampagnen für ein vielfältiges Demokratieverständnis, für die
2474 aktive Zivilgesellschaft oder zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für LSBTIQA*-
2475 feindliche Straftaten. Die Beratungs-, Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit
2476 existierender Initiativen wollen wir bedarfsgerecht ausstatten und dauerhaft
2477 fördern. Dazu wollen wir die LSBTIQA*-Stelle im AmkA stärken.
- 2478 • Projekte wie die „Rainbow Refugees“ wollen wir ausbauen. Wir stärken und
2479 fördern die Beratungseinrichtungen zur sexuellen Orientierung, wie insbesondere

- 2480 das Lesben-Informations- und Beratungszentrum (LIBS) und das
2481 Kompetenzzentrum MainCheck.
- 2482 • Wir stellen sicher, dass in der Gewaltprävention aktive Beratungsstellen für
2483 LSBTIQA*-Menschen mit den nötigen personellen und finanziellen Mitteln.
2484 ausgestattet sind und fördern einen regelmäßigen Austausch mit Vertreter*innen
2485 und Expert*innen der LSBTIQA*-Communities wie auch mit den Betroffenen selbst
 - 2486 • Wir wollen uns noch stärker für den Schutz und die körperliche Unversehrtheit
2487 von LSBTIQA*-Personen einsetzen, darum werden wir ein Queeres Safehaus
2488 schaffen.
 - 2489 • Den Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter*-, Trans*- und
2490 Asexuellenfeindlichkeit (IDAHOBITA*) sowie den Christopher-Street-Day werden
2491 wir als zentrale Veranstaltungen für Vielfalt und gegen Hass weiter aktiv
2492 unterstützen.
 - 2493 • Die Stadt unterstützt Initiativen, die schon im jungen Alter Toleranz gegenüber der
2494 LSBTIQA*-Menschen fördert.
 - 2495 • Die Stadt setzt sich dafür ein, dass künftig Messen und Veranstaltungen nach
2496 Frankfurt kommen, die explizit Menschen der LGBTIQ*-Community ansprechen.
2497 Dazu gehört auch, dass städtische Museen verstärkt Künstler*innen der
2498 Community ausstellen und auch Ausstellungen zur queeren/lesbisch/schwulen
2499 Community anbieten.
 - 2500 • Zudem bauen wir die Beratung zu Pflege- und Adoptivmöglichkeiten für
2501 interessierte Regenbogen-Eltern aus und prüfen die Einrichtung eines
2502 Regenbogenfamilienzentrums nach dem Vorbild des Zentrums in Berlin.
 - 2503 • Wir wollen Alten- und Pflegehilfe und Senior*innenberatungen für die besondere
2504 Situation von LSBTIQA*s sensibilisieren und in Kooperation mit dem
2505 Senior*innenbeirat die besonderen Bedarfe älterer LSBTIQA*s ermitteln. Den
2506 Bedarf für ein queeres Senior*innenheim oder gemeinschaftliche queere
2507 Wohnprojekte wollen wir prüfen.

- 2508 • Wie werden Projekte mit Schwerpunkten zur Prävention sexualisierter, homo- und
2509 transfeindlicher Gewalt im Sport fördern.
- 2510 • Wir prüfen eine Bewerbung Frankfurts und seiner LSBTIQA*-Communities um die
2511 Durchführung einer Euro-Pride (europäische LSBTIQA*-Parade), um das Ansehen
2512 unserer offenen, bunten und vielfältigen Stadt in Europa zu stärken.
- 2513 • Wir achten bei Frankfurter Städtepartnerschaften auf die Situation von LSBTIQA*s
2514 vor Ort. Die Förderung der Akzeptanz von Vielfalt ist wie die Einhaltung anderer
2515 Menschenrechte eines unserer Ziele in Städtepartnerschaften. Wir setzen uns
2516 dafür ein, dass bei bestehenden und künftigen Städtepartnerschaften die
2517 Wahrung der Menschenrechte und besonders von LSBTIQA*s beachtet und
2518 gefordert wird.
- 2519 • Bei allen Gebäuden, insbesondere Neu- und Umbauten von öffentlichen
2520 Gebäuden, Schulen und Sportanlagen sollen Toiletten und Umkleideräume
2521 diskriminierungsfrei, z.B. als Unisex-Divers-Räume gestaltet werden. Die Stadt
2522 sensibilisiert und berät beispielsweise Sportvereine und Fitnessstudios
2523 entsprechend.
- 2524 • Wir wollen Angebote für Inter*- und Trans*kinder unter 14 Jahren schaffen. Sie
2525 sollen Gleichaltrige treffen und – ebenso wie ihre Eltern – qualifizierte Beratung in
2526 Anspruch nehmen können.
- 2527 • Wir stellen sicher, dass städtische Formulare „divers“ als dritte Geschlechtsoption
2528 beinhalten und in Statistiken und Dokumentationen die Personenstands-Option
2529 „divers“ eingeführt wird.
- 2530 • Wir wollen hin zu einer Sprache, die alle Geschlechter gleichberechtigt anspricht
2531 und die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt abbildet. Dafür werden wir eine
2532 Richtlinie für die Verwaltung und städtische Veröffentlichungen erarbeiten.

2533

2534 Gleichberechtigung

2535 Gleichberechtigung muss überall der Maßstab sein – in allen Lebenslagen und auf allen
2536 Ebenen. Gleichberechtigung beginnt vor Ort. Frankfurt hat bereits 2012 die Europäische
2537 Charta der Gleichstellung auf lokaler Ebene unterzeichnet und wir werden deren
2538 Umsetzung weiter fortsetzen. Gleichberechtigung ist nicht selbstverständlich, deshalb
2539 fordert ihre Umsetzung Aufmerksamkeit. Die Lebenswelt von Frauen ist vielfältig und
2540 Frauen sind vor alltägliche Herausforderungen gestellt, denen wir mit pragmatischen
2541 Lösungen begegnen. Wir schützen Mädchen und Frauen und befähigen sie. Diese
2542 Selbstverständlichkeit ist nicht immer selbstverständlich, sie bedarf des fortwährenden
2543 Engagements. Wir begreifen dieses Engagement als eine Aufgabe nicht nur der
2544 betroffenen Frauen und Mädchen, sondern als eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft
2545 und ihrer Institutionen.

- 2546 • Wir werden die Umsetzung der Europäischen Charta der Gleichstellung auf lokaler
2547 Ebene als dauerhaften, partizipativen Prozess mit den notwendigen personellen
2548 und finanziellen Ressourcen im Frauenreferat fortsetzen. Ausgehend vom ersten
2549 Aktionsplan „Frankfurt wird gerechter – Woman in work“ werden weitere
2550 Aktionspläne entwickelt, umgesetzt und überprüft, insbesondere mit dem
2551 Themenschwerpunkt stereotype Rollenbilder.
- 2552 • Wir werden Anreizsysteme mit und für Unternehmen schaffen, die sich für
2553 Gleichstellung engagieren, und durch Preise oder andere Möglichkeiten positive
2554 Beispiele sichtbar machen. Damit unterstützen wir die Gleichstellung und die
2555 Transparenz, wie in Unternehmen die Führungspositionen zwischen Männern und
2556 Frauen verteilt sind und wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sichergestellt
2557 wird.
- 2558 • Um Mädchen und Frauen für MINT-Berufe zu begeistern, werden wir
2559 Kooperationsmöglichkeiten wie „Komm, mach MINT“ wirksam ausbauen und
2560 eigene Aktionen der Stadt anstoßen (Wettbewerbe, Infotage,
2561 Mentor*innenprogramme, Kooperationen mit Firmen). Darüber hinaus setzen wir

97

- 2562 uns dafür ein, dass Mädchen Praktika im MINT-Bereich absolvieren können.
- 2563 Parallel dazu wollen wir soziale und Care-Berufe, die bisher eher von Frauen*
- 2564 ausgeübt werden, auch für Jungen und Männer attraktiver machen.
- 2565 • Wir schaffen gezielt Informations- und Bildungsbausteine zu Fragen der Berufs-
2566 und Lebensplanung, Berufsbildern, Einkommensperspektiven, Interessengebieten
2567 und Selbständigkeit/Gründung.
 - 2568 • Wir etablieren Angebote, um die Finanzkompetenz insbesondere von Mädchen
2569 (Schwerpunkt Berufswahl/Erwerbsbiografie) und Frauen zu stärken und damit der
2570 Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken. Zum Abschluss des 23. sowie 27.
2571 Lebensjahres weist die Stadt junge Frauen personalisiert auf kostenlose
2572 Bildungsangebote zu einer lebenslangen Finanzplanung hin. Entsprechende
2573 Angebote wird es auch für die Mitarbeiterinnen in der Stadtverwaltung und bei
2574 städtischen Gesellschaften geben.
 - 2575 • Wir wollen eine Kooperation mit Banken unter Einbeziehung erfolgreicher
2576 Gründerinnen initiieren mit dem Ziel, Frauen in Gründung Zugang zu Risikokapital
2577 zu gewähren. Durch gezielte Förderung und die Vermittlung spezieller Kredite für
2578 Start-up Gründungen sollen Frauen zusätzlich motiviert werden, eigene Ideen zu
2579 verwirklichen.
 - 2580 • Wir wollen explizit an Frauen gerichtete Messen nach Frankfurt holen, auf denen
2581 Frauen sich beruflich weiterentwickeln und vernetzen können und für diese aktiv
2582 werben.
 - 2583 • Wir begrüßen, dass die kommunalen Museen, Bühnen und Kulturprojekte in den
2584 letzten Jahren viele Künstlerinnen entdeckt oder wiederentdeckt haben, wodurch
2585 sich der Kanon bereits jetzt zugunsten der Gleichstellung verändert hat. Wir
2586 werben darum, dass die städtischen Kultureinrichtungen die Gleichberechtigung
2587 von Frauen weiterhin mit punktuellen Leuchtturmprojekten sowie geeigneten
2588 kontinuierlichen Maßnahmen fördern.

- 2589 • In die städtische Vorschlagsliste für die Benennung von Straßen und Plätzen
2590 werden Frauen*namen aufgenommen, bis diese 50 % der Vorschläge umfassen.
2591 Zudem sollen in die Vorschlagsliste Namen von LGBTI*QA-Menschen
2592 aufgenommen werden. Generell werden wir darauf achten, dass Menschen mit
2593 unterschiedlichen biographischen Hintergründen, die die Diversität unserer
2594 Gesellschaft abbilden, bei der Benennung zum Zug kommen.
2595 Wir werden außerdem identifizieren, welche Straßen und Plätze nach Personen
2596 benannt sind, die einen Bezug zu Nationalsozialismus oder Kolonialismus haben
2597 und für diese Vorschläge zur Umbenennung erarbeiten.
2598 Wir setzen uns in den Ortsbeiräten dafür ein, dass diese die Quotierung und die
2599 Ergänzungen bei der Ausübung ihres Rechtes auf die Benennung von Straßen und
2600 Plätzen konsequent umsetzen. Die Kompetenz der Ortsbeiräte wird grundsätzlich
2601 nicht angetastet. Bei der Benennung von Parks und Schulen wollen wir analog
2602 verfahren.
- 2603 •
- 2604 • Wir werden darauf hinwirken, dass bei städtischen Veranstaltungen und Podien
2605 Frauen verstärkt als Speakerinnen gewonnen werden und auf eine zunehmend
2606 paritätische Besetzung von Podien hinwirken. Deswegen werden immer auch
2607 Frauen als Expertinnen und Rednerinnen angefragt.
- 2608 • Wir erforschen in einer wissenschaftlich begleiteten, partizipativ und
2609 diversitätssensibel durchgeführten Pilotstudie Gewalt- und Lebensverhältnisse
2610 und Bedarfe von Mädchen und jungen Frauen. Anhand der Ergebnisse werden wir
2611 im Sinne geschlechtergerechter Jugendhilfeplanung Angebote konzipieren.
- 2612 • Wir werden die aktuell bestehende Daten- und Wissenslücken in Bezug auf Frauen
2613 schließen, die zur Diskriminierung von Frauen führen. In den städtischen
2614 Strukturen und Verantwortungsbereichen wird dazu ein methodisches Vorgehen
2615 etabliert, mit dem systematisch geschlechtsspezifische Daten sowie die
2616 Perspektiven von Frauen erfasst und ausgewertet werden, um künftig in allen

- 2617 Politikfeldern Berücksichtigung zu finden. Nur so erreichen wir
2618 geschlechtergerechte Datentransparenz.
- 2619 • Wir werden die aktuellen Darstellungsweisen von Wirtschaftsleistungen und
2620 Wertschöpfung geschlechtergerecht gestalten und um neue Kennzahlen,
2621 regelmäßige Statistiken und Analysen erweitern, die die Leistungen von Frauen
2622 transparent machen. Aus dem Erkenntnisgewinn sollen konkrete Maßnahmen zur
2623 Gleichstellung abgeleitet werden. Hierzu zählen beispielsweise unbezahlte
2624 Haushaltstätigkeiten, Care-Arbeit und auch sogenannte „unsichtbare Aufgaben“
2625 (mental load).
- 2626 • Wir achten auf die aktive Beteiligung von Frauen in der Verkehrs- und
2627 Stadtplanung. Wir wollen nicht nur für, sondern mit und durch Frauen planen. Bei
2628 Planungsvorhaben von Ämtern und Dezernaten werden die Erkenntnisse über die
2629 strukturell anderen Lebenswirklichkeiten von Frauen, u.a. auch das
2630 unterschiedliche Mobilitätsverhalten umgesetzt und nachvollziehbar dargestellt.
2631 Die adäquate Beteiligung von Expertinnen für gendergerechte Stadt- und
2632 Verkehrsplanung und von Bürgerinnen an der Planung ist sicherzustellen, wird in
2633 den Planungen erkennbar berücksichtigt und wird der
2634 Stadtverordnetenversammlung mit den Vorlagen dargelegt. Wir wollen mehr
2635 Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum. Angsträumen begegnen wir durch
2636 gute Beleuchtung im öffentlichen Raum, insbesondere an Haltestellen, laute
2637 Touch-Säulen für Notsituationen. Frauen sollten dazu auch institutionell verstärkt
2638 in Planungsprozesse im Verkehrsbereich und in der Stadtentwicklung
2639 eingebunden werden.
- 2640 • Auch die Sichtbarkeit von lesbischen, bisexuellen, pansexuellen Mädchen und
2641 Frauen wollen wir weiter fördern – sie leiden oft unter doppelter Diskriminierung.
- 2642 • Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention wird das Frauenreferat einen Fachbeirat
2643 einrichten, der die kontinuierliche Zusammenarbeit der beteiligten Dezernate,
2644 Ämter, Institutionen, NGOs, Polizei und Justiz gewährleistet und die

- 2645 Verantwortlichkeiten für konkrete Vorhaben regelt. Es wird abgestimmt auf
2646 Landes- und Bundesebene eine Monitoringstelle eingerichtet werden.
- 2647 • Die Koordinierungsstelle nach der Istanbul-Konvention wird dauerhaft beim
2648 Frauenreferat etabliert und personell und sachlich adäquat ausgestattet. Alle
2649 Einrichtungen, die der Prävention und dem Schutz vor geschlechtsspezifischer
2650 Gewalt dienen, erhalten bedarfsgerechte institutionelle Förderung.
- 2651 • Alle Frauen in Frankfurt sollen die Möglichkeiten, die das Gewaltschutzgesetz
2652 ihnen eröffnet, kennen. Die Stadt Frankfurt wird dafür geeignete
2653 öffentlichkeitswirksame Kampagnen auflegen und eine Informationskampagne an
2654 Schulen etablieren.
- 2655 • Modellverfahren, die zu besserer Versorgung führen, wie die medizinische
2656 Akutversorgung nach Vergewaltigung, und neue Angebote, die geänderte
2657 gesellschaftliche Bedingungen und Gewaltformen, wie z.B. digitale Gewalt, Gewalt
2658 im Netz aufgreifen und bekämpfen, begrüßen und unterstützen wir.
- 2659 • Wir wollen Täter stärker in die Verantwortung nehmen und dazu die Täterarbeit
2660 ausbauen. Im Sinne einer wirkungsvollen Prävention werden wir mehr
2661 Beratungsangebote und Anti-Gewalt-Programme für Täter häuslicher und
2662 sexueller Gewalt mit dem Ziel der Verhaltensänderung fördern.
- 2663 • Die Umsetzung des Prinzips „Wer schlägt, geht“ wird in Zusammenarbeit mit der
2664 Polizei nachgehalten. Wegweisungen müssen die erste Wahl bleiben, um den
2665 Verbleib der Familie in der gewohnten Umgebung zu sichern. Der Polizeieinsatz
2666 bei häuslicher Gewalt wird künftig in einer Ordnungspartnerschaft mit der
2667 direkten Einbindung von Sozialarbeiter*innen zur Krisenintervention vernetzt.
- 2668 • Geschlechtsspezifische Gewalt wird systematisch Thema in allen
2669 Jugendeinrichtungen und Behinderteneinrichtungen, es werden
2670 Vertrauenspersonen installiert. Die Leistungsverträge mit den Trägern müssen
2671 verbindliche Vorgaben und Berichtspflichten dazu enthalten. Maßnahmen zur

- 2672 Stärkung des Selbstbewusstseins und der Selbstermächtigung von Mädchen und
2673 Frauen werden ebenso breit wie zielgruppengerecht angeboten und gefördert.
- 2674 • Alle Ausgaben für geschlechtsspezifische Gewaltprävention werden aus dem
2675 Haushalt für Zuwendungen in einen eigenständigen Pflichtteil überführt und
2676 dauerhaft gesichert.
- 2677 • Wir wollen von digitaler Gewalt, Hass und Hetze betroffenen Menschen und ihren
2678 Angehörigen, Eltern, Lehrkräften und Betreuer*innen Beratung und Unterstützung
2679 anbieten und dafür eine kommunale, interdisziplinär ausgestattete Informations-,
2680 Präventions- und Beratungsstelle einrichten. Sie soll Kinder, Jugendliche, Frauen,
2681 LSBTIQA*s und anderen, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
2682 betroffen sind, formatgerecht ansprechen und qualifiziert beraten – von
2683 Traumatherapie bis Rechtsberatung. Sie soll in Fortbildungen Handlungsstrategien
2684 und Konzepte zum Schutz vor Gewalt im digitalen Raum vermitteln, mit den
2685 Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten und sich mit relevanten
2686 Institutionen und Organisationen z.B. im Kinderschutz und im Schutz von Mädchen
2687 und Frauen vor Gewalt vernetzen.
- 2688 • Wir werden eine zentrale Anlaufstelle einrichten, an die sich Mädchen und Frauen
2689 wenden können, die Sexismus durch städtische Mitarbeitende erfahren haben.
2690 Wir wollen evaluieren, in welcher Form und welchem Umfang solche Vorfälle
2691 eintreten, und aus den Ergebnissen präventive Maßnahmen ableiten.
- 2692 • Zum Gedenken an die Opfer von Femiziden und zur Verankerung
2693 geschlechtsspezifischer Gewalt im gesellschaftlichen Bewusstsein wird ein
2694 Mahnmal an einem geeigneten zentralen Ort errichtet. Zur Ausgestaltung des
2695 Mahnmals wird ein Wettbewerb ausgeschrieben
- 2696 • Das Leben in Obdachlosigkeit ist oft von Übergriffen und Gewalt gekennzeichnet.
2697 Betroffene Frauen und Kinder sind dabei besonders gefährdet. Damit sie sich
2698 wenigstens in den Unterkünften sicher fühlen können, müssen sie eine sichere
2699 Zuflucht erhalten. Wir starten ein städtisches Modellprojekt „Sichere Zuflucht“,

- 2700 bei dem Frauen und Kinder einen eigenen Bereich erhalten, der Männern nicht
2701 offensteht. Nach Evaluierung des Projekts wird geprüft, ob das Modell
2702 ausgeweitet wird.
- 2703 • Um die Aufenthaltsdauer von Frauen in Frauenhäusern zu verkürzen, werden für
2704 Frauen, die keine engmaschige Betreuung mehr benötigen, bis zur Zuweisung von
2705 Wohnraum durch das Wohnungsamt, Übergangswohnmöglichkeiten geschaffen,
2706 die den Frauen und ihren Kindern ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.
 - 2707 • Wir unterstützen Beratungsstellen, die Frauen und Mädchen bei der
2708 Verwirklichung der reproduktiven Rechte Hilfe leisten und stellen durch
2709 Schutzzonen den freien, unbeeinträchtigten Zugang zu Sexualberatungsstellen und
2710 Schwangerschaftskonfliktberatung sicher.
 - 2711 • Wir garantieren den Zugang und die Übernahme der Kosten ärztlich verordneter,
2712 empfängnisverhütender Mittel für Mädchen und Frauen, die damit wirtschaftlich
2713 überfordert sind. Damit ermöglichen wir allen Mädchen und Frauen eine
2714 selbstbestimmte Empfängnisverhütung. Dies umfasst auch die Kosten für die „Pille
2715 danach“.
 - 2716 • Auch in pandemischen Krisen sichern wir die reproduktiven Rechte. Der Zugang zu
2717 Verhütungsmitteln, Beratung wird durch Fortzahlung der vollumfänglichen
2718 Zuschüsse für die Träger sichergestellt. In Kliniken mit kommunaler Beteiligung
2719 werden Schwangerschaftsabbrüche nicht als elektive Leistungen behandelt,
2720 sondern weiter durchgeführt.
 - 2721 • Die Coronakrise hat verstärkt zutage getragen, dass eine geschlechtergerechte
2722 Gestaltung der Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsmaßnahmen essenziell ist. Dabei
2723 ist u.a. der Tatsache Rechnung zu tragen, dass vor allem Frauen die Last der
2724 zusätzlichen Haus- und Sorgearbeit tragen. Es wird ein Runder Tisch "Care
2725 Ökonomie/Haushaltsnahe Dienstleistungen" mit breiter Beteiligung (Betroffene,
2726 Unternehmen, Politik, Expertinnen und Experten) mit der Zielsetzung initiiert,

- 2727 ein Modellprojekt für Frankfurt zu erarbeiten. Dabei werden best-practices aus
2728 anderen Kommunen/Ländern herangezogen.
- 2729 • Förderungen, Mittel und Maßnahmen nach dem Frankfurter
2730 Arbeitsmarktprogramm und aus der Wirtschaftsförderung sind adäquat auf die
2731 Situation von Arbeitnehmerinnen und weiblichen Selbständigen und Arbeitslosen
2732 anzupassen. In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Alleinerziehender werden
2733 zusätzliche Maßnahmen zu deren Unterstützung entwickelt.
- 2734 • Der Etat und die personelle Ausstattung des Frauenreferats sind seit Jahren
2735 unzureichend. Das führt dazu, dass gerade die Träger, die Aufgabenfelder zur
2736 Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in den unterschiedlichsten
2737 gesellschaftlichen Feldern wahrnehmen, chronisch unterfinanziert sind und
2738 ständig vor die Wahl gestellt sind, tarifgerecht zu zahlen oder Arbeitsverhältnisse
2739 aufzulösen. Die Stadt leistet damit einer Verstärkung von prekären
2740 Beschäftigungsverhältnissen von Frauen Vorschub.
- 2741 • Dieses Vorgehen wird in der neuen Wahlperiode durch eine adäquate finanzielle
2742 Ausstattung beendet. Die personelle und sächliche Ausstattung des Frauenreferats
2743 muss den oben definierten zusätzlichen Aufgaben und Erfordernissen angepasst
2744 werden. Die innovativen Mittel sind zudem so auszustatten, dass Raum für neue
2745 Entwicklungen und Aufgabenstellungen bleibt. Erfolgreiche Projekte, die bislang
2746 aus den innovativen Mitteln gefördert wurden, werden verstetigt und für eine
2747 zeitgemäße Präsentation und Kommunikation der Arbeit ist das Referat zusätzlich
2748 personell zu verstärken. Hierbei soll eine Evaluierung erfolgen, wie die Arbeit
2749 effizient und bürgernah gestaltet werden kann.
- 2750 • Wir richten ein „Dialogforum Frauen“ ein, welches nach Wiesbadener Vorbild eine
2751 verlässliche Anlaufstelle für Anregungen, Beratungsbedarfe, Vernetzung und
2752 aktuelle Fragestellungen für alle Frankfurterinnen sein wird.
- 2753

2754 Jugend, Soziales, Gesundheit und Drogenpolitik

2755 Unser neues Frankfurt ist ein Frankfurt, das niemanden zurücklässt und verlässlich
2756 diejenigen unterstützt, die auf Unterstützung angewiesen sind. Das gilt für alle – für
2757 Kinder und Jugendliche, für Jung und Alt, für Menschen mit einer Erkrankung oder
2758 Behinderung–für alle Menschen in Frankfurt unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht
2759 oder Status. Alle sollen ihren Platz finden und das Leben selbstbestimmt,
2760 verantwortungsvoll und frei gestalten können. Mit unserer Sozialpolitik wollen wir dies
2761 ermöglichen und auf Augenhöhe mit den betroffenen Menschen agieren. Das beinhaltet
2762 auch, sie als Expert*innen stärker in Prozesse und Entscheidungen der Frankfurter
2763 Kommunalpolitik einzubinden.

2764 Wir wollen Kindern und Jugendlichen Chancengleichheit ermöglichen. Wir wollen
2765 Familien, egal, wie sie sich zusammensetzen, stärken und eine familien- und
2766 kinderfreundliche Stadt gestalten. Wir werden Kinderarmut in Frankfurt entschieden
2767 begegnen.

2768 Allen Frankfurter*innen wollen wir ein lebenswertes Umfeld bis ins hohe Alter erhalten
2769 und würdevolle Möglichkeiten für ein Altern in Pflege-Einrichtungen schaffen. Mit dem
2770 Ziel einer inklusiven Stadt setzen wir uns für die Verbesserung der Situation von
2771 Menschen mit Behinderung ein. In der Wohnungslosenpolitik gehen wir neue Wege und
2772 implementieren ein Housing First-Programm. Auch hier gilt das Gleichheitsgebot: Kein
2773 Mensch soll würdelos und ungewollt auf der Straße leben müssen. Wir werden
2774 kommunale, lebensphasenübergreifende, verhältnis- und verhaltenspräventive
2775 Gesundheitsstrategien aufbauen und verpflichten uns zu einer Gesundheitspolitik, deren
2776 oberstes Ziel die Gesunderhaltung der Menschen in der Stadt ist.

2777 Der bewährte Frankfurter Weg der Drogenpolitik wird durch uns weiterentwickelt. Wir
2778 stellen die Menschen in den Mittelpunkt unserer Drogenpolitik.

105

2779 Kinder, Jugendliche, Familien

2780 • Wir wollen Kinder und Jugendliche stärker aktiv in die politischen Prozesse und
2781 Entscheidungen der Frankfurter Kommunalpolitik einbinden. Die Implementierung
2782 eines Jugendparlamentes werden wir zusammen mit Stadtschüler*innenrat und
2783 Jugendring weiter fortsetzen und fördern und eine entsprechende Finanzierung
2784 bereitstellen.

2785 Wir wollen dem Jugendparlament mit Antrags- und Rederecht in den Ortsbeiräten
2786 und der Stadtverordnetenversammlung eine wichtige Rolle geben und dessen
2787 Tätigkeit über eine geeigneten Online-Präsenz für alle Jugendlichen zugänglich
2788 machen.

2789 Im Rahmen der Vermittlung demokratischer Werte und parallel zum Aufbau des
2790 Jugendparlamentes werden jugendnahe und niedrigschwellige Angebote der
2791 Schulung über und der Beteiligung an demokratiefördernden Aktionen für alle 106
2792 jugendlichen in Frankfurt etabliert (z.B. Youth Assembly nach dem Vorbild von
2793 CitizenAssembly). Hierfür werden u.a. auch Fördergelder der EU beantragt. Das
2794 Angebot wird über die Schulen und die lokalen Jugendzentren ausgerollt.
2795 Der städtische Internetauftritt soll künftig zeitgemäß auch das „junge Frankfurt“
2796 abbilden.

2797 • Wir wollen die Regularien für den Ring politischer Jugendorganisationen
2798 überarbeiten. Die finanziellen Mittel für den RPJ werden in dem Maße erhöht, wie
2799 für die Jugendarbeit generell.

2800 • Zur Förderung der Teilhabe, des Empowerments und der Sichtbarkeit von
2801 Jugendlichen werden wir in Zusammenarbeit mit existierenden Institutionen z.B.
2802 Literatur-, Musik-, Rhetorik- und ähnliche Präsentationsmöglichkeiten speziell für
2803 junge Menschen ins Leben rufen. Veranstalter werden angeregt Jugendliche
2804 einzubinden.

- 2805 • Den Ausbau eines flächendeckenden Netzes von Begegnungsmöglichkeiten und
2806 offenen Räumen für Kinder und Jugendliche in allen Stadtteilen werden wir
2807 konsequent weiterverfolgen.
- 2808 • 20 bis 25 Prozent aller Frankfurter Kinder leben in Armut. Viele wirtschaftliche
2809 Hilfen – vor allem des Bundes – kommen in den Familien nicht an. Viele Familien
2810 erhalten keine Beratung aus einer Hand, welche Leistungen ihren Kindern
2811 zustehen und welche weiteren Angebote es in Frankfurt gibt. Vor allem Ein-Eltern-
2812 Familien, geflüchtete Familien, Familien mit geringen Deutschkenntnissen und
2813 Familien mit Armutsgeschichte sind hiervon betroffen. Die Auswirkungen der
2814 Pandemie werden die Armut von Familien weiter verschärfen. Dem wollen wir mit
2815 einem "Frankfurter Bündnis gegen Kinderarmut" begegnen. In jedem Quartier
2816 wird es eine Anlaufstelle geben, die Familien einen niedrigschwelligen Zugang zu
2817 Unterstützungsleistungen und –angeboten ermöglicht. Die Anlaufstellen können
2818 an Sozialräthäuser, Jobcenter, Stadtteilbüros oder Gemeindezentren andockt
2819 und müssen miteinander vernetzt sein. Über die Anlaufstellen soll sich ein
2820 Netzwerk aus Akteur*innen der Stadt und der Zivilgesellschaft bilden, die unter
2821 einem Dach, Kinderarmut bekämpfen. Ein geeignetes Konzept wird entwickelt.
- 2822 • Aufgrund bürokratischer Hürden wurden in Frankfurt zuletzt nur 50 % der
2823 Leistungen, die bedürftigen Kindern und Jugendlichen nach dem Bildungs- und
2824 Teilhabepaket (BUT) der Bundesregierung zustehen (Nachhilfe, kostenloses
2825 Mittagessen, Musik, Sport und Spiel in Vereinen u.a.), abgerufen. Wir wollen, dass
2826 sich die Frankfurter Quote deutlich erhöht.
- 2827 • Es werden Modellprojekte an mehreren Frankfurter Schulen und Einrichtungen
2828 entwickelt, die die Förderung aus BUT-Mitteln im Alltag implementieren. Die
2829 Modellprojekte werden durch den AK BUT begleitet und evaluiert. Unser Ziel ist es
2830 Bürokratie abzubauen und eine Ausschöpfung der Quote zu erreichen.
- 2831 • Die Infrastruktur der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir in der Stadt
2832 ausbauen. In jedem Stadtteil soll es die nötigen Angebote geben. Zu Kindern und

2833 Jugendlichen, die in der offenen Jugendarbeit betreut werden, sollen die
2834 Mitarbeiter*innen künftig auch in Pandemie-Situationen mit
2835 Kontaktbeschränkungen aktiv Kontakt halten und bei Bedarf Unterstützung
2836 einleiten können (Essens-Versorgung, Familien-Hilfe bei innerfamiliären Konflikten
2837 und Lern-Begleitung). Dafür werden wir mit den Trägern der Kinder- und
2838 Jugendhilfe geeignete Konzepte entwickeln.

- 2839 • Wir werden den derzeit in mehr als 40 Einrichtungen angebotenen
2840 “Pädagogischen Mittagstisch” deutlich ausbauen.
- 2841 • Zur Aufrechterhaltung der gendersensiblen und geschlechterorientierten Kinder-
2842 und Jugendarbeit in Frankfurt wollen wir die offenen Stellen der Arbeitskreise
2843 Mädchen und Jungen (MAKJAK) wieder besetzen. Diese sollen u.a. wieder
2844 regelmäßige Praxisforen zur Mädchen*- und Jungen*arbeit, den jährlichen
2845 Fachtag zur Mädchen*- und Jungen*arbeit und eine Neuauflage des Frankfurter
2846 Lesebuchs zur Mädchen*- und Jungen*arbeit organisieren sowie die Leitlinien zur
2847 Mädchen*- und Jungen*arbeit umsetzen und weiterentwickeln.
- 2848 • Wir wollen die Ressourcen für eine kompetente Beratung für Alleinerziehende
2849 verbessern. Hierzu werden wir die Fachberatung für Alleinerziehende im Jugend-
2850 und Sozialamt und die Koordination über das Kinderbüro personell verstärken. Wir
2851 prüfen, ob die Zusammenlegung dieser Angebote sinnvoll ist.
- 2852 • Kinder und Jugendliche, deren Eltern oder Elternteil chronisch erkrankt, dauerhaft
2853 pflegebedürftig, psychisch oder abhängigkeiterkrankt sind, wollen wir mit
2854 spezifischen und altersgerechten Hilfsangeboten der Jugendhilfe und des
2855 Gesundheitswesens unterstützen und entlasten. Ziel ist dabei auch, die Familien
2856 für die Inanspruchnahme kontinuierlicher Unterstützung zu gewinnen.
- 2857 • Analog zum Dreierausschuss der Stadtbezirksvorsteher*innen soll ein
2858 entsprechendes Gremium für die Frankfurter Kinderbeauftragten eingerichtet
2859 werden, damit diese sich besser vernetzen, austauschen und in die Arbeit des
2860 Magistrats einbringen können.

- 2861 • Wir wollen ein Gütesiegel „Familien sind willkommen“ für Gastronomie und Orte
2862 des öffentlichen Lebens zur Verfügung stellen.

2863 **Frankfurt-Pass**

- 2864 • Die Einkommensgrenzen des Frankfurt-Passes werden wir regelmäßig an die
2865 Entwicklung der Durchschnittseinkommen und Renten anpassen. Wir wollen den
2866 Frankfurt-Pass nutzen, bürokratiearm und zielgenau sozialpolitische Bedürfnisse
2867 zu decken. Der Frankfurt-Pass wird digitalisiert, um ihn flexibel einsetzen zu
2868 können. Kinder und Jugendliche aus Familien mit Frankfurt-Pass sollen mindestens
2869 einmal jährlich kostenlos an einer Ferienfreizeit teilnehmen können. Die
2870 Beantragung soll möglichst unbürokratisch möglich sein.
- 2871 • Frankfurt-Pass-Inhaber*innen sollen freien Eintritt in städtische Einrichtungen wie
2872 Museen, Palmengarten, Zoo und Schwimmbäder erhalten, und wir prüfen, wie wir
2873 ihnen die kostenlose Nutzung des ÖPNV in Frankfurt ermöglichen können.
- 2874 • Ehrenbeamt*innen im Sozialbereich erhalten Schulungen für ihre bestehenden
2875 und möglichen neuen Aufgaben.
- 2876 • Wir wollen zur Prävention von Energieschulden und Vermeidung von
2877 Energiesperren die Vorschläge der Nationalen Armutskonferenz von 2018
2878 umsetzen.
- 2879 • Die Stadt Frankfurt arbeitet seit Jahrzehnten vertrauensvoll mit den Trägern
2880 sozialer Einrichtungen zusammen, diese leisten wertvolle Arbeit für die Stadt und
2881 ihre Bürger*innen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nur in
2882 Ausnahmefällen kommt es in der Zusammenarbeit mit den Trägern zu
2883 Unregelmäßigkeiten. Um mögliche Verstöße schnell zu entdecken und ihnen
2884 effizient nachzugehen zu können, wollen wir das städtische Controlling in allen
2885 Haushaltsbereichen effektiver gestalten.
- 2886 • Wir werden in einem Transparenzregister Angaben über Art und Höhe von
2887 Zuschüssen an Träger von sozialen Dienstleistungen und in diesem

2888 Zusammenhang relevante Daten dokumentieren. Damit soll auch Rechenschaft
2889 über Programme abgelegt werden, die von der Stadt finanziell unterstützt
2890 werden.

2891 Inklusion

- 2892 • Im Sinne einer inklusiven Stadt setzen wir uns für die Verbesserung der Situation
2893 von Menschen mit Behinderung in Frankfurt ein. Dabei wollen wir sie vermehrt
2894 anhören und beteiligen. Wir stärken die institutionelle Verankerung des Themas
2895 Inklusion in der Stadtverwaltung. Wir werden in Kooperation mit der Stabsstelle
2896 Inklusion und unter Einbeziehung der bestehenden unabhängigen
2897 Inklusionsberatungsstelle in Sozialrathäusern ganzheitliche Kompetenzstellen
2898 ausbilden, bei denen betroffene Eltern oder behinderte Menschen selbst Hilfe aus
2899 einer Hand finden, anstatt sich zu jedem Thema mit einem anderen Amt oder
2900 Verein in Verbindung setzen zu müssen. Wir prüfen die Einführung von
2901 Inklusionsbeauftragten auch in den Stadtteilen, um eine begleitende und
2902 bewusstseinsbildende Funktion bei der Schaffung von inklusiven Angeboten zu
2903 übernehmen. Sie können die Interessen der Betroffenen in Ortsbeiräten und
2904 gegenüber der Stadtverwaltung vertreten und auf Bedarfe aufmerksam machen.
- 2905 • Wir werden die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf
2906 kommunaler Ebene weiter vorantreiben, u.a. durch generell barrierefreie
2907 Kommunikation und Information auf allen Internetseiten der Stadt, möglichst
2908 barrierefreie Angebote bei allen öffentlichen Leistungen und durch die
2909 Weiterentwicklung der Stadt als inklusive Arbeitgeberin. Wir setzen uns mit den
2910 höheren Lebenshaltungskosten für Menschen mit Behinderung auseinander und
2911 erarbeitet mögliche Lösungen / Ausgleichsmöglichkeiten mit den bestehenden
2912 Stellen. Wir werden mehr öffentlich zugängliche, barrierefreie Toiletten einrichten
2913 und erstellen eine aktuelle, interaktive, behindertengerechte Karte der Stadt, auf
2914 der Zugangsmöglichkeiten und Barrieren ersichtlich sind. Es gibt in Frankfurt zu

2915 wenige Restaurants, welche barrierefrei zugänglich sind und barrierefreie
2916 Toiletten haben. Wir wollen deshalb eine Kampagne für ein barrierefreies
2917 Frankfurt für Restaurants und den Einzelhandel starten und hier entsprechende
2918 Beratung und Hilfen über die Stabsstelle Inklusion bieten.

- 2919 • Die Stadt Frankfurt entwickelt Leitlinien für eine inklusive Durchführung von
2920 Events und Veranstaltungen, insbesondere für solche mit Beteiligung der Stadt.
2921 Wir prüfen Möglichkeiten, Vereine, die sich besonders um die Inklusion von
2922 Menschen mit Behinderungen einsetzen, stärker zu unterstützen.
- 2923 • Für und mit Frauen mit Behinderungen werden wir ein spezifisches
2924 Beratungsangebot schaffen, ein Gewaltschutz-Programm entwickeln und
2925 Treffpunkte einrichten.
- 2926 • Inklusion in der Schule ist noch lange nicht selbstverständlich. Wir wollen deshalb
2927 nach seinem Erfolg in den Regionen Süd und West das Modellprojekt Inklusion
2928 fortsetzen. Inklusive Schulen brauchen mehr Ressourcen – wir werden uns beim
2929 Land Hessen für mehr Lehrer*innenstunden einsetzen und die Strukturen des
2930 Modellprojekts mit seinen Koordinator*innen verstetigen. Bei Um- und
2931 Neubauten von Schulen muss eine barrierearme Gestaltung Standard werden.

111

2932 Senior*innen

- 2933 • Allen Frankfurter*innen wollen wir durch die Entwicklung von Quartierskonzepten
2934 ein lebenswertes Umfeld bis ins hohe Alter erhalten. Dazu gehören wohnortnahe
2935 Einkaufsmöglichkeiten, öffentliche Toiletten, Bänke und Sitzgelegenheiten auch
2936 entlang von Einkaufsstrassen, neue Wohnformen, geförderte
2937 Senior*innenwohnungen, kultursensible ambulante Pflege, aufsuchende
2938 Suchtberatung und Nachbarschaftshilfe im vertrauten Umfeld. Wir wollen die
2939 Entwicklung von sozialraumorientierten Mehrgenerationenkonzepten fördern, in
2940 denen Alt und Jung sich gegenseitig unterstützen können. Wir wollen den Anteil
2941 an geförderten altersgerechten Wohnungen in allen Quartieren deutlich über die

- 2942 gesetzliche vorgegebene Quote hinaus steigern. Städtische
2943 Wohnungsunternehmen sollen in jedem Neubau davon einen höheren Anteil
2944 planen und bei Sanierungen im Bestand durch Umbau sicherstellen.
- 2945 • Wir fördern aktiv Nachbarschafts- und Selbsthilfegruppen sowie eine verstärkte
2946 Hilfestellung für die häusliche Pflege.
 - 2947 • Wir wollen ein Gutachten zum Thema Einsamkeit von Senior*innen erheben und
2948 Konsequenzen, insbesondere präventive, daraus ziehen.
 - 2949 • Das Programm „Frankfurter Programm Würde im Alter“ wollen wir aktualisieren
2950 und die Mittel stufenweise ausweiten. Zum Ende der Wahlperiode sollen alle
2951 Einrichtungen daran teilnehmen können. Mit den Verbänden der
2952 Wohlfahrtspflege werden wir die Situation in den Frankfurter Alten- und
2953 Pflegeheimen auf ihre Bedarfe überprüfen und die Angebote weiterentwickeln.
2954 Hierzu kann auch die Ausstattung mit WLAN gehören. Wir initiieren zudem
2955 flächendeckende Weiterbildungsangebote für Senior*innen zur Nutzung digitaler
2956 Medien
 - 2957 • Im kulturellen Bereich suchen wir den Dialog mit nicht-städtischen Einrichtungen
2958 zur Ausweitung des Angebots an vergünstigten Eintrittspreisen für Senior*innen
2959 und für Menschen mit geringem Einkommen.

112

2960 Pflege

- 2961 • Die Stadt Frankfurt gründet nach Hamburger Beispiel eine „Allianz für Pflege-
2962 Berufe“, um das Image von Pflege-Berufen nachhaltig zu steigern, die Rhein-Main-
2963 Metropolregion als attraktiven Standort für Pflege-Angebote zu festigen,
2964 gemeinsame Standards und gute Arbeitsbedingungen in Pflege-Berufen zu
2965 sichern, Ausbildungsplätze in Pflege-Berufen massiv auszubauen, den Anteil von
2966 Männern in Pflege-Berufen zu steigern und ausländische Fachkräfte zu integrieren.
2967 Die Allianz kann z.B. erwirken, dass niedrigschwellige psychologische
2968 Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen in sozialen Berufen zur

2969 Gesundheitsförderung angeboten werden, eine Studie zu Gewalt gegen
2970 Pflegekräfte auflegen, dass ein Fokus auf kultursensible Pflege gelegt wird und für
2971 die Einrichtung von Frauen- und Integrationsbeauftragten in Pflegeberufen
2972 werben.

- 2973 • In einem Frankfurter Pflegeheim werden wir in einem wissenschaftlich
2974 begleiteten, mehrjährigen Modellversuch erforschen, wie sich Zufriedenheit,
2975 Gesundheit, Lebensqualität und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter*innen bei einer
2976 4-Tage-Woche mit 32 Stunden Arbeitszeit und bei gleichem Gehalt verändern und
2977 welche Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Pflegequalität des Heimes
2978 sich ergeben. In einem weiteren Modellversuch werden wir die Wirkungen einer
2979 umfassenden Digitalisierung in einem Pflegeheim erforschen lassen

2980 Wohnen

113

- 2981 • In Frankfurt soll kein Mensch unfreiwillig in der Obdachlosigkeit leben müssen.
2982 Eine Wohnung gibt Menschen Halt und Würde. Obdachlosen Menschen muss
2983 unmittelbar und niedrigschwellig ein Dach über dem Kopf in Notschlafstellen und
2984 Übergangseinrichtungen angeboten und dann über städtische Einrichtungen so
2985 schnell wie möglich eigener Wohnraum zur Verfügung gestellt werden, um ihnen
2986 ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und die Teilhabe am
2987 gesellschaftlichen Leben sicherzustellen. Wir werden ein Modellprojekt „Frankfurt
2988 Housing First“ auflegen, das Wohnungen an obdachlose Menschen vermittelt und
2989 dann enge soziale Begleitung leistet. Dafür wird eine Machbarkeitsstudie
2990 entwickelt. Zudem soll ein Modell-Wohnprojekt die Rahmenbedingungen
2991 eruieren. Ziel ist, jedem Menschen, der von Obdachlosigkeit bedroht ist, die
2992 Möglichkeit einer sofortigen Unterbringung zu gewährleisten.
- 2993 • Die Bedarfsanalyse über die Situation wohnungsloser EU-Zuwander*innen in
2994 unserer Stadt hat gezeigt, dass diese Gruppe sich häufig in einer Spirale aus
2995 Wohnungs- und Arbeitslosigkeit befindet. Diesen wollen wir in Anlehnung an das

2996 Kölner Modell aus humanitären Gründen einen Schlafplatz in einer Art
2997 Boardinghouse anbieten.
2998 In einem weiteren Schritt werden wir die Frankfurter Obdachlosenunterkünfte für
2999 alle bedürftigen Menschen öffnen, unabhängig davon, ob diese gesetzliche
3000 Ansprüche haben oder nicht.
3001 Diese Einrichtungen sind gleichzeitig eine Anlaufstelle für die Betroffenen. Die
3002 dortige Sozialberatung soll ihnen ein Überblick über ihre Optionen verschaffen
3003 und eine Perspektive aufzeigen, damit sie wieder in die Gesellschaft integriert
3004 werden können.
3005 • Wir wollen für obdachlose oder wohnungslose Menschen, die akut erkrankt sind
3006 oder nach einem Krankenhausaufenthalt wieder zu Kräften kommen wollen, eine
3007 Pflegewohnung oder einen Platz in einem Pflegeheim bereitstellen, in der sie
3008 medizinisch und pflegerisch versorgt und psychosozial betreut werden können
3009 (analog zum Modell des Berliner Caritas Verbandes).
3010 • Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit müssen für armutsbedingte
3011 Zwangsräumungen alternative Lösungen gefunden werden.

114

3012 Gesundheit

3013 • Die Coronakrise hat uns gezeigt, dass wir in vielen Bereichen der Pflege, der
3014 Gesundheitsvorsorge und der Gesundheitsinfrastruktur besser werden müssen.
3015 Damit bei zukünftigen Krisen schnell gehandelt werden kann, wollen wir diesen
3016 Bereich und die Vernetzung aller Akteur*innen stärken. Dazu werden wir den
3017 Öffentlichen Gesundheitsdienst in Frankfurt konzeptionell weiterentwickeln und
3018 personell wie finanziell dauerhaft besser ausstatten. Die Krise macht auch
3019 deutlich, dass die Förderung von Gesundheit nicht nur die Aufgabe des
3020 öffentlichen Gesundheitsdienstes ist, sondern eine Querschnittsaufgabe, die wir
3021 zukünftig durchgängig ressortübergreifend zusammendenken, institutionell in der
3022 Stadtverwaltung noch enger verknüpfen und umsetzen.

- 3023 • Wir wollen kommunale, lebensphasenübergreifende, verhältnis- und
3024 verhaltenspräventive Gesundheitsstrategien aufbauen. Die
3025 Stadtgesundheitskonferenz, die im Jahr vor Corona erstmalig und mit Erfolg
3026 durchgeführt wurde, werden wir zu einer Konferenz weiterentwickeln, die mit den
3027 Akteur*innen Gesundheitsziele zur Sicherung gesunder Lebensverhältnisse für alle
3028 entwickelt und Handlungsempfehlungen und Maßnahmen verabschiedet.
- 3029 • Wir wollen Post-Corona "Resilienzförderung" für Kinder und Jugendliche und ihre
3030 Familien etablieren. Erste Erkenntnisse aus Studien und von Praxisakteur*innen
3031 zeigen, dass Bewegungsmangel, Übergewicht bzw. Essstörungen, psychische
3032 Auffälligkeiten und Medienkonsum zugenommen haben. Hier werden wir in
3033 Zusammenarbeit mit den Stadtteilarbeitskreisen eruieren, welche Bedarfe es gibt,
3034 Maßnahmen zu entwickeln, um gesundheitsfördernde Angebote räumlich und
3035 thematisch dort zu veranlassen, wo sie am nötigsten sind.
- 3036 Familienbildungsstätten, Kinder-, Familien- und Jugendzentren sind vor Ort
3037 bekannte und etablierte Anlaufstellen, die wir nutzen wollen, um Maßnahmen zur
3038 Gesundheitsförderung auf- und auszubauen. Wir wollen prüfen, ob nach dem
3039 Vorbild Berlins an allen Kinder- und Familienzentren Stadtteilmütter mit dem
3040 Qualifikationsbaustein Gesundheit ausgebildet und angesiedelt werden.
- 3041 • Wir werden die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie auch mit externer
3042 Fachexpertise auswerten und daraus Konsequenzen für den Öffentlichen
3043 Gesundheitsdienst sowie das generelle Krisenmanagement der Stadt Frankfurt
3044 ziehen. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Pandemiepläne der Stadt
3045 Frankfurt in Anpassung an die Pandemiepläne von Bund und Land fortschreiben.
- 3046 • Wir werden die Corona-Krise auf ihre besonderen Auswirkungen auf Menschen
3047 mit ungleichen Gesundheitschancen untersuchen und zielgruppenspezifische
3048 gesundheitsfördernde Angebote entwickeln. Das erfolgreiche Projekt der KoGi-
3049 Lots*innen werden wir fortführen und streben dabei eine weitere

- 3050 gesundheitsbezogene Qualifizierung an, um die Lots*innen als lokale
3051 Netzwerker*innen und Koordinator*innen stadtteilbezogen einzusetzen.
- 3052 • Wir wollen ein kostenloses Beratungs- und Kursangebot am Beispiel des
3053 Gesundheitskiosk Hamburg einrichten, welches den Gesundheitsstatus der
3054 Bevölkerung verbessern, die Kompetenz sowie Eigenverantwortung der
3055 Bevölkerung stärken, die Patientenzufriedenheit erhöhen, Fehlinformation und
3056 lange Suchbewegungen vermeiden, die Versorgungsdefizite im ambulanten
3057 Bereich minimieren, vorhandene Ressourcen zielorientiert einsetzen und die
3058 wohnortnahe Versorgung stärken soll.
- 3059 • Für eine effiziente und bürgernahe Gesundheitsversorgung wollen wir digitale
3060 Anwendungen fördern, um Prozesse zu entbürokratisieren, sodass sie viel leichter
3061 in Anspruch genommen werden kann.
- 3062 • Die Stadt Frankfurt verpflichtet sich einer Gesundheitspolitik, die sich verstärkt der
3063 Prävention von Krankheiten verschreibt und deren oberstes Ziel die
3064 Gesunderhaltung der Menschen in der Stadt ist. Durch zielgerichtete Maßnahmen
3065 und Aktivitäten sollen Krankheiten oder gesundheitliche Schädigungen vermieden,
3066 das Risiko der Erkrankung verringert sowie das Auftreten von Krankheiten
3067 verzögert werden. Im Bereich der primären Prävention wird die Stadt ein
3068 ganzheitliches Konzept für Verhältnis- und Verhaltensprävention erarbeiten und
3069 etablieren. Dazu richtet die Stadt eine übergreifende Instanz (Arbeitstitel "Haus
3070 der Gesundheit") und quartiersbezogene dezentrale Anlaufstellen ein. Im „Haus
3071 der Gesundheit“ werden die bisherigen Pilotprojekte gebündelt sowie
3072 übergreifende Lösungen und Aktionen erarbeitet und umgesetzt. Die Anlaufstellen
3073 sichern die enge Verzahnung aller lokalen Akteure. Durch die Leistungen der Stadt
3074 soll das Bewusstsein der Bevölkerung für ihre eigene Gesundheit verbessert, die
3075 Sensibilisierung für die Vorsorge erhöht und ein umfassendes Wissen zu
3076 Gesundheitsdienstleistungen (z.B. Präventionsmaßnahmen der Krankenkassen)
3077 erhöht werden. Im Rahmen der Verhaltensprävention baut die Stadt das Netzwerk

3078 mit bereits bestehenden Initiativen (z.B. Bundesinitiative In-Form) aus und
3079 erarbeitet lokal adaptierte Aktionen für die wichtigsten Themenfelder Ernährung,
3080 Bewegung, Sport, Stressbewältigung und Impfungen. Dabei werden die bereits
3081 bestehenden Projekte "Gut Geht's" (mit stadtteilbezogenen
3082 Gesundheitskonferenzen und Präventionsprojekten) und "Gesund aufwachsen in
3083 Zeiten der Corona Pandemie" ausgeweitet und in ein umfassendes Konzept
3084 überführt.

- 3085 • Mit einem Pilotprojekt "Entwicklungsneurologische Untersuchungen im Kita-
3086 Alltag" sollen künftig gesundheitliche Auffälligkeiten bei Vorschulkindern
3087 frühzeitig diagnostiziert und mit größerem Erfolg therapiert werden. Für
3088 zugewanderte Familien und/oder Familien in prekärer und benachteiligter
3089 Situation wird eine Familiensprechstunde im Gesundheitsamt eingerichtet. Dort
3090 sollen Vorsorgeuntersuchungen, Akutversorgung, Gesundheitsberatung und
3091 Impfungen für Kinder und Eltern angeboten werden.
- 3092 • Hunderte von Unternehmen mit hunderttausenden von Mitarbeiter*innen haben
3093 in Frankfurt ihren Sitz. Deren Gesundheit zu erhalten ist auch Aufgabe des
3094 betrieblichen Gesundheitsmanagements. Wir wollen es gemeinsam mit den
3095 Krankenkassen, den Unternehmerverbänden und der IHK fördern.
- 3096 • Das Konzept einer gemeindenahen und sozialpsychiatrischen Versorgung der
3097 Frankfurter Bevölkerung wird unter Einbeziehung aller Akteur*innen
3098 weiterentwickelt. Dabei werden die Empfehlungen des Gutachtens zum Klinikum
3099 Höchst aufgenommen.
- 3100 • Die Erfahrungen aus den Modellprojekten „Frankfurter Netzwerk zur
3101 Suizidprävention“ (Frans) und „Frankfurter Informationskampagne zur Prävention
3102 von Suiziden mittels Evidenz-basierter Maßnahmen“ (Frappee) sind positiv, wir
3103 wollen beide weiterführen und ausbauen (Aktionsplan "Suizidsichere Stadt"
3104 entwickeln).

- 3105 • Das Modellprojekt zur Prävention und Behandlung von Geschlechtskrankheiten
3106 (Checkpoint Frankfurt) wird dauerhaft etabliert und bedarfsdeckend ausgebaut.
- 3107 • Die vielfältigen Angebote gesundheitlicher Selbsthilfe werden als Ergänzung und in
3108 Kooperation mit den professionellen Versorgungsangeboten weiter unterstützt.
- 3109 • Wir wollen mit der Goethe-Universität und Unterstützung des Landes Hessen und
3110 Stiftungspartner*innen eine Stiftungsprofessur in einem neuen Institut für
3111 Sexualwissenschaft schaffen, das einst mit seinem Begründer Volkmar Sigusch
3112 Vorreiter auf dem Gebiet der Sexualforschung war und weltweit dieses
3113 Wissenschaftsgebiet prägte. Hierfür suchen wir Stiftungspartner*innen. Wir
3114 wollen durch diese Stiftungsprofessur klinische Forschung zu Sexualität, Trans-
3115 und Intersexualität sowie Beratung für Betroffene ermöglichen.
- 3116 • Stillen ist ein Beitrag zum gesunden Aufwachsen von Kindern. Für Frauen*, die
3117 stillen wollen, stellen wir in öffentlichen Gebäuden dafür angemessen gestaltete
3118 Rückzugsmöglichkeiten zu Verfügung. Für weitere Maßnahmen soll sich Frankfurt
3119 der Initiative „Stillfreundliche Kommune“ anschließen und zertifizieren lassen. Wir
3120 wollen uns dafür einsetzen, dass auch warmes Wasser zur Herstellung von
3121 Babymilch zur Verfügung gestellt und prüfen ob in öffentlich zugängliche
3122 Automaten Milchpulver angeboten wird.

118

3123 [Gesunde Ernährung](#)

- 3124 • Die Stadt Frankfurt greift das Thema gesunde Ernährung im Sinne der
3125 Gesundheitsförderung auf. Sie unterstützt hierfür unter anderem den
3126 Ernährungsrat und seine Projekte und entwickelt in Zusammenarbeit mit diesem
3127 eine kommunale Ernährungsstrategie. Dazu sollen auch Bedarfe und räumliche
3128 Potentiale eines zu gründenden "House of Food" evaluiert werden. Dort sollen
3129 u.a. Schulungen zur gesunden regionalen sowie nachhaltigen und ökologischen
3130 Ernährung und Lebensmittelverarbeitung angeboten werden für Köch*innen von

3131 städtischen Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen, aber bspw. auch
3132 Gastronom*innen und Schüler*innen.

- 3133 • Landwirtschaftlichen Betrieben aus der Region soll die Zusammenarbeit mit
3134 städtischen Abnehmer*innen ermöglicht werden. Für das Thema Ernährung wird
3135 eine Anlaufstelle eingerichtet, die die bisherigen Ansätze aus Energiereferat,
3136 Bildung und Gesundheit koordiniert und für Initiativen, Institutionen und
3137 Bürger*innen ansprechbar ist. Die Leitlinien für Leistungsanbieter werden ergänzt
3138 um Vorgaben für Lebensmittel aus der Region. Die Zuschlagskriterien werden
3139 erweitert um das Kriterium niedrige CO₂-Emissionen, auch in der Lieferkette. Die
3140 Stadt legt künftig einen Mindestanteil an regional (Radius ca. 100 km)
3141 produzierten Produkten und Lebensmitteln aus kontrolliert ökologischem Anbau
3142 bei allen Ausschreibungen für Verpflegung in städtischen und stadtnahen
3143 Veranstaltungen sowie städtischen Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen fest.
3144 Produkte aus Fairem Handel sind eine gute und ökologische Ergänzung für
3145 regional nicht verfügbare Lebensmittel.
- 3146 • Vegetarische, vegane und glutenfreie Optionen sollen in der städtischen
3147 Gemeinschaftsverpflegung immer und in größerem Umfang Teil des Angebotes
3148 sein.

119

3149 Medizinische Versorgung

- 3150 • Wir werden das Klinikum Frankfurt Main-Taunus weiter in kommunaler
3151 Trägerschaft halten. Auf der Basis des mit dem Main-Taunus-Kreis
3152 abgeschlossenen Konsortialvertrags werden wir uns dafür einsetzen, dass weitere
3153 Maßnahmen zur Verhinderung von Fehlbeträgen sozialverträglich ausgestaltet
3154 werden und nicht zu einer tariflichen Schlechterstellung der Beschäftigten führen.
3155 Wir sehen große Vorteile in einer einheitlichen Ausgestaltung der tariflichen
3156 Regelungen (analog TvÖD) und Anstellungsverhältnisse für alle Beschäftigten des
3157 Konzerns.

- 3158 • Notaufnahmen von Krankenhäusern werden vermehrt mit relativ leichten
3159 Beschwerden aufgesucht. Das führt zu Mehrbelastungen und im schlimmsten Fall
3160 zur Verlangsamung der Behandlung tatsächlicher Notfälle. In Kooperation mit der
3161 Kassenärztlichen Vereinigung werden wir deshalb das erfolgreiche Modellprojekt
3162 des Klinikums Höchst "Schneller Erstkontakt" zur qualifizierten
3163 Patient*innensteuerung auf andere Frankfurter Krankenhäuser ausweiten und
3164 sektorenübergreifende Angebote der gesundheitlichen Versorgung, insbesondere
3165 im Bereich der Notfallversorgung, unterstützen.
- 3166 • Die Koalition setzt sich dafür ein, Notfallsanitäter*innen im Einsatzfall die ihrem
3167 Ausbildungsstand angemessenen Kompetenzen zuzuerkennen.
- 3168 • Die vielfältigen, in den vergangenen Jahren aufgebauten Angebote für
3169 Bürger*innen ohne Krankenversicherung bzw. ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
3170 werden fortgeführt und ausgeweitet. Die Stadt Frankfurt beteiligt sich an einem
3171 Modellprojekt des Landes Hessen für einen anonymen Krankenschein. Die
3172 Städtischen Mittel für humanitäre Ambulanzen und Versorger von Menschen
3173 ohne Versicherung oder Aufenthaltsstatus, wie die Elisabeth-Straßenambulanz,
3174 müssen erhöht werden.
- 3175 • Blutspendeaktionen wollen wir auf der Homepage der Stadt Frankfurt mehr
3176 bewerben, um die Anzahl der Blutspenden zu erhöhen.
- 3177 • Frankfurt ist eine dynamisch wachsende Stadt. Die Zahl der Kassensitze muss
3178 mitwachsen, um eine ausreichende Versorgung für alle Bürger*innen zu
3179 gewährleisten. Wir informieren die KVH frühzeitig über Wachstumsprognosen und
3180 die Planung neuer Quartiere. Bei der Planung bedenken wir ausreichend Raum für
3181 Gesundheitseinrichtungen und Praxen mit.
- 3182 • Wir wollen den Beruf der Hebamme attraktiver gestalten und dazu Hebammen
3183 mit einer Hebammen-Beratung unterstützen, insbesondere zu den Themen
3184 Selbstständigkeit, Geburtshaus- und Praxiseröffnung und einen Zuschuss für die
3185 Niederlassung als freiberufliche Hebamme und die Ausbildung als Praxisanleiterin

3186 überprüfen. Wir überprüfen eine finanzielle Unterstützung des Geburtshauses
3187 durch die Stadt.

3188 Frankfurter Weg in der Drogenpolitik

- 3189 • Wir stehen entschieden für die Fortentwicklung des Frankfurter Wegs in der
3190 Drogenpolitik: Abhängigkeit ist eine Krankheit, Drogennutzer*innen brauchen
3191 Hilfsangebote, suchterkrankte Menschen dürfen nicht kriminalisiert, sondern es
3192 müssen neue Wege aus und mit der Sucht gefunden werden. Drogenpolitik lässt
3193 sich nur sektorenübergreifend denken und weiterentwickeln. So werden wir die
3194 verschiedenen Angebote für Menschen mit Suchterkrankungen in den
3195 Zuständigkeitsbereichen des Jugend- und Sozialamtes und des Drogenreferates
3196 besser miteinander verknüpfen und übergreifend steuern ("Drogenhilfe aus einer
3197 Hand") und die Versäulung abbauen. Auch Prävention, Therapie, Überlebenshilfe
3198 und Repression müssen besser verbunden werden. Wir wollen
3199 drogenkonsumierende Menschen stärker in die Weiterentwicklung des
3200 Frankfurter Weges einbinden. Dazu soll u.a. eine Konferenz mit Betroffenen,
3201 Sozialarbeiter*innen und Politik organisiert werden. Mit den umliegenden
3202 Kommunen und Kreisen starten wir eine Initiative für einen „Drogenhilfeplan
3203 Rhein-Main“ für dezentrale Drogenhilfeangebote wie z.B. Konsumräume.
3204 Frankfurt wird sich im Bereich der Drogenpolitik weiterhin an Erfahrungen anderer
3205 europäischer Städte wie Zürich, Amsterdam und Lissabon orientieren.
- 3206 • Wir setzen uns entschieden gegen die Vertreibung von drogenkonsumierenden
3207 Menschen ein. Wir werden ein Konzept zur Eindämmung von Konflikten im
3208 öffentlichen Raum z.B. im Bahnhofsviertel insbesondere im Zusammenhang mit
3209 Drogenabhängigkeit einführen und damit dort für Entlastung sorgen. Ziel ist dabei,
3210 die Interessen der Bewohner*innen, Arbeitnehmer*innen, Geschäftsleute und
3211 drogenabhängigen Menschen auszugleichen. Alle an Konflikten beteiligten

121

- 3212 Gruppen werden in die Konfliktlösung miteinbezogen. Diese schafft Sicherheit für
3213 alle.
- 3214 • Zur Quartiersentwicklung im Bahnhofsviertel mit dem Ansatz “Stadt für alle”
3215 werden wir eine innovative und produktive Form der Beteiligung von
3216 Bürger*innen umsetzen. Für die Konzeptentwicklung und Implementierung wird
3217 ein städtisches Koordinationsbüro etabliert. Erweist sich dieser Ansatz als
3218 erfolgreich, soll er auf andere Quartiere übertragen werden. Der Gentrifizierung
3219 und ihren Folgen für das Zusammenleben dort wollen wir entgegen-steuern,
3220 indem wir insbesondere Sozialwohnungen, gemeinschaftliches Wohnen, kleine
3221 und mittlere Unternehmen sowie soziale und kulturelle Einrichtungen fördern.
- 3222 • Im Bereich der Drogenkriminalität investieren wir die Ressourcen in Prävention
3223 und Vermeidung von Beschaffungskriminalität und Drogenhandel. Die
3224 Kriminalisierung von Drogenkonsum behindert die Arbeit der Drogenhilfe, daher
3225 müssen ordnungspolitische und gesetzliche Rahmenbedingungen geändert
3226 werden. Dafür werden wir uns auf Landes- und Bundesebene einsetzen.
- 3227 • Wir stärken die aufsuchende Sozialarbeit auf Straßen, Plätzen, B-Ebenen im
3228 Bahnhofsviertel und machen sie sichtbarer, auch um das Sicherheitsgefühl der
3229 Bewohner*innen und Passant*innen zu erhöhen.
- 3230 • Die Konsumräume setzen ihre wichtige Arbeit fort, künftig wird rund um die Uhr
3231 an sieben Tagen die Woche ein Konsumraum geöffnet sein. Die aufgrund der
3232 Corona-Krise eingeführten erweiterten Öffnungszeiten des Nachtcafés werden wir
3233 dauerhaft verlängern.
- 3234 • Wir schlagen Brücken aus dem Bahnhofsviertel, indem wir Drogenhilfeangebote
3235 außerhalb der Innenstadt gezielt durch ganzheitliche und umfassende Angebote
3236 für die Abhängigen stärken. Außerhalb des Bahnhofsviertels werden wir zudem
3237 ein niedrigschwelliges variables Angebot für riskant und hochfrequent Crack
3238 konsumierende Frauen schaffen.

- 3239 • Wir prüfen, ob künftig Kleinhandel mit Drogen in bestimmten
3240 Drogenhilfeeinrichtungen im Bahnhofsviertel geduldet werden soll, um
3241 Konsument*innen von der Straße zu holen. In diesem Zusammenhang sind
3242 rechtliche Fragen bis hin zu einer Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zu
3243 klären.
- 3244 • Wir wollen medizinisches Cannabis als ein BTM-Medikament etablieren. Wir
3245 werden mit weiteren Großstädten ein Netzwerk aufbauen mit dem Ziel, die
3246 politischen Forderungen zur Verbesserung der Versorgung mit Cannabis-
3247 Arzneimitteln gebündelt zu vertreten und voranzubringen. In Frankfurt wollen wir
3248 Modellprojekte zur Versorgung von Patient*innen mit Cannabis-Arzneimitteln und
3249 speziell auch für die Behandlung schwerstabhängiger Crack-Konsument*innen auf
3250 den Weg bringen. Sie werden wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Die von
3251 Gesundheitsdezernat und Drogenreferat initiierten Fortbildungsreihen für
3252 Ärzt*innen und Apotheker*innen werden verstetigt und ein regionales Netzwerk
3253 zum regelmäßigen Austausch für Ärzt*innen und Apotheker*innen aus Frankfurt
3254 und Umgebung etabliert.
- 3255 • Zur regulierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Frankfurt wollen wir ein
3256 Modellprojekt etablieren unter Berücksichtigung von Jugendschutzaspekten. Die
3257 regulierte Abgabe hätte das Potenzial, die Verbraucher*innen zu schützen, die
3258 Justiz zu entlasten und den illegalen Drogenhandel zu reduzieren.
- 3259 • Wir wollen ein Pilotprojekt Drug-Checking mit städtischen Stellen zur Überprüfung
3260 von Drogen für Konsument*innen ohne Polizeirepression einführen. Dies schützt
3261 das Selbstbestimmungsrecht des Menschen und verringert die gesundheitlichen
3262 Risiken. Im Rahmen des TEDI (Trans European Drug Information)-Projekts würde
3263 die Vernetzung des Modellprojekts in Frankfurt am Main durch die EMCDDA
3264 gefördert. Auch sollen im Rahmen des Modellprojekts Drogenprüfstände vor
3265 Technoclubs oder anderen szeneüblichen Clubs aufgestellt werden, um die
3266 Sicherheit innerhalb der Partyszene zu verbessern.

- 3267 • Die niedrigschwellige gesundheitliche Versorgung für suchterkrankte Menschen
3268 werden wir ausweiten und über die Wundbehandlung hinaus auch psychologische
3269 oder psychiatrische Angebote etablieren. Die als Corona-Schutzmaßnahmen auch
3270 auf der Straße zusätzlich eingeführte humanitäre Sprechstunde und die
3271 niedrigschwellige Substitution und Heroinvergabe auch für Nicht-Versicherte
3272 werden dauerhaft verlängert.
- 3273 • Wir entwickeln ein Projekt, das Hilfen für akut drogenkonsumierende suchtkranke
3274 Menschen und psychiatrische Versorgung integriert und dabei Abstinenz nicht zur
3275 Voraussetzung macht.
- 3276 • Wir gehen auf das hessische Justizministerium zu mit dem Ziel, haftentlassene
3277 Drogennutzer*innen mittels vernetzter medizinischer und sozialer Hilfen direkt
3278 aufzufangen.
- 3279 • Für die medizinische, pflegerische und sozialarbeiterische Versorgung von älteren,
3280 chronifiziert drogenabhängigen, multimorbid erkrankten und pflegebedürftigen
3281 Menschen, die (noch) akut konsumieren, schaffen wir eine niedrigschwellige
3282 Modelleinrichtung mit Wohngruppen und einer Krankenstation zur medizinische
3283 Akutversorgung.

3285 Sport

3286 Sport und Freizeitangebote genießen in unserer dicht besiedelten und wachsenden Stadt
3287 einen hohen Stellenwert. Wir brauchen Spiel und Begegnungsräume, die für alle
3288 Menschen zugänglich sind und die niemanden ausschließen. Gemeinsam Sport treiben,
3289 wirkt integrativ, baut Vorurteile ab, fördert das soziale Miteinander und bietet gleichzeitig
3290 einen Schutzraum. Unsere vielfältige Stadtgesellschaft sollte sich auch im Sport und in
3291 den Vereinen widerspiegeln, dazu brauchen wir überall einen demokratischen,
3292 toleranten, respektvollen und weltoffenen Umgang – unser Sport in Frankfurt soll
3293 Diskriminierungsfrei sein.

- 3294 • Wir werden gemeinsam mit Vereinen, Sportkreis, Vertreter*innen aus den
3295 Bereichen Gesundheit und Bildung und weiteren Akteur*innen eine
3296 Bedarfsanalyse und daran anschließend einen Sportentwicklungsplan erarbeiten,
3297 um alle Aspekte des Vereins- und Breitensports angemessen zu berücksichtigen
3298 und zu fördern. Dabei werden wir speziell auch im Bereich Sport die Gleichstellung
3299 der Geschlechter und eine aktive Förderung der Teilhabe von Frauen und
3300 Mädchen sowie Akzeptanz von Vielfalt fördern.
- 3301 • Wir schaffen vermehrt Sportanlagen im Freien bzw. Sportplätze, die
3302 vereinsungebunden, niedrighschwellig und kostenfrei zur Verfügung stehen.
- 3303 • Wir werden in der Stadtplanung und bei der Gestaltung von Wegen und
3304 Grünanlagen den nicht vereinsgebundenen Sport berücksichtigen und
3305 entsprechende Nutzungen vorsehen und fördern. Alle Bürger*innen sollen die
3306 Möglichkeiten haben, diese Gelegenheit zu nutzen.
- 3307 • Bei der Planung neuer Wohngebiete und Stadtteile sollen zugleich neue
3308 Sportflächen mit eingeplant werden.
- 3309 • Es wird eine Bestandsaufnahme aller städtischen Sportstätten (Hallen und Plätze)
3310 durchgeführt, um den Modernisierungs- und Sanierungsbedarf zu ermitteln. Diese

- 3311 Ergebnisse werden im Rahmen des aktualisierten Sportentwicklungsplanes der
3312 Stadt berücksichtigt und umgesetzt.
- 3313 • Bestehende Sportflächen in der Stadt werden wir erhalten und keiner
3314 anderweitigen Nutzung zuführen. Falls im Einzelfall eine Umwandlung aus
3315 übergeordneten Gründen unvermeidbar ist, werden den Betroffenen rechtzeitig
3316 und in räumlicher Nähe Ausgleichsflächen zur Verfügung gestellt. Diese müssen
3317 genau so groß sein wie die entfallenen.
- 3318 • Frankfurt braucht eine Multifunktionsarena, um die sportlichen und
3319 wirtschaftlichen Entwicklungschancen des Spitzensports in unserer Stadt zu
3320 verbessern - speziell für unsere Profiteams der Löwen, der Skyliners und der
3321 United Volleys, die schon lange auf eine solche Halle warten. Es gibt derzeit zwei
3322 Standorte, die dafür interessante Perspektiven bieten. Wir werden in die
3323 planungsrechtliche Prüfung dieser Standorte einsteigen. Für das Grundstück am
3324 Kaiserlei planen wir nach Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen eine maximal
3325 zweijährige Anhandgabe. Damit werden wir ein transparentes, rechtssicheres
3326 Verfahren gewährleisten. Die Koalition bekräftigt, dass für beide Projekte keine
3327 direkten oder indirekten Zuschüsse der Stadt und auch keine Bürgschaften
3328 geleistet werden.
- 3329 • Wir prüfen den Bedarf und das aktuelle Angebot an Nutzungs- und Belegzeiten für
3330 Turnhallen und für weitere sporttaugliche Räume. Wir erstellen eine Übersicht
3331 über alle in Frage kommenden kommunalen, privaten und vereinseigenen
3332 Räumlichkeiten und entwickeln transparente Kriterien für die Vergabe. Die
3333 Vergabe aller städtischen Sportstätten und -anlagen wird an zentraler Stelle
3334 gebündelt und im Sinne der Sportvereine und der Sporttreibenden geregelt.
- 3335 • Jedes Kind aus einer Familie mit Frankfurt-Pass bekommt zum Beginn des letzten
3336 Kita-Jahres einen zeitlich befristeten Gutschein für die Teilnahme an einem
3337 kostenlosen Schwimmkurs in einem der Hallenbäder der Stadt.

- 3338 • Die Stadt Frankfurt bewirbt sich für das „Host-Town-Programm 180 Nationen –
3339 180 inklusive Kommunen“ im Rahmen der Special Olympics 2023 und weitet das
3340 schon bestehende Netzwerk „Aktiv bis 100“ für spezielle Kurse für
3341 Demenzerkrankte aus.
- 3342 • Wir prüfen gemeinsam mit Vereinen und Initiativen die Schaffung von besonderen
3343 Sportangeboten für LSBT*IQ -Kinder und Jugendliche in Settings, die ihnen Freude
3344 am Sport in einer akzeptierenden Umgebung und Empowerment durch die
3345 Begegnung mit anderen Kindern und Jugendlichen in der gleichen Situation beim
3346 Sport bieten und die auch Schutzräume vor Diskriminierungen und
3347 Stigmatisierungen sind.
- 3348 • Wir prüfen eine Bewerbung Frankfurts für die „Gay Games“, das alle vier Jahre
3349 stattfindende internationale Breitensportereignis für die LSBT*IQ-Community, mit
3350 dem Ziel, diese Veranstaltung an den Main zu holen.
- 3351 • Wir prüfen eine erweiterte Unterstützung von engagierten Ehrenamtlichen aus
3352 dem Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“ durch zusätzliche
3353 Aufwandsentschädigungen und die Finanzierung von Sachmitteln und
3354 Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.
- 3355 • Wir prüfen gemeinsam mit dem Sportkreis, entsprechenden Vereinen und
3356 anderen Expert*innen die aktuellen Erfahrungen von und mit eSport-Aktiven. Im
3357 Rahmen von Pilotprojekten wollen wir klären, wie eSport in Zukunft gefördert
3358 werden kann und uns auch auf Landes- und Bundesebene für unbürokratische
3359 Strukturen, vergleichbar mit denen für andere Sportvereine, einsetzen.
- 3360 • Wir prüfen im Rahmen der fair trade-Aktivitäten der Stadt, inwieweit auch im
3361 Sport Potenziale für mehr fair hergestellte und gehandelte Produkte vorhanden
3362 sind und wie entsprechende Initiativen unterstützt werden können.
- 3363 • Viele Frankfurter Vereine nutzen städtische Einrichtungen für ihre Sport- oder
3364 Freizeit-Angebote. Die Vergabe von Belegungszeiten soll – insbesondere was die
3365 Sporthallen und Schulturnhallen angeht – an einer zentralen Stelle gebündelt

- 3366 werden; Vereine haben damit einen Ansprechpartner für ihre Planungen.
- 3367 Außerdem sollen die Belegungszeiten von Hallen und Plätzen in regelmäßigen
- 3368 Abständen (z.B. alle 5 Jahre) evaluiert werden, um Leerstände oder
- 3369 Fehlbelegungen der knappen Ressource Sportstätte zu vermeiden.
- 3370 • Wir werden die Schulsporthallen an Wochenenden und vor allem in den Ferien für
- 3371 Vereine öffnen, damit auch außerhalb der Schulzeiten ein kontinuierliches
- 3372 Sportangebot ermöglicht wird.
- 3373 • Einfach erreichbar soll im Internet eine Übersicht über das gesamte Frankfurter
- 3374 Sportangebot bereit stehen – am besten in Form einer interaktiven Sportkarte, in
- 3375 der sich Vereine sowie frei zugängliche Sportanlagen und Bewegungsräume leicht
- 3376 lokalisieren lassen. Erweitert wird dieses Angebot durch eine Sport-App, mit der
- 3377 Sportanlagen für Freizeitsportler unkompliziert gebucht werden können, sofern
- 3378 freie Kapazitäten bestehen. Vorzugsweise soll die schon existierende Frankfurt-
- 3379 App entsprechend erweitert werden.
- 3380 • Das laufende Programm zur Errichtung von Kunstrasenplätzen wird fortgeführt,
- 3381 damit die Vereine in allen Stadtteilen moderne, nach den jeweils neuesten
- 3382 Erkenntnissen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes gebaute Kunstrasenplätze
- 3383 nutzen können.
- 3384 • Wir werden die Schulschwimmbäder in die Betreuung der Bäder Betrieb Frankfurt
- 3385 (BBF) überführen. Dies gilt auch für die Planung neuer Schulschwimmbäder und
- 3386 die Sanierung des Altbestandes.
- 3387 • Wir wollen den Ausbau offener Sportanlagen wie z.B. Seniorensportanlagen in
- 3388 unseren Parks und Anlagen fördern. Dies gilt insbesondere für die nicht
- 3389 vereinsgebundenen Sportarten wie Street-Basketball oder Calisthenics.
- 3390 • Wir wollen Vereine ohne eigene Sportflächen mit geringen Gebühren für die
- 3391 Nutzung der städtischen Sportanlagen entlasten. In einem ersten Schritt soll dabei
- 3392 auf Hallen- und Schwimmbadnutzungsgebühren für Kinder- und Jugendsport in
- 3393 den Vereinen verzichtet werden.

- 3394 • Viele Frankfurter Vereine nutzen städtische Einrichtungen für ihre Sport- oder
3395 Freizeit-Angebote. Die Vergabe von Belegungszeiten soll – insbesondere was die
3396 Sporthallen, Schwimmbäder, Schulschwimmbäder und Schulturnhallen angeht –
3397 an einer zentralen Stelle gebündelt werden; Vereine haben damit einen
3398 Ansprechpartner für ihre Planungen. Außerdem sollen die Belegungszeiten von
3399 Hallen und Plätzen in regelmäßigen Abständen (z.B. alle 5 Jahre) evaluiert werden,
3400 um Leerstände oder Fehlbelegungen der knappen Ressource Sportstätte zu
3401 vermeiden. Wir prüfen zudem die Einführung eines elektronischen Schließsystems
3402 mit Chip.
- 3403 • Im Zuge der Umsetzung des Bäderkonzeptes 2025 wollen wir gemeinsam mit der
3404 Goethe-Universität auf dem Sportcampus Ginnheim ein Schwimmsportzentrum
3405 realisieren, um die für Schwimmsportvereine und Leistungssportler*innen zur
3406 Verfügung stehende Wasserfläche auszuweiten. Dadurch können in anderen
3407 Bädern mehr Menschen Schwimmen lernen und trainieren.

3409 Betreuung, Bildung und Ausbildung

3410 Frankfurt ist eine starke, lebendige und vielfältige Stadt. Frankfurt wächst, wird immer
3411 jünger und immer vielfältiger. Das ist unsere Hoffnung für die Zukunft.

3412 Gleichzeitig hat die Corona-Pandemie gezeigt, dass gute Bildung und Betreuung, Teilhabe
3413 und soziale Gerechtigkeit nicht selbstverständlich sind. Dass wir täglich darum kämpfen
3414 müssen, dass kein Kind zurück gelassen wird. Dafür war es wichtig, Kitas und Schulen so
3415 lange wie möglich offen zu halten, unsere Infrastruktur zu sichern und Familien auch
3416 finanziell zu entlasten.

3417 Die Pandemie hat aber auch gezeigt, dass unsere soziale Infrastruktur trägt und unsere
3418 Stadt zusammenhält. Mit großem Engagement, Kreativität und Organisationsgeschick, mit
3419 einer hohen Risikobereitschaft und unendlich viel Ausdauer arbeiten alle Beteiligten
3420 zusammen, um die Krise zu bewältigen: Erzieher*innen, Lehrkräfte, Jugendhilfe und
3421 Ganztage, Eltern- und Schüler*innenvertretungen, Kursleitende, Träger und
3422 Gewerkschaften, Communities, Glaubensgemeinschaften, LSBTIQA*- und Kulturvereine,
3423 Ämter und nicht zuletzt die Familien, die mit großem Verständnis und unglaublicher Geduld
3424 alle Maßnahmen mittragen und ihren immens wichtigen Beitrag leisten.

3425 Ihnen allen können wir nicht oft genug dafür danken. Für ihr Engagement und ihre
3426 Solidarität. Sie alle haben bewiesen, dass Frankfurt stark ist - auch und gerade in Zeiten der
3427 Krise. Gemeinsam haben wir schon viel erreicht, aber wir haben auch noch viel zu tun.

3428 Platzausbau für gute Bildung und Betreuung von Anfang an

- 3429 • Wir bauen Kindertagesstätten und Schulen weiter bedarfsgerecht, zuverlässig,
3430 transparent und in Zusammenarbeit mit Kindern, Schüler*innen, Eltern und den
3431 Schul- und Einrichtungsleitungen aus. Wir werden auch weiterhin Frankfurter
3432 Familien bei der Vereinbarung von Beruf und Privatleben unterstützen und
3433 zukünftig 2.000 Betreuungsplätze pro Jahr in allen Alterssegmenten ausbauen. Der
3434 bisherige Ausbau von jährlich 850 ESB-Plätzen (erweiterte schulische Betreuung)

3435 und 400 Hortplätzen wird so bedarfsgerecht erweitert. Neben der Versorgung der
3436 steigenden Kinderzahlen wollen wir damit auch unser Versorgungsziel von 53% bei
3437 den Krippen, 100% bei den Kitas und 83% im Hortbereich schneller erreichen. Ziel
3438 ist es, allen Kindern und Familien gute Bildung- und Betreuungsangebote zu bieten
3439 und die Bildungschancen der Frankfurter Kinder gerecht zu gestalten. Dabei
3440 begrüßen wir auch eine weitere Erhöhung der Trägervielfalt, damit die Vielfalt der
3441 Stadt auch über die Vielfalt der Einrichtungen abgebildet wird.

3442 • Das letzte Jahr der U3-Betreuung wird ab dem 01. August 2022 kostenlos. Ein
3443 weiteres kostenloses Betreuungsjahr wird im Laufe der Wahlperiode unter
3444 Berücksichtigung der Haushaltssituation und des weiteren Ausbaus qualitätvoller
3445 Betreuungsplätze geprüft.

3446 • Ganztag ist Vielfalt: mal laut, mal leise, abwechslungsreich, lebensweltorientiert,
3447 kompetenzfördernd. Ganztag ist zugleich Schutzraum und Abenteuerlandschaft
3448 und Verbindung zwischen Schule und Quartier. Ganztag ist Lern- und Lebensraum
3449 für Kinder. Diese Vielfalt des Ganztages aufzugreifen und weiterzuentwickeln und
3450 dabei stets vom Kind aus zu denken, ist leitendes Prinzip der Stadt Frankfurt.
3451 Frankfurter Grundschulen befinden sich bereits seit einigen Jahren auf dem Weg
3452 vom halbtägigen Lernort mit traditioneller Organisationsstruktur zum ganztägigen
3453 Lern- und Lebensort, in dem Kinder mit ihren individuellen Fähigkeiten im
3454 Mittelpunkt stehen. Der Frankfurter Ganztag soll zu Schulerfolg, Wohlbefinden
3455 und Chancengerechtigkeit beitragen. Dabei gilt es, den Bruch von Bildung,
3456 Betreuung und Erziehung resp. den Bruch von Vor- und Nachmittag aufzuarbeiten
3457 und gemeinsam mit Schule, Hort, Vereinen oder Kinderhaus und weiteren
3458 Kooperationen im Quartier den Ganztag für Kinder zu gestalten. Das
3459 Gesamtkonzept ganztägig arbeitende Grundschulen ist Grundlage des stringenten
3460 Ausbaus zu einer 100%igen Versorgung. Die vielfältigen Angebote für
3461 Grundschulkinder werden in einem Ganztagskonzept für das Quartier
3462 zusammengeführt. Übergeordnetes Ziel ist es, mit einem konsistenten Angebot

für alle Grundschulkinder Bildungszugänge zu schaffen und dadurch einen wichtigen Beitrag zu Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu leisten. Angesichts des Rechtsanspruches auf ganztägige Betreuung für Grundschulkinder ab 2025 bereitet die Stadt Frankfurt mit einer Ganztagsoffensive die Strukturen vor, die den steigenden Bedarfen nach guten Ganztagsangeboten in der Stadt auch tatsächlich gerecht werden. Das Ganztagsangebot umfasst

- Gemeinsame Zeit- und Angebotsstruktur von 7:30 – 17:00h inkl. Ferienbetreuung
- Wahlmöglichkeiten des Ganztags-Modells (offen, teilgebunden, gebunden)
- Möglichkeit, das Ganztagsangebot zu 100% am Schulstandort oder gemeinsam im Quartier umzusetzen. Die Ausrichtung des Ganztages für Grundschulkinder folgt den drei Leitprinzipien ‚vom Kind aus denken‘, ‚Vielfalt‘ und ‚Regionalisierung‘.

132

- Wir unterstützen Grundschulen dabei, sich für den Ganztag zu bewerben und insbesondere bei der Suche nach Räumen und Möglichkeiten zur Einrichtung eines Mittagstisches behilflich sein. Schülerläden und Horten sichern wir Bestandsschutz zu. In Ortsbezirken mit bisher schlechten Versorgungszahlen werden Runde Tische gegründet, die schnelle, kurzfristige Lösungen suchen. Für alle Grundschulen/Schulen mit Grundstufen werden wir nach unserem Frankfurter Gesamtkonzept die bestehenden Landes- und Kommunalprogramme zusammenführen und bis 2025 alle Frankfurter Grundschulen zu ganztägig arbeitenden Schulen entwickeln. Neben der Zusammenführung der schon existierenden Angebote soll damit auch der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz im Grundschulalter, der seitens der Bundesregierung ab dem Jahr 2025 angekündigt ist, stadtweit umgesetzt werden. Dieser gesetzlichen Verpflichtung kommen wir auch nach, durch schrittweise bauliche Anpassung von Schulen, wo dies nötig ist. Für die weiterführenden Schulen werden wir die Migration zum Profil 3 des Landes forcieren und unterstützen.

- 3491 • Im Rahmen des Ausbaus der Ganztagsangebote wollen wir Künstler*innen als
3492 mögliche Kooperationspartner*innen fördern und Mittel für kulturelle Bildungs-&
3493 Betreuungsangebote in diesem Zusammenhang zu Verfügung stellen.

3494 Schulbau und Sanierung

- 3495 • Frankfurt braucht noch mehr Schulen und ein neues Sanierungsprogramm für
3496 Schulgebäude. In den nächsten Jahren müssen wir 24 neue Schulen gründen und
3497 insgesamt 65 Baumaßnahmen im Schulbereich stemmen. Alle bereits
3498 angestoßenen Schulprojekte (Aus- und Neubau, Sanierung) werden schnell und
3499 transparent umgesetzt. Im neuen Schulentwicklungsplan legen wir bedarfsgerecht
3500 mehr weiterführende Schulen fest – insbesondere in Stadtteilen, die bisher keine
3501 anbieten können. Wir wollen eine Schulbauoffensive von 150 Mio. € pro Jahr
3502 auflegen, um der wachsenden Zahl von Schülerinnen und Schülern gerecht zu
3503 werden. Die Offensive beinhaltet auch ein Förderprogramm „Nachhaltiger
3504 Schulbau“, einen Ankaufsetat für Liegenschaften und ein Sofortprogramm für den
3505 Bau von Turnhallen mit je einem Sportkomplex pro Bildungsregion. Für die
3506 bestehenden Schulen wollen wir eine Bestandsaufnahme der noch zu sanierenden
3507 Schulgebäude aktualisieren und das Aktionsprogramm zur nachhaltigen
3508 Schulsanierung fortführen. Das „Projektteam Schulbau beschleunigen“ wollen wir
3509 bei seiner erfolgreichen Arbeit weiterhin unterstützen, um Baumaßnahmen von
3510 besonderer Bedeutung und Dringlichkeit ämterübergreifend zu koordinieren. Wir
3511 werden bei den Neugründungen alle (gesetzlich vorgesehenen) Schulformen und
3512 Bildungsgänge berücksichtigen, um auch weiterhin eine vielfältige und inklusive
3513 Bildungslandschaft in Frankfurt sicherzustellen und die wohnortnahe Versorgung
3514 zu verbessern. Damit entlasten wir auch die Stadt von den Schülerverkehren. Als
3515 Grundlage dienen uns jeweils unsere neuen Planungsrahmen für die Errichtung
3516 von Grund- und weiterführenden Schulen, die wir auch auf Bestandsgebäude
3517 ausweiten, sodass alle Schulen bei Umbau- oder Erweiterungsmaßnahmen von

3518 der Qualität moderner pädagogischen Konzepte mit ihrem Raumbedarf profitieren
3519 können.

- 3520 • Wir müssen und wollen zeitnah eine gemeinsame Lösung entwickeln, die den
3521 Neubau der Europäischen Schule in Frankfurt am Main in absehbarer Zeit
3522 realisiert. Dafür werden wir Grundstücke näher betrachten, die bisher nicht für
3523 diesen Zweck geprüft wurden.
- 3524 • Wir schaffen einen konkreten, transparenten Plan für die Toilettensanierung an
3525 Frankfurter Schulen und setzen mit Konzepten, wie die Hygiene verbessert
3526 werden kann, die Erfahrungen aus der Corona-Krise um. Wie in den
3527 Planungsrahmen festgelegt, sind an den weiterführenden Schulen auch
3528 Unisex-Toiletten bei Neu- oder Umbaumaßnahmen vorgesehen.

3529 Digitalisierung

134

- 3530 • Im Rahmen des "Digitalpakt Schule" werden wir in den nächsten drei Jahren 50
3531 Millionen Euro, einen Teil davon aus Eigenmitteln, in die digitale Infrastruktur der
3532 Frankfurter Schulen investieren. Frankfurter Schulen müssen dringend im Zugang
3533 und bei der Nutzung digitaler Lehr- und Lernmöglichkeiten unterstützt werden.
3534 Wir werden bis Ende des Schuljahres 2021/2022 alle Frankfurter Schulen mit
3535 WLAN ausstatten. Wir wollen digitales Arbeiten ab der frühkindlichen Bildung
3536 soweit wie möglich durch sichere und gut bedienbare Hard- und
3537 Softwarelösungen ermöglichen und Bildungseinrichtungen in städtischer
3538 Trägerschaft mit einer bedarfsgerechten Ausstattung an Endgeräten sowie
3539 modernen IT-Systemen in der Schularbeit und -Verwaltung ausstatten. Hierzu
3540 fordern wir das Land auf, smarte Lösungen zu etablieren, um insbesondere eine
3541 Entlastung der Rektor*innen (Schulleiter*innen) und Konrektor*innen
3542 (Stellvertretende Schulleiter*innen) bei den zeitintensiven Verwaltungsaufgaben
3543 zu erwirken. Wir schaffen mehr Unterstützung an den Schulen, damit sichere IT-
3544 Lösungen eingeführt und in Stand gehalten werden können. Dafür fordern wir das

3545 Land auf, die Deputate der IT-Beauftragten deutlich zu erhöhen. Wir erarbeiten
3546 bis Ende 2021 ein Support-Konzept für alle Schulformen, in der die
3547 Aufgabenverteilung und Verzahnung von 1st-Level-Support unter Einbeziehung
3548 von Dienstleistern festgelegt und etabliert wird und der 2nd-Level-Support sowie
3549 Server-Kapazitäten des Schulträgers ausgeweitet werden.

- 3550 • Die Stärkung digitaler Medienkompetenz bei Lehrkräften und Schüler*innen muss
3551 ebenso umgehend gefördert werden. Wir sehen damit auch die Chancen, den
3552 sozialen Zusammenhalt, Inklusion und Bildungsgerechtigkeit in Frankfurt
3553 voranzubringen. Wir werden den Schulen gemeinsam mit bestehenden Akteuren
3554 aus Forschung und Praxis bedarfsgerechte Modelle und Konzepte für
3555 Medienbildung bereitstellen. Lehrende brauchen Anwendungsideen und -praxis
3556 mit digitalen Mitteln. Wir unterstützen daher Fortbildungs- und
3557 Entwicklungsveranstaltungen. Wir setzen uns für einen regelmäßigen
3558 Erfahrungsaustausch zwischen Schüler*innen, Schulleitungen, Eltern und
3559 Lehrkräften zur Gestaltung von Medienbildung ein. Für den zeitnahen
3560 schulformübergreifenden Einsatz von digitalen Lern- und Lehrkonzepten werden
3561 wir die Zusammenarbeit von Medienzentrum, Schulträgern und Stadtschulamt
3562 intensivieren und fördern. Die Mittel des Medienzentrum, um Lehrkräfte und
3563 Schüler*innen zu qualifizieren werden verlängert und wir fördern das Vorhaben
3564 des Medienzentrums, die Bildung von digitalen Werkstätten, Maker Spaces und
3565 Medienlaboren der Bildungsregion voranzubringen.
- 3566 • Wir setzen uns dafür ein, dass Schulentwicklung auf Basis des Hessischen
3567 Referenzrahmens für Schulqualität (HRS) und der KMK-Strategie „Bildung in der
3568 Digitalen Welt“ betrieben wird. Dafür ermöglichen wir Frankfurter Schulen
3569 Angebote des HRS zur Selbstreflektion und -evaluation ihres Unterrichts zu nutzen
3570 und die eigene Qualitätsentwicklung in ihrer Schule durch die Nutzung der
3571 statistischen und pädagogischen Mittel des HRS zu begleiten und zu verbessern.

3572 Gute Ernährung, Gesundheit und Fitness

3573 • Für die Kindertagesstätten und Schul- und Universitätsmensen wollen wir in
3574 Zusammenarbeit mit dem Ernährungsbeirat Frankfurt bedarfsgerechte Konzepte
3575 für gesunde, nachhaltige und regionale Ernährung erarbeiten. Hierbei werden in
3576 einer Machbarkeitsstudie auch Optionen und Organisationsformen (beispielsweise
3577 gemeinsame Schulküchen genauso sowie die Autonomiewahrung der einzelnen
3578 Schulen in der Auswahl der Essensversorgung) geprüft, die schulisches
3579 Küchenpersonal, die Beschaffung und Belieferung von Schulküchen mit regionalen
3580 Nahrungsmitteln sowie Ernährungs-Bildungs-Schulungen von Personal und
3581 Schulen in städtischer Hand zu bündeln. Bedarfe an und räumliche Potentiale für
3582 ein "House of Food" werden geprüft. Zur nachhaltigen Ernährungsbildung sollen
3583 Kindertagesstätten und Schulen zudem bei der Anlage von Gemüsegärten
3584 unterstützt werden.

136

3585 • Wir gehen das Problem der mangelnden Bewegung von Kindern und Jugendlichen
3586 an. Dafür sollen Eltern mindestens einmal pro Jahr auf Elternabenden auf das
3587 Problem hingewiesen und im Umfeld der Schule die Bewegungsanteile erhöht
3588 werden.

3589 • Wir werden Betreuungseinrichtungen und Schulen dabei unterstützen, mit den
3590 Fördermitteln des Präventionsgesetzes gezielt Gesundheitsförderung in ihren
3591 Bildungs- und Betreuungsalltag zu integrieren. Mit einem Pilotprojekt
3592 "Entwicklungsneurologische Untersuchungen im Kitaalltag" sollen künftig
3593 gesundheitliche Auffälligkeiten bei Vorschulkindern frühzeitig diagnostiziert und
3594 mit größerem Erfolg therapiert werden.

3595 • Wir wollen die Schwimmfähigkeit der Kinder in der Grundschule deutlich stärken.
3596 Dabei soll geprüft werden, ob die bereits bestehenden Angebote erweitert
3597 werden können (z.B. in den Freibädern). Außerdem soll geprüft werden, wo ein
3598 weiteres Schulschwimmbad gebaut werden kann.

- 3599 • Wir fördern professionelle Radfahrtrainings in der Grundschule. Es sollen
3600 Angebote geschaffen werden, die die Schüler*innen beim Erlernen des
3601 Fahrradfahrens unterstützen. Außerdem soll der Neubau des
3602 Jugendverkehrsgartens als Holzmodul zügig umgesetzt werden.

3603 Nachhaltigkeit

- 3604 • Wir wollen jeder Schule Gelegenheit geben, in ihrem Schulhof ein „Grünes
3605 Klassenzimmer“ zu realisieren und legen dafür ein Förderprogramm auf und
3606 intensivieren die Zusammenarbeit mit bestehenden Akteur*innen wie den
3607 GemüseheldInnen oder dem Verein Umweltlernen in der Umsetzung.
- 3608 • Wir wollen auch die Schulen bis 2030 klimaneutral machen und fördern
3609 Schulprojekte, mit denen energetische und thermische Verbesserungen am
3610 Schulgebäude vorangetrieben werden, aus Mitteln des Klimaschutzfonds.

137

3611 Erzieher*innenberuf aufwerten

- 3612 • Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss sich die Situation
3613 der städtischen Kitas verbessern: Mehr Plätze, mehr Erzieher*innen und eine
3614 bessere Informationspolitik sind nötig. Wir wollen den Erzieher*innen-Beruf
3615 aufwerten und attraktiver machen, indem wir in den städtischen Einrichtungen
3616 alle tarifrechtlichen und Fördermöglichkeiten nutzen, uns generell für eine
3617 bessere Bezahlung von Erzieher*innen einsetzen. Wir werden unter Einbeziehung
3618 der Koordinierungsstelle duale Ausbildungsmöglichkeiten sowie den Quereinstieg
3619 fördern. Gemeinsam mit dem Personalrat und dem Land Hessen werden wir
3620 zudem neue Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung prüfen und
3621 einführen und diese in einer Medienkampagne bewerben.

3622 Mitbestimmung und Demokratie

3623

- 3624 • Wir beziehen die Stadtschüler*innenvertretung und den Stadtelternbeirat in
3625 bildungspolitischen Fragen stärker ein. Wir befürworten eine breite Beteiligung
3626 der Eltern von Kita-Kindern und unterstützen deshalb die Gründung eines
3627 trägerübergreifenden Stadtelternbeirats Kita. Um die Identifikation mit der Schule
3628 und die Selbstverwirklichung der Kinder zu fördern, möchten wir ihnen
3629 Verantwortungen geben, mit denen sie lernen und wachsen können. Daher wollen
3630 wir das Projekt eines eigenen Schüler*innenhaushalts etablieren. Schüler*innen
3631 bestimmen hierbei in einem demokratischen Prozess über ein eigenes Budget und
3632 gestalten so gemeinsam ihre Schule. Die Stelle für den Stadtschüler*innenrat soll
3633 verstetigt werden.
- 3634 • Wir wollen Schulen und Lehrende unterstützen, um ihren Schüler*innen die
3635 Werte der freiheitlichen Demokratie sowie Europa als Friedens- und
3636 Zukunftsprojekt in einem ganzheitlichen Bildungsansatz (über die Lehrpläne
3637 hinaus) näher zu bringen. Dazu sollen Schulen aufgerufen werden, europäische
3638 Demokratie im Unterricht „erlebbar“ zu machen. Dies soll durch bspw. geeignete
3639 Planspiele und zusätzlichen Lehrmaterialien (beides z.B. von "Europa im
3640 Unterricht") sowie durch Aktionstage zur Europawoche forciert werden. Des
3641 weiteren sollen die (Vor-)Schulen dem eTwinning Programm beitreten (falls noch
3642 nicht erfolgt) und die Kooperationen sollen erweitert werden. Zudem fordern wir,
3643 dass ein fest etablierter Schüler*innenaustausch (bspw. über Erasmus+) für alle
3644 Schulformen ermöglicht wird. Wir fördern ausdrücklich auch
3645 Schüleraustauschprogramme mit Staaten des globalen Südens sowie den Aus- und
3646 Aufbau globaler Schulpartnerschaften.
- 3647 • Um Transparenz zu fördern, veröffentlicht das Schuldezernat jährlich und
3648 umfassend digital aufbereitet den Schulentwicklungsplan und Kita-
3649 Entwicklungsplan auf "frankfurtmachtschule.de".
- 3650 • Wir fördern weiterhin den Frankfurter Preis für Bildungsarbeit zum Thema
3651 Nachhaltigkeit in der Schule, um der wichtigen Arbeit an Schulen mehr

3652 Sichtbarkeit und Wertschätzung entgegen zu bringen. In der Jury des Preises
3653 sollen Stadtschüler*innenrat und Stadtelternbeirat mit vertreten sein.

3654 Schule für Alle

- 3655 • Wir beauftragen das Stadtschulamt, die Entwicklung innovativer pädagogischer
3656 Konzepte, inklusiv-potentialorientiert und angepasst an die Herausforderungen
3657 des 21. Jahrhunderts, mit Schwerpunkten wie Potentialentfaltung, selbständiges
3658 Handeln und Lösungskompetenzen in der Kita- und Schullandschaft proaktiv
3659 anzuregen und entsprechende Gründungsvorhaben und Netzwerke zu fördern.
- 3660 • Wir wollen das erfolgreiche Konzept der Kinder- und Familienzentren an
3661 Kindertagesstätten ausbauen und auch auf Grundschulen übertragen. Wir werden
3662 prüfen, ob die Einbindung und ehrenamtliche Ausbildung von Stadtteileltern in
3663 den Communities im Stadtteil möglich ist.
- 3664 • Jugendhilfe in der Schule ist ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit für
3665 Kinder und Jugendliche. Wir wollen sie in allen Schulformen weiter stärken und
3666 gemeinsam mit bestehenden Akteur*innen passgenaue Angebote und
3667 multiprofessionelle Teams zur psychosozialen Betreuung für Schüler*innen und
3668 ihren Familien anbieten.
- 3669 • Wir werden eine erneute Informationskampagne auflegen, damit Mittel aus dem
3670 Bildungs- und Teilhabe-Programm der Bundesregierung stärker abgerufen
3671 werden. Wir appellieren an die Bundesregierung die bürokratischen Hürden für
3672 Familien, diese Mittel abzurufen, abzubauen.
- 3673 • Alle Menschen sollen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung haben und ihre
3674 Potentiale entwickeln – gleichberechtigt und frei von Diskriminierung. Kinder und
3675 Jugendliche mit und ohne Behinderung sollen grundsätzlich gemeinsam lernen
3676 können und innerhalb des Schulsystems individuell gefördert und
3677 binnendifferenziert unterrichtet werden. Inklusion in der Schule ist noch lange
3678 nicht selbstverständlich. Daher fördern wir die Weiterentwicklung der Inklusion in

3679 Frankfurter Schulen und die Ausweitung inklusivpotentialorientierter Konzepte.
3680 Dies beinhaltet auch die Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von
3681 qualifizierten und spezifisch ausgebildeten Mitarbeiter*innen an den Schulen
3682 sowie die Unterstützung der regionalen Beratungs- und Förderzentren. Ebenso
3683 wollen wir nach seinem Erfolg in den Regionen Süd und West das Modellprojekt
3684 Inklusion fortsetzen. Inklusive Schulen brauchen mehr Ressourcen – wir werden
3685 uns beim Land Hessen für mehr Lehrer*innenstunden einsetzen und die
3686 Strukturen des Modellprojekts mit seinen Koordinator*innen verstetigen. Beim
3687 Neubau und Sanierung von Schulgebäude werden die räumlichen Bedingungen für
3688 inklusive Beschulung berücksichtigt.

3689 • Zur Umsetzung der Kinderrechte wird eine Stelle im Frankfurter Kinderbüro
3690 eingerichtet. Diese Stelle wird sicherstellen, dass Kinder eine Anlaufstelle haben,
3691 die sich für all ihre Belange und Rechte einsetzt, an die richtigen
3692 Ansprechpartner*innen vermittelt und niedrigschwellig ansprechbar ist. Diese
3693 Stelle entwickelt ein Fortbildungskonzept zur Umsetzung von Kinderrechten in
3694 Kinder- und Jugendeinrichtungen in Frankfurt.

140

3695 • Mehrsprachigkeit ist ein Potential, was wir stärker in der Bildung fördern wollen.
3696 Wir werden kommunale Förderung bereitstellen, um flexibel auf den Bedarf von
3697 Kindern in der Sprach- und Mehrsprachenförderung reagieren zu können. Neben
3698 der Vermittlung von fundierten Deutschkenntnissen für alle Kinder als Grundstein
3699 der weiteren Schullaufbahn sollen insbesondere weitere Angebote zum
3700 Spracherwerb an allen Grundschulen gefördert werden und in den Stadtteilen
3701 Konzepte mit den bereits bestehenden Akteur*innen der Sprachförderung im Kita-
3702 und Schulumfeld erarbeitet werden.

3703 • Wir werden Betreuungseinrichtungen und Schulen dabei unterstützen, den
3704 aktiven Austausch mit Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen in Frankfurt zu
3705 pflegen, um kulturelle Bildung in Betreuungseinrichtungen und Schulen zu
3706 fördern, und dies über das Stadtschulamt koordinieren.

- 3707 • Wir wollen ein Konzept erarbeiten, räumliche Möglichkeiten in Schulen für
3708 Initiativen der Stadtteile und Kulturschaffende etc. zu Verfügung zu stellen.
- 3709 • Wir wollen die Arbeit in den Kitas, Schulen und Hochschulen gegen jegliche Form
3710 von Gewalt, Hass und Diskriminierung stärken. Deshalb setzen wir uns auch bei
3711 der Landesregierung dafür ein, dass in allen Schulen und Hochschulen langfristige
3712 Programme gegen Gewalt, Diskriminierung, Hass und Hate Speech im Internet
3713 sowie Cybermobbing aufgesetzt werden. Wir werden die "Digitalen Helden"
3714 weiter ausbauen und damit schulische sowie außerschulische Angebote zur
3715 Stärkung der Medienkompetenz im Umgang mit Hate Speech, rassistischen und
3716 extremistischen Inhalten im Internet erweitern. Das Fortbildungsprogramm für die
3717 Jugendhilfe in der Schule in Kooperation mit der Bildungsstätte Anne Frank wollen
3718 wir in diesem Zusammenhang fortführen. Wir werden zur Steigerung der
3719 Aufmerksamkeit für diese Themen nicht nur ein Programm aufsetzen, sondern
3720 auch ein Frankfurter Güte-Siegel für aktive Schulen in der Gewaltprävention
3721 schaffen, das alle Beteiligten motiviert und dafür auszeichnet, sich kontinuierlich
3722 dafür einzusetzen, dass Schulen ein gewalt- und diskriminierungsfreier Ort sind
3723 und bleiben.
- 3724 • Kinder und Jugendliche haben unter der Corona-Pandemie besonders gelitten. Um
3725 den Folgen von Lockdown, Distanzunterricht und Isolation zu begegnen und ihnen
3726 wieder einen gelingenden Bildungs- und Lebensweg zu eröffnen, müssen
3727 Lernrückstände abgebaut, Maßnahmen der frühkindlichen Bildung verstärkt,
3728 weitere Ferienfreizeiten und außerschulische Angebote etabliert und ihr Alltag in
3729 der Schule begleitet und unterstützt werden. Hierzu wollen wir eine Befragung
3730 von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien durchführen, aber auch von
3731 Fachkräften in KiTa und Schule, Vereinsvertretungen und
3732 Religionsgemeinschaften, zu dem was Kinder und Jugendliche konkret benötigen.
3733 Aus den Ergebnissen wollen wir kurz- und mittelfristige Angebote und mögliche
3734 Unterstützungsmaßnahmen entwickeln (z.B. Mentoring-Programme, Tandems zur

3735 Bearbeitung von Lern- und Lebensthemen etc.). Voraussetzung hierfür ist auch
3736 eine Stärkung der Fachkräfte vor Ort sowie die Einrichtung einer städtischen
3737 Koordinierungsstelle, die sich um die kontinuierliche Arbeit und Vernetzung der
3738 Akteur*innen wie Land, Stadt, Schulen, außerschulische Einrichtungen und Träger
3739 kümmert. Auch wollen wir die Kinder direkt ansprechen und Corona-
3740 Informationen in kindgerechter Sprache aufbereiten.

3741 Bibliotheken

3742 • Im Zuge der Digitalisierung ist es auch für eine Bibliothek notwendig,
3743 bibliothekarische Angebote und Dienstleistungen außerhalb der Öffnungszeiten
3744 anzubieten. Mit dem Projekt Open Library richten wir den digital gesteuerten
3745 Zugang zu den Räumen unserer Stadtbücherei ein. Mit ihrem Bibliotheksausweis
3746 als Schlüssel öffnen die Leser*innen die Tür zur Bibliothek und können diese über
3747 die regulären Öffnungszeiten hinaus nutzen. Auch zur kontaktlosen Ausleihe von
3748 Medien. Hierzu wollen wir in einem ersten Schritt die sog. Randstunden der
3749 Öffnungszeiten unserer Bibliothekszentren erweitern. Die zentrale Stadtbücherei
3750 erhält ein neues Gebäude auf der Zeil, das in einem breiten Beteiligungsprozess
3751 mit der Stadtgesellschaft entwickelt wird. Als dritter Ort, mit einem Maker Space
3752 und der Bibliothek der Dinge wird die Stadtbibliothek zu einem Treffpunkt für alle.
3753 Wir wollen die Schulbibliotheken weiter ausbauen und mit einem dritten
3754 Bücherbus die Stadtteile anfahren, die noch unversorgt sind.

142

3755 Berufliche Bildung und Erwachsenenbildung

3756 • Wir wollen den beschlossenen und genehmigten Schulentwicklungsplan für die
3757 beruflichen Schulen zügig umsetzen. Die berufliche Bildung hat für uns den
3758 gleichen Stellenwert wie die Hochschulausbildung. Deshalb wollen wir gemeinsam
3759 mit den beruflichen Schulen und dem Netzwerk für Ausbildung und Arbeit die
3760 Sichtbarkeit der Beruflichen Bildung verstärken und uns für eine bessere

3761 Verzahnung der Angebote einsetzen. Wir wollen das Frankfurter
3762 Ausbildungsprojekt der Gesellschaft für Jugendbeschäftigung auf die Realschulen
3763 übertragen zur systematischen und flächendeckenden Berufsorientierung und
3764 damit den Corona-bedingten Informationsdefiziten begegnen. Hierzu gehört auch
3765 die Entwicklung einer App in Zusammenarbeit mit den zuständigen Institutionen
3766 für Schüler*innen mit Informationen über die beruflichen Bildungsgänge im Rhein-
3767 Main-Gebiet. Wir wollen das Projekt „Chance Beruf“ personell verstärken, da sich
3768 die Anfragen im letzten Jahr verdreifacht haben.

3769 • Lebens- und berufsbegleitende Bildung im Erwachsenenalter ist uns ein wichtiges
3770 Anliegen. Um Teilhabe am lebensbegleitenden Lernen zu fördern, braucht es gute
3771 Beratung über Bildungsmöglichkeiten und Zugänge. Eine Koordinierungsstelle in
3772 der Stadt soll Zugänge zu Strukturen des lebenslangen Lernens sichern und
3773 Wissenstransfer zwischen den Fachkräften und Netzwerken generieren. In der
3774 Volkshochschule Frankfurt wollen wir eine Clearingstelle etablieren, die
3775 Bildungsberatung fördert und ausbaut. Die Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig
3776 digitale Kompetenzen in jedem Alter zur Bewältigung schulischer und beruflicher
3777 Anforderungen sind. An der VHS wollen wir daher ein „Digital-Labor“ ansiedeln, zu
3778 dem ein Lern- und Beratungszentrum für digitale Bildung für alle Altersgruppen
3779 gehört. Zukunftsthemen wie Robotics, 3-D-Modellierung oder Künstliche
3780 Intelligenz sollen dort ebenso aufgegriffen werden wie die Auseinandersetzung
3781 mit gesellschaftlichen Herausforderungen der Digitalisierung. Die Volkshochschule
3782 soll mit dem Fachbereich „Sozialer Zusammenhalt“, der Akademie des Alterns und
3783 der Medienwerkstatt in Höchst zu einem Ort gesellschaftlicher Diskussion und
3784 Teilhabe werden. Wir wollen im und um das Bildungszentrum Ostend einen
3785 Campus für Erwachsene ausbilden.

3786 Wissenschaft

3787 • Wir bekennen uns zum Hochschul- und Forschungsstandort Frankfurt
3788 einschließlich seiner kritischen Tradition. Wir verteidigen die Freiheit der
3789 Wissenschaft und der Aufklärung gegen eine neue Wissenschaftsfeindlichkeit
3790 („Querdenker“*innen; Klimawandelleugner*innen etc.) Den hier ansässigen
3791 Forschungseinrichtungen gilt weiterhin unsere Unterstützung. Wichtige
3792 Akteur*innen der Frankfurter Forschungs- und Wissenschaftslandschaft werden in
3793 ihrer notwendigen Weiterentwicklung unterstützt. Als Schwerpunkte für die
3794 kommenden Jahre betrachten wir neben Artenschutz und Biodiversitätsforschung
3795 die weitere Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen, die
3796 Provenienzforschung, die kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte
3797 sowie die Demokratiegeschichte und damit zusammenhängend Forschungen zu
3798 Fragen der sozialen Gerechtigkeit, Diversität, die wir gemeinsam mit den
3799 Forschungsinstitutionen voranbringen wollen

144

3800 • Wir wollen im Rahmen städtischer Wissenschaftsförderung gezielt
3801 Forschungsaufträge vergeben für gesellschaftlich relevante Themen insbesondere
3802 im Bereich Aufarbeitung und Demokratiegeschichte, soziale Gerechtigkeit und
3803 Bildung. Hierzu wollen wir auch eine gemeinsame Vorlesungsreihe zur
3804 Internationalität Frankfurts und zu den Bildungsbiografien ausländischer
3805 Studierender und Studierender mit einer familiären Migrationsgeschichte
3806 veranstalten.

3807 • Wir wollen die Umsetzung des Kulturcampus als gemeinsames Quartier von
3808 Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen und dem Offenen Haus der Kulturen in
3809 Kooperation mit dem Land Hessen und der HfMDK voranbringen. Der Umzug der
3810 HfMDK in einen Neubau auf dem Kulturcampus und Nutzung ihrer bisherigen
3811 Liegenschaft in der Eschersheimer Landstraße für die städtische Musikschule und
3812 eine neue Grundschule soll dabei gesichert sein.

3813

3814 Arbeit, Wirtschaft und Kreativwirtschaft

3815 Die Menschen in Frankfurt haben diese Stadt über Jahrhunderte zu einer wirtschaftlich
3816 starken, prosperierenden und liberal orientierten Metropole im Herzen Europas
3817 entwickelt. Heute ist Frankfurts Wirtschaft Impulsgeber und Motor der ökonomischen
3818 und gesellschaftlichen Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet, für Hessen, Deutschland und
3819 Europa. Frankfurt sichert Arbeitsplätze weit über die Stadtgrenzen hinaus. Und auch die
3820 Gewerkschaften haben ihren Anteil daran, dass Frankfurt ein starker Wirtschaftsstandort
3821 mit guten Arbeitsbedingungen ist. Wir sind uns einig, dass für die Zukunftsfähigkeit
3822 unseres Wirtschaftsstandortes mehr private Investitionen und Innovationen nötig sind,
3823 damit die Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen, damit Arbeitsplätze
3824 gesichert und neue geschaffen werden und damit unser breiter Wohlstand erhalten
3825 bleibt.

3826 Frankfurt steht im Wettbewerb innerhalb der Region sowie mit anderen
3827 Metropolregionen in Deutschland und in Europa. Wir wollen, dass kein Unternehmen
3828 unsere Stadt mehr aufgrund von fehlenden Wachstumskapazitäten verlässt. Wir setzen
3829 uns deshalb für eine Sicherung der Gewerbeflächen im Stadtgebiet sowie für eine
3830 proaktive Ansiedlungspolitik ein. Die Branchen, die Frankfurt prägen, brauchen
3831 Perspektiven am Standort – vor allem auch unter nachhaltigen Gesichtspunkten und mit
3832 Blick auf die Klimakrise.

3833 Frankfurts Wirtschaft muss sich auch den Herausforderungen einer wandelnden
3834 Arbeitswelt, der Digitalisierung und einem schonenden Umgang der natürlichen
3835 Ressourcen anpassen. Wir wollen unsere Unternehmen dabei unterstützen, insbesondere
3836 die kleinen und mittelständischen. Wir wollen den Wirtschaftsstandort neu aufstellen und
3837 ein Ökosystem für Start-ups und innovatives Unternehmertum schaffen, beispielsweise
3838 durch eine physische Verortung der Kultur- und Innovationswirtschaft und eine
3839 Ausweitung niederschwelliger Angebote für Gründer.

145

3840 All das kann uns nur gelingen, wenn wir ein Zusammenspiel der Akteure – Gesellschaft,
3841 Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften – sicherstellen.
3842 Unser Fokus wird in den kommenden Jahren auch auf der Bewältigung der Corona-Krise
3843 liegen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Krisenzeiten insbesondere auch den
3844 Selbstständigen, den Kleinstunternehmer*innen und den Mittelständler*innen zeitnah
3845 angemessene Unterstützungsleistungen angeboten werden.

3846 Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort, Arbeitsmarktförderung

- 3847 • Für ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Frankfurt berufen wir einen
3848 Wirtschaftsgipfel ein, um eine Öffnungsstrategie für Frankfurt zu erarbeiten,
3849 Unternehmen Wachstum vor Ort zu ermöglichen und neue Unternehmen
3850 anzulocken.
- 3851 • Die Stadt Frankfurt sichert ihre Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung, um
3852 den sozialen Zusammenhalt zu sichern und den Wirtschaftsstandort zu stärken.
3853 Gleichzeitig wollen wir die unterschiedlichen Förderprogramme weiterentwickeln,
3854 da wir das Frankfurter Arbeitsmarktprogramm als Ergänzung zur gesetzlichen,
3855 vom Bund verantworteten Arbeitsmarktförderung verstehen. Darüber hinaus
3856 öffnen wir das Frankfurter Arbeitsmarktprogramm auch für andere Zielgruppen.
3857 Teilhabechancen von Frankfurter Bürgerinnen und Bürger am Arbeitsmarkt
3858 werden wir weiter verbessern, Armut bekämpfen und Maßnahmen entwickeln,
3859 die zur Stabilisierung der Wohnquartiere beitragen und den wachsenden
3860 Fachkräftebedarf der Wirtschaft berücksichtigen.

146

3861 Gründungsstandort Frankfurt

- 3862 • Wir wollen Frankfurt als Innovations- und Gründungsstandort noch stärker
3863 ausbauen, fördern und international etablieren. Wir wollen dazu
3864 Innovationsökosysteme in Frankfurt schaffen. Dafür unterstützen wir die
3865 Zusammenarbeit und Vernetzung von Unternehmen, wissenschaftlichen

3866 Institutionen und Hochschulen, Gründern, Risikokapitalgebern und Business
3867 Angels. Wir werden den Gründer*innenfonds fortführen und das
3868 Gründer*innenzentrum Kompass zu einem echten Inkubator weiterentwickeln.
3869 Wir wollen bereits vorhandene Schwerpunkte in Frankfurt wie FinTechs, Mobility
3870 und Biosciences weiter stärken und weitere Innovationsschwerpunkte,
3871 insbesondere im Bereich nachhaltigen Wirtschaftens und „Social
3872 Entrepreneurship“, fördern. Die Stadt Frankfurt am Main unterstützt dazu
3873 weiterhin die Projekte „Campus-V“ (unter Beteiligung der an der CampusMeile
3874 ansässigen Institutionen) sowie „HoST“ (House of Science and Transfer) der
3875 Frankfurt University of Applied Sciences. Wir werden aber auch die Vernetzung in
3876 der Region und im Land fördern und wollen zusammen mit der Hessischen
3877 Landesregierung darauf hinwirken, dass sich die Finanzierungsbedingungen von
3878 jungen Unternehmen in Wachstums- und Expansionsphasen verbessern.

147

- 3879 • Wir wollen das GründerZENTRUM (Kompass) weiter stärken und wenn möglich
3880 ausbauen, um Gründern einen niederschweligen Zugang zu Räumlichkeiten zu
3881 geben. Hierfür werden wir uns auch mit Initiativen aus der Wirtschaft vernetzen.
3882 Zudem sollen mehr städtische Shared- und Coworking-Angebote und
3883 Kooperationen mit vorhandenen Angeboten für Gründer*innen und Selbständige
3884 geschaffen werden, damit die Ideen der Zukunft nicht an den Mietpreisen von
3885 heute scheitern.
- 3886 • Frankfurt hat eine internationale Bevölkerung mit vielen unterschiedlichen
3887 Herkunftsn und Hintergründen. Wir wollen diese Vielfalt auch in der
3888 Unternehmensgründung weiter fördern – direkt, wo es Frankfurter Institutionen
3889 durch mehrsprachige Angebote und Unterstützung selbst können.
- 3890 • Frankfurt hat eine innovative Unternehmenslandschaft – von Bio- bis FinTech. Wir
3891 leben von dieser Innovation, aber auch von der Vielfalt. Wir wollen die Förderung
3892 auf weitere Branchen ausweiten und dabei besonders nachhaltige Konzepte und
3893 Strukturen fördern. Wir richten einen Innovationsfonds ein, aus dem

3894 bürgerschaftliche Projekte finanziert werden, die die Stadt sozial und nachhaltig
3895 voranbringen.

3896 Finanzplatz Frankfurt

3897 • Aufgrund der Bedeutung für Rhein-Main und Hessen sollen sich die Stadt
3898 Frankfurt und das Land Hessen abgestimmt für den Finanzplatz Frankfurt auf
3899 Bundes-, Europa- und internationaler Ebene partnerschaftlich einsetzen.

3900 Wirtschaftsförderung

- 3901 • Wir werden eine zentrale Kompetenzstelle Fördermittel etablieren, um den Zugriff
3902 auf Mittel aus Förderprogrammen auf Landes-, Bundes oder Europäischer Ebene,
3903 aber auch ggf. von privaten Institutionen zu verbessern. Diese Kompetenzstelle
3904 soll auch Institutionen und Unternehmen beraten, um so insgesamt Finanzmittel
3905 vor allem für nachhaltige Projekte und Maßnahmen zu akquirieren. Die
3906 Kompetenzstelle soll dabei keine Controlling-, sondern eine Beratungs- und
3907 Unterstützungsfunktion übernehmen.
- 3908 • Wir wollen für die Wirtschaftsförderung eine Genderberichterstattung einführen,
3909 die aufzeigt, wie die verschiedenen Geschlechter unterstützt werden.
- 3910 • Wir unterstützen über die Wirtschaftsförderung Initiativen bei der Entwicklung,
3911 Verbreitung und Vermarktung einer einheitlichen, digitalen Plattform für lokale
3912 kleine- und mittlere Unternehmen mit dem Ziel, für Frankfurt einheitliche Apps
3913 und oder Web-Plattformen für lokale Unternehmen zu schaffen, über die
3914 Informationen (z.B. Produktangebote, Öffnungszeiten, Anfahrt, elektronische
3915 Bestellmöglichkeiten) abgerufen und ggf. auch direkt Bestellungen ausgelöst
3916 werden können.
- 3917 • Wir wollen die lokalen Einzelhändler*innen ebenso wie Produzent*innen in der
3918 Stadt und im Umland aktiv unterstützen, ihre Produkte regional und direkt den
3919 lokalen Konsument*innen auch digital anbieten zu können.

3920 Lebensmittel

- 3921 • In Frankfurt gibt es einen Trend zur regionalen Versorgung mit Lebensmitteln.
3922 Diesen Trend wollen wir unterstützen, lokale Gartenbaubetriebe und die
3923 Umstellung auf ökologischen Anbau fördern sowie bei der oft schwierigen Suche
3924 nach Nachfolger*innen helfen.
- 3925 • Initiativen für Modelle der solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi) werden wir
3926 fördern, z.B. indem wir bei der Standortsuche für Depots unterstützen und diese
3927 in neuen Quartieren von vornherein einplanen.
- 3928 • Wir unterstützen besonders nicht-kommerzielle Lebensmittelretterorganisationen
3929 mit dem Ansatz, Lebensmittel vor der Mülltonne zu retten und an Menschen zu
3930 verteilen, welche ohne Lebensmittelspenden nicht ausreichend versorgt wären.
- 3931 • Wir wollen, dass Lebensmittel von Frankfurter Wochenmärkten und der
3932 Kleinmarkthalle künftig in Netzen oder Stoffbeuteln nach Hause getragen werden 149
3933 und unterstützen die Händler*innen mit entsprechenden Kampagnen und bei der
3934 Entwicklung umweltverträglicher Behältnisse.

3935 Nachhaltige Wirtschaft

- 3936 • Auch die Wirtschaft kann, will und muss ihren Teil zur Erreichung der Klimaziele
3937 beitragen. Wir werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie
3938 Non-profit-Organisationen und Initiativen dabei unterstützen, in Kooperation mit
3939 anderen Beteiligten die Nachhaltigkeitsberatung ausbauen, Erfolge öffentlich
3940 vermarkten und Zugang zu Fördermitteln aus dem kommunalen Klimaschutzfonds
3941 gewähren.
- 3942 • Wir werden die Beschaffung durch die Stadt, aber auch durch städtische
3943 Unternehmen fairer und nachhaltiger gestalten, den Schutz von Umwelt und
3944 Menschenrechten entlang der Produktions- und Lieferkette sicherstellen und
3945 grundsätzlich Beschaffungen möglichst regional und nach einer Kosten-/Nutzen-

3946 Kalkulation durchführen, die ökologische und soziale externe Kosten
3947 berücksichtigt. Frankfurt ist fair-trade Stadt, darauf sind wir stolz, werden uns
3948 darauf aber nicht ausruhen.

3949 • Wir unterstützen das EU-weite Verbot von Einweg-Geschirr aus Plastik ab 2021.
3950 Wir unterstützen die Frankfurter Vereine und Fest-Veranstalter*innen bei der
3951 Entwicklung bezahl- und handhabbarer Alternativen, z.B. durch den Aufbau von
3952 Pfand- oder dezentralen Poolsystemen. Außerdem initiieren wir ein Pilotprojekt
3953 für ein Pfandsystem für Pizzakartons und weiten es im Erfolgsfall auf weitere
3954 Imbissverpackungen aus.

3955 • Wir wollen die öffentliche Beschaffung durch Vorgaben zum Öko-Design von
3956 Produkten und Verpackungen mit dem Fokus auf Langlebigkeit, Reparierbarkeit
3957 und Wiederverwendung von eingekauften Produkten Abfall vermeidender
3958 gestalten.

150

3959 • Wir wollen die Bewerbung zur World Design Capital 2026 als Chance nutzen, um
3960 gemeinsam mit Schüler*innen, Bürger*innen, kreativen Akteur*innen,
3961 Architekt*innen und Designer*innen Gestaltungsideen für soziale, urbane und
3962 kulturelle Entwicklungen voran zu treiben und so eine nachhaltige Gestaltung
3963 unserer Stadt und der Region stärken und Frankfurt zur ersten „Creative Green
3964 City“ entwickeln. Dabei nehmen die 17 Nachhaltigkeitsziele („Sustainable
3965 Development Goals“) eine zentrale Rolle ein

3966 Rechenzentren

3967 • Wir setzen uns für ein Konzept für Rechenzentren ein: Frankfurt ist ein digitaler
3968 Knotenpunkt, deshalb ist es gut, dass sich Rechenzentren in Frankfurt ansiedeln.
3969 Aufgrund der Flächenknappheit müssen wir diese Entwicklung planerisch
3970 gestalten. Dabei sind die entstehenden Arbeitsplätze und der Energieverbrauch zu
3971 berücksichtigen. Wir befürworten eine Cluster-Bildung (räumliche Konzentration)
3972 und werden kurzfristig prüfen, welche Cluster Raum für weitere Entwicklung

3973 bieten und ob und wo sich weitere entwickeln lassen. Dabei muss die
3974 Stromversorgung der Rechenzentren sichergestellt sein. Wir wollen Synergien
3975 durch Fernwärmeabgabe und Fernkühlung schaffen und den zusätzlichen Einsatz
3976 von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie fördern.

3977 Gewerbeflächen, Industrie

- 3978 • Den Industrie- und Produktionsstandort Frankfurt wollen wir durch die weitere
3979 Umsetzung des „Masterplan Industrie“ stärken. Frankfurt braucht einen breiten
3980 Branchenmix und Arbeitsangebote für Arbeitnehmer*innen aller Berufe und
3981 Bildungsstufen.
- 3982 • Wir wollen ein Gewerbeflächenentwicklungsprogramm realisieren und keine
3983 weitere Umnutzung von Gewerbe in Wohnraum.
- 3984 • Wir werden neue Industrie- und Gewerbeflächen entwickeln. Ein wichtiger
3985 Gesichtspunkt für uns ist dabei eine zukunftsfähige Struktur der
3986 Grundstücksflächen. Das Miteinander von Gesellschaft und Wirtschaft hat bei uns
3987 einen hohen Stellenwert. Wir wollen bei der Erweiterung und der Erschließung
3988 von Flächen für neue Industrie- und Gewerbegebiete möglichst viele Akteure
3989 einbeziehen.
- 3990 • Der Osthafen als intermodal angebundenes Industriegebiet ist ein wichtiger Faktor
3991 für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt und muss als klassischer
3992 Industriestandort erhalten bleiben. Allen Überlegungen, ihn durch andere
3993 Nutzungen in seiner Wirtschaftsstruktur zu verändern, stellen wir uns entschieden
3994 entgegen. Wir wollen ihn weiter entwickeln und dabei auch im Gewerbe auf
3995 effiziente Flächennutzung achten.
- 3996 • Die chemische und verarbeitende Industrie ist ein*e wichtige*r Arbeitgeber*in
3997 und Gewerbesteuerzahler*in in Frankfurt. Diese Betriebe und die Arbeitsplätze
3998 wollen wir erhalten und ökologisch wie ökonomisch nachhaltig entwickeln. Dazu
3999 unterstützen wir auch die regionale Vernetzung mit Hochschulen und

- 4000 Forschungsstätten, um neueste Forschung und Entwicklung insbesondere in den
4001 Naturwissenschaften integrieren und notwendige Fachkräfte ausbilden zu können.
- 4002 • Neue Gewerbegebiete oder Gewerbegebiete im Strukturwandel wie in Griesheim
4003 werden wir als nachhaltige und innovative Gewerbestandorte entwickeln. Die
4004 Versorgung muss mit effizienten, nachhaltigen Energieträgern erfolgen, Gebäude
4005 sollten, wenn möglich mit Solarthermie und Photovoltaik ausgerüstet werden.
4006 Wärme aus der Umgebung, insbesondere aus anderen Gewerbeeinrichtungen
4007 oder dem Boden, und andere Ressourcen sollen genutzt bzw. recycelt werden. Bei
4008 der Entwicklung von Gewerbeflächen streben wir weiterhin auch eine
4009 interkommunale Zusammenarbeit mit der Region an, inklusive einer fairen
4010 Aufteilung von Entwicklungskosten und Gewerbesteuerereinnahmen.
- 4011 • Die Neuaufstellung des Industrieparks Griesheim bietet eine einzigartige
4012 Möglichkeit den Stadtteil Griesheim und die Nutzung eines zukünftigen
4013 Gewerbeparks stärker zusammen zu denken. Wir wollen mit der Aufstellung eines
4014 Rahmenplans ein nachhaltiges Gewerbegebiet mit unterschiedlichen Nutzungen
4015 wie beispielsweise Standort verträglicher Industrie, Logistik, der Kreativwirtschaft
4016 und dem Handwerk zu einer städtebaulichen Lösung kommen, die die gewerbliche
4017 Nutzung sichert, neue Wege in der Nachhaltigkeit geht und von der die Menschen
4018 in Griesheim profitieren. Neue Wege- und Radverbindungen sollen den
4019 Gewerbepark öffnen und mit einem Gewerbemanagement werden wir
4020 gemeinsam mit dem Eigentümer Kümmerinnen und Kümmerer als
4021 Koordinatorinnen und Koordinatoren vor Ort etablieren.
- 4022 • Die Straßenverbindungen in den Gewerbegebieten wollen wir zügig sanieren.
- 4023 • Wir wollen die existierende Größe der innerstädtischen Industrie- und
4024 Gewerbeflächen erhalten und den Industriestandort durch eine
4025 Flächenbevorratung stärken. Dabei legen wir den Fokus auf eine
4026 Flächenentwicklung auch für kleinere und mittlere Unternehmen mit
4027 gewerblichen Arbeitsplätzen. Wir werden uns über den Deutschen Städtetag dafür

4028 stark machen, dass das BauGB dahingehend verändert wird, dass die
4029 Möglichkeiten des Vorkaufsrechts unter Begrenzung von Mietsteigerungen auf die
4030 gewerbliche Nutzung ausgeweitet wird.

4031 Handwerk

- 4032 • Frankfurt ist nicht nur Banken-, Handels- und Industriestadt, sondern auch ein
4033 zentraler und bedeutender Handwerksstandort. Wir wollen Frankfurt als
4034 Handwerksstandort zusammen mit dem organisierten Handwerk in seiner
4035 Gesamtheit stärker in den Blick nehmen und den Handwerksstandort Frankfurt-
4036 Rhein-Main zukunftsfit machen. So können wir uns nach dem Vorbild bisheriger
4037 Pläne mittelfristig auch einen Masterplan Handwerk vorstellen. Gemeinsam mit
4038 der Handwerkskammer und der Phillipp-Holzmann-Schule wollen wir einen
4039 Berufsschulcampus für Handwerksberufe etablieren, in dem wir die Aus- und
4040 Fortbildung im Handwerk gemeinsam entwickeln und Synergien schaffen.
- 4041 • Wir werden ein Konzept zum Erhalt und zur Errichtung von Handwerkerhöfen
4042 nach Münchner Vorbild entwickeln. Grundstücke müssen zügig planungsrechtlich
4043 ausgewiesen und die Interessen von bestehenden und neu anzusiedelnden
4044 Handwerksbetrieben bei der Entstehung neuer Areale berücksichtigt werden.

153

4045 Ausbildung

- 4046 • Wir wollen, dass die Stadt weiter eine attraktive Ausbildungsstätte bleibt, die ihrer
4047 gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird. Wir setzen nach Möglichkeit den
4048 Ausbau der Ausbildungsplätze bei der Stadt fort, erhalten aber mindestens den
4049 inzwischen erreichten Stand. Um die Auszubildenden zu unterstützen, werden wir
4050 die Einrichtung von Wohnheimen für Auszubildende, insbesondere für solche in
4051 Mangelberufen, analog zu einem Studierendenwohnheim, gemeinsam mit
4052 weiteren Partnern aus der Wirtschaft prüfen.

4053 **Einkaufen, Citymanagement, Leerstand**

- 4054 • Für die gesamte Innenstadt von Frankfurt muss ein Konzept entwickelt werden,
4055 das den vielfältigen – und teilweise auch divergierenden – Ansprüchen genügt.
4056 Der Handel in Frankfurt braucht eine attraktive, erreichbare und sichere
4057 Innenstadt und Stadtteilzentren. Dabei geht es zum einen um eine attraktive
4058 Gestaltung und einladende Aufenthaltsflächen. Zum anderen müssen sowohl die
4059 Innenstadt als auch die gut besuchten Einkaufsstraßen in den Stadtteilen (Berger
4060 Straße, Leipziger Straße, Eckenheimer-, Eschersheimer Landstraße, der Sandweg,
4061 Schweizer Straße, Oeder Weg) für die einkaufende Bevölkerung, die Beschäftigten
4062 und Logistik gut erreichbar und miteinander vernetzt sein.
- 4063 • Wir wollen ein ganzheitliches Konzept zur Renovierung und Umgestaltung von
4064 städtischen Liegenschaften, wie beispielsweise der B-Ebene an der Hauptwache
4065 und der Konstablerwache, um dortigen Einzelhandel zu stärken und
4066 voranschreitenden Leerstand zu verhindern. Wir beziehen bei solchen Plänen die
4067 Bürger*innen und die Anlieger*innen zum Beispiel über Ideenwettbewerbe ein.
- 4068 • Das bestehende Citymanagement wollen wir ausbauen und relevante Akteure an
4069 einen Tisch bringen. Wir setzen uns für ein koordiniertes und funktionierendes
4070 City-Management für die Innenstadt ein, bei dem Stadtpolitik, IHK, Handel und
4071 Institutionen gemeinsam vertreten sind. Das City-Management muss so
4072 ausgestattet sein, dass positive Impulse für den Einzelhandel erzielt werden
4073 können. Das Ziel muss eine nachhaltige Attraktivitätssteigerung der Zentren sein.
- 4074 • In allen Bereichen, insbesondere der Innenstadt, soll proaktiver auf Leerstand
4075 reagiert werden. Wir brauchen für Frankfurt ein geeignetes Konzept, das den
4076 Leerstand von Ladenflächen verhindert und gleichzeitig eine Vielfalt an Angeboten
4077 sichert.
- 4078 • Nicht nur die Kulturschaffenden, auch Gründer*innen können von
4079 Zwischennutzungen und zeitweisem Leerstand profitieren. Wir wollen zusammen

- 4080 mit dem Einzelhandelsverband, der Wirtschaftsförderung und weiteren Partnern
4081 gemeinsam Lösungen erarbeiten, wie zeitweiser Leerstand kreativ und
4082 sinnstiftend genutzt werden kann.
- 4083 • Die Frankfurter Politik sollte neue nachhaltige Konzepte wie z. B. einen
4084 Nachtmarkt auf dem Rossmarkt/Goetheplatz ermöglichen.
 - 4085 • Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass vor allem in den
4086 Stadtteilen die gesetzlich zulässigen verkaufsoffenen Sonntage wieder stattfinden
4087 werden.

4088 Gastronomie

- 4089 • Es muss ein Konzept zur Unterstützung der Gastronomie entwickelt werden.
4090 Außengastronomie muss ausgeweitet werden dürfen. Dazu braucht es
4091 unbürokratische Regelungen und eine enge Zusammenarbeit bei städtischen
4092 Veranstaltungen. Die vereinfachte Nutzung und Erweiterung der
4093 Außengastronomief Flächen soll auch langfristig möglich sein.

155

4094 Tourismus

- 4095 • Wir streben für Frankfurt einen nachhaltigen und qualitativen Tourismus an, der
4096 den einzigartigen Charakter Frankfurts betont. So unterstützen wir den
4097 Masterplan Tourismus 2030 und wollen wir bspw. die Internationalität der Stadt
4098 und kulturelle Angebote noch sichtbarer und erlebbarer machen. Gemeinsam mit
4099 der Wirtschaft wollen wir an digitalen Lösungen arbeiten, die den Aufenthalt
4100 bereichern. Dabei wollen wir die Angebote für Tourist*innen zukünftig
4101 userfreundlicher gestalten.

4102 Messewirtschaft

- 4103 • Wir bekennen uns zur Messe Frankfurt und werden uns für die Stärkung des
4104 Messestandorts einsetzen. Wir wollen bestehende Messen in Frankfurt halten und

4105 das Unternehmen mit allen Kräften dabei unterstützen, neue Veranstaltungen für
4106 Frankfurt zu gewinnen.

4107 • Damit der Messestandort attraktiv und zukunftsfähig bleibt, wollen wir für die
4108 Messe eine Perspektive über alle politischen Felder hinweg schaffen. Wir
4109 brauchen an Messetagen eine zuverlässige verkehrliche Infrastruktur, welche die
4110 Bedürfnisse der Gäste, der Anbieter, der Beschäftigten und der Menschen vor Ort
4111 besser miteinander in Einklang zu bringt. Messen müssen auch jenseits des
4112 Messegeländes ihren Platz in der Stadt finden: Für die Messe der Zukunft wollen
4113 wir die Innovationskraft der Messe weiter stärken und dabei auch hybride Messe-
4114 Angebote schaffen. Da, wo es sich anbietet, wollen wir in der Innenstadt und in
4115 Stadtteilen, in Gewerbegebieten und in kulturellen Einrichtungen Kooperationen
4116 ermöglichen.

4117 • Die Stadt soll sich bei Publikumsthemen wie Mode (Fashion-Week), Musik
4118 (Musikmesse / Musikmesse Festival) oder Mobilität (Hypermotion /
4119 automechanica) und anderen sinnvollen Formaten finanziell unterstützend
4120 engagieren, um die Attraktivität Frankfurts insgesamt zu fördern. Durch digitale
4121 Formate und das veränderte Reiseverhalten wird sich das Messegeschäft weltweit
4122 verändern. Daher wollen wir digitale Messeformate, die sich eignen, die
4123 Attraktivität für Anbietende und Teilnehmende zu steigern, auch mit Blick auf die
4124 Tourismus-Branche in die Stadt bringen.

4125 • Wir wollen Anreize schaffen, Frankfurt als Standort für alle Aspekte der
4126 Digitalisierung zu stärken. Die Chancen einer Publikumsmesse zum Thema
4127 Digitalisierung sollte geprüft werden. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf E-
4128 Bildung, Innovative Stadt und digitale Kreativwirtschaft. Diese Messe könnte sich
4129 insbesondere auch an regionale, kleinere und mittelständige Anbieter*innen
4130 richten und damit auch einen Beitrag zur Vielfalt der digitalen Angebote liefern.

4131 • Die Messe ist eine feste Institution in Frankfurt – sie gehört zur Geschichte, zur
4132 Gegenwart und zur Zukunft unserer Stadt. Wir wollen die Messe angesichts der

4133 Erfordernisse des Klimawandels und der Chancen der Digitalisierung bei der
4134 Modernisierung und Anpassung an die zukünftigen Bedürfnisse unterstützen.
4135 Digitalisierung ermöglicht virtuelle Vernetzung als Ergänzung zu analogen Treffen,
4136 die Anreise zur und der Betrieb der Messe können Leuchttürme der Nachhaltigkeit
4137 werden, und die Messe muss weiter darauf achten, nachhaltige Inhalte mit
4138 Zukunft zu präsentieren. Dass die Messe zu Frankfurt gehört, kann u.a. dadurch
4139 deutlich werden, dass öffentliche Flächen stärker in die Nutzungskonzepte
4140 eingebunden werden.

4141 Kreativwirtschaft

4142 • Wir setzen uns das Ziel, die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der
4143 Kreativwirtschaft – abgestimmt zwischen den Dezernaten Wirtschaft und Kultur -
4144 in Frankfurt für die nächsten Jahre herauszustellen und als ein
4145 wirtschaftspolitisches Schwerpunktthema zu behandeln. Wir werden die
4146 Aktivitäten zur Unterstützung der Kreativwirtschaft im Rahmen des Masterplans
4147 Kreativwirtschaft weiter ausbauen und das bereits im Masterplan vorgeschlagene
4148 House of Creativity und Innovation in Anlehnung zum Beispiel an das etablierte
4149 House of Logistics and Mobility als physischen Ort etablieren. Es gilt, die
4150 Kreativwirtschaft als Impulsgeber für die Stadtentwicklung zu nutzen, einen
4151 zentralen Kreativ-Ort, einen Experimentierraum sowie einen Ort des Austausches
4152 und der Begegnung zwischen den relevanten Akteur*innen zu schaffen und so die
4153 digitale Transformation zu unterstützen und das Umfeld für neue
4154 Unternehmensideen/Start-ups an den Schnittstellen, Medien-, Digital- und
4155 Kreativwirtschaft zu verbessern.

157

4156 [Veranstaltungen und Musikstadt Frankfurt](#)

- 4157 • Wir wollen privaten Unternehmen die Organisation von Festivitäten in Frankfurt
4158 erleichtern; hier gibt es viele kreative und professionelle Agenturen und
4159 Veranstaltungsunternehmen.
- 4160 • Die Musikstadt Frankfurt wollen wir als neuen wirtschaftlichen Faktor entwickeln
4161 und den Frankfurter Künstler*innen die Möglichkeit zum gegenseitigen Austausch
4162 geben.

4163 [Regionale Hilfsprogramme in Krisenzeiten](#)

- 4164 • Die freie Kulturszene, die vielfältigen Clubs, Bars, Gaststätten und das
4165 Hotelgewerbe gehören nicht nur zum Frankfurter Stadtbild, sie sind auch
4166 Wirtschaftsfaktor. Diese Vielfalt macht Frankfurt aus. Doch durch die Corona-Krise
4167 sind diese Betriebe besonders gefährdet. Dem wollen wir mit einer langfristigen 158
4168 Förderung entgegenwirken, damit unsere Stadt weiterhin lebendig bleibt! Die
4169 vielfältige Gastronomie- und Clubszene wollen wir stärken und gemeinsam mit der
4170 Initiative Gastronomie Frankfurt e.V. (IGF) und anderen Verbänden daran
4171 arbeiten, dass dieses Gewerbe attraktiver, gerechter und sicherer wird.
- 4172 • Wir arbeiten weiter daran, dass unsere kleinteiligen Strukturen wie der
4173 Einzelhandel, die Kultur und die Gastronomie in der Innenstadt und in den
4174 Stadtteilen gestärkt aus der Krise gehen. Hierzu werden wir Gelder aus dem
4175 bereits beschlossenen Post-Corona-Fonds in Höhe von 30 Millionen Euro zur
4176 Verfügung stellen. Dadurch sollen auch unbürokratisch Zwischennutzungen zu
4177 bezahlbaren Mieten unterstützt werden, wie das in einzelnen Quartieren bereits
4178 der Fall ist.
- 4179 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Krisenzeiten insbesondere auch den
4180 Selbstständigen, den Kleinstunternehmer*innen und den Mittelständler*innen
4181 zeitnah angemessene Unterstützungsleistungen angeboten werden.

4182 Ausländische Fachkräfte

- 4183 • Frankfurt muss sich im internationalen Wettbewerb messen – auch bei
- 4184 Fachkräften aus dem Ausland. Deshalb prüfen wir beim anstehenden Umbau der
- 4185 Ausländerbehörde (ABH) zum Welcome Center schnellere Wege für
- 4186 unterschiedliche Kund*innengruppen. So wollen wir zum Beispiel für die
- 4187 Fachkräfte einen „Business Immigration Service“ bei der Ausländerbehörde
- 4188 einrichten, der auf Anliegen wie Anfragen an die Bundesagentur für Arbeit,
- 4189 Vorabzustimmung im Einreiseverfahren, Ausstellung und Verlängerung von
- 4190 Aufenthaltstiteln zur Erwerbstätigkeit und für Familienangehörige oder die
- 4191 Ausstellung von unbefristeten Aufenthaltstiteln spezialisiert ist. Damit entlasten
- 4192 wir auch den täglichen Durchgangsverkehr an der Ausländerbehörde. Um
- 4193 Wartezeiten bei der ABH generell schneller und einfacher zu gestalten, wollen wir
- 4194 die Chancen der Digitalisierung nutzen, um für alle einen Mehrwert zu generieren. 159

4195 Frauenförderung

- 4196 • Der Anteil von Menschen mit kulturell diversem Hintergrund und der Frauenanteil
- 4197 vor allem auch in den Führungspositionen städtischer Ämter, Betriebe und
- 4198 Gesellschaften ist nicht befriedigend, und wir wollen ihn deutlich steigern. Hierzu
- 4199 werden wir die Frauenförderpläne konsequent umsetzen, auch beim
- 4200 Führungsnachwuchs gezielter fördern und die Rahmenbedingungen für alle
- 4201 Gehaltsklassen verbessern, indem wir strukturelle Benachteiligungen abbauen
- 4202 und Zugänge zu Qualifizierungsmaßnahmen verbessern.

4203 Vergabe

- 4204 • Wir beachten bei öffentlichen Aufträgen weiterhin die Vorgaben des Hessischen
- 4205 Vergabe- und Tariftreuegesetzes und die darüberhinausgehenden städtischen
- 4206 Regularien und werden deren Einhaltung über die Vergabestelle konsequent

4207 prüfen. Wir arbeiten weiterhin kontinuierlich an der Überführung städtischer und
4208 stadtnaher Betriebe und Gesellschaften in geregelte Tarifstrukturen.

4209 Flughafen

4210 Der Frankfurter Flughafen als größte Arbeitsstätte Deutschlands mit über 80.000
4211 Beschäftigten trägt mit seiner zentralen Hub-Funktion zentral zur Wirtschafts- und
4212 Innovationskraft unserer Stadt und der Region sowie zur internationalen Vernetzung bei
4213 und schafft ein großes und vielfältiges Arbeitsplatzangebot. Die Klimakrise und die durch
4214 die Corona-Pandemie ausgelöste Krise im Flugverkehr zwingen uns, über die Rolle des
4215 Flughafens neu nachzudenken. Wir wollen den Flughafen klima- und raumverträglich
4216 entwickeln und ihm und den Beschäftigten eine langfristige Zukunft sichern. Wir
4217 unterstützen daher die Fraport dabei, die Attraktivität des Standorts Frankfurt durch
4218 Stärkung der technologischen Innovationen, gerade auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit
4219 im Luftverkehr, weiter zu stärken und damit den Weg hin zu einem international
4220 vorbildlichen nachhaltigen Mobilitätsunternehmen zu gehen.

4221 Der Flughafen soll als internationaler Mobilitätshub unter weiter verbesserter
4222 Verzahnung mit dem öffentlichen Nah- und Fernverkehr, durch einen klimaneutralen und
4223 emissionsärmeren Betrieb der eigenen Infrastruktur und so schnell wie möglich auch des
4224 Luftverkehrs selbst und zwar sowohl hinsichtlich Lärm- als auch hinsichtlich CO₂-
4225 Emissionen , eine zunehmenden Entlastung der Tagesrandzeiten ein nachhaltiger,
4226 moderner, innovativer und langfristig zukunftsfähiger Mobilitätsstandort mit sicheren
4227 Arbeitsplätzen bleiben.

4228 Darüber hinaus setzen wir uns für gut bezahlte Normalarbeitsverhältnisse in allen
4229 Bereichen am Flughafen und für den Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze bei Fraport
4230 ein.

160

- 4231 • Als Anteilseignerin wirken wir darauf hin, dass der aktuell stattfindende Wandel
4232 bei Fraport sozialverträglich gestaltet wird, indem z.B. Mittel für Fort- und
4233 Weiterbildung oder Umschulungen zur Verfügung stehen.
- 4234 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Fraport ihre Pläne realisiert, den
4235 Frankfurter Flughafen möglichst schnell klimaneutral zu machen. Für die
4236 Infrastruktur (Gebäude und Logistik) wollen wir die Klimaneutralität bis spätestens
4237 2035 erreichen.
- 4238 • Wir unterstützen gemeinsam mit der Wirtschaft, der Landesregierung und der
4239 Wissenschaft die Forschung rund um den nachhaltigen Luftverkehr mit
4240 erneuerbaren Treibstoffen sowie klimaschonenden und lärmärmeren Flugzeugen
4241 und Verfahren. Wir streben an, uns bis spätestens 2040 vom fossilen Flugverkehr
4242 in Frankfurt verabschiedet zu haben. Dafür wollen wir eine klare und koordinierte
4243 Strategie in Zusammenarbeit mit Forschungsinstitutionen entwickeln. Wir
4244 möchten den Frankfurter Flughafen als internationalen Think Tank für nachhaltige
4245 Mobilität und Logistik etablieren. Den bereits bestehenden HOLM (House of
4246 Logistics and Mobility) mit Co-Working Innovation Spaces und ÖPNV Labs
4247 möchten wir ausbauen und als wichtigen Bestandteil des Flughafens integrieren.
4248 Weiterhin möchten wir den Frankfurter Flughafen auch der gesamten
4249 Bevölkerung durch die nächtliche Infrastruktur bereitstellen. Nicht nur tagsüber
4250 soll der Flughafen von international Reisenden und Innovatoren genutzt werden
4251 können. Auch Zweitnutzungskonzepte im Rahmen der Nachtwirtschaft sollen
4252 etabliert und eine ganzheitliche Nutzung des Flughafens sichergestellt werden.
4253 Neue Geschäftsmodelle, die den Flughafen als zentrale Arbeitsstätte
4254 zukunftssicher aufstellen, werden wir unterstützen. Wir fördern die
4255 Diversifizierung der Geschäftsfelder.
- 4256 • Wir streben an, dass sich Frankfurt gemeinsam mit anderen internationalen
4257 Flughafenstandorten für Änderungen der rechtlichen Grundlagen und für
4258 Kooperationen hin zu einer nachhaltigeren Luftverkehrswirtschaft einsetzt, damit

4259 Wettbewerb im Luftverkehr nicht zu Lasten von Umweltstandards geführt werden
4260 kann.

4261 • Wir werden von den von der Stadt Frankfurt am Main benannten Mitglieder des
4262 Aufsichtsrates einfordern, dass diese auf eine wirksame Strategie zum Klimaschutz
4263 der FRAPORT AG hinwirken, auch wenn vor allem der Bund für wirksamen Lärm-
4264 und Emissionsschutz gefragt ist. Wir werden darüber hinaus über die
4265 entsprechenden Mitglieder des Aufsichtsrates darauf hinwirken, dass über
4266 entsprechende Flughafenentgelte der Einsatz lärmarmen Fluggeräte noch stärker
4267 begünstigt wird.

4268 • Die interkommunale Zusammenarbeit mit den Flughafenanrainerkommunen
4269 werden wir verstärken und in den Gremien zur Weiterentwicklung gemeinsamer
4270 Positionen beitragen. Insbesondere gemeinsame Forschungsaktivitäten zu den
4271 gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverkehrsemissionen auf die Bevölkerung
4272 der Region werden konsequent fortgesetzt.

162

4273 • Wir streben eine Entlastung der Frankfurter Bevölkerung von Lärm und
4274 schädlichen Emissionen an. Wir arbeiten daher weiter darauf hin, dass alle aktiven
4275 Schallschutzmaßnahmen und klimaschonende Flugverfahren konsequent
4276 angewendet werden.

4277 • Wir fordern, das bestehende Nachtflugverbot konsequenter durchzusetzen.
4278 Sukzessive wollen wir eine Nachtruhe von 22.00 bis 6.00 Uhr erreichen. Deshalb
4279 setzen wir uns dafür ein, (1) Flugbewegungen in den Nachtrandstunden auf
4280 notwendigen Fracht- und Drehkreuzverkehr zu reduzieren und dadurch die
4281 Tagesrandzeiten zu entlasten, (2) dass Kurzstreckenflüge bis zu 600km, bei denen
4282 Alternativen im Schienenverkehr bestehen, auf diesen verlagert werden und
4283 freiwerdende Slots vorrangig genutzt werden, um die Tagesrandzeiten zu
4284 entlasten. Auch sollen die aufgrund der Corona-Pandemie freigewordenen Slots in
4285 der Zeit von 5:00-06:00 Uhr und von 22:00-23:00 daraufhin geprüft werden, ob
4286 diese zukünftig entfallen können und dann nicht mehr belegt werden. Das

4287 Nachtflygverbot der sogenannten Mediationsnacht muss uneingeschränkt
4288 umgesetzt werden. Systematische Verspätungsflüge in der Mediationsnacht sollen
4289 empfindliche Strafen nach sich ziehen bis hin zum Entzug der Start und
4290 Landeerlaubnis. Hierzu streben wir eine entsprechende Änderung des
4291 Bundesrechts an.

4292

4293

4294 Kultur und Wissenschaft

4295 Die Frankfurter Kulturlandschaft macht unsere Stadt lebenswert in den Stadtteilen wie im
4296 Zentrum, sie ist Ort der vielfachen Auseinandersetzung und identitätsstiftend für die
4297 Frankfurter*innen. Die kulturellen Einrichtungen tragen außerdem erheblich zum
4298 weltweiten Ansehen Frankfurts bei, sind Hauptreisegrund für Tourist*innen und wichtiger
4299 ökonomischer Standortfaktor – auch wenn Kultureinrichtungen selbst gemein- und nicht
4300 gewinnorientiert arbeiten. Dafür stehen die Freie Kulturszene, die Theater und
4301 Konzerthäuser, das Frankfurter Museumsufer, die Forschungseinrichtungen und der Zoo.
4302 Bei der Stadtentwicklung ist die Kulturlandschaft mit zu planen, damit neue Kulturräume
4303 für alle Stadtteile erschlossen und bestehende erhalten bleiben. So können allgemein
4304 zugängliche Gebäude die Attraktivität der Innenstadt erhöhen, so dass die künftige
4305 Aufenthaltsqualität weniger vom Konsum und mehr von ihrem öffentlichen und freien
4306 Gebrauch bestimmt ist. Denn Kultur bedeutet Öffentlichkeit – diese zu stärken ist ein
4307 demokratisches Erfordernis. Dabei wollen wir auch dem digitalen Strukturwandel der
4308 Öffentlichkeit Rechnung tragen und dazu beitragen, dass der freie und faire Austausch
4309 von Erfahrungen und Meinungen durch Kultureinrichtungen befördert wird.
4310 Wir wollen die Digitalisierung in der Kultur noch stärker vorantreiben und für die
4311 Bürger*innen öffnen. Digitale, moderne Lösungen können Kulturangebote barrierefrei
4312 und von zu Hause aus erlebbar machen. Sie bieten neue künstlerische
4313 Experimentierräume und können auch zusätzliche Einnahmen generieren. All diese
4314 Konzepte unterstützen wir ausdrücklich und werden sie bei neuen Vorhaben (auch
4315 baulich) berücksichtigen. Gleichzeitig sollen digitale Strukturen die kulturpolitische Arbeit
4316 effizienter machen, insbesondere bei der Vernetzung der Ämter, die mit kultureller
4317 Förderung betraut sind und beim Finden und Buchen verfügbarer Räumlichkeiten für
4318 Künstler*innen und Kulturschaffende. Die in der „Smart City FFM“-Strategie der Stadt
4319 Frankfurt 2021 priorisierten Kulturprojekte werden zügig umgesetzt.

4320 Insgesamt begreifen wir die Kulturförderung als Pflichtaufgabe der Kommune und setzen
4321 uns dafür ein, dass sie auch so behandelt wird. Die Freiheit von Kunst und Kultur steht
4322 nicht nur in unserer Verfassung, sondern sie muss auch praktisch gelebt und unterstützt
4323 werden. Das gilt auch für die Sicherstellung der ökonomischen Möglichkeiten der Kunst
4324 und Kulturschaffenden.

4325 Außerdem bekennen wir uns zum Hochschul- und Forschungsstandort Frankfurt
4326 einschließlich seiner kritischen Tradition. Wir verteidigen die Freiheit der Wissenschaft
4327 und der Aufklärung gegen eine neue Wissenschaftsfeindlichkeit („Querdenker“*innen;
4328 Klimawandelleugner*innen etc.) Den hier ansässigen Forschungseinrichtungen gilt
4329 weiterhin unsere Unterstützung. Wichtige Akteur*innen der Frankfurter Forschungs- und
4330 Wissenschaftslandschaft werden in ihrer notwendigen Weiterentwicklung unterstützt.
4331 Wir arbeiten weiter am Konzept der Campusmeile.

4332 Als Schwerpunkte für die kommenden Jahre betrachten wir neben Artenschutz und
4333 Biodiversitätsforschung die weitere Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen,
4334 die Provenienzforschung, die kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte
4335 sowie die Demokratiegeschichte und damit zusammenhängend Forschungen zu Fragen
4336 der sozialen Gerechtigkeit.

4337 • Wir werden in der aktuellen und auch in zukünftigen Krisen zumindest eine
4338 existenzsichernde Basisförderung für Institutionen und freie Kulturschaffende
4339 gewährleisten, um nach dem Ende von akuten Krisen nicht strukturell bei null
4340 beginnen zu müssen. Wir werden angesichts der ohnehin bestehenden
4341 Belastungen durch die Covid-19-Pandemie auch bei schwieriger Haushaltslage in
4342 den nächsten Jahren keine Kürzungen bei der freien Kulturszene durchführen.
4343 Vielmehr werden zusätzliche Fördermittel zur Verfügung gestellt. Zur Finanzierung
4344 werden wir unter anderem die Einführung eines Krisenfonds prüfen, der
4345 (zusätzlicher KulturEuro) aus Ticketverkäufen in öffentlich geförderten
4346 Institutionen gefüllt wird.

- 4347 • Wir setzen uns für zukünftige Krisen bei Bund und Land für Strukturen ein, die
4348 Kulturschaffenden, Veranstalter*innen und im Bereich Veranstaltungen
4349 Beschäftigten die Existenz sichern.
- 4350 • Wir setzen uns in den Bereichen, in denen die Stadt mittelbar oder unmittelbar
4351 aktiv ist, insgesamt für faire Bezahlung von Kunst und Kultur ein. Wenn
4352 Veranstaltungen aus nicht durch die beteiligten Künstler*innen und
4353 Kulturschaffenden zu vertretenden Gründen ausfallen, zahlen wir angemessene
4354 Ausfallhonorare. Steigende Personalkosten sollen in einer erhöhten Förderung
4355 Niederschlag finden. Unser langfristiges Ziel ist es, Zuschüsse so weit anzuheben,
4356 dass existenzsichernde Arbeitsverhältnisse auch in der Freien Kulturszene überall
4357 möglich sind.
- 4358 • Freiraum, Planungssicherheit und Zukunft/Weiterentwicklung der
4359 Kulturlandschaft: Die Frankfurter Kulturlandschaft macht unsere Stadt lebenswert
4360 in den Stadtteilen wie im Zentrum, sie ist Ort der vielfachen Auseinandersetzung
4361 und identitätsstiftend für die Frankfurter*innen. Die kulturellen Einrichtungen
4362 tragen außerdem erheblich zum weltweiten Ansehen Frankfurts bei, sind
4363 Hauptreisegrund für Tourist*innen und wichtiger ökonomischer Standortfaktor –
4364 auch wenn Kultureinrichtungen selbst gemein- und nicht gewinnorientiert
4365 arbeiten. Dafür stehen die Freie Kulturszene, die Theater und Konzerthäuser, das
4366 Frankfurter Museumsufer, die Forschungseinrichtungen und der Zoo. Bei der
4367 Stadtentwicklung ist die Kulturlandschaft mitzubedenken, damit neue
4368 Kulturräume für alle Stadtteile erschlossen und bestehende erhalten bleiben. So
4369 können allgemein zugängliche Gebäude die Attraktivität der Innenstadt erhöhen,
4370 so dass die künftige Aufenthaltsqualität weniger vom Konsum und mehr von
4371 ihrem öffentlichen und freien Gebrauch bestimmt ist. Denn Kultur bedeutet
4372 Öffentlichkeit – diese zu stärken ist ein demokratisches Erfordernis. Dabei wollen
4373 wir auch dem digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit Rechnung tragen und
4374 dazu beitragen, dass der freie und faire Austausch von Erfahrungen und

Meinungen durch Kultureinrichtungen befördert wird. Wir begreifen die Kulturförderung als Pflichtaufgabe der Kommune und setzen uns dafür ein, dass sie auch so behandelt wird. Die Freiheit von Kunst und Kultur steht nicht nur in unserer Verfassung, sondern sie muss auch praktisch gelebt und unterstützt werden. Das gilt auch für die Sicherstellung der ökonomischen Möglichkeiten der Kunst und Kulturschaffenden.

- Wir wollen die Digitalisierung in der Kultur noch stärker vorantreiben und für die Bürger erlebbar machen. Digitale, moderne Lösungen eröffnen die Möglichkeit, Kulturangebote barrierefrei und von zu Hause aus zu nutzen. Sie bieten neue künstlerische Experimentierräume und können auch zusätzliche Einnahmen generieren. All diese Konzepte unterstützen wir ausdrücklich und werden sie bei neuen Vorhaben (auch baulich) berücksichtigen. Gleichzeitig sollen digitale Strukturen die kulturpolitische Arbeit effizienter machen, insbesondere bei der Vernetzung der Ämter, die mit kultureller Förderung betraut sind und beim Finden und Buchen verfügbarer Räumlichkeiten für Künstler*innen und Kulturschaffende. Die in der „Smart City FFM“-Strategie der Stadt Frankfurt 2021 priorisierten Kulturprojekte werden zügig umgesetzt.
- Wir fördern weiterhin Kunst im öffentlichen Raum, auch als Bestandteil von Ausschreibungen, Wettbewerben und Stadtentwicklungsmaßnahmen.
- Wir erschließen weitere Orte in Frankfurt, an denen Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum möglich sind.
- Wir wollen die Rolle der Stadt als Veranstalterin reduzieren und die Rolle als Ermöglicherin stärken.
- Wir haben in Frankfurt einen Mangel an Räumlichkeiten für alle Arten von Nutzungen. Wir wollen aber gemeinsam mit politischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Frankfurter Künstler*innen Vorschläge und Konzepte dafür entwickeln, wie wir offenere Zwischennutzungen anbieten, existierende Angebote weiter öffnen und sonstige Potenziale für offene Raumkonzepte nutzen können.

- 4403 Wir prüfen dezernatsübergreifend alle Möglichkeiten, die bestehenden
4404 Vermittlungsmöglichkeiten für kostengünstige oder -freie Zwischennutzungen an
4405 Künstler*innen, wie etwa für Musik- und Proberäume oder für Off-Projekte,
4406 weiter auszubauen. Grundsätzlich wollen wir Interims-Leerstand vermeiden,
4407 PopUp-Nutzungen möglich machen. Wir setzen uns weiterhin für ein
4408 bedarfsdeckendes Angebot an Proberäumen für Nachwuchsmusiker:innen z.B. in
4409 den Musikbunkern ein.
- 4410 • Die Förderung für kleine Kultureinrichtungen und die freie Szene wird trotz
4411 Konsolidierungsdrucks mindestens auf dem Niveau von 2020 sichergestellt und
4412 wenn möglich erhöht. Wir stärken die Institutionen durch mehrjährige feste
4413 Förderung und ermöglichen künstlerische Weiterentwicklung, wenn möglich,
4414 durch Erhöhung der Projektmittel. Zentrale Fragen zur Verbesserung der Situation
4415 von Künstler*innen sind das Angebot von günstigen Arbeitsräumen sowie die
4416 Anerkennung von Personal- und Lohnkosten. Dazu wird eine sukzessive Erhöhung
4417 der Fördersumme der Freien Szene um jährlich 500.000 € in den Jahren 2022 bis
4418 2026, also insgesamt 2,5 Mio. € vorzusehen. Zusätzlich unterstützen wir die
4419 Entwicklung eines Produktionshauses für die Freie Szene unter Einbindung von
4420 studio naxos und Theater Willy Praml am Standort der historischen Naxoshalle
4421 unter energieeffizienten Gesichtspunkten.
 - 4422 • Wir unterstützen das Konzept des Offenen Hauses der Kulturen. Dazu prüfen wir,
4423 das Haus zu Konditionen zu übergeben, die dem späteren gemeinnützigen Zweck
4424 entsprechen. Das Grundstück wird gemäß Bodenrichtwert an die Initiative
4425 verkauft und übergeben. Benötigt wird nach der Planung des Hauses eine
4426 Anschubfinanzierung von 3 Mio. Euro, die von verschiedenen Geldgebern
4427 eingeworben werden soll. Wir unterstützen das Projekt mit einer
4428 Anschubfinanzierung, die mindestens ein Drittel der Kosten übernimmt.
 - 4429 • Wir werden gemeinsam mit den Akteur*innen ein Konzept für ein Haus für die
4430 freie Szene für Tanz, Performance und Theater erarbeiten und mögliche Standorte

- 4431 und Finanzierungspartner*innen identifizieren. Wir begrüßen den Gewinn der
4432 bundesweiten Theaterfestivals für Frankfurt „Politik im freien Theater“ und
4433 „Theater der Welt“ und fördern diese.
- 4434 • Wir werden die nicht kommerziellen Festivals und Filmveranstaltungen in der
4435 Stadt sowie das Filmhaus Frankfurt erhalten und unterstützen. Es fehlt ein
4436 Festival- und Premierenkino, ein Ort, an dem unter anderem die zahlreichen
4437 nichtkommerziellen Filmfestivals und Filmveranstaltungen, die es in der Stadt gibt,
4438 ihre Programme zeigen können. Für ein Film- und Festivalzentrum liegt bereits
4439 eine Machbarkeitsstudie vor. Wir wollen uns für die Realisierung eines Film- und
4440 Festivalzentrums einsetzen. Hierzu prüfen wir in einem ersten Schritt
4441 Möglichkeiten weiterer Arbeits-, Vorführ- und Veranstaltungsorte für die Festivals
4442 in Frankfurt auch vor dem Hintergrund der Folgen der Corona-Pandemie.
- 4443 • Wir werden die Musikstadt Frankfurt weiterentwickeln und ihre kreativen Kräfte
4444 sichtbarer und hörbarer machen. Wir werden wie in vielen Städten auch für
4445 Frankfurt eine*n Nachtbürgermeister*in etablieren, der/die als
4446 Ansprechpartner*in für die Gastronomie, Anwohner*innen und die Clubszene bei
4447 der Stadt fungiert und Konflikte moderiert und löst. Die Clubszene wird am
4448 Konzeptions-, und Findungsprozess beteiligt. Die notwendigen Mittel hierfür
4449 werden zur Verfügung gestellt.
- 4450 • Wir unterstützen in Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten nichtkommerzielle,
4451 jugendkulturelle Angebote, um Kreativität und Ausprobieren zu ermöglichen und
4452 um auch Menschen, die bei kommerziellen Clubs an der Tür oder an den Preisen
4453 scheitern, einen Zugang zur Clubkultur zu gewähren.
- 4454 • Wir bekennen uns zur internationalen Frankfurter Buchmesse und unterstützen
4455 sie bei ihren Kooperationen mit den Akteur*innen vor Ort und ihren Angeboten an
4456 das städtische Publikum. Wir werden Frankfurt als Literaturstadt und lebendigen
4457 Standort für Literatur und Buchkultur stärken. Wir wollen Frankfurts literarische
4458 Infrastruktur mit renommierten Häusern stärken und freie Veranstalter*innen,

4459 Lesebühnen und bestehende Initiativen weiterhin unterstützen. Wir wollen
4460 Frankfurt attraktiver machen für die Produzent*innen von Literatur und
4461 Buchkultur, für Autor*innen, Übersetzer*innen, Agenturen, Illustrator*innen und
4462 Buchgestalter*innen. Denn sie alle sind, wie die Frankfurter Leser*innen, wie die
4463 zahlreichen Buchhandlungen, das A und O einer geistesgegenwärtigen Buchkultur,
4464 wie sie Frankfurt braucht.

- 4465 • Äquivalent zu den Förderungen, die es für die Bildende Kunst gibt, wollen wir
4466 Förderungen auch für Autor*innen, in dem wir z.B. Schreibwerkstätten und
4467 Bürogemeinschaften.
- 4468 • Die in Frankfurt bestehenden autonomen Zentren bleiben erhalten. Wir
4469 betrachten die dort stattfindenden Diskurse, die Kultur und auch die
4470 Auseinandersetzung mit der Geschichte als Teil unserer diversen Stadtgesellschaft.
4471 Uns ist wichtig, dass die Diskurse bei aller inhaltlichen Unterschiedlichkeit offen
4472 für und mit allen interessierten Teilen der Stadtgesellschaft geführt werden. Wir
4473 möchten sie auch weiterhin ermöglichen, und dabei mit allen Seiten und für alle
4474 Beteiligten Planungssicherheit erreichen und streben dazu verlässliche und
4475 dauerhafte Vereinbarungen an.
- 4476 • Wir wollen den Bereich der Kulturellen Bildung durch das Erleben von Büchern
4477 und Literatur für alle Alters- und Interessengruppen fördern und Frankfurts
4478 Kindern, Schüler*innen, Schulen und Jugendlichen Literatur als
4479 selbstverständlichen Teil ihrer Bildungsbiografie ermöglichen.
- 4480 • Wir sichern und bauen die bestehenden Programme Atelierstipendium, Projekt-
4481 und Atelierförderung, Materialkostenzuschüsse und Nachwuchsstipendien sowie
4482 Künstlerinnenförderungen wenn möglich aus. Wir unterstützen weiterhin den
4483 guten Zugang zu Atelierräumen. Wir fördern außerdem weiterhin Kunst im
4484 öffentlichen Raum, auch als Bestandteil von Ausschreibungen, Wettbewerben und
4485 Stadtentwicklungsmaßnahmen.

4486 • Frankfurt hat eine sehr lebendige Museumslandschaft, die wir erhalten und
4487 ausbauen wollen. Als Orte der Auseinandersetzung mit unserer Stadtgesellschaft
4488 bieten Museen vielfältige Angebote, die wir ausdrücklich unterstützen. Das
4489 Institut für Stadtgeschichte (ISG), die städtischen ebenso wie die nichtstädtischen
4490 Museen sind einzigartige Bildungseinrichtungen für Erwachsene und Kinder.
4491 Nirgendwo sonst werden Wissen und Erfahrung so anschaulich wie hier. Teils in
4492 Zusammenarbeit mit der Buchmesse, den Städtischen Bühnen Frankfurt und der
4493 vielfältigen freien Kulturszene ist das Frankfurter Museumsufer (als der
4494 Dachmarke von Museen und ISG) das internationale kulturelle Aushängeschild
4495 unserer Stadt. Ein Gutteil der enormen inneren kulturellen Dynamik und des
4496 weltweiten Ansehens von Frankfurt ist ihm zu verdanken. Das Museumsufer ist
4497 zudem ein ökonomischer Standortfaktor und ist essentiell für die Wiederbelebung
4498 des Tourismus. Es gilt, das Frankfurter Museumsufer zeitgemäß
4499 weiterzuentwickeln.

171

4500 • Der in den vergangenen Jahren eingeschlagene Weg der Modernisierung soll
4501 daher entschieden fortgesetzt werden. Um den städtischen Museen die
4502 Möglichkeit zur gezielten eigenständigen Weiterentwicklung zu geben, werden wir
4503 den erst 2019/2020 wiedereingeführten Ankaufsetat erhalten.

4504 • Wir wollen die Provenienzforschung insbesondere zur Kolonial- und zu der Zeit der
4505 nationalsozialistischen Herrschaft als permanenten Arbeitsbereich in den Museen
4506 etablieren (statt einzelner Projekte). Die bisherigen Forschungen bilden einen
4507 Auftakt, dagegen ist jedoch ein Großteil der städtischen Sammlungen weder
4508 systematisch erfasst noch digitalisiert. Für diese aufwändige Arbeit ist zusätzliches
4509 Personal notwendig. Das Weltkulturenmuseum wird seine Beschäftigung mit der
4510 Geschichte des Kolonialismus intensiv und kritisch weiterführen und gezielt
4511 aktuelle Fragestellungen dabei einbeziehen. Wir tragen den gestiegenen
4512 Anforderungen der digitalen Transformation Rechnung und bauen die digitalen
4513 Strukturen des Instituts für Stadtgeschichte sowie der städtischen Museen weiter

aus. Ziel ist, die Sammlungen und Archivbestände besser erforsch- und erlebbar zu machen. Nicht zuletzt schaffen wir so die Voraussetzung für Kulturelle Teilhabe und Provenienzforschung. Die Häuser sollen sich als zentrale Debatten- und Lernorte in einer digitalen Öffentlichkeit behaupten und zugänglicher werden. Mit gezielten Digitalisierungsmaßnahmen lassen sich auch die Vermarktungsmöglichkeiten der Häuser steigern und ein Mehrwert der bestehenden Angebote erreichen. Außerdem intensivieren wir die Kooperation des Frankfurter Museumsufers und setzen erfolgreiche museumsübergreifende Projekte fort. Hierzu werden die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt.

- Kulturentwicklungsplan: Wir wollen im Rahmen einer breiten Beteiligung der Kunst- und Kulturschaffenden und ihrer Institutionen, aber auch der kulturinteressierten Öffentlichkeit zu einer Vereinbarung im Rahmen eines Kulturentwicklungsplans kommen. Dieser berücksichtigt vor allem eine breitere kulturelle Teilhabe, die die Vielfalt der Stadtgesellschaft abbildet und bisherige Nichtnutzer:innen in den Blick nimmt, sowie Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung für Frankfurts Kulturlandschaft und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Freien Kulturszene. Die Erstellung des Kulturentwicklungsplans wird durch qualitative und quantitative Erhebungen der Zielgruppen unterstützt. Die Beteiligung der Frankfurter Kulturschaffenden am bereits begonnenen Kulturentwicklungsplan wird in diesem Jahr beginnen. Wir streben an, Ergebnisse in der zweiten Hälfte der Wahlperiode vorzulegen.

•

- Wir machen uns für den Erhalt der Städtischen Bühnen möglichst unter Beibehaltung des Wolkenfoyers am Willy-Brandt-Platz oder in seinem Umfeld stark. Wir wollen eine Lösung unter Berücksichtigung von Umwelt-, Klima und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten und eine Beteiligung der interessierten Bürger*innenschaft an der Finanzierung. Eingriffe in die Wallanlagen müssen nach Möglichkeit vermieden werden. Sollte ein Eingriff in die Wallanlagen dennoch die

4542 sinnvollste Lösung sein, muss jede Lösung zu einer quantitativen und qualitativen
4543 Aufwertung der Wallanlagen führen und insgesamt auch ökologisch eine
4544 nachhaltige Lösung sein. Vor allem aber gilt: Die Häuser müssen in erster Linie von
4545 der Kultur her gedacht sein. Die Varianten

- 4546 ○ Kulturmeile
- 4547 ○ „Spiegelung“
- 4548 ○ Neubau Doppelanlage

4549 • werden unter den oben genannten Aspekten abschließend geprüft. Das
4550 bestehende Gebäude wurde, wie kein zweiter Theaterbau, seit 2011 bis ins Detail
4551 umfassend untersucht. Der bauliche Zustand der Doppelanlage und die
4552 schwierigen Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter*innen macht eine zeitnahe
4553 Entscheidung dringend erforderlich. Wir werden deshalb zügig eine Entscheidung
4554 über den am besten geeigneten Standort fällen und in dieser Wahlperiode einen
4555 Architekturwettbewerb durchführen.

173

4556 • Wir wünschen uns die Wiederbelebung der großen Tradition des modernen
4557 Tanztheaters unter dem Dach der Städtischen Bühnen in Frankfurt. Für dieses
4558 Projekt werden wir im Rahmen einer breiten Diskussion die Grundlagen legen.
4559 Dazu planen wir die neuen Bühnen flexibel und multifunktional, so dass z.B. auch
4560 Tanztheater aufzuführen wieder möglich ist.

4561 • Bei der Besetzung von Intendanzen von Ensemblehäusern wollen wir zukünftig
4562 eine geschlechtergerechte und divers besetzte Findungskommission einsetzen.

4563 • Wir sanieren das Zoogesellschaftshaus und richten dort zeitnah ein international
4564 und kooperativ denkendes und arbeitendes Kinder- und Jugendtheater ein. Wir
4565 suchen dabei die Kooperation auch mit dem Land Hessen und der Region und
4566 berücksichtigen bei der Konzeption die Zusammenarbeit mit bestehenden
4567 Häusern sowie Künstlerinnen und Künstlern.

4568 • Frankfurt Conservation Center: Wir unterstützen die Gründung eines
4569 wissenschaftlichen Zentrums für weltweiten Artenschutz durch die Zoologische

- 4570 Gesellschaft Frankfurt (ZGF). Gemeinsam mit der ZGF planen wir den neuen
4571 Eingang im Osten des Zoos und berücksichtigen diese angemessen bei der
4572 Bauplanung.
- 4573 • Wir halten am Kulturcampus fest- vor allem am Anteil für Kultur und Wohnen. Die
4574 Stadt und das Land arbeiten Hand in Hand mit den Beteiligten zusammen, um die
4575 komplizierte Neubebauung und Umnutzung der Gebäude und der Flächen des
4576 ehemaligen Unicampus Bockenheim zu organisieren. Wir bauen das Zentrum der
4577 Künste. In einem ersten Schritt wollen wir das FrankfurtLAB in Abstimmung mit
4578 der HfMdK errichten. Hierzu werden wir uns auch um Unterstützung beim Land
4579 bemühen.
 - 4580 • Wir verstärken die Förderung von nachhaltigen Entwicklungen und Strukturen
4581 (z.B. Fördermittel für energetische Optimierungen und Sanierungen, aber auch für
4582 nachhaltig gestaltete Arbeitsverhältnisse), erleichtern damit Kulturinstitutionen
4583 die Planung und ermöglichen es ihnen, akquirierte Projektmittel auch tatsächlich
4584 für Projekte auszugeben. Wir nutzen den Klimaschutzfonds auch gezielt für die
4585 Förderung der Anpassung von Kulturstätten an die Erfordernisse des
4586 Klimaschutzes und stellen entsprechende Mittel und Beratung durch das
4587 Energiereferat zur Verfügung. Der Strukturfonds Energieeffizienz zur techn.
4588 Aktualisierung von Infrastruktur bei Kultureinrichtungen wird weitergeführt und
4589 aufgestockt. Er bleibt an die Beratung durch das Energiereferat gekoppelt.
 - 4590 • Wir unterstützen die produktive Zusammenarbeit der Kultur- und
4591 Kreativwirtschaft mit der Frankfurter Kulturszene. U.a. wollen wir die Frankfurt
4592 Fashion Week etablieren und die Bewerbung Frankfurts im Rahmen der World
4593 Design Capital verwirklichen. In diesem Zusammenhang wollen wir die
4594 dazugehörigen Institutionen und ansässigen Künstler*innen und Kreative
4595 einbeziehen. Wir unterstützen im Rahmen der städtischen Möglichkeiten die
4596 Stärkung und Vernetzungsarbeit im Bereich Filmproduktion und den Filmstandort.

- 4597 Außerdem prüfen wir, eine Musikbotschaft als Anlaufstelle für professionelle
4598 Musiker*innen und Nachwuchskünstler*innen zu realisieren.
- 4599 • Wir werden erfolgreiche Konzepte der kulturellen Bildung auswerten und in
4600 Frankfurt fortführen oder etablieren. Durch den freien Eintritt im Rahmen des
4601 Kultur- und Freizeittickets für Kinder und Jugendliche sind Museen zwar
4602 zugänglich, benötigen aber weitere konzeptionelle Unterstützung. Wo sinnvoll
4603 und nötig wollen wir in den Kulturinstitutionen für diesen Bereich
4604 Ansprechpartner*innen etablieren, die Kooperationen insbesondere auch mit
4605 Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen verstärken und den regelmäßigen
4606 Austausch ermöglichen. Die Vermittlungsarbeit in den Museen wird gestärkt, um
4607 zu gewährleisten, dass alle Menschen gleichermaßen angesprochen werden.
- 4608 • Basierend auf den guten Erfahrungen mit laufenden Projekten wollen wir
4609 gemeinsam mit Kunst- und Kulturschaffenden/Künstler*innen offene Ateliers
4610 insbesondere für Jugendliche schaffen, in denen die Jugendlichen sich
4611 ausprobieren können und dabei von erfahrenen Kunst- und Kulturschaffenden
4612 unterstützt werden. Die Kinder- und Jugendkunstschule wird weiterhin
4613 unterstützt.
- 4614 • Die für Kultur und für Senior*innen zuständigen Dezernate werden gemeinsam
4615 Vorschläge für eine Ausweitung des Kulturangebots auch für ältere und
4616 eingeschränkt mobile Menschen entwickeln. Insgesamt werden wir die zusätzlich
4617 erforderlichen Projektmittel und Sachkostenansätze geschaffen.
- 4618 • Wir werden die Paulskirche sanieren und auch im Inneren behutsam, im Rahmen
4619 des Denkmalschutzes, modernisieren, sowie ein „Haus der Demokratie“ als
4620 lebendiges Zentrum für Vergangenheit und Zukunft entwickeln. Das
4621 begrüßenswerte Engagement der Bundesregierung mit einer neu zu gründenden
4622 Stiftung mit Sitz in Frankfurt am Main, die die deutschen Demokratieorte stärker
4623 erfahrbar und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen soll, werden wir
4624 fachlich begleiten und eine entsprechende Kooperation zwischen Stadt und Bund

- 4625 etablieren. Die Demokratiegeschichte Frankfurts werden wir sichtbarer machen
4626 und Angebote der politischen Bildung entwickeln. Dazu wollen wir die Arbeit der
4627 zuständigen Museen, des Instituts für Stadtgeschichte und auch der
4628 zivilgesellschaftlichen Akteure zusammenführen.
- 4629 • Präambel Erinnerungskultur: Von der Antike und davor bis hin zu Ereignissen der
4630 jüngeren Zeitgeschichte wollen wir die Geschichte Frankfurts erinnern - seine
4631 goldenen Zeiten wie seine Abgründe. In Zeiten von Hass und Hetze in den sozialen
4632 Medien, von Antisemitismus, Diskriminierung und Rassismus und von
4633 Menschenfeindlichkeit kommt der demokratischen Erinnerungskultur eine
4634 besondere Bedeutung zu.
 - 4635 • Nida: Vor Frankfurt war Nida. Wir werden an der römischen Ausgrabungsstätte
4636 am historischen Ort in Heddernheim die Möglichkeit schaffen, sich ein Bild von
4637 dieser Vergangenheit zu machen. Dabei wollen wir eine Form finden, die der
4638 Bedeutung angemessen ist und ein wirkliches Erleben möglich macht.
 - 4639 • NS-Vergangenheit: Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus gehört
4640 zum Fundament unserer Gesellschaft, und wir wollen sie gemeinsam mit dem
4641 Institut für Stadtgeschichte, den zuständigen Museen und Ämtern, mit den
4642 Initiativen sowie, weiteren Bildungs-, Kultur- und Forschungseinrichtungen stärken
4643 und Formate finden, die diese wichtige Erinnerung weiterträgt. Wir setzen uns
4644 beim Land Hessen für eine lebendige Erinnerungskultur an Schulen ein und
4645 fördern hier in Frankfurt innovative Projektideen und lokal bedeutsamen Orten.
4646 Das beinhaltet die wichtige Arbeit mit Zeitzeug*innen ebenso wie neuartige
4647 Ansätze, die darauf reagieren, dass es in Zukunft immer weniger Menschen geben
4648 wird, die aus eigener Erfahrung von den nationalsozialistischen Verbrechen
4649 berichten können.
 - 4650 • Wir werden öffentliche Auszeichnungen von NS-Täter*innen und NSDAP-
4651 Mitgliedern, mit Ehrungen und Orden aufarbeiten und sind bestrebt, bestehende
4652 Ehrungen zu revidieren. Auszeichnungen durch die Stadt Frankfurt wie

- 4653 Ehrenplaketten, Benennungen von Straßen und Schulen für diesen Personenkreis
4654 wollen wir thematisieren und in Abstimmung mit den Ortsbeiräten widerrufen.
4655 Begleitet werden soll dies durch eine wissenschaftliche Studie.
- 4656 • Wir setzen uns beim Land Hessen ein, dies ebenso zu tun.
 - 4657 • Gemeinsam mit Stiftungen und Vereinen wollen wir Formate finden, um die
4658 Verbrechen der Nationalsozialisten im Bereich der Vereine und des Sports besser
4659 sichtbar zu machen.
 - 4660 • Bunker Friedberger Anlage: Seit mehr als drei Jahrzehnten setzt sich die „Initiative
4661 9. November“ dafür ein, dass sich die Fehlentscheidungen des Umgangs bei
4662 Grabungen geborgenen Zeugnissen jüdischen Lebens wie am Börneplatz nicht
4663 wiederholen. Die Fundamente der Synagoge der Israelitischen
4664 Religionsgesellschaft sollten sichtbar und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht
4665 werden. Die Bemühungen der Nationalsozialisten, das jüdische Leben aus dem
4666 Stadtbild zu drängen und mit Funktionsbauten ihres Vernichtungskrieges zu
4667 überbauen, darf keinen Erfolg haben. Gleichzeitig gilt es, den Hochbunker an
4668 diesem authentischen Ort der Nazi-Verbrechen zu erhalten, damit sichtbar bleibt
4669 und erinnert werden kann, welche Vernichtungskraft in unserer Stadt wirkte.
4670 Damit ist der Ort ein Zeichen des beständigen Erinnerns, aber auch ein
4671 Entgegenstellen gegen Intoleranz, Antisemitismus, Diskriminierung und
4672 Verfolgung. Alle Schritte erfolgen in Absprache mit der „Initiative 9. November“
4673 und der Jüdischen Gemeinde. Die vielfältigen Aktivitäten des Vereins, vor allem
4674 die in diesem Jahr zu realisierenden Synagogen-Ausstellung, wollen wir
4675 unterstützen.
 - 4676 • Die Umgestaltung des Ettinghausen-Platzes im Frankfurter Stadtteil Höchst als
4677 weiteren Ort des historischen jüdischen Lebens, aber auch der NS-Verbrechen,
4678 werden wir weiter im Rahmen einer Bürgerbeteiligung unterstützen.
 - 4679 • Wir prüfen die Schaffung eines Internetangebots zum Zwecke der Bündelung der
4680 erinnerungskulturellen Aktivitäten Frankfurter städtischer und

zivilgesellschaftlicher Akteur*innen wie es sie andernorts teils schon gibt. Dadurch könnten Angebote, neueste Entwicklungen und Forschungsergebnisse ausgetauscht und breiter präsentiert werden. So soll das Potenzial der ehrenamtlichen Initiativen besser hervorgehoben und mit Aktivitäten auf städtischer Seite vernetzt und abgestimmt werden. Wir werden unter Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung insbesondere Frankfurter Biographien aus der Zeit des Nationalsozialismus zugänglich und lebendig machen.

- Geschichtsort Adlerwerke: Nach der Anmietung von Räumlichkeiten gilt es nun, den Geschichtsort des ehemaligen KZ-Außenlagers „Katzbach“ in den Frankfurter Adlerwerken organisatorisch und finanziell auf sichere Beine zu stellen. Hierzu wollen wir die ehrenamtliche Arbeit mit Finanzmitteln für eine Stelle unterstützen. Die Entwicklung des Konzeptes und der Ausschreibung ist durch die laufende Förderung gegeben, hinzu kommen Drittmittel, die die beteiligten Vereine mit Unterstützung der Stadt einwerben werden. Die Trägerschaft soll nach aktueller Planung und Möglichkeit der Förderverein zum Geschichtsort Adlerwerke übernehmen.
- Die Stolpersteine sind das größte dezentrale Denkmal der Erinnerungskultur zur Erinnerung und Wiedersichtbarmachung der Namen und Biografien der Opfer der NS-Zeit. Die Stolperstein-Initiative Frankfurt werden wir weiterhin, u.a., bei ihren Aktivitäten, wie der Stolperstein-Verlegung, unterstützen. Ein digitaler Zugang zu den einzelnen Stolpersteinen und Biografien ist eine Unterstützung für die Sichtbarmachung der einzelnen Schicksale. Darüber hinaus könnten auch die Initiator*innen und Pat*innen der Stolpersteine ein Gesicht bekommen, wenn das gewünscht ist. Alle Aktivitäten in diesem Zusammenhang werden mit dem Künstler Gunter Demnig und der Stolperstein-Initiative abgestimmt.
- Gedenken an Verfolgung der Sinti und Roma: Das Schicksal von Sinti und Roma im Nationalsozialismus werden wir besser sichtbar machen, aber auch die Defizite von Seiten der Stadt Frankfurt im Umgang mit den Überlebenden der Verfolgung

- 4709 werden wir aufklären. Die Erinnerungs- und Gedenkarbeit werden wir mit den
4710 Verbänden weiterentwickeln. Die Gräber von Opfern des NS-Regimes auch aus
4711 dieser Bevölkerungsgruppe wollen wir erhalten und pflegen.
- 4712 • Gastarbeiter*innen"denkmal: Wir werden den Menschen, die als
4713 „Gastarbeiter*innen“ in unsere Stadt gekommen sind und ihren Familien ein
4714 Denkmal schaffen, das ihre Bedeutung für unsere Stadtgesellschaft und -
4715 entwicklung angemessen würdigt. Dies geschieht in Abstimmung mit
4716 Zeitzeug*innen. Dazu wird in einem ersten Schritt der U-Bahnhof „Hauptbahnhof“
4717 durch eine künstlerische Intervention umgestaltet und in diesem Zuge auch
4718 renoviert. Mit der späteren Gestaltung des Bahnhofvorplatzes wird dort
4719 außerdem ein Denkmal geschaffen.
 - 4720 • Die Weiterentwicklung des Mousonturms zu einem „Kompetenzzentrum für
4721 Barrierefreiheit in den darstellenden Künsten“ mit einem 4-Jahreskonzept wird
4722 von uns als Modellprojekt finanziell gefördert. Mit ihrem Projekt will der
4723 Mousonturm andere Einrichtungen der darstellenden Künste einen modellhaften
4724 Entwicklungshorizont bieten und Expertise vermitteln.
 - 4725 • Frankfurt hatte eine lebendige Musikszenen, die mit dem Museum of Modern
4726 Electronic Music gewürdigt wird. Die Pläne zur Eröffnung des MOMEM
4727 unterstützen wir.
 - 4728 • Mieten für kulturell genutzte, nichtkommerzielle Liegenschaften von der Stadt
4729 oder städtischen Gesellschaften werden nicht in marktüblicher, sondern in
4730 kulturverträglicher Höhe erhoben. Die Bauunterhaltung wird vom Eigentümer
4731 unabhängig davon geleistet.
 - 4732 • Wir wollen weiterhin Orte für den kritischen Diskurs in unserer Stadt. Deswegen
4733 führen wir unter anderem die Unterstützung des ‚Club Voltaire‘ fort.
 - 4734 • Wir begrüßen, wenn sich in Frankfurt ein privates Musical-Haus ansiedelt.

- 4735 • Frankfurter Theaterfestspiele: Wir prüfen die erweiterte Nutzung öffentlicher
4736 Plätze für einen temporären kulturellen (Bühnen-)Betrieb – auch auf dem
4737 Römerberg zur Bereicherung des Frankfurter Kultursommers.
- 4738 • Wir prüfen, wie die Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern sowie kulturellen
4739 Einrichtungen mit einer Komponente der anreizverstärkenden Drittmittel-
4740 Einwerbung verbessert werden kann und erarbeiten hierzu ein Konzept, welches
4741 die Größe der Projekte und den finanziellen Umfang berücksichtigt. Damit soll
4742 auch das Engagement von Fördervereinen gestärkt werden.
- 4743 • Zentraldepot: Neben der erforderlichen Bauunterhaltung und energetischen
4744 Renovierung werden neue Bauten errichtet: Das dringend benötigte Zentraldepot
4745 (Beschluss 2014) wird wie geplant errichtet.
- 4746 • Bolongaropalast: Das bereits im Bau befindliche Museum im Bolongaropalast
4747 (Porzellan- und Mitmachmuseum) wird als neuer kultureller Magnet im
4748 Frankfurter Westen mit Inbetriebnahme mit den für seine Eröffnung notwendigen
4749 Betriebsmitteln und Planstellen ausgestattet.
- 4750 • Liebieghaus: Die dringend benötigte Grunderneuerung und Erweiterung der
4751 Galerie des Liebieghauses wird in Angriff genommen.
- 4752 • Die Einrichtung einer Dependence für das Weltkulturenmuseum setzen wir als
4753 wichtigen Schritt zur Erweiterung und zukunftsfähigen Sicherung des Museums
4754 um. Für seine langfristige Perspektive werden wir Möglichkeiten für einen
4755 geeigneten Gesamtstandort prüfen.
- 4756 • Der Zoo soll auf wissenschaftlicher Basis fortentwickelt und umgestaltet werden.
4757 Bei der Weiterentwicklung des Zoos setzen wir auf Zuchtprogramme der
4758 Arterhaltung, auf die Vermittlung des Werts und der Voraussetzungen von
4759 Biodiversität und nutzen und verstärken dabei die wissenschaftliche Expertise und
4760 Kooperationen. Wir werden das Zoogelände mit einem Drei-Säulen-Konzept aus
4761 Bildung, Kultur und Artenschutz als einen Erlebnisort für die ganze Familie in die
4762 Zukunft führen.

- 4763 • Wir werden schrittweise die Modernisierung der Erlebniswelt Zoo (entsprechend
4764 dem in der letzten Wahlperiode entwickelten Programm ZOOKUNFT2030+) für
4765 alle Frankfurter*innen und als zukünftigen Tourismusschwerpunkt sowie im Sinne
4766 einer artgerechteren Haltung der Zootiere vorantreiben.
- 4767 • Zum Gedenken an die Opfer von Femiziden und zur Verankerung
4768 geschlechtsspezifischer Gewalt im gesellschaftlichen Bewusstsein wird ein
4769 Mahnmal an einem geeigneten zentralen Ort errichtet. Zur Ausgestaltung des
4770 Mahnmals wird ein Künstlerinnenwettbewerb ausgeschrieben.
- 4771 • Wir wollen die Nobelpreisträger*innen, die an der Goetheuniversität studiert,
4772 gelehrt und geforscht haben, besser sichtbar machen. Sie und ihre Forschungen
4773 möchten wir in Absprache mit der Goethe-Universität besser bekanntmachen,
4774 zum Beispiel auch in Kooperation mit Schulen. Ein erforderlicher Bestandteil ist
4775 dabei stets eine kritische Auseinandersetzung mit den Biographien. Jene mit NS-
4776 Vergangenheit müssen weiter aufgearbeitet und der Umgang damit thematisiert
4777 werden.
- 4778 • Die Moderne war ein zentrales Kapitel in der Frankfurter Stadtgeschichte. Das
4779 allumfassende Stadterneuerungsprogramm „Das Neue Frankfurt“ setzte in den
4780 1920er Jahren weltweit Maßstäbe auf den Gebieten Wohnungsbau, Stadtplanung,
4781 Typografie und Gestaltung. Wir werden die Bestrebungen, den UNESCO-
4782 Welterbestatus für die Siedlungen des Neuen Frankfurt zu erreichen, fortsetzen.
4783 Das 2019 durch die Stadt Frankfurt eingerichtete Forum Neues Frankfurt in der
4784 Römerstadt soll langfristig erhalten bleiben und die Stadt Frankfurt bei der
4785 konkreten Bewerbung unterstützen. Wir werden das 100. Jubiläum des Neuen
4786 Frankfurt im Jahr 2025 wie schon das Bauhausjahr 2019 durch eine städtische
4787 Kampagne begleiten. Künftige Sanierungen der Siedlungen sollen nicht im Sinne
4788 des Immobilienmarktes, sondern vielmehr ideell realisiert werden. Die Bauten
4789 sollen im Dialog mit den Bewohner*innen zu einem bewohnten Kulturerbe
4790 transformiert werden.

- 4791 • Frankfurt ist Europastadt. Städtepartnerschaften bieten die Chance dieses
4792 Selbstverständnis zu intensivieren und einen individuellen, kulturellen Austausch
4793 auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft zu ermöglichen. Daher werden wir
4794 Projekte zwischen bestehenden (europäischen) Partnerstädten intensivieren und
4795 die Begründung weiterer Städtepartnerschaften voranbringen. Außerdem werden
4796 wir den jährlichen Europa-Tag am 9. Mai mit Festen und symbolischen Zeichen im
4797 Sinne der europäischen Integration feiern und diesen Anlass nutzen, um so die
4798 multikulturelle Vielfalt der Stadt besonders hervorzuheben und erlebbar zu
4799 machen.

4800

4801 Digitalisierung

4802 In Zeiten einer globalen Klimakrise, sich verschärfender sozialer Disparitäten und einer
4803 fortlaufenden Zunahme systemischer Komplexität gilt es, die Potenziale der
4804 Digitalisierung voll auszuschöpfen. Kommunen sind als kleinste Einheit unseres föderalen
4805 Systems besonders gefragt, innovative Wege in der Realisierung zeitgemäßer
4806 Anwendungsmodelle der verfügbaren digitalen Möglichkeiten zu finden.
4807 Die kommenden Jahre müssen grundlegende Weichen für die Zukunft legen. Hierzu
4808 müssen wir die großen, vielfältigen Herausforderungen der digitalen Transformation als
4809 Querschnittsthema betrachten. Es benötigt daher gemeinsame, ganzheitliche Ansätze zur
4810 Digitalisierung in allen Bereichen der Frankfurter Stadtgesellschaft: Von der
4811 Modernisierung der Verwaltung, über die Schaffung des digitalen Zugangs zu
4812 Bürger*innenservices, bis hin zur Umsetzung smarter, integrierter Lösungen. Als Koalition
4813 wollen wir diese Herausforderungen gemeinsam mit Überzeugung bewältigen.

183

- 4814 • Wir fordern für Frankfurt eine kommunale Informationsfreiheits- und
4815 Transparenzsatzung im Sinne der Datensouveränität als rechtssichere Grundlage
4816 der Herausgabe von nicht personenbezogenen öffentlichen Daten. Wir lassen uns
4817 dabei von dem Gedanken leiten, möglichst viele Daten öffentlich verfügbar zu
4818 haben. Es wird eine Städtische Ombudsstelle als Clearingstelle für Fragen der
4819 Datenerhebung und -verarbeitung geschaffen an die sich Bürger*innen im
4820 Rahmen der Transparenzsatzung auf einfache Weise kostenfrei wenden können.
- 4821 • Um das Vertrauen der Frankfurter Bevölkerung in diese digitalen Veränderungen
4822 zu stärken, müssen Datenschutz und Datensicherheit bestmöglich sichergestellt
4823 sein. Sofern für Behördenaufgaben nicht notwendig und zwingend erforderlich,
4824 sollten Daten der Bürger*innen nur anonymisiert oder pseudonymisiert und nicht
4825 rückverfolgbar erfasst und erhoben werden.
- 4826 • Digitalisierung und Datenschutz sind zwei Kerngebiete einer zukunftsfähigen
4827 Infrastruktur. Wir werden bei allen Vorhaben die Ausfalls- und Datensicherheit

- 4828 intensiv im Blick behalten und die Vernetzung der städtischen Expert*innen mit
4829 anderen Verwaltungen, aber auch in Communities aus der IT-Szene fördern.
- 4830 • Die Bürger*innen und die Bediensteten im öffentlichen Dienst sollen durch
4831 bediener*innenfreundliches und zukunftssicheres E-Government entlastet
4832 werden, wobei möglichst alle Bürger*Innenservices online zugänglich sind. Die
4833 Stadt Frankfurt wird das OZG zügig umsetzen.
- 4834 • Eine digitale Transformation Frankfurts braucht klare Ziele und muss die
4835 Erwartungen an die Verwaltung definieren. Hierzu wird die bestehende
4836 Digitalstrategie überarbeitet und erweitert.
- 4837 • Wir setzen uns dafür ein, dass allgemeine, nicht-personenbezogene Daten, die von
4838 der Stadt erfasst werden (wie zum Beispiel Luftqualität), einfach und digital
4839 öffentlich zugänglich gemacht werden. Frei zugängliche Open-Data-Schnittstellen
4840 der Stadt Frankfurt wie offenedaten.frankfurt.de möchten wir aktualisieren,
4841 ausbauen und dauerhaft pflegen. Sämtliche Statistikdaten der Stadt Frankfurt
4842 sollen unter Open Source Creative Commons Lizenz freigegeben werden. Daran
4843 sollen sich alle Frankfurter kommunalen Tochterunternehmen und möglichst alle
4844 in Frankfurt tätigen Mobilitätsunternehmen für Verkehrsdaten beteiligen. Alle
4845 Daten sollen dabei unter CC Lizenz verbleiben. Wir möchten jedem Interessierten
4846 ermöglichen, diese Daten für Projekte in den Bereichen Forschung, Lehre und
4847 Stadtentwicklung zu nutzen, die dann wiederum der Stadt zugute kommen
4848 können. Es sollen auch mehr dynamische Schnittstellen zu Open Data mit
4849 Software Development Kits geschaffen werden.
- 4850 • Wir möchten die Nutzung ganzer BIM-Modelle (Building Information Modeling –
4851 elektronisches Kataster des Baubestands) bei Planungsprozessen und in der
4852 Baugenehmigungsphase sowie allen weiteren Verfahren zwischen Bürger*innen
4853 und Verwaltung (z. B. digitale Bauakte im Baugenehmigungsverfahren und
4854 frühzeitige digitale Bürgerbeteiligungsverfahren mit Bürger*innenbefragung in der
4855 Bauleitung) ermöglichen. Durch diese partizipative Stadtplanung werden wir

4856 Bürger*innenbeteiligung an städtebaulichen Prozessen erhöhen. Zum Einsehen
4857 einer ständig aktualisierten, umfassenden Infrastruktur soll der „Digital Twin“ der
4858 Stadt Frankfurt am Main entstehen.

4859 • Wir wollen einen Auf- und Ausbau des öffentlichen W-LAN Netzes zur Förderung
4860 des Einzelhandels und der Tourismusdestination Frankfurt.

4861 • Wir streben den Ausbau von öffentlich zugänglichem mobilem Internet in allen
4862 Fahrzeugen des RMV an. Dies ist notwendig, um die Attraktivität des öffentlichen
4863 Verkehrs zu erhöhen. Die Veränderung des Mobilitätsverhaltens stellt auch
4864 höhere Anforderungen an den Komfort.

4865 • Wir wollen einen flächendeckenden Ausbau von Glasfaseranschlussnetzen und
4866 einen flächendeckenden Ausbau des 5G-Netzes. Dabei könnten öffentliche
4867 Einrichtungen als Standorte in Betracht gezogen werden.

4868 • Wir wollen einen fortlaufenden Prozess zwischen der Stadt und allen
4869 Internetanbietern einrichten, um allen Haushalten schnelle Breitbandanschlüsse
4870 zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck steht die Verwaltung mit allen
4871 Anbietern in Kontakt. Das Stadtgebiet muss mit leistungsstarkem mobilem
4872 Internet zuverlässig versorgt sein.

4873 • Zudem soll eine Glasfaser-Offensive mit allen Internetanbietern starten, um die
4874 Glasfaser-Infrastruktur bis spätestens 2026 in jedem Frankfurter Haus bis in die
4875 Keller hinein auszubauen. Dies kann parallel zur Erneuerung des Strom- und
4876 Fernwärmenetzes mittels Leerrohren erfolgen.

4877 • Wir wollen den Zugang zu schnellem und kostenfreiem Internet in allen
4878 staatlichen Einrichtungen, um lebenslanges Lernen und Teilhabe am
4879 gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dies gilt nicht nur für Schulen, sondern
4880 insbesondere auch für Alten- und Pflegeheime.

4881 • Digitale Kompetenzen sind in Zukunft nicht mehr verzichtbar. Vielen Menschen
4882 fehlt aber die Gelegenheit, in einer sicheren Umgebung entsprechende
4883 Erfahrungen zu machen. Wir wollen einen „digitalen Abenteuerspielplatz“

4884 etablieren, in dem digitale Bildungsangebote bereitgestellt werden und angstfrei
4885 Tools ausprobiert werden können.

4886 • Wir wollen ein städtisches Digital Lab (Innovationslabor) errichten, das ein
4887 öffentlich zugänglicher Begegnungs- und Entwicklungsraum für Innovationen und
4888 interdisziplinären Austausch ist mit dem Ziel, digitale Dienstleistungen für eine
4889 lebenswertere Stadt zu schaffen. Grundlage hierfür sind Schnittstellen zu
4890 anonymisierten Daten, die die Stadt Frankfurt erhebt.

4891 • Das Kulturportal wird ausgebaut, um nicht nur den großen Einrichtungen, sondern
4892 allen lokalen Kulturschaffenden ein Streaming-Angebot zur Verfügung zu stellen.
4893 Dieses Angebot soll von Künstler*innen verschiedener Richtungen genutzt werden
4894 können und für diese eine alternative Einnahmequelle bzw. Präsentationsfläche
4895 darstellen. Um diesem Ziel gerecht zu werden ist eine einheitliche Plattform
4896 notwendig, welche aktiv durch die Stadt koordiniert und beworben wird.

186

4897 • Wir werden digitales Lernen an Schulen erleichtern und die Umsetzung des
4898 Digitalpakts dafür mit Medienassistent*innen unterstützen. Dafür werden Tablets
4899 und E-Mail-Adressen für alle Schüler*innen zur Verfügung gestellt, die keinen
4900 eigenen Zugriff auf ein digitales Endgerät haben, weil Bildung nicht vom
4901 Einkommen abhängen darf.

4902 • Wir wollen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche ein Modellprojekt
4903 initiieren, bei dem die EDV-Kenntnisse (beispielsweise durch
4904 Programmierworkshops) gefördert werden. Außerdem müssen alle öffentlich
4905 finanzierten Bildungsinhalte allgemein zugänglich sein.

4906 • Große Teile der IT-Infrastruktur der Frankfurter Stadtverwaltung sind dezentral
4907 auf die Ämter verteilt. Zur effizienten Gestaltung und dynamischen
4908 Fortentwicklung müssen diese zentralisierter gestaltet und, zumindest auf
4909 technischer Ebene, vom Amt für Informations- und Kommunikationstechnik
4910 verwaltet werden.

- 4911 • Bei von der Stadt selbst oder in ihrem Auftrag entwickelter Software werden wir in
4912 Zukunft möglichst komplett nach dem Open-Source-Modell verfahren, die Quellen
4913 frei zur Verfügung stellen und auf entsprechend lizenzierter Software aufbauen.
4914 Wir werden bei jeder Beschaffung untersuchen, ob es gleichwertige Open-Source-
4915 Alternativen gibt und diese grundsätzlich bevorzugen. Dies werden wir gemeinsam
4916 mit dem Deutschen Städtetag Optionen prüfen. Open-Source-Software kann
4917 sowohl kommerzielle wie technische Vorteile haben. Wir werden darüber hinaus
4918 prüfen, wie wir den Open-Source-Gedanken in der Stadtverwaltung fördern und
4919 unterstützen können – zum Beispiel durch die Bereitstellung von Dienstleistungen,
4920 Arbeitskraft für Open-Source-Projekte sowie Vernetzung mit anderen Kommunen
4921 zum Austausch und gemeinsamer Verbesserung der entwickelten Software-
4922 Lösungen untereinander.

4923 **Smart City**

187

- 4924 • Wir wollen neben der baulichen und verkehrlichen Umgestaltung auch die
4925 Chancen der Digitalisierung nutzen und so Frankfurt zu einer echten Smart City
4926 entwickeln.
- 4927 • Voraussetzungen für eine erfolgreiche Smart City ist auch die Erhebung und die
4928 gleichzeitig intelligente Nutzung von Informationen. Das kann über den Verkehr
4929 und das Müllaufkommen sein, aber auch Umweltdaten in der ganzen Stadt
4930 umfassen.
- 4931 • Seien es Parksensoren, die Pkws helfen, freie Parkplätze zu erkennen, um so Staus
4932 oder unnötige Fahrten zu vermeiden und damit den Kohlendioxidausstoß
4933 verringern, oder „grünes Licht“ bei Ampeln für Rettungswagen und Einsatzkräfte,
4934 um die Effizienz einer Rettungsfahrt zu erhöhen und potenziell lebensrettende
4935 Sekunden zu gewinnen: Digitalisierung bedeutet Chancen für intelligente
4936 Stadtlösungen.

- 4937 • Wir fordern eine Modernisierung der Parkautomaten und die Umsetzung digitaler
4938 Parktickets am Beispiel von Maastricht. Hier können Parktickets per Webapp und
4939 Parkautomat erworben werden, wobei das Kennzeichen des Autos registriert wird.
4940 Ordnungsbeamtete können via Smartphone die Nummernschilder scannen und
4941 erhalten direkt die Information, ob ein gültiges Parkticket vorliegt. Hierdurch
4942 erwarten wir signifikante Effizienzgewinne und Vorteile in der Nachhaltigkeit, da
4943 die Nutzung von Papier vermieden wird.
- 4944 • Wir werden einen effizienteren und nachhaltigeren Verkehr durch Digitalisierung
4945 mit einer Förderung des E-Carsharing schaffen, deutlich mehr Busse und Taxen mit
4946 alternativen Antrieben wie Wasserstoff und Elektrizität anschaffen und eine
4947 digitale Parkraumbewirtschaftung fördern.
- 4948 • Gebühren und Leistungsentgelte, die aus der Verwaltungstätigkeit der Stadt
4949 Frankfurt am Main resultieren, sollen mittels Barcode an den Kassen von
4950 Supermärkten, Tankstellen oder sonstigen geeigneten Händlern begleichbar sein.
- 4951 • Der Lieferverkehr in der Stadt soll im Rahmen einer Digitalisierungsstrategie mit
4952 Hilfe von Mobilitätshubs organisiert werden. Logistik und Anlieferdienste in der
4953 Stadt werden digital organisiert und somit kurze Strecken klimaschonend und
4954 verkehrseffizient von Hubs ausgehend bedienen.
- 4955

4956 Bürger*innenbeteiligung und Verwaltung

4957 Wir möchten erreichen, dass sich möglichst viele Menschen aus allen Teilen der
4958 Bevölkerung auch zwischen den Wahlen am politischen Prozess beteiligen. Die
4959 kommunale Ebene ist dafür besonders geeignet: In der Stadt leben wir dicht beieinander
4960 und können uns persönlich begegnen. Wir werden daher die Kompetenzen der
4961 Frankfurter*innen nutzen, um möglichst gute Lösungen für unsere Stadt zu finden.
4962 Hierfür möchten lebendige, pluralistische und zugängliche öffentliche Diskussionsräume
4963 schaffen und fördern.
4964 Durch die Digitalisierung und die Optimierung der städtischen Prozesse soll außerdem
4965 eine möglichst effiziente Verwaltung geschaffen werden, die transparent, sicher,
4966 vertrauensvoll, ressourcenschonend und für alle Menschen leicht zugänglich ist.

4967 Strukturelle Beteiligung

189

- 4968 • Angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung der Frankfurter Kommunalwahlen
4969 begreifen wir es als Leitbild des Handelns der Koalition, Bürger*Innen wieder
4970 Vertrauen in politische Prozesse zu schenken und das öffentliche Interesse an
4971 kommunaler Politik zu steigern. Es ist unser Ziel, die politische Beteiligung der
4972 Frankfurter Stadtgesellschaft durch unser Handeln zu stärken.
- 4973 • Wir wollen die politische Beteiligung strukturell in die Entscheidungs- und
4974 Meinungsbildungsprozesse der Stadtpolitik integrieren. Hierzu wollen wir
4975 Kompetenzen für Beteiligungsmaßnahmen bündeln und strukturell verankern.
4976 Langfristig zielen wir darauf ab, dass die Bürger*Innenbeteiligung als fester
4977 Bestandteil der Stadtpolitik etabliert ist.
- 4978 • Wir unterstützen die laufenden Bemühungen in der Umsetzung des Frankfurter
4979 Demokratiekonvents aktiv, unterstützen die Umsetzung des Leitlinienprozesses
4980 und streben die feste Etablierung des Beteiligungsmechanismus in die Frankfurter
4981 Stadtpolitik an.

- 4982 • Neben der entschlossenen Ausarbeitung von Leitlinien zur
4983 Bürger*innenbeteiligung beschreiten wir einen Weg der systematischen
4984 Beteiligung und etablieren dafür eine Stelle, die diesen Prozess Ämter- und
4985 Dezernatsübergreifend aufbaut, vorantreibt und koordiniert.
- 4986 • Wir unterstützen die laufenden Bemühungen in der Umsetzung eines
4987 Jugendparlaments, über welches gewählte Vertreter*Innen die Möglichkeit haben
4988 ihre Interessen in bedeutsamer, geeigneter Form an die StVV heranzutragen.
- 4989 • Wir werden jenseits der bereits etablierten Formate der Bürger*innenbeteiligung
4990 neue Formate entwickeln, die insbesondere Menschen erreichen, die bisher
4991 unterrepräsentiert sind. Wir werden dazu verschiedene Ansätze pilothaft
4992 umsetzen und die Erfahrungen auswerten. Wir werden auch die Kommunikation
4993 über existierende Beteiligungsmöglichkeiten verstärken und so anpassen, dass sie
4994 die Frankfurter*innen wirklich erreicht.
- 4995 • Wir möchten neben Raum für Innovation auch temporäre Experimentierräume
4996 bereitstellen und uns als Stadt an Forschungsprojekten hierzu beteiligen. In
4997 Reallaboren können urbane Innovationen getestet und in partizipativen Prozessen
4998 mit BürgerInnen in die Breite getragen werden.

190

4999 Digitale Beteiligung & Transparenz

- 5000 • Die Digitalisierung ermöglicht neue, direktere Wege der Kommunikation, die
5001 unsere demokratischen Prozesse der politischen Willensbildung maßgeblich
5002 optimieren können. Durch die Bereitstellung von Informationen aus
5003 Stadtverordnetenversammlung, Kommunalen Ausländervertretung und den
5004 Ortsbeiräten, kann zur Transparenz kommunaler Politik beigetragen werden.
5005 Parlis und FFM.de sollen zu diesem Zweck überarbeitet und integriert werden. Wir
5006 wollen, dass diese Möglichkeiten im Sinne der barrierefreien politischen
5007 Partizipation genutzt werden.

- 5008 • Inzwischen ist es für die Menschen aufgrund der zunehmenden Komplexität der
5009 Politik – im Besonderen der Kommunalpolitik – sehr schwierig geworden,
5010 politische Entscheidungen und Prozesse nachzuvollziehen und zu kontrollieren.
5011 Dies kann zu einem Misstrauensverhältnis gegenüber den staatlichen Institutionen
5012 und zu Politikverdrossenheit führen. Da die staatlichen Institutionen ihren
5013 Bürger*innen dienen müssen, müssen sie auch stets in allen ihrer Handlungen
5014 transparent sein. Für viele ist die Kommunalpolitik in Frankfurt nicht transparent
5015 und kommunikativ genug, gerade für jüngere Menschen. Die Suchmaschine Parlis
5016 der Stadt bietet die Möglichkeit, offizielle Dokumente, Mitteilungen und
5017 Protokolle der Stadt einsehen zu können, aber sie funktioniert jedoch schlechter
5018 als herkömmliche Suchmaschinen. Wir betrachten sie als technisch
5019 verbesserungswürdig. Diese Möglichkeiten zu werden wir in der
5020 Stadtverordnetenversammlung überprüfen. Außerdem wollen wir, dass der
5021 Livestream der Stadtverordnetenversammlung selbstverständlich auch
5022 aufgezeichnet wird. Damit käme die Stadt Frankfurt im heutigen technischen
5023 Zeitalter an und könnte so den Bürger*innen und Journalist*innen Frankfurts
5024 unabhängig von Ort und Zeit einen Einblick in die Debatten der
5025 Stadtverordnetenversammlung ermöglichen.
- 5026 • In der 'Frankfurt Fragt Mich'-App sollten alle relevanten und aktuellen
5027 Informationen zur Kommunalpolitik, zu Umfragen, zu Demokratiekonferenzen, zu
5028 Podien und zu öffentlichen Einrichtungen und Ämtern kompakt, zentral und
5029 transparent abrufbar sein und einen 'Demokratie-Guide' darstellen.
5030 Kommunalpolitik muss insgesamt greifbarer gemacht werden. Bürger*innen
5031 müssen dazu motiviert werden und die niedrigschwellige Möglichkeit bekommen,
5032 auch neben der Ausübung des eigenen Berufes mitwirken zu können.
- 5033 • Die Übertragungen von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung wollen wir
5034 um eine Übertragung von Sitzungen von Ortsbeiräten, Ausschüssen und anderen
5035 öffentlichen Gremien erweitern und in Zukunft auch in einem Archiv anbieten, um

- 5036 eine möglichst hohe Transparenz der kommunalen Entscheidungen sicher zu
5037 stellen.
- 5038 • Wir werden Informationen für Bürger*innen zu Stadtpolitik, Maßnahmen und
5039 Vorhaben und zu Beteiligungsmöglichkeiten auch in leichter Sprache bereitstellen.
5040 Ebenso stellen wir Informationen bedarfsorientiert auch in weiteren Sprachen
5041 bereit.
- 5042 • Wir werden verstärkt Bürger*innenbeteiligungen digital durchführen. Ablauf und
5043 Ergebnis von Beteiligungsprozessen sollen in jedem Fall transparent auf
5044 städtischen Webseiten dokumentiert werden.
- 5045 • Wir wollen die Bürger*innen besser über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt
5046 informieren und Mitwirkungsmöglichkeiten ausbauen. Wir wollen Best Practices
5047 anderer Kommunen auswerten und das Ziel erreichen, dass sich interessierte
5048 Bürger*innen sowohl über Ausgabenvorschläge wie auch über
5049 Finanzierungsvorschläge an der Politik in Frankfurt beteiligen können. Dabei soll
5050 sichergestellt werden, dass die Beteiligungsmöglichkeiten für die gesamte
5051 Stadtgesellschaft zugänglich sind. Außerdem wollen wir eine zentrale
5052 Vorhabenliste online bereitstellen, auf der sich die Bürger*innen über geplante
5053 und laufende Maßnahmen informieren können.
- 5054 • Verwaltung muss digitaler werden und öffentliche Dienstleistungen für die
5055 Bürger*innen zugänglicher. Wir möchten zu diesem Zweck die 'Frankfurt-App'
5056 etablieren, die als Schnittstelle zwischen der Stadt Frankfurt und den
5057 Bürger*innen fungiert. In der App sollen alle zentralen Bürgerservices gebündelt
5058 und nutzerfreundlich bzw. barrierefrei zugänglich sein.
- 5059 • Frankfurt profitiert immens von bürgerschaftlichem Engagement. Viele Initiativen
5060 scheitern aber an mangelnden Netzwerken oder fehlenden
5061 Ansprechpartner*innen. Wir werden eine „Lotsenstelle“ für das bürgerschaftliche
5062 Engagement schaffen, die die bereits existierenden Unterstützungsangebote für
5063 ehrenamtliches Engagement unterstützt und Hürden beseitigt, indem sie Ideen

5064 zusammenführt, Ansprechpartner*innen vermittelt und die vielfältigen Angebote
5065 und Kompetenzen der Bürger*innen, Stiftungen und anderer Akteure vernetzt.

5066 Diverse & faire Verwaltung

- 5067 • Unser Leitbild für die Stadtverwaltung ist ein Abbild der multikulturellen und
5068 diversen Stadtgesellschaft, in dem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen
5069 hohen Stellenwert genießt und die sich aktiv und präventiv gegen alle
5070 rassistischen und diskriminierenden Tendenzen stellt.
- 5071 • Es muss selbstverständlich sein, dass die Verwaltung nicht nur digital, sondern
5072 auch in mehreren Sprachen mit den Bürgern in den Dialog tritt. Die Homepage
5073 und das Antragswesen der Stadt muss im 21. Jahrhundert ankommen und auch
5074 mehrsprachig verfügbar sein. Nur so können wir der nationalen Vielfalt der
5075 Frankfurter gerecht werden und die Stadtverwaltung zu einem effizienten
5076 Dienstleister weiterentwickeln. Nur, wenn die Informationen in mehreren
5077 Sprachen zugänglich sind, kann Frankfurt als echte europäische Metropole
5078 Anerkennung finden.
- 5079 • Die Verfügbarkeit aller Serviceleistungen soll möglichst in den in Frankfurt an den
5080 häufigsten gesprochenen Sprachen gewährleistet sein.
- 5081 • Wir wollen, dass die Stadt auf sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen
5082 komplett verzichtet.

193

5083 Digitale Verwaltung

- 5084 • Alle Informationen zur Stadtpolitik, der Verwaltung und die Inanspruchnahme von
5085 wichtigem Bürger*Innenservices müssen über ein möglichst zentrales und
5086 einfaches Online-Portal zugänglich sein, welches für gängige Endgeräte optimiert
5087 und als Web-Anwendung oder mobile Applikation umgesetzt ist.
- 5088 • Die digitale Zusammenarbeit eröffnet neue Möglichkeiten des effizienten
5089 Austausches. Für alle Gremien, Mandatsträgern und Fraktionen soll eine

- 5090 kollaborative Arbeitsplattform eingerichtet werden, die Kommunikation, den
5091 Austausch und das gemeinsame Arbeiten an Dokumenten ermöglicht.
- 5092 • Bei der Beschaffung von IT-Equipment muss mit anderen hessischen Städten
5093 zusammengearbeitet werden, um Beschaffungskosten zu reduzieren. Zudem muss
5094 eine möglichst breite Kooperation angestoßen werden, um eine bundesweite
5095 'Digital Learning'-Plattform zu schaffen, die sich qualitativ mit etablierten Digital
5096 Learning-Plattformen wie Khan Academy und den europäischen Best-Practice-
5097 Lösungen messen kann.
- 5098 • Die digitale Infrastruktur in Frankfurt ist nach wie vor nicht in allen Gebieten
5099 ausreichend. Gerade in Zeiten der Digitalisierung und vor dem Hintergrund des
5100 Nutzens von Home-Office, von Selbstständigkeit und einer Diversifizierung der
5101 Wirtschaftsformen müssen diese Defizite schnell behoben werden. Wir werden
5102 dazu mit den Telekommunikationsanbieter*innen das Gespräch suchen, sie beim
5103 Ausbau der Infrastruktur begleiten und Hindernisse aus dem Weg räumen.
- 5104 • Wir möchten das Ansiedlungs- und Leerstandsmanagement digitalisieren.
5105 Städtischer Leerstand soll digital erfasst digital erfasst und gemeinsam mit der
5106 Wirtschaftsförderung neu besetzt werden. Durch gutes Ansiedlungsmanagement
5107 kann die Innenstadt wiederbelebt und attraktiv gestaltet werden.
- 5108 • Die Stadt Frankfurt muss umfassende Feedback- und Informationsmöglichkeiten
5109 für Bürger*innen schaffen. Die Digitalisierung erfordert außerdem einen
5110 konsequenten Umbau der Verwaltung zu einem System digitaler Services und
5111 digitaler Partizipation von Frankfurter Bürger*innen.
- 5112 • Wir wollen prüfen, Bürger*innen über digitale, mit Budget hinterlegten
5113 Plattformen die Finanzierung von konkreten Projekten durchführen zu lassen.
5114 Vorerst soll hierzu ein Modellprojekt initiiert werden, an dem wir Funktionsweise
5115 und Konstruktivität dieser Idee evaluieren wollen.
- 5116 • Nach wie vor werden nicht alle Verwaltungsprozesse, die digital möglich sind,
5117 auch digital angeboten. Wir müssen dieses Ziel schnell erreichen und auch die

5118 Information zu Verfahrensabläufen und Zwischenständen verbessern. Hierbei
5119 setzen wir auf Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, dem Land und dem
5120 Bund. Bei der Ressourcenausstattung werden wir überprüfen, inwieweit
5121 zusätzliche Unterstützung nötig und möglich ist.

- 5122 • Wir weiten die städtischen Bildungsangebote im Bereich der Digitalisierung auf
5123 Basis einer Bedarfsanalyse aus. Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung sollen
5124 verstärkt durch Weiterbildungen im Umgang mit digitalen Arbeitsumgebungen
5125 geschult werden.

5126 Nachhaltige Verwaltung

- 5127 • Wir wollen die Verwaltung verpflichten, innerhalb von zwei Jahren eine Planung
5128 vorzulegen, wie die verschärften Klimaziele für 2030 und 2050 quantitativ von der
5129 Stadt insgesamt (d.h. in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Wirtschaft) erreicht
5130 werden können und welche Maßnahmen dazu sowie zur Anpassung an den
5131 Klimawandel kurz-, mittel- und langfristig zu ergreifen sind.
- 5132 • Wir stellen sicher, dass die Arbeitsplätze und die Arbeitskraft der Verwaltung mit
5133 dem Wachstum der Stadt Schritt halten und stärken, auch vor dem Hintergrund
5134 der Erfahrungen in der Corona-Krise, die Home-Office-Fähigkeit der städtischen
5135 Verwaltung.
- 5136 • Städtische Beschäftigte und Mandatsträger*innen führen ihre Dienstreisen
5137 klimafreundlich durch, für nicht zu vermeidende Flugreisen erfolgt eine CO₂-
5138 Kompensation in den städtischen Klimaschutzfonds. Das kostenfreie Jobticket für
5139 die städtischen Beschäftigten und die Beschäftigten der Eigenbetriebe ist ein
5140 großer Erfolg, auf den wir stolz sind. Wir behalten es bei.
- 5141 • Papier ist nach wie vor eine wichtige Ressource, die aber oft immer noch
5142 gedankenlos verwendet wird. Wir wollen in Zukunft alle Drucker in der
5143 Verwaltung, in den Schulen und in sonstigen städtischen Einrichtungen so
5144 konfigurieren, dass im Normalfall doppelseitig gedruckt wird.

- 5145 • Als Grundlage für die datenschutzkonforme, rechtssichere und
5146 nutzer*innenfreundliche digitale Nutzung von Bürger*Innenservices setzen wir
5147 uns ein für die zügige Implementierung des E-Identitätsmanagements. Es gibt
5148 hierzu bereits junge Frankfurter Technologieunternehmen, die mit passenden
5149 Konzepten in den Startlöchern stehen.

5150 Effiziente Verwaltung

- 5151 • Verwaltungsprozesse müssen möglichst effizient, sicher und schnell verrichtet
5152 werden. Hierzu möchten wir die Prozesse möglichst durch Einsatz digitaler Mittel,
5153 Entbürokratisierung und weitere Prozessgestaltung optimieren.
- 5154 • Für Bürger*Innen Frankfurts muss der Umgang mit der Stadtverwaltung
5155 erleichtert werden. Hierzu muss der Beratungsauftrag der Verwaltungsorgane
5156 gestärkt werden. Dies kann insbesondere durch eine Vernetzung der Hilfs- und
5157 Beratungsangebote erreicht werden.
- 5158 • Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung sollen zur Etablierung einer agilen
5159 Verwaltung außerdem regelmäßige Weiterbildungsprogramme für kreative
5160 Prozesse und proaktives Handeln der Verwaltung angeboten werden.
- 5161 • Wir prüfen, ob wir die 115-Hotline zu einem Frontoffice weiterentwickeln können,
5162 um so die Effizienz der Verwaltung zu heben.
- 5163 • Bei der digitalen Gestaltung von Bürger*Innenservices müssen sowohl
5164 Bürger*Innen und auch die Verwaltung mit einbezogen werden. Der Anspruch ist
5165 dabei möglichst effiziente und bürger*Innenfreundliche Services anzubieten. Wir
5166 setzen uns dafür ein, dass durch technische Neuerungen keine Personengruppen
5167 benachteiligt werden. Zugänge zur digitalen Verwaltung müssen einfach und
5168 verständlich gehalten und in allen gängigen Sprachen verfügbar sein.

196

5169

5170 Europa und Internationales

5171 Frankfurt ist als zentraler Knotenpunkt, als Stadt mit traditionellen internationalen
5172 Handelbeziehungen, als Stadt mit einer sehr international geprägten Struktur und mit
5173 Frankfurter*innen mit Beziehungen zu allen Ländern und Regionen der Welt eine der
5174 vielfältigsten und am meisten vernetzten Städte Europas. Zudem weist Frankfurt als Sitz
5175 der Europäischen Zentralbank einen besonderen Bezug zur Europäischen Union auf. Wir
5176 werden die Beziehungen zwischen Frankfurt und der Welt, die Relevanz und
5177 Wahrnehmung Europas und die globale Verantwortung Frankfurts stärken und auf eine
5178 breitere Basis stellen. Die lokale Eigeninitiative für die Idee der europäischen Integration
5179 werden wir fördern. Denn wir machen Politik für eine echte europäische Metropole und
5180 insbesondere für die Menschen, die in ihr wohnen.

- 5181 • Wir überprüfen die bestehenden internationalen Kontakte der Stadt darauf, wie
5182 aktiv Bürger*innen und vor allem junge Menschen beteiligt werden, und
5183 befähigen vor allem letztere gezielt dazu. Politik und Stadtverwaltung sollten
5184 dabei in erster Linie von aus der Mitte der Stadtgesellschaft kommenden und
5185 getragenen Initiativen ermöglichen und nicht dirigieren.
- 5186 • Wir möchten international Beschäftigte besser in die Stadtgesellschaft integrieren.
5187 Dazu möchten wir mit der Stadtverwaltung und dem Regionalverband (find-it-in-
5188 frm) eine Kooperation anstreben, um bei administrativen Schritten die Expats zu
5189 unterstützen und zu beraten.
- 5190 • Wir setzen uns für ein Schul- und Kinderbetreuungsangebot ein, dass einer
5191 europäischen Metropole gerecht wird und auch ausreichend bilinguale
5192 Bildungsoptionen bereithält.
- 5193 • Wir werden einen European & International Report für alle unsere Partnerstädte
5194 einführen. Dieser Report (z.B. als Präsentation oder Podcast) soll einmal im Monat
5195 erscheinen und wichtige Informationen über aktuelle Geschehnisse in den
5196 Partnerstädten von Frankfurt bereitstellen. Dies könnte vom Europabüro

5197 RheinMain umgesetzt werden, dessen Kapazitäten wir entsprechend erweitern
5198 werden. Damit leisten wir einen Beitrag auf dem Weg hin zu einer dringend
5199 notwendigen europäischen und internationalen Öffentlichkeit. Wir regen darüber
5200 hinaus an, regelmäßige Konferenzen mit den politischen Vertreter*innen unserer
5201 gemeinsamen Partnerstädte zu initiieren, um dabei unsere Austauschprogramme
5202 zu organisieren und die Freundschaft zu stärken.

5203 • Europa ist nicht einfach nur ein abstraktes politisches Objekt. Es ist die
5204 Gemeinschaft, in der wir leben und ein ständiger Teil unseres Alltags. Deshalb
5205 werden wir eine europäische Kooperation und den Austausch in Frankfurter
5206 Vereinen und Unternehmen aktiv unterstützen und begrüßen die bereits
5207 bestehenden Fördermöglichkeiten der Stadt sehr. Wir regen darüber hinaus die
5208 Idee an, eine digitale Plattform bzw. ein interaktives Medium zu etablieren,
5209 welches als Austauschbörse und Kommunikationsmöglichkeit zwischen Menschen
5210 aus den Partnerstädten fungiert. So möchten wir beispielsweise einen
5211 „Wohnungstausch“, gemeinsame Trainingslager und vieles mehr ermöglichen.

5212 • Wir halten einen regelmäßigen Europabericht der Stadt für sinnvoll, in dem alle
5213 bezogenen Fördergelder, Stellungnahmen und Aktivitäten im Zusammenhang mit
5214 der EU aufgelistet werden, um sie den Bürger*innen transparent zu machen und
5215 zu zeigen, welchen Einfluss die EU bis nach Frankfurt hat – und umgekehrt.

5216 • Wir wollen, dass die Europastadt Frankfurt ein Kontingent an Interrail-Tickets an
5217 junge 18-jährige Menschen aus Frankfurt verlost. Diese könnten als
5218 Botschafter*innen der Europastadt agieren. Wir versprechen uns dadurch, junge
5219 Frankfurter*innen mehr für die europäische Idee zu begeistern. Die Koordination
5220 wird von der Stadt Frankfurt ausgerichtet, die Beteiligung von privaten Akteuren
5221 an der Finanzierung des Angebots im Rahmen eines Sponsoring-Modells soll
5222 angeregt werden.

5223 • Frankfurt soll sich als Stadt proaktiv an der "Conference for the Future of Europe"
5224 der europäischen Kommission beteiligen und das Vorhaben durch

- 5225 öffentlichkeitswirksame Maßnahmen unterstützen. Die Stadt soll sich nach
5226 Möglichkeit für die Ausrichtung relevanter Veranstaltungen bewerben.
- 5227 • In und um Frankfurt sind mehrere internationale Clubs, Gesellschaften, Vereine,
5228 Einrichtungen und Organisationen ansässig. Mit der Europäischen Zentralbank als
5229 Institution, der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und
5230 die betriebliche Altersversorgung (EIOPA), dem Max-Planck-Institut für
5231 Europäische Rechtsgeschichte sowie den international ausgerichteten Schulen
5232 seien nur einige exemplarisch genannt. Wir möchten Kooperationen schließen,
5233 gemeinsame Veranstaltungen organisieren und Europa so auch in der
5234 Stadtgesellschaft besser erlebbar machen.
- 5235 • Die Stadt Frankfurt soll eine Konferenz zur „Stadt der Zukunft in Europa“
5236 einberufen. Dort kann sich die Stadt nicht nur weiterentwickeln, sondern zudem
5237 vernetzen und profilieren. Mit gezielten Maßnahmen lässt sich so für Messe,
5238 Tourismus, Bildung und Kultur ein Mehrwert schaffen.
- 5239 • Frankfurt muss sich proaktiv im europäischen Wettbewerb um europäische
5240 Sportereignisse bemühen. Dazu muss unter anderem eine attraktive Infrastruktur
5241 geschaffen werden und die Sportstätten instandgesetzt werden.
- 5242 • Bei der Neugestaltung der Paulskirche und des Hauses der Demokratie muss
5243 Europa thematisch in der Planung berücksichtigt werden.
- 5244 • Wir fördern in den Schulen Projekte zum Thema Europa mit europäischen
5245 Themenwochen, europäischen Austausch und einem Planspiel Europa verstärkt
5246 Berücksichtigung finden.
- 5247 • Wir stärken die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit und die Einbindung der
5248 Zivilgesellschaft in das europäische Engagement Frankfurts. Wir sind nicht nur
5249 Standort der EZB und nicht nur Stadt im Herzen Europas, sondern wir sind eine
5250 Stadt von Europäer*innen und Menschen, die das offene, solidarische, friedliche
5251 Europa im Herzen tragen. Wir suchen zusammen mit der EZB Wege,
5252 Öffentlichkeitsarbeit in der Stadt zu gestalten.

- 5253 • Anlässlich des Europatages am 09. Mai sowie der dann stattfindenden
5254 Europawoche sollen jährlich Veranstaltungen stattfinden, die von internationalen
5255 Gesellschaften, Vereinen und Institutionen mitgestaltet werden.
- 5256 • Wir identifizieren und beteiligen uns systematisch an relevanten internationalen
5257 Netzwerken und nutzen die Kontakte und Kompetenzen der Stadtpolitik, der
5258 Verwaltung und von relevanten zivilgesellschaftlichen Gruppen für eine qualitative
5259 Belebung der globalen Vernetzung unserer Stadt. Wir ziehen dabei grundsätzlich
5260 langfristigen Kontakt, Austausch und gegenseitiges Verständnis fördernde
5261 Initiativen kurzfristigen Vorhaben vor. Dabei berücksichtigen wir auch die
5262 Möglichkeiten zum digitalen Austausch.
- 5263 • Wir begründen mindestens eine neue Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich
5264 der Sahara, die die historischen und aktuellen Verbindungen aufgreift und die
5265 historischen Schulden, aber auch die aktuellen Chancen und gemeinsamen
5266 Herausforderungen thematisiert und angeht.
- 5267 • Wir nutzen die existierenden Partnerschaften zu einem institutionalisierten und
5268 wo sinnvoll sichtbaren Austausch mit Menschenrechtler*innen,
5269 Umweltaktivist*innen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen für
5270 globalen Frieden und globale Gerechtigkeit und fördern Bildungsarbeit für
5271 nachhaltige Entwicklung und globales Lernen.
- 5272 • Wir bekennen uns zu den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten
5273 Nationen. Die SDGs sind für uns Richtschnur auf allen Ebenen unserer Stadt, von
5274 der Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft bis hin zur Zivilgesellschaft. Wir suchen
5275 nach effektiven Wegen, globale Auswirkungen unseres lokalen Handelns zu
5276 verdeutlichen, für globale Solidarität zu werben und die SDGs zu erreichen. Daher
5277 berichten wir jährlich, wie weit die SDGs in Frankfurt schon erreicht sind.

5279 **Recht und Sicherheit**

5280 Wir wollen ein friedliches Zusammenleben in einer freien und offenen Stadtgesellschaft,
5281 der demokratische Regeln und Gesetze einen Rahmen geben. Populistisch motivierte
5282 Rufe nach ständig neuen, zusätzlichen Regeln und härteren Sanktionen lehnen wir
5283 entschieden ab. Die Statistiken zeigen, dass die Kriminalität teilweise erheblich
5284 zurückgegangen ist. Vor diesem Hintergrund besteht gerade auf kommunaler Ebene keine
5285 Notwendigkeit für neue Regelungen und Gesetzesverschärfungen. Die bestehenden
5286 Regeln und Verordnungen müssen natürlich konsequent umgesetzt werden. Doch die
5287 Angst vor Terror und Gewalt darf nicht politisch missbraucht werden, um freiheitliche
5288 Errungenschaften in Frage zu stellen und Stimmung gegen einzelne Gruppen zu machen.
5289 Stattdessen wollen wir den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft stärken.
5290 Freiheit und Sicherheit sind auch Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie
5291 müssen auch Leitbilder von Polizei, Justiz und anderen Behörden sein. Zur Freiheit
5292 gehören dabei insbesondere die Meinungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit. Das
5293 Gleichgewicht zwischen dem hohen Gut Freiheit und dem berechtigten Wunsch nach
5294 verlässlicher Sicherheit - vor Lebensrisiken, Angst und Ausgrenzung, Ausbeutung,
5295 Bedrohung und Verletzung - zu halten, ist eine wichtige Aufgabe in einem
5296 demokratischen Rechtsstaat. Dies bedarf einer sachgerechten, an der Verhältnismäßigkeit
5297 der Maßnahmen ausgerichteten ordnungspolitischen Balance zwischen dem Bedürfnis
5298 nach Sicherheit und den Bürgerrechten, die gegenseitiges Vertrauen fördert und so
5299 gemeinschaftsbildendes Handeln erst ermöglicht.

5300 Auch in Zeiten der Corona Pandemie müssen Demonstrationen und Kundgebungen unter
5301 Auflagen weiter möglich sein. Wir schätzen das Grundrecht der Versammlungsfreiheit als
5302 hohes demokratisches Gut und akzeptieren daher die damit verbundenen rechtlichen
5303 Konsequenzen. Wir stellen uns der Tatsache, dass der Schutz dieses Rechts nicht nur
5304 jenen nützt, die sich demokratischen Werten verschrieben haben, sondern auch
5305 denjenigen, die demokratischen Prinzipien ablehnend gegenüberstehen. Solange diese

201

5306 sich an die Auflagen der Versammlungsbehörde halten, können sie sich in Frankfurt am
5307 Main versammeln. Das gilt aber genauso für deren Gegendemonstrant*innen.
5308 Der öffentliche Raum ist ein demokratischer Ort der politischen Debatten, des politischen
5309 Protests und steht allen offen, die dort niemanden gefährden, belästigen, bedrohen oder
5310 vertreiben. Seine Nutzung bzw. der freie Zugang durch die Allgemeinheit hat Vorrang vor
5311 privaten oder kommerziellen Wünschen und Interessen, die den öffentlichen Raum
5312 merklich verknappen. Umso mehr müssen wir nach Kräften dazu beitragen, dass der
5313 öffentliche Raum eine gute Aufenthaltsqualität be- und erhält. Alle müssen sich möglichst
5314 angstfrei dort aufhalten können.

5315 • Videoüberwachung ist ein Instrument der Sicherheitspolitik, das durchaus
5316 kontrovers bewertet wird. Dem wichtigen Recht auf informationelle
5317 Selbstbestimmung der/des Einzelnen steht ein stark empfundenes, kollektives
5318 Sicherheits- und Aufklärungsbedürfnis bei Straftaten im öffentlichen Raum
5319 gegenüber. Deshalb fühlen wir uns verpflichtet, vor dem Einsatz von Videotechnik
5320 Nutzen und Verhältnismäßigkeit abzuwägen und bestehende Systeme alle zwei
5321 Jahre auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Die bloße Installation von
5322 Videokameras ohne begleitende Maßnahmen und Einbettung in ein umfassendes
5323 Sicherheitskonzept lehnen wir strikt ab. Stattdessen befürworten wir sie nur dort,
5324 wo sie verhältnismäßig ist. Sie ist deshalb nur an Kriminalitätsschwerpunkten zu
5325 verantworten, bei denen es valide Belege dafür gibt, dass eine Videoüberwachung
5326 die Sicherheitslage in spürbarer Weise verbessern würde. Begleitend müssen
5327 Maßnahmen z.B. der Stadtplanung und sozialen Arbeit eingesetzt werden, um
5328 eine nachhaltige Verbesserung an diesen Schwerpunkten zu erreichen. Wir
5329 fordern, dass bei Demonstrationen im videoüberwachten Stadtraum die Kameras
5330 nicht nur abgeschaltet, sondern sichtbar verhüllt werden.

- 5331 • Wir stellen sicher, dass möglichen Versagung von Versammlungsgenehmigungen
5332 eine genaue rechtliche Abwägung vorangeht – unter strikter Wahrung des
5333 Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.
- 5334 • Das Recht auf Versammlungsfreiheit hat allerdings dann zurückzutreten, wenn
5335 hierdurch der Kernbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts betroffen ist.
- 5336 • Vor diesem Hintergrund wenden wir uns gegen die von christlichen
5337 Fundamentalisten unmittelbar vor den Schwangerschaftsberatungsstellen
5338 organisierten Mahnwachen. Eine schwangere Frau, die in einer emotional
5339 schwierigen und belastenden Situation ist, hat einen Anspruch auf eine anonyme
5340 Beratung, ohne einen entwürdigenden Spießrutenlauf erdulden zu müssen. Der
5341 durch die Mahnwachen erzeugte psychische Druck ist für die Frauen nicht
5342 zumutbar. Auf der anderen Seite kann von den Veranstaltern der Mahnwachen
5343 verlangt werden, einen Abstand von 150 m von der Beratungsstelle einzuhalten.
- 5344 • Im Bahnhofsviertel muss die Sicherheitslage unter anderem durch Bekämpfung
5345 der Betäubungsmittelkriminalität verbessert werden. Hierbei müssen die
5346 Betäubungsmittelhändler im Fokus der polizeilichen Ermittlungen stehen. Bei den
5347 abhängigen Betäubungsmittelkonsumenten sollte hingegen unter Anwendung des
5348 Opportunitätsprinzips eine strafrechtliche Verfolgung nicht im Mittelpunkt stehen,
5349 da diese mit den Mitteln des Strafrechts kaum zu erreichen sind. Bei diesen
5350 Konsument*innen sind soziale und suchtmmedizinische Angebote im Sinne des
5351 Frankfurter Weges der Drogenhilfe in den Vordergrund zu stellen.
- 5352 • Einige Plätze in Frankfurt, wie etwa der Opernplatz oder die Hauptwache, sind
5353 durch große Betonquader gesichert. Hintergrund ist die Gefahr terroristischer
5354 Anschläge, die auch in Zukunft nicht auszuschließen sind, so dass diese
5355 Sicherheitsmaßnahme erhalten bleibt. Im Gegensatz zum jetzigen Zustand sollte
5356 aber hierbei auch den ästhetischen Ansprüchen Rechnung getragen werden. Wir
5357 fordern deshalb Sicherheitssperren, die sich entsprechend harmonisch in das
5358 Stadtbild einfügen, z.B. mit einer Grünbepflanzung.

- 5359 • An der Hauptwache als Verkehrsknotenpunkt und zentraler öffentlicher Platz
5360 muss die Sicherheitslage verbessert und dem Sicherheitsgefühl der Bürger
5361 Rechnung getragen werden. Zu diesem Zweck ist der Standort der Stadtpolizei/des
5362 Ordnungsamtes aufzuwerten und für die Bürger sichtbarer zu machen, damit
5363 diese für ihre Belange entsprechende Ansprechpartner haben. Im Sinne einer
5364 engeren Zusammenarbeit zwischen Ordnungsbehörden und Landespolizei ist
5365 ebenso eine verstärkte dortige Präsenz von Polizeibeamten anzustreben.
- 5366 • Das Ordnungspersonal muss im öffentlichen Raum deutlich präsent sein. Das
5367 bedeutet Sichtbarkeit, Ansprechbarkeit und Erreichbarkeit. Polizeiliche Aufgaben
5368 dürfen nur von gut ausgebildetem Personal erfüllt werden, welches angemessen
5369 zu bezahlen ist. Hier Sicherheitsdienste oder Freiwillige Helfer*innen einzusetzen,
5370 ist keine Lösung. Daher lehnen die Koalitionsfraktionen den freiwilligen
5371 Polizeidienst ab. Er kann qualifiziert ausgebildete Beamt*innen nicht ersetzen und
5372 steht außerdem im Widerspruch zum Gewaltmonopol des Staates. Die durch den
5373 Wegfall des Freiwilligen Polizeidienstes eingesparten Gelder sind für zusätzliches
5374 Personal im Sicherheits- und Ordnungsbereich zu verwenden.
- 5375 • Die wirkungsvolle Umsetzung von Sicherheitsstrategien darf nicht an zu wenig
5376 Personal scheitern. Obwohl unsere Stadt in den vergangenen Jahren massiv
5377 gewachsen ist, ist das Personal des Ordnungsamtes nicht entsprechend
5378 mitgewachsen. Oft mussten die Kräfte intensiv in der Innenstadt konzentriert
5379 werden, die anderen Stadtteile kamen mit ihren Wünschen und Anliegen zu kurz.
5380 Daher werden wir die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des
5381 Ordnungsamtes erhöhen. Damit wir qualifizierte und motivierte Kräfte einstellen
5382 können, werden wir die Besoldung entsprechend regeln und prüfen, ob wir vor
5383 allem die Einsatzkräfte im Ordnungsamt wieder stärker verbeamten können.
- 5384 • Zur effektiven Wahrnehmung ihrer Aufgaben ist die Stadtpolizei modern
5385 auszurüsten. Dabei sind vorrangig sowohl aktuelle technische Standards, als auch
5386 Anforderungen der Behörde zu berücksichtigen. In Bezug auf den möglichen

5387 Einsatz von Bodycams muss zuvor deren rechtliche Zulässigkeit und Gebotenheit
5388 überprüft werden. Im Falle eines Einsatzes muss die Auswertung des Filmmaterials
5389 in allen Konstellationen zulässig sein, also auch bei internen Ermittlungen.

5390 • Die sogenannte „Task Force“ des Ordnungsamtes, die eine Einhaltung der Regeln
5391 der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Frankfurt zu Abend- und Nachtzeiten
5392 gewährleisten soll, muss personell deutlich aufgestockt werden, um dem insoweit
5393 bestehenden Sicherheitsbedarf der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Für Gebiete,
5394 die vor allem in den Nachtstunden unter Lärmbelastung leiden, müssen orts-
5395 und anlassbezogene Konzepte entwickelt und im Hinblick auf die Erfahrungen
5396 angepasst werden, um einen langfristig tragfähigen Ausgleich zwischen dem
5397 Ruhebedürfnis der Anwohner und urbaner Lebenskultur zu schaffen. Hierbei ist
5398 die Existenz von Stadtvierteln, die der Unterhaltung und dem Ausgehen dienen,
5399 wie etwa Alt-Sachsenhausen, anzuerkennen. Hier würde eine dauerhaft verkürzte
5400 Sperrstunde Probleme nur an andere Orte verlagern. Mitarbeiter*innen des
5401 Ordnungsamtes müssen auch in den Nachtstunden dort in entsprechender Stärke
5402 präsent sein.

5403 • Frankfurt braucht einen umfassenden Aktionsplan für Sauberkeit und gegen die
5404 Vermüllung der öffentlichen Räume. Ein sauberes Stadtbild kann einen Beitrag zur
5405 Senkung von Kriminalität leisten. Gerade hier fordern wir die Umsetzung der
5406 Gefahrenabwehrverordnung. Vermüllung schädigt die Umwelt und muss daher zu
5407 Recht mit einem Bußgeld sanktioniert werden. Die besonders betroffenen Stellen,
5408 wie etwa das Mainufer, bedürfen dazu mehr Aufmerksamkeit. Der öffentliche
5409 Raum darf nicht über den straßenrechtlichen Gebrauch hinaus zweckentfremdet
5410 werden.

5411 • Die Koalitionsfraktionen wollen einen Maßnahmenkatalog gegen
5412 Fahrraddiebstähle umsetzen. Dieser beinhaltet eine Einbeziehung der Stadtpolizei
5413 bei der Verhütung von Fahrraddiebstählen, eine umfassende

- 5414 Informationskampagne für die Bürger zu diesem Thema sowie die Schaffung
5415 sicherer öffentlicher Fahrradabstellplätze.
- 5416 • Außerdem werden wir uns beim Land Hessen für eine Stärkung der Landespolizei
5417 in unserer Stadt einsetzen, da allein mit den kommunalen Möglichkeiten die
5418 Sicherheits-Herausforderungen Frankfurts als zentraler sozialer, technischer,
5419 wirtschaftlicher und Verkehrs-Knotenpunkt nicht erfüllt werden können. Gerade
5420 an kriminalitätsgefährdeten Stellen ist eine erhöhte Polizei- und
5421 Stadtpolizeipräsenz erforderlich.
- 5422 • Die Zusammenarbeit zwischen Stadtpolizei und Landespolizei muss für eine
5423 wirksame Kriminalitätsbekämpfung weiter optimiert und noch enger verzahnt
5424 werden. Dabei ist zu beachten, dass die Stadtpolizei punktuell und temporär an
5425 Aufgaben aus dem polizeilichen Bereich mitwirken kann, jedoch grundsätzlich die
5426 kommunalen Aufgaben des Ordnungsamtes im Vordergrund stehen müssen.
- 5427 • Bezüglich der Frankfurter Stadtpolizei bedarf es weiterhin hoher Ausbildungs- und
5428 Ausrüstungsstandards. Die Ausbildung wird insbesondere dahingehend erweitert,
5429 Kompetenzen der Mitarbeiter*innen im Hinblick auf interkulturelle Kompetenz zu
5430 stärken. Dazu werden verpflichtende Kurse fest im Aus- und Fortbildungs-
5431 Curriculum verankert, um insbesondere Praktiken wie Racial Profiling und
5432 rechtsextremen Tendenzen bereits im Vorfeld entschieden entgegenzuwirken. Wo
5433 angemessen und organisatorisch umsetzbar ist es anzustreben, Fort- und
5434 Weiterbildungen gemeinsam mit den in Frankfurt beschäftigten
5435 Landespolizeibeamt*innen durchzuführen.
- 5436 • Die Polizei muss dafür sorgen, dass sie die Polizei aller Frankfurter*innen ist:
5437 Diskriminierungsfrei in ihrem Handeln und konsequent im Eintreten für den
5438 Rechtsstaat und gegen Extremismus, auch nach innen. Dazu gehört, dass
5439 Polizeiübergriffe schnell und transparent aufgeklärt werden müssen, auch im
5440 Zusammenhang mit den Straftaten rund um NSU 2.0. Es ist auf der anderen Seite

- 5441 dafür einzutreten, dass die Polizei nicht als Feindbild aufgebaut und beschädigt
5442 wird.
- 5443 • Um Diskriminierung und Racial Profiling effektiv entgegenzuwirken, wird zunächst
5444 für einen festen Zeitraum von 2 Jahren in einem Modellprojekt ein digitales
5445 „Quittungssystem“ bei der Stadtpolizei Frankfurt eingeführt.
 - 5446 • Um das Vertrauen der Bürger in die Organe zum Schutz der Bevölkerung der
5447 öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu steigern, muss entsprechend den
5448 Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte eine
5449 Kennzeichnungspflicht für Stadtpolizisten und Ordnungskräfte gelten, um
5450 Mitarbeiter*innen eindeutig zu identifizieren zu können, wobei deren
5451 Persönlichkeitsschutz durch eine entsprechende Anonymisierung Rechnung zu
5452 tragen ist.
 - 5453 • Wo Prävention gegen Kriminalität oder Gewalt möglich ist, muss sie erfolgen.
5454 Persönliche Sicherheit wird nicht allein durch die Ahndung von Straftaten oder
5455 den Einsatz von Sicherheitskräften gegen Gewalttäter*innen verbessert, sondern
5456 auch dadurch, bereits im Vorfeld der Gewalt tätig zu werden. Eine positive
5457 Sozialisation in allen gesellschaftlichen Institutionen, und konkrete Angebote wie
5458 Mediationen, Anti-Gewalt-Trainings oder Kriminalitätsvorsorge, sind sehr wichtig.
5459 Daher werden wir die qualitätsvolle Arbeit des Frankfurter Präventionsrates und
5460 der Regionalräte weiterführen, vor allem die öffentlichen Kampagnen wie
5461 „Gewalt-sehen-helfen“.
 - 5462 • Aber auch Täter*innen wollen wir stärker in die Verantwortung nehmen und dazu
5463 die Täter*innenarbeit ausbauen. Im Sinne einer wirkungsvollen Prävention
5464 werden wir mehr Beratungsangebote und Anti-Gewalt-Programme für
5465 Täter*innen häuslicher und sexueller Gewalt mit dem Ziel der Verhaltensänderung
5466 fördern. Wir wollen eine Vernetzung bestehender Beratungs- und
5467 Schulungskapazitäten für Polizei, Justiz und Ehrenamtliche fördern und – wo nötig

- 5468 – neue Angebote schaffen. Es ist essentiell, dass alle Beteiligten ausreichend
5469 gegenüber Gewalt und deren Erscheinungsformen sensibilisiert werden.
- 5470 • Der Zugang zu Schutz und Beratung für Gewaltopfer muss niedrigschwellig sein.
5471 Wir wollen entsprechende Institutionen und Beratungsstellen in Frankfurt noch
5472 bekannter machen. Mit dem Gewaltschutzgesetz und der polizeirechtlichen
5473 Wohnungszuweisung gibt es ein effektives juristisches Instrument, um speziell
5474 häusliche Gewalt zu unterbinden. Das Problem besteht aber darin, dass
5475 Betroffene oftmals keine Kenntnisse von ihren rechtlichen Möglichkeiten haben.
5476 Dagegen braucht es eine entsprechende Informationskampagne der Stadt. So
5477 können Informationen leicht auffindbar sowohl im Internet, in
5478 Informationsbroschüren und an städtischen Beratungsstellen, aber auch durch
5479 entsprechende Workshops vermittelt werden. Hierbei sind insbesondere das
5480 Kinderbüro und das Frauenreferat in die Aktivitäten mit einzubinden, da sich
5481 häusliche Gewalt sehr häufig gegen Kinder und Frauen richtet. Die Bekanntheit
5482 des Frauennotrufs ist durch entsprechende Informationsmaßnahmen zu
5483 verbessern.
- 5484 • Die praktische Umsetzung des Prinzips „Wer schlägt, geht“ wird in
5485 Zusammenarbeit mit der Polizei intensiviert. Wegweisungen müssen die erste
5486 Wahl bleiben, um den Verbleib der Familie in der gewohnten Umgebung zu
5487 sichern. Der Polizeieinsatz bei häuslicher Gewalt soll künftig in einer
5488 Ordnungspartnerschaft mit der direkten Einbindung von Sozialarbeiter*innen zur
5489 Krisenintervention vernetzt werden.
- 5490 • Frankfurt ist mit dem Bahnhofs- und dem Allerheiligenviertel eines der Zentren für
5491 Zwangsprostitution in Deutschland. Vorwiegend ausländische Frauen, die in
5492 wirtschaftlich und sozial prekären Situationen sind, werden dort im Rahmen
5493 organisierter Strukturen zwangsprostituiert. Zwangsprostitution wird meist im
5494 Zusammenhang mit anderen schweren Straftaten gegen die betroffenen Frauen
5495 praktiziert. Diese Situation ist im Hinblick darauf, dass Frankfurt auch eine Stadt

5496 der Frauenrechte ist, unerträglich. Die Stadtverwaltung muss hier handeln:
5497 Ordnungs- und Gesundheitsamt, die für die Einhaltung des
5498 Prostituiertenschutzgesetzes zuständig sind, müssen mit der Landespolizei enger
5499 zusammenarbeiten. Diese Ämter müssen mit Expert*innen Konzepte für
5500 entsprechende niedrigschwellige Informations- und Hilfsangebote für die
5501 betroffenen Frauen erarbeiten und für deren Begleitung durch
5502 Sozialarbeiter*innen Sorge tragen.

5503 • Die Koalition fordert die Entwicklung eines ämterübergreifenden, wirksamen
5504 Konzepts gegen das Zwangsbetteln. Wir wissen, dass Armut Menschen dazu
5505 bringen kann, ihren Lebensunterhalt mit Betteln zu bestreiten. Das muss eine
5506 offene und vielfältige Stadtgesellschaft tolerieren. Im Gegensatz dazu lehnen wir
5507 Zwangsbettelei ab. Insbesondere sich in wirtschaftlich und sozial prekärer Lage
5508 befindliche Menschen werden oftmals in organisierten Strukturen von Zuhälterei
5509 zum Betteln gezwungen. Derartige menschenverachtende Strukturen sind nicht
5510 hinnehmbar und müssen aufgelöst werden.

5511 • Für die betroffenen Menschen sind niedrigschwellige soziale Hilfsangebote zu
5512 machen. Die Profiteur*innen der Zwangsbettelei sind juristisch zur Verantwortung
5513 zu ziehen. Bürger*innen müssen für die sozial schädlichen Auswirkungen, die
5514 diese Strukturen verursachen, sensibilisiert und zu entsprechendem Verhalten
5515 diesem Phänomen gegenüber aufgerufen werden.

5516 • Wir werden die Ausländerbehörde (ABH) Frankfurt bei der Weiterentwicklung zu
5517 einer Willkommensbehörde unterstützen. Die ABH nimmt in Frankfurt vielfältige
5518 Aufgaben wahr, rund um Ein- und Ausreise, Visaerteilung, Asylverfahren,
5519 Aufenthalt, Niederlassungserlaubnisse, Ausweisdokumente, Familiennachzug,
5520 Arbeit und Beschäftigung, aber auch Ausweisung und Abschiebung. Dabei
5521 unterliegt die Ausländerbehörde bundes- und landesrechtlichen Gesetzen und
5522 Vorschriften, über deren Einhaltung der Bund wacht. Menschen ohne deutschen
5523 Pass, die nach Frankfurt kommen, sollen die ABH zukünftig als ihre Anlaufstelle in

5524 Frankfurt empfinden und sich willkommen fühlen. Gemeinsam mit den
5525 Mitarbeiter*innen der ABH wollen wir Ausrichtung und Selbstverständnis der
5526 Behörde in diese Richtung verstärken. Mit Außenstellen an den Universitäten,
5527 einem „Business Immigration Service“ für Fachkräfte und eigenen Schaltern im
5528 Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) sollen kürzere Wege ermöglicht
5529 und Synergieeffekte erreicht werden. Mitarbeiter*innen des AMKA können
5530 ihrerseits als Berater*innen und Lots*innen in der Ausländerbehörde eingesetzt
5531 werden, indem sie aktiv auf Wartende zugehen und sie unterstützen. Durch die
5532 Einrichtung einer unabhängigen Schlichtungsstelle für Konflikte kann die Arbeit
5533 der ABH kontinuierlich evaluiert und verbessert werden

5534 • Seit geraumer Zeit steigt die Zahl der körperlichen und verbalen Angriffe auf
5535 Amtsträger. Hiervon sind Polizeibeamte, städtische Ordnungskräfte,
5536 Feuerwehrleute und Rettungskräfte betroffen. Dieses Verhalten ist strafrechtlich
5537 relevant und gegenüber Menschen, die sich in den Dienst der Gesellschaft stellen,
5538 nicht hinnehmbar. Die vorgenommenen Verschärfungen durch den Bund, die
5539 neuen Straftatbestände und die Erhöhung der vorhandenen Strafraumen waren
5540 nicht erfolgreich. Die Koalition fordert daher die konsequente Anwendung der
5541 bestehenden rechtlichen Regelungen und die entsprechende personelle und
5542 sachliche Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden. Dieses Thema muss in der
5543 öffentlichen Debatte problematisiert und eine entsprechende Akzeptanz und
5544 Sensibilität für die wichtige Arbeit der Amtsträger geschaffen werden.

5545 • Aufgrund der überragenden Bedeutung der Meinungsfreiheit haben
5546 Kommunalpolitiker selbstverständlich Kritik – auch in scharfer, pointierter und
5547 sehr polemisierte Form – hinzunehmen. Die rote Linie ist mit einer Bedrohung
5548 durch strafrechtlich relevantes Verhalten deutlich überschritten. Ein solches
5549 Verhalten ist strafrechtlich konsequent zu verfolgen, da die freie
5550 Mandatsausübung in keiner Weise beeinträchtigt werden darf. Wir treten diesen

- 5551 Tendenzen entschieden entgegen, unabhängig davon, aus welchen
5552 extremistischen Kreisen sie erfolgt
- 5553 • Mit einem Modellprojekt von Schulen und Polizei wollen wir Hass, Hetze und
5554 Cyber-Mobbing im Netz bekämpfen und werden beim Land Hessen eine
5555 Schulkampagne für die Meldeplattform „Hessen gegen Hetze“ und einen Runden
5556 Tisch unter Einbeziehung von Medienexpert*innen anregen.
 - 5557 • Die Koalitionsfraktionen sehen in der Einrichtung der Häuser des Jugendrechts ein
5558 wirksames Instrument zur Bekämpfung der Jugendkriminalität, da hierdurch ein
5559 Synergieeffekt zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe
5560 geschaffen wird. Die Errichtung eines weiteren Hauses des Jugendrechts wird
5561 ausdrücklich unterstützt.
 - 5562 • Der Europäische Markt für grenzüberschreitende Justizdienstleistungen ist in den
5563 vergangenen Jahren von London aus dominiert worden. Großbritannien wird seine
5564 überragende Stellung als Gerichtsstandort für Internationale Handels- und
5565 Wirtschaftsprozesse nach dem Brexit aber verlieren. Hier besteht die große
5566 Chance, Deutschland als Gerichtsstandort attraktiver zu machen. Frankfurt wird
5567 die perspektivische Möglichkeit, Standort eines zukünftigen Internationalen
5568 Handelsgerichtshofs zu sein, aufgreifen und sich hierfür aktiv bewerben.
 - 5569 • Einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit in unserer Stadt leisten die Berufs-
5570 und Freiwilligen Feuerwehren sowie die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
5571 Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) wie Technisches Hilfswerk (THW),
5572 Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Malteser, Johanniter, Arbeitersamariter-Bund (ASB),
5573 Rettungshunde-Staffel und der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG).
5574 Das Zusammenwirken haupt- und ehrenamtlicher Kräfte im Rahmen des Brand-
5575 und Katastrophenschutzes zeigt gelebte Solidarität. Wir werden diese Arbeit
5576 weiterhin unterstützen, mit zeitgemäßer Ausrüstung und qualitativ hochwertigen
5577 Schulungsangeboten.

- 5578 • Mit dem Brand- und Katastrophenschutzzentrum (BKRZ) haben wir ein modernes
5579 Einsatz- und Trainingszentrum geschaffen, das überregional als Modell für
5580 vernetzte Sicherheitskonzepte gilt. Wir werden dafür sorgen, dass es auf dem
5581 modernsten Stand bleibt und es den Herausforderungen der wachsenden Stadt
5582 anpassen. Das einsatztaktische Feuerwehrkonzept „Feuerwehr Frankfurt 2020“
5583 (Staffelkonzept) ist ebenfalls den Gegebenheiten der wachsenden Stadt
5584 anzupassen. Das Prioritätenprogramm zur Ertüchtigung unserer Feuer- und
5585 Rettungswachen und der Gerätehäuser der Freiwilligen Wehren werden wir
5586 ebenfalls fortführen. Angesichts der Erfahrungen bei der Hilfe für Geflüchtete und
5587 während der Corona-Krise werden wir das städtische Krisenmanagement
5588 evaluieren und optimieren.
- 5589 • Die intensive Nachwuchsarbeit im Bereich von Feuerwehr und Katastrophenschutz
5590 werden wir beibehalten – in Mini- und Jugendfeuerwehren wachsen die ehren-
5591 und hauptamtlichen Feuerwehrfrauen und –männer der nächsten Generationen
5592 heran. Dass die Freiwilligen Wehren zusammen mit dem Kreisfeuerwehrverband
5593 diesen Nachwuchskräften nicht nur den Brandschutz näherbringen, sondern auch
5594 demokratische und soziale Werte, ist ein nachhaltiger Gewinn für Frankfurt. Wir
5595 werden die Verbände dabei unterstützen, auch hier die Diversität unserer
5596 Stadtbevölkerung noch besser abzubilden.
- 5597 • In den Frankfurter Berufsfeuerwehren sind aufgrund des kontinuierlichen
5598 Personalzuflusses aus den Freiwilligen Feuerwehren und der hohen
5599 Ausbildungsqualität viele qualifizierte Kräfte beschäftigt. Diese sind auf dem
5600 überregionalen Arbeitsmarkt sehr nachgefragt, oft werden sie gezielt
5601 abgeworben. Dem wollen wir weiterhin mit einer angemessenen
5602 Besoldungsstruktur und der Erleichterung des Zugangs zu bezahlbarem
5603 Wohnraum und guter Kinderbetreuung entgegenwirken. Die bei der städtischen
5604 Feuerwehr übermäßig angewachsenen Überstunden-Guthaben der Beschäftigten

5605 werden wir in Zusammenarbeit mit den Personalvertreter*innen und den
5606 städtischen Ämtern Zug um Zug auf ein normales Maß zurückführen.

5607

5608 Haushalt und Finanzen

5609 Die neue Stadtregierung nimmt ihre Arbeit in einer finanzpolitisch schwierigen Situation
5610 auf. Wir stellen uns den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen
5611 verantwortungsvoll und zuversichtlich. Gemeinsam stellen wir die Weichen für Frankfurts
5612 Zukunft, indem wir solide haushalten und mutig und klug investieren.

5613 Daher setzen wir uns für einen langfristig ausgeglichenen Frankfurter Haushalt ein. Ein
5614 wichtiges Element stellt für uns eine nachhaltige Investitionspolitik dar, mit der
5615 Ressourcen in der Zukunft eingespart und bleibende Werte geschaffen werden sollen.
5616 Wenn Kredite aufgenommen werden, sollen sie vorrangig für solche Investitionen
5617 ausgegeben werden. Damit wollen wir der wachsenden Stadt gleichzeitig
5618 haushalterischen Handlungsspielraum erhalten, langfristig funktionierende Strukturen
5619 schaffen und eine lebenswerte Umwelt bewahren.

5620 Die Corona-Pandemie hat ihre Spuren in unserer Stadt und dem Haushalt hinterlassen. Im 214
5621 letzten Haushalt wurden bereits Sondermittel zur Bewältigung der Pandemie und ihrer
5622 Folgen zur Verfügung gestellt, unter anderem ein Sondertopf zur Wiederbelebung der
5623 Innenstadt, zusätzliche Mittel für die städtischen Gesellschaften und Fördermittel für
5624 besonders betroffene Branchen wie Gastronomie, Handel, Bildung und Kultur. Trotz
5625 erheblicher Zuschüsse von Land und Bund müssen im laufenden Haushalt 2021 noch 150
5626 Millionen Euro konsolidiert werden. Wir müssen davon ausgehen, dass die Folgen der
5627 Corona-Pandemie den Haushalt der Stadt noch mehrere Jahre belasten und wir weiterhin
5628 auf die Unterstützung durch Land und Bund angewiesen sein werden.

5629 Gleichzeitig befinden wir uns auch in der Klimakrise und müssen damit einer weiteren
5630 noch viel umfassenderen Herausforderung unserer Zeit begegnen. Dies wird unser
5631 Handeln in besonderem Maße prägen.

5632 Deshalb müssen wir jetzt und zukünftig klare Prioritäten setzen, wofür wir städtische
5633 Gelder ausgeben. Bei Investitionen werden wir grundsätzlich Klimaschutz und
5634 Klimawandelanpassung, Bildung und Betreuung, Verkehrswende und bezahlbaren

5635 Wohnraum priorisieren. Dabei gilt es, die Herausforderungen für die gesamte Stadt im
5636 Blick zu behalten. Dabei werden wir verantwortungsvoll und ausgewogen im besten Sinne
5637 der Menschen in dieser Stadt entscheiden.

5638 Bei den laufenden, also konsumtiven Ausgaben setzen wir ebenfalls klare Prioritäten in
5639 folgender Reihenfolge: Leistungen im Bereich Soziales und Gesundheit für die, die es
5640 brauchen, sowie die Behebung von strukturellen Benachteiligungen in den Bereichen
5641 Gleichberechtigung, Integration, Bildung und Teilhabe, außerdem generell Bildung und
5642 Betreuung und auch Kultur.

5643 • Im Stellenplan werden wir vor dem Hintergrund von über 1.000 in den letzten
5644 Jahren neu geschaffenen Stellen den in den kommenden Jahren bevorstehenden
5645 tiefgreifenden demographischen Wandel in der Stadtverwaltung und die sich aus
5646 der Digitalisierung ergebenden Herausforderungen gestalten. Die vielfältigen
5647 Stellenbedarfe, die sich aus unabweisbaren neuen (Pflicht-)Aufgaben und den
5648 geschilderten, veränderten Prioritätensetzungen ergeben, werden wir im Rahmen
5649 der im Haushalt gegebenen Spielräume und unter Berücksichtigung entfallender
5650 Aufgaben realisieren.

215

5651 • Die Stadt Frankfurt ist in besonderem Maße auf die Einnahmen aus der
5652 Gewerbesteuer angewiesen. Viele der in Frankfurt ansässigen Unternehmen
5653 leiden jedoch massiv unter den Folgen von Corona. Daher bleibt der
5654 Gewerbesteuerhebesatz zunächst bei 460 Punkten. Sobald eine wirtschaftliche
5655 Normalisierung nach Corona eintritt, prüfen wir, ob zur Belebung der örtlichen
5656 Wirtschaft – speziell der Mitarbeiterstarken kleinen und mittelständischen
5657 Betriebe – eine einjährige Senkung der Gewerbesteuer im städtischen Haushalt
5658 darstellbar ist.

5659 • Zur Entlastung der von der Corona-Pandemie besonders betroffenen Branchen
5660 prüfen wir die rechtlichen Möglichkeiten für eine zielgerichtete befristete
5661 Entlastung von Sondernutzungsgebühren wie z.B. für den Gaststättenbetrieb im

- 5662 Freien und für bewegliche Verkaufsstände (Wochenmärkte, Weihnachtmarkt etc.)
5663 an.
- 5664 • Wir werden die anstehende Reform der Grundsteuer nicht dazu nutzen, die
5665 städtischen Erträge zu erhöhen, sondern die Hebesätze so festlegen, dass die
5666 Reform aufkommensneutral ist.
 - 5667 • Wir wollen langfristig für Frankfurt die kommunale Selbstverwaltung sichern und
5668 stärken und sie nicht schwächen. Dazu wollen wir auch die finanzielle Souveränität
5669 der Stadt erweitern.
 - 5670 • Für eine langfristig ausreichende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden,
5671 die gerade in Krisenzeiten Handlungsfähigkeit sichert, ist dazu eine vollständige
5672 Übernahme sämtlicher Kosten für die der Stadt übertragene Aufgaben zwingend
5673 erforderlich. Die unbedingte Wahrung des Konnexitätsprinzips bei gleichzeitiger
5674 Schaffung von Anreizen für eine effiziente und sparsame Mittelverwendung ist für
5675 uns in Frankfurt ein zentraler Baustein zur dauerhaften Sicherung der
5676 kommunalen Selbstverwaltung.
 - 5677 • Den Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern - insbesondere Umsatzsteuer
5678 und Einkommensteuer- wollen wir erhöhen: Die derzeitigen kommunalen
5679 Einnahmestrukturen in Deutschland setzen Fehlanreize und dies bei gleichzeitiger
5680 struktureller Unterfinanzierung. Die Entwicklung von Baugebieten führt im
5681 Vergleich zur Entwicklung von Gewerbegebieten, z. B. durch den notwendigen Bau
5682 und Unterhalt von Schulen und Kitas, zu höheren Folgekosten und wird daher von
5683 vielen Kommunen auch jenseits der politischen Herausforderungen als nicht
5684 attraktiv wahrgenommen. Allzu oft werden daher ausschließlich Gewerbeflächen
5685 statt der gerade im Ballungsraum so notwendigen Bauflächen entwickelt. Wir
5686 wollen beides möglich machen. Durch die strukturellen Änderungen erreichen wir,
5687 dass die Entscheidungen vor Ort nach sachlichen Erwägungen und nicht nur mit
5688 Blick auf die Gewerbesteuer erfolgen. Aus unserer Sicht ist diese Maßnahme

5689 geeignet, die Flächenentwicklung in der wachsenden Region Frankfurt/Rhein-Main
5690 voranzutreiben.

5691 • Künftige Haushaltsberichte der Stadt Frankfurt werden um integrierte Klima-,
5692 Umwelt- und Sozialbilanzen ergänzt. Diese machen die Folgen städtischen
5693 Handelns entlang fester Kriterien transparent und schaffen so ein wirksames
5694 Steuerungsinstrument für eine nachhaltige kommunale Finanzpolitik. Bestehende
5695 Berichte mit reiner Marketingfunktion stellen wir ein.

5696 • Wir wollen die vorhandenen Ansätze zum Gender Budgeting weiter ausbauen, um
5697 transparent zu machen, wie viele Haushaltsmittel Männern oder Frauen zugute
5698 kommen und dies im Sinne der Gleichberechtigung anpassen.

5699 • Die Evaluation der mit kommunalen Mitteln finanzierten und umgesetzten
5700 Projekte und Vorhaben werden wir durch besseres Controlling und vermehrte
5701 Stichproben verbessern. Damit erhöhen wir die Transparenz öffentlicher
5702 Ausgaben und stellen einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern
5703 sicher. Die Ergebnisse der Evaluierung unterstützen die jeweiligen Träger*innen
5704 bei der Optimierung ihres Projektdesigns und ihrer Projektdurchführung.

5705 • Der Skandal um die AWO in Frankfurt hat in unserer Stadt viel Vertrauen zerstört.
5706 Wir wollen die vollständige Aufklärung dieser Vorgänge, setzen uns im Rahmen
5707 unserer Möglichkeiten dafür ein und begrüßen sowie unterstützen die juristische
5708 Aufarbeitung.

5709 • Die Stadt Frankfurt arbeitet im Sozial-, Gesundheits-, Frauen-, Bildungs- und
5710 anderen Bereichen vertrauensvoll mit Trägern von Einrichtungen und Projekten
5711 zusammen. Diese leisten im Auftrag der Stadt wertvolle Arbeit für die
5712 Bürger*innen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Leider kam es in der
5713 Vergangenheit in einzelnen Fällen dabei zu erheblichen Unregelmäßigkeiten. Um
5714 Verstöße künftig schneller aufzudecken und ihnen effizient nachgehen zu können,
5715 wollen wir das städtische Controlling der Zuschussempfänger*innen stadtweit neu
5716 aufstellen.

- 5717 • Die Professionalisierung beispielsweise der sozialen Arbeit hat dazu geführt, dass
5718 viele bewährte Strukturen in Verbänden und Vereinen modernisiert werden
5719 müssen, um den neuen Anforderungen zu genügen. Die Stadtverwaltung Frankfurt
5720 wird die EU-Whistleblower-Richtlinie umsetzen. Gegenüber
5721 Zuschussempfänger*innen werden wir darauf bestehen, dass die Richtlinie
5722 ebenfalls umgesetzt wird, um sie dabei zu unterstützen, Missbrauch zu verhindern
5723 und interne Beschwerden zu bearbeiten. Diese Umsetzung werden wir
5724 kontrollieren.
- 5725 • Gleichzeitig wird die Stadt das Controlling im Zuschussbereich effektiver gestalten
5726 und Hinweisen auf Verstöße schneller und effizienter nachgehen.
- 5727 • Hierzu werden wir die stichprobenartigen Kontrollen der Stadt betreffend die
5728 Einhaltung von Ausschreibungskriterien, Besserstellungsverboten und
5729 Wirtschaftlichkeit deutlich intensivieren.
- 5730 • Zug um Zug soll das städtische Controlling modernisiert werden, dazu gehört auch
5731 eine bessere Zuarbeit der Dezernate und der gesamten Verwaltung. Wir werden
5732 eine städtische Kommission einberufen, in der Parlament, Verwaltung und Träger
5733 eingebunden sind, und die gemeinsam Verfahren und Wege erarbeitet, um
5734 zukünftig ein Höchstmaß an Transparenz und Verlässlichkeit sicherzustellen.
- 5735 • In einem ersten Schritt werden wir in einem städtischen Transparenzregister
5736 Angaben über Art, Höhe und Zweck von Zuschüssen an Träger und in diesem
5737 Zusammenhang relevante Daten dokumentieren. Dabei erwarten wir, dass
5738 Geschäftsführer*innengehälter und Nebenleistungen nicht das übliche Maß
5739 übersteigen. Wir streben dabei hinsichtlich der Verwendung der
5740 Verwaltungskostenpauschale ein möglichst hohes Maß an Transparenz an.
- 5741 • Freihändige Beauftragungen gibt es auch künftig nur in Ausnahmesituationen.
5742 Jede neue Aufgabe wird nach Möglichkeit einer möglichst großen Zahl von Trägern
5743 bekannt gemacht, transparent ausgewählt und vergeben. Beauftragungen sollen
5744 sinnvolle Zeiträume wie von etwa 10 Jahren nicht überschreiten.

- 5745 • Auf dieser Basis werden wir die Zusammenarbeit mit allen Träger*innen, die wir
5746 mit städtischen Aufträgen betrauen, zum Wohle der Stadt und ihrer Menschen
5747 gemeinsam gestalten und fortsetzen.
- 5748 • Der Stadt Frankfurt entstehen durch überregionale Angebote
5749 überdurchschnittliche hohe Kosten - wir werden mit dem Land über finanzielle
5750 Beteiligung an diesen Kosten verhandeln. Nicht nur das Wachstum der Stadt ist
5751 mit erheblichen finanziellen Lasten verbunden, sondern ebenso regionale und
5752 überregionale Angebote wie im Kultur- und Freizeitbereich. Frankfurt steht zur
5753 interkommunalen Solidarität, sieht sich aber auch als Leistungserbringer für die
5754 Region und das Land Hessen insgesamt und ist auf entsprechende Unterstützung
5755 angewiesen.
- 5756 • Daher werden wir die Evaluation des Kommunalen Finanzausgleichs nutzen, die
5757 explizit auch eine Evaluation des Metropolzuschlags umfasst, um die Mehrbedarfe
5758 zu beziffern, die durch die Metropolfunktion entstehen. Für eine entsprechende
5759 Anpassung des Metropolzuschlags werden wir uns stark machen.
- 5760 • Wir werden mit dem Land über finanzielle Beteiligung an den Kosten verhandeln,
5761 die durch überregionale Angebote entstehen. Nicht nur das Wachstum der Stadt
5762 ist mit erheblichen finanziellen Lasten verbunden, sondern ebenso regionale und
5763 überregionale Angebote wie im Kultur- und Freizeitbereich. Frankfurt steht zur
5764 interkommunalen Solidarität, sieht sich aber auch als Leistungserbringer für die
5765 Region und das Land Hessen insgesamt und ist auf entsprechende Unterstützung
5766 angewiesen.
- 5767 • Wir werden die zahlreich vorhandenen finanziellen und sonstigen Förderungen –
5768 inklusive denjenigen des Bundes und der EU - konsequent nutzen. Auch wollen wir
5769 die direkte Nutzung dieser Förderungen durch Initiativen aus der Stadtgesellschaft
5770 - wo möglich und sinnvoll - aktiv unterstützen.
- 5771 • Wir ergänzen die Haushaltsberichte der Stadt Frankfurt um integrierte Umwelt-
5772 und Sozialbilanzen. Diese machen die Folgen städtischen Handelns entlang fester

- 5773 Kriterien transparent und schaffen so ein wirksames Steuerungsinstrument für
5774 eine nachhaltige kommunale Finanzpolitik. Bestehende Berichte mit reiner
5775 Marketingfunktion stellen wir ein.
- 5776 • Wir wollen die vorhandenen Ansätze zum Gender Budgeting weiter ausbauen, um
5777 transparent zu machen, wie viel Haushaltsmittel Männern oder Frauen zugute
5778 kommt und dies im Sinne der Gleichberechtigung zu ändern.
- 5779 • Bei der Auftragsvergabe in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Frauen und Kultur
5780 wollen wir im Verlauf dieser Wahlperiode neue Vertragsabschlüsse und
5781 Beauftragungen nur noch dynamisiert gestalten, sodass eine tarifgerechte
5782 Bezahlung der Beschäftigten der Zuschussempfänger sichergestellt wird. Wir
5783 prüfen zur Mitte der Wahlperiode, ob eine einmalige Ausgleichszahlung an die
5784 Beschäftigten für nicht erhaltene Tarifsteigerungen vergangener Jahre im
5785 städtischen Haushalt darstellbar ist.
- 5786 • Wir werden die Wirkungsevaluation der mit kommunalen Mitteln finanzierten und
5787 umgesetzten Projekte und Vorhaben mit mehr Stichproben verbessern. Damit
5788 erhöhen wir die Transparenz über öffentliche Ausgaben und stellen einen
5789 verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern sicher. Die Ergebnisse der
5790 Evaluierung unterstützen die jeweiligen Träger bei der Optimierung ihres
5791 Projektdesigns und ihrer Projektdurchführung.
- 5792 • Wir werden die für all dies zahlreich vorhandenen finanziellen und anderen
5793 Möglichkeiten (inkl. seitens Bund, EU, etc.) konsequent nutzen bzw. auch die
5794 direkte Nutzung durch Initiativen aus der Stadtgesellschaft wo möglich und
5795 sinnvoll aktiv unterstützen.

220

5796

5797 **Zuständigkeiten, Zusammenarbeit in der Koalition**

5798 Die Koalition arbeitet auf der Grundlage dieses Koalitionsvertrags und dem Ziel des
5799 einheitlichen politischen Handelns. Bisherige Beschlüsse von Magistrat und
5800 Stadtverordnetenversammlung gelten fort, sofern die Koalition auf der Grundlage dieses
5801 Vertrags oder in gemeinsamer Entscheidung nicht andere Beschlüsse herbeiführt.
5802 Die Koalition stimmt in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat gemeinsam
5803 ab, Benennungen erfolgen im Einvernehmen. Im Einzelfall ist unterschiedliches
5804 Abstimmungsverhalten vereinbar, solche Vereinbarungen werden aber im Einvernehmen
5805 und im Vorhinein getroffen. Anträge werden im Vorfeld abgestimmt.
5806 Die Abstimmung grundlegender Fragen und der regelmäßige Austausch der Koalition
5807 findet über die Koalitionsrunde statt, an der die hauptamtlichen Beigeordneten, die
5808 Fraktionsvorsitzenden und die Vorsitzenden der Koalitionsparteien teilnehmen können.
5809 Diese Koalitionsrunden finden regelmäßig statt. 221

5810 Die Koalition sucht einen konstruktiven Austausch und eine konstruktive Zusammenarbeit
5811 mit dem direkt gewählten Oberbürgermeister. Die Koordination zwischen dem
5812 Oberbürgermeister und der Koalition geschieht durch die Sprecher*innen der
5813 Magistratsgruppen der Koalition. Um die konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen,
5814 kann der Oberbürgermeister in Absprache an Sitzungen der Koalitionsrunde teilnehmen.
5815

5816 Die Koalitionspartner sind mit den folgenden Zuständigkeiten über insgesamt 11
5817 hauptamtliche Beigeordnete im Magistrat vertreten:

5818 GRÜNE (5 hauptamtliche Beigeordnete):

- 5819 • Bürgermeisterin
- 5820 • Finanzen und Beteiligungen (Kämmerei)
- 5821 • Frauen
- 5822 • Gesundheit

- 5823 • Diversität, Antidiskriminierung und gesellschaftliches Zusammenleben
- 5824 (Integration)
- 5825 • Jugend, Soziales und Senior*innen
- 5826 • Koordinierungsstelle Antirassismus
- 5827 • Kirchen
- 5828 • Personal
- 5829 • Umwelt
- 5830 • Verkehr

5831 SPD (drei hauptamtliche Beigeordnete):

- 5832 • Bau und Immobilien
- 5833 • Bildung
- 5834 • Planen
- 5835 • Wohnen
- 5836 • Kultur und Wissenschaft
- 5837 • Sport

222

5838 FDP (zwei hauptamtliche Beigeordnete):

- 5839 • Feuerwehr
- 5840 • Recht
- 5841 • Referat Datenschutz und IT-Sicherheit
- 5842 • Reformprojekte
- 5843 • Sicherheit
- 5844 • Wirtschaft

5845 Volt (ein*e hauptamtliche*r Beigeordnete*r):

- 5846 • IT / Digitalisierung
- 5847 • Bürgerservice

- 5848
- Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung und Koordinierungsstelle Europa